

Çağrı Kahveci, Juliane Karakayali, Bernd Kasperek (Hg.)

movements.

Journal for Critical Migration and Border Regime Studies

Vol. 7, Issue 2/2023

Our journal is dedicated to the movements of migration as well as the attempts to control and govern them. *movements* aims at promoting interdisciplinary migration and border regime studies intervening into the knowledge field of migration in a self-reflexive fashion and critical of power relations. As a forum for critical social research, *movements* wishes to contribute to the development of an adequate understanding of the complex realities and power structures of migration and a substantiated critique of the current patterns of the government of migration. The content and strategic focus of the journal is closely related to that of the Network for Critical Migration and Border Regime Studies (kritnet). Its editorial work builds upon this relationship and the established structures of a collective knowledge production. *movements* features academic papers subjected to a collaborative peer review, but also early research reports, political, conceptual and methodological debates and interventions. The majority of its contributions are usually in German language. The journal is published on our open access website (CC BY-SA 4.0).

Unsere Zeitschrift widmet sich in zwei Ausgaben pro Jahr den Bewegungen der Migration sowie den Versuchen, diese zu kontrollieren und zu regulieren. *movements* verfolgt das Ziel, eine interdisziplinäre Migrations- und Grenzregimeforschung voranzutreiben, die selbstreflexiv und machtkritisch in das Wissensfeld der Migration interveniert. Im Sinne einer kritischen Gesellschaftsforschung will sie dazu beitragen, ein adäquates Verständnis der komplexen, machtförmigen Realitäten der Migration und eine fundierte Kritik an den gegenwärtigen Formen der Regierung von Migration zu entwickeln. Die redaktionelle Arbeit baut auf die seit Langem im *Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet)* etablierten Strukturen und Erfahrungen kollektiver Wissensproduktion auf. *movements* umfasst wissenschaftliche Aufsätze, die einem kollaborativen *double blind review* unterliegen, aber auch frühe Berichte und Aufsätze aus der Forschung sowie politische, analytische und konzeptionelle Interventionen. Die Beiträge sind überwiegend in deutscher Sprache. Die Zeitschrift erscheint auf unserer open access Webseite (CC BY-SA 4.0).

<https://movements-journal.org>

Vol. 7, Issue 2/2023

mOvements

Journal for Critical Migration and Border Regime Studies

Herausgeber_innen der Ausgabe

Çağrı Kahveci, Juliane Karakayali, Bernd Kasperek

Redaktion *movements*

Ilker Ataç, Fabian Georgi, Sabine Hess, Çağrı Kahveci, Juliane Karakayali, Bernd Kasperek, Stefanie Kron, Mouna Maaroufi, Philipp Ratfisch, Lisa Riedner, Helge Schwiertz, Simon Noori, Vassilis S. Tsianos

Die Zeitschrift *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* erscheint zweimal jährlich.

© 2023 Çağrı Kahveci, Juliane Karakayali, Bernd Kasperek sowie die Autor_innen der jeweiligen Beiträge

movements erscheint unter der Lizenz Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0. Die Texte dürfen bei Namensnennung (Autor_innen, Herausgeber_innen) und Verwendung der gleichen Lizenz geteilt und bearbeitet werden und zwar für beliebige Zwecke, auch kommerziell. Weitere Informationen: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>.



Satz: Bernd Kasperek, Mathias Rodatz // typobotic.com

ISSN 2509-8322

Inhalt

Editorial

Çağrı Kahveci, Juliane Karakayali, Bernd Kasperek 9

Aufsätze

- Institutional Racism and Refugee-Policies
in the Context of the Ukraine War.
On the Situation of Third-country Refugees in Berlin
Juliane Karakayali, Stefanie Kron 21
- Engagement für ukrainische Geflüchtete. Eine
»Zweiklassen-Solidarität«?
Theresa Wagner, Helen Schwenken 43
- Fortified Nationalism. Racializing Infrastructures and the Authoritarian
Transformation of the Body Politic. A Field Trip to the Bifurcated
Polish/EU Border Regime
Jens Adam, Sabine Hess 65
- Borders of Solidarity, Seasons of Meanings. A spatial-temporal analysis
of solidarity action frames during the refugee ›crisis‹ in Greece
Loukia Kotronaki, Nikos Serdedakis, Samy Alexandridis 93

Interventionen

- Zwischen rassistischen Deutungen und »stabilem Integrationsklima«. Kommunalpolitische Perspektiven auf die Fluchtmigration aus der Ukraine
Christian Jakob 113
- Jenseits von Migration. Zur Wiedergewinnung des Diasporabegriffs
Maria Hartmann, Bahar Oghalai 125

Werkstatt

- Zum Bericht der EU-Antikorruptionsbehörde OLAF über die europäische Grenzschutzagentur Frontex. Ein Leseversuch
Bernd Kasperek 141

Interviews

- »Hier sehe ich ein Muster«. Ein Interview zu antiziganistischen Zuständen in Deutschland
Violeta Balog, Yücel Meheroğlu, Céline Pellicer, Lisa Riedner, Katharina Schwaiger 151
- Slow violence in the UK asylum system. An interview with Jonathan Darling on his book »Systems of Suffering: dispersal and the denial of asylum«
Stephan Liebscher 163

Rezensionen

- »Zeitenwende«. Der Bericht zur Arbeitsmarktintegration von Ukrainer*innen aus der Perspektive der kritischen Migrationsforschung
Peter Birke 175

»Against Borders«. Wie eine Welt ohne Grenzen gedacht und erstritten werden kann <i>Leon Schlüter</i>	179
»Integrationsregime in der Arbeitswelt«. Ein Plädoyer für die Überwindung des neoliberalen Integrationsparadigmas <i>Stefania Animento</i>	185
»Etablierte Provisorien«. Lokale Regierung von Geflüchteten durch Raum, Zeit und Moral <i>Sylvana Jahre</i>	197
»Akkumulation, Überausbeutung, Migration«. Marxistische Perspektiven auf niedrigqualifizierte Arbeitsmigration <i>Mareike Biesel</i>	207
Autor_innen	213

Editorial

ÇAĞRI KAHVECİ, JULIANE KARAKAYALI, BERND KASPAREK

Die vorliegende movements-Ausgabe widmet sich im Schwerpunkt den Entwicklungen rund um Flucht, Migration, Rassismus und Grenzpolitiken im Kontext des Kriegs in der Ukraine. Nachdem wir zunächst geplant hatten, schnell und mit kurzen, aktuellen Analysen zu erscheinen, haben wir uns entschieden, der differenzierteren Analyse der Verhältnisse mehr Raum und Zeit zu geben und dafür auszuhalten, *late to the party* zu sein. Der Krieg hält nun, während wir das Editorial schreiben, unerträglicherweise schon seit zwanzig Monaten an. In der Wissenschaft sind zwanzig Monate ein vergleichsweise kurzer Zeitraum, um Forschungsergebnisse zu generieren. Darum danken wir unseren Autor*innen in besonderer Weise für ihren engagierten Einsatz für diese movements-Ausgabe und freuen uns über die Beiträge zu Migrationspolitik, Rassismus und solidarischen Praktiken in Deutschland im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg.

Der Krieg hat globale Auswirkungen auf die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Felder – von europäischer Energiepolitik über die Getreideversorgung ärmerer Länder auf dem afrikanischen Kontinent bis hin zu neuen geopolitischen Bündnissen. All diese Entwicklungen werden vermutlich, früher oder später, Rückwirkungen auf Migrationsbewegungen haben. Diese Ausgabe beschäftigt sich erst mit einem kleinen Ausschnitt der Folgen des Krieges für Migration und Rassismus. Darum werden wir in diesem Editorial neben der Vorstellung der Beiträge auch auf Themen eingehen, deren wissenschaftliche Bearbeitung noch nicht stattgefunden hat und die die hier versammelten Perspektiven ergänzen könnten.

Juliane Karakayali und Stefanie Kron haben untersucht, mit welchen Problemen aus der Ukraine geflüchtete Drittstaatler*innen konfrontiert sind und analysieren sie mit dem Konzept des institutionellen Rassismus. Drittstaatler*innen sind von den Regelungen der Massenzustromrichtlinie ausgenommen und viele von ihnen, darunter viele internationale Studierende, kämpfen bis jetzt um einen legalen Aufenthalt. Dabei vermischen sich Probleme eines restriktiven Aufenthaltsrechts mit anti-Schwarzem Rassismus, dem die Geflüchteten in Berliner Behörden ausgesetzt sind. Die der Analyse zugrundeliegenden Interviews wurden im Rahmen eines Lehrfor-

schungsprojekts gemeinsam mit Studierenden der Evangelischen Hochschule Berlin geführt, die als Volunteers bei der Initiative *CUSBU – Communities Support for BI-PoC Refugees Ukraine* gearbeitet haben.

Neben der Frage des Anti-Schwarzen Rassismus wäre ein weiteres zu erforschendes Thema die Geschlechterdimension der aktuellen Fluchtmigration. Achtzig Prozent der geflüchteten Erwachsenen sind Frauen (Brücker et al. 2022). Bisher bleiben Analysen dazu weitgehend aus. Die mediale Inszenierung der geflüchteten Frauen betonte deren Verletzlichkeit und Schutzbedürftigkeit und stand im starken Gegensatz zur Dämonisierung muslimischer Männer als Bedrohung einer fortschrittlichen Geschlechterordnung während der Fluchtmigration 2015 ff. (vgl. Dietze 2016). In den ersten Wochen des Krieges dagegen waren es deutsche Männer, die zur Gefahr für ukrainische Frauen stilisiert wurden (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 16.3.2022). Andere Dimensionen des Geschlechterverhältnisses scheinen nicht adressiert zu werden, z.B. die der Integration in die Arbeitsmärkte der Aufnahmeländer. Schon vor dem Krieg, war der Anteil der Frauen unter den Migrant*innen aus der Ukraine deutlich höher als der Anteil der Migranten¹ (vgl. Verwimp 2022), die z.B. in Deutschland vor allem in prekären Bereichen wie der Landwirtschaft oder der Sexarbeit tätig waren (siehe Peter Birke in diesem Heft). Was bedeutet das für die jetzt Einwandernden, von denen 70 Prozent über einen Hochschulabschluss verfügen und ihre Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt? Zahlreiche Reportagen weisen darauf hin, dass auch die aktuell Flüchtenden oft Gewalt, Lohnvorenthalt und Überausbeutung in prekären Arbeitsverhältnissen ausgesetzt sind (vgl. Der Spiegel vom 18.9.2022). Auch stellt sich die Frage, welche Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen, Care-praktiken und Haushaltsstrategien entstehen, wenn Frauen mit ihren Kindern über lange Zeit getrennt von den Vätern und Ehemännern leben. Studien über ukrainische Frauen in Österreich (2013) und Italien (2015) ergaben, dass die »Flucht aus einer schwierigen Ehe« ein wichtiger Push-Faktor für die Migration von Frauen aus der Ukraine

1 | Laut einer im Spätsommer 2022 durchgeführten europaweiten Studie der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (European Union Agency for Fundamental Rights) ist der Anteil der geflohenen Ukrainer*innen / Menschen aus der Ukraine, die in den Aufnahmeländern bleiben möchten mit 38 Prozent höher als derjenigen, die zurückkehren wollen (35 Prozent) (FRA 2023). Auch eine Studie aus Deutschland, die im gleichen Zeitraum durchgeführt wurde, bestätigt diese Zahlen (Brückner et al. 2022). Das ist nur eine Momentaufnahme, aber aus der Forschung wissen wir, dass Migrationsbewegungen nicht einfach rückgängig gemacht werden können – es sei denn, unter Zwang -, weil mit der Dauer des Aufenthalts auch die soziale Eingebundenheit steigt. Zudem ist mit einer massiven Zerstörung zu rechnen, die es vielen Menschen unmöglich machen wird, in die Ukraine zurückzukehren.

war und sehr wenige migrierte Frauen aufgrund der rigiden Geschlechtnormen und strengen patriarchalen Strukturen in der Ukraine zurückkehren wollten (ebd.). Zu erforschen wäre, wie sich diese Verhältnisse durch die Fluchtmigration verändern. Das ist auch in Hinblick auf die Fragen der längerfristigen Migrationsstrategien relevant: Untersuchungen zeigen, dass es vielen Männern, die in Kriegen gekämpft haben, in Friedenszeiten schwerfällt, zu gewaltfreiem Verhalten überzugehen (Rehn/Johnson Sirleaf 2002, Ruger et al. 2002, nach Verwimp 2022), was die große Zahl der Frauen unter den Geflüchteten zusätzlich bewegen könnte, nicht in die Ukraine zurückzukehren.

Ein Spezifikum der Fluchtmigration stellt zudem die große Zahl der Kinder und Jugendlichen unter ihnen dar, die aufgrund der legalen Einreisemöglichkeiten nach Deutschland kommen. Die aus der Ukraine geflüchteten Kinder und Jugendlichen treffen auf ein Schulsystem, das nach Jahrzehnten der Einsparungspolitik mit Schulplatzknappheit, Lehrer*innenmangel und Lernlücken in Folge der Corona-Politik ringt (AutorInnengruppe Bildungsberichterstattung 2022: 153 ff). Auch durch diese Mangelsituation motiviert, ließ sich eine erschreckende Parallele zum Umgang mit den Kindern der Arbeitsmigrant*innen von den 1960er bis 1980er Jahren feststellen: im Horizont der Annahme einer baldigen Rückkehr der ukrainischen Geflüchteten (die von gerade erst angekommenen Eltern selbstverständlich gewünscht wurde) und befördert durch eine nationalistische ukrainische Bildungspolitik wurde viele Monate lang debattiert, inwiefern eine schulische Integration dieser Kinder und Jugendlichen in Deutschland überhaupt sinnvoll sei (vgl. Karakayali 2022). Auf die fatalen Folgen, die eben diese Politik gegenüber den Kindern der Arbeitsmigrant*innen der 1960er bis 1980er Jahre hatte, nämlich inkonsistente Beschulungsformate, für die niemand Verantwortung übernahm und die häufig auf keinerlei Schulabschluss hinausliefen, wurde in der Öffentlichkeit kaum Bezug genommen. Die Situation ukrainischer Schüler*innen in Deutschland ist prekär: Nicht einmal Plätze in den aus rassismuskritischer Perspektive problematischen Vorbereitungsklassen für neuzugewanderte Schüler*innen (vgl. Karakayali et al. 2017) stehen selbstverständlich zur Verfügung. In Berlin beispielsweise waren zeitweise bis zu 1.600 Kinder und Jugendliche ganz ohne Schulplatz (Tagesspiegel vom 1.6.2023), es etablierten sich außerschulisch Beschulungsformen, die z.T. von Stadtteilinitiativen getragen werden, Willkommensklassen werden außerhalb regulärer Schulen eingerichtet (ebd.). Auch die Beschulung in Sammelunterkünften wird inzwischen diskutiert. Hier zeigt sich eine weitere Erosion der Grundrechte Geflüchteter, indem sie systematisch vom gesetzlich garantierten Zugang zum regulären Schulbesuch ausgeschlossen werden; es bedarf dringend weiterer rassismuskritischer Forschung zu den Implikationen dieser Ersatzbeschulung.

Jens Adam und Sabine Hess präsentieren in dieser movements-Ausgabe Erkenntnisse, die sie im Rahmen einer Feldforschung im belarussischen Grenzgebiet gewinnen konnten. In ihrem Beitrag arbeiten sie heraus, wie unterschiedlich die Migration aus dem globalen Süden und der Ukraine in Polen gerahmt wird. Während die Geflüchteten aus der Ukraine mit dem Hinweis auf ihre kulturelle und geographische Nähe positiv aufgenommen wurden, wird die Migration über die belarussische Grenze – an der in den letzten Jahren viele Menschen auf ihrem Weg in die EU umgekommen sind – als Angriff auf die nationalstaatliche Souveränität interpretiert. Adam und Hess argumentieren, dass sich hier ein zweigeteiltes Migrationsregime abbildet, dass rassifizierte Migrant*innen den Grenzübertritt verwehrt und nicht-rassifizierte Migrant*innen den Grenzübertritt ermöglicht wird, eine Praxis, über die der polnische Nationalismus abgesichert wird.

Auf die zentrale Frage, die der Beitrag aufwirft, nämlich warum die massenhafte Aufnahme ukrainischer Geflüchteter trotz des weit verbreiteten antislawischen Rassismus‘ auf so viel gesellschaftliche Zustimmung gestoßen ist, sind noch nicht viele Antworten gefunden worden. Die Erklärung, dass die Ukrainer*innen als weiße und christliche Geflüchtete in einer rassistischen Logik als zu bevorzugende Migrant*innen gelten, ist wichtig, scheint aber nicht auszureichen, denn das sind auch Russ*innen und Moldawier*innen, die weiterhin von großzügigen Aufnahmeregeln ausgenommen sind. Deutlich wird hier vielmehr, wie flexibel der Rassismus als soziale Praxis (vgl. Hall 2000) ist, indem er Zugehörigkeitsgrenzen ziehen und verschieben kann (vgl. auch Karakayali/Kron in dieser Ausgabe). Es bräuchte eine Analyse, die diese sozialen Verschiebungspraxen rekonstruiert. Danach spielen neben antimuslimischem Rassismus auch geopolitische Gründe eine wichtige Rolle bei der unterschiedlichen bzw. bevorzugten Behandlung ukrainischer Geflüchteter im Vergleich zu denen aus dem Globalen Süden (vgl. Esposito 2022). Die Rassismusforscherin Liz Fekete bietet hier eine interessante Analyse an: aus einer eurozentristischen Perspektive wird ihr zufolge der Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine medial und diskursiv von einer Frage der territorialen Integrität der Ukraine zu einem zivilisatorischen Krieg, einem Kampf der Kulturen umdefiniert (vgl. Fekete 2023). In dieser Konstruktion steht auf der einen Seite ein liberaler, demokratischer, friedlicher, vertrauensvoller Westen, auf der anderen Seite ein despotisches, autoritäres, unberechenbares asiatisches Imperium. Dies schafft, so Fekete, ein neues geopolitisches Arrangement (vgl. ebd.). Dieses *framing* des Krieges wird von osteuropäischen und baltischen Ländern beflissentlich vorangetrieben, um sich als Teil des Westens und als Bollwerk gegen Russland zu etablieren. Dies basiert auf einer revisionistischen Geschichtsumdeutung, in der den realsozialistischen Staaten alle historischen Lasten zugeschoben werden. Obwohl der Kommunismus im aktuellen Staatengefüge keine

Rolle mehr spielt, drückt sich der Antikommunismus in einem antirussischen Ressentiment aus. Erinnerungen an den sogenannten Kalten Krieg werden laut Fekete zur impliziten und expliziten Referenz. Die revisionistische Politik Russlands verstärkt diesen Effekt. Viele osteuropäische und baltische Länder, darunter auch die Ukraine, diskriminierten ihre russischen Minderheiten. Diese Feindseligkeit gegenüber Minderheiten und die Kritik am Liberalismus richteten sich in Osteuropa auch gegen Migrant*innen und Geflüchtete aus dem Globalen Süden, schon vor dem Angriffskrieg. Die konservativen Parteien Westeuropas zögerten nicht, so Fekete, mit den rechten holocaust-leugnenden und ethno-nationalistische Verherrlichung betreibenden Parteien der osteuropäischen und baltischen Länder zusammenzuarbeiten. Mit diesem Krieg hat die Bedeutung der osteuropäischen Region zugenommen. Die Regierungen in Osteuropa haben in diesem Diskurs die Aufgabe übernommen, die Grenzen des weißen, christlichen Europas gegen vermeintliche Bedrohungen aus Asien, dem Nahen Osten und dem globalen Süden zu schützen.

Der Beitrag von Theresa Wagner und Helen Schwenken richtet den Blick auf die Folgen der Fluchtmigration aus der Ukraine in Deutschland. Die Autorinnen haben Interviews mit Menschen geführt, die sich in der Unterbringung und Unterstützung von Geflüchteten engagieren. Spannend ist, dass viele der Befragten bereits im sogenannten Sommer der Migration 2015 aktiv gewesen sind. Sie untersuchen die solidarischen Praktiken der Unterstützung Geflüchteter aus der Ukraine und setzen sie zu denen ab 2015 ins Verhältnis. Hier werden Kontinuitätslinien sichtbar, indem viele bereits 2015 aufgebaute Strukturen 2022 wieder aktiviert wurden, aber auch Brüche, die die für den Beitrag interviewten Unterstützer*innen vor allem daran festmachen, dass die Massenzustromrichtlinie zu rassistischen Trennungen in der Geflüchteten-Unterstützung führt.

Nicht realisieren liess sich ein Gespräch mit Aktivist*innen, die in den 1990er Jahren migrationspolitische Entscheidungen und Migrationsbewegungen rund um den Bosnienkrieg begleitet haben. Damals nahm Deutschland 350.000 Kriegsflüchtlinge auf, die im prekären Status der Duldung festgehalten wurden (Europäisches Forum für Migrationsstudien 1995). Ein Sechstel dieser Menschen konnte nur nach Deutschland kommen, weil Verwandte, Bekannte und engagierte Menschen eine Verpflichtungserklärung nach §84 Ausländergesetz unterschrieben und damit garantierten, alle mit dem Aufenthalt verbundenen Kosten zu tragen (Oltmer 2023). Vom Ende des Krieges 1995 bis 2002 kehrten bis auf wenige tausend Menschen alle Geflüchteten zurück – teils, weil sie abgeschoben wurden, teils, weil sie mit dem prekären Aufenthaltsstatus der Duldung keine Perspektive in Deutschland sahen. Deutschland verfolgte dabei im Verhältnis zu allen weiteren Aufnahmestaaten die restriktivste Rück-

kehrpolitik, 1999 kamen 80 Prozent aller Remigrant*innen in Bosnien-Herzegowina aus Deutschland (ebd.).

Die sogenannte Massenzustromrichtlinie (Carrera et al. 2023; Esposito 2022), die die Fluchtmigration aus der Ukraine zentral steuert und deren Anwendung in mehreren Artikeln in diesem Heft unter rassismuskritischer Perspektive diskutiert wird (u.a. Adam/Hess; Karakayali/Kron), ist in Folge der (ex-)jugoslawischen Kriege entworfen worden. Der Ausbruch des Bosnienkrieges jährte sich im Mai 2022 zum 30. Mal. Dieser Jahrestag fand kaum Beachtung, trotz aller Parallelen und Bezüge zwischen den damaligen und den aktuellen migrationspolitischen Entscheidungen hinsichtlich des Umgangs mit Kriegsflüchtlingen (Europäisches Forum für Migrationsstudien 1995). Im Gegenteil, diese Kriege scheinen vergessen, anders lässt sich nicht erklären, warum Anfang 2022 der Angriff Russlands auf die Ukraine von vielen Politiker*innen als erster Krieg auf europäischem Boden seit Ende des Zweiten Weltkriegs bezeichnet wurde. Uns hätte an einem Gespräch mit damals Aktiven interessiert, wie genau die Kämpfe gegen und die Debatten um die Rückkehrpolitik ausgesehen haben – denn ein ähnliches Szenario befürchten wir nach Ende des Krieges in der Ukraine. Ebenfalls hätten wir gern in diesem nicht stattgefundenen Gespräch über die Kontinuitäten und Unterschiede zivilgesellschaftlicher Solidarität vom Bosnienkrieg über die Geflüchtetenproteste 2012-2014, die Unterstützung Geflüchteter 2015 bis hin in die Gegenwart des Ukrainekriegs diskutiert.

Auch der Beitrag von Loukia Kotronaki, Nikos Serdedakis und Samy Alexandridis beschäftigt sich mit solidarischen Praktiken, allerdings im griechischen Kontext. Ihrem Beitrag liegt eine innovative Methodologie zugrunde, nämlich die Auswertung von Posts auf der Facebook-Seite des »Panhellenic Networking of Anti-Racist and Immigration Associations«. Die Analyse zeigt, dass die Art der sozialen Praktiken, die dort diskutiert werden – von humanitärer Hilfe über Protesten an der Grenze bis hin zu internationalen Kampagnen – stark variieren, abhängig von gesellschaftlichen Diskursen und institutionellen Verfahrensweisen der (griechischen und europäischen) Grenz- und Geflüchtetenpolitik.

In unserer Rubrik »Forschungswerkstatt« geht es um den geleakten Olaf-Bericht des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF), der vom Nachrichtenmagazin Spiegel und der NGO Frag den Staat veröffentlicht wurde. Der von Bernd Kasperek detailliert analysierte Bericht enthüllt, wie Frontex die europäischen Behörden in die Irre führt und belügt, Verstöße absichtlich vertuscht, Vorfälle herunterspielt, dem Grundrechtebeauftragten den Zugang zu Material verweigert und Mitarbeiter einschüchtert. Laut Kasperek sollte dieser Bericht die Europäische Kommission dazu veranlassen, die Mitgliedsstaaten zu zwingen, Grenzschutzverfahren einzuführen.

In der Rubrik »Interventionen« wirft Christian Jakob einen Blick auf die Aufnahmesituation der Geflüchteten aus der Ukraine in diversen Regionen Deutschlands, die sich in Größe, soziodemografischer Struktur, geografischer Lage und Migrationserfahrung voneinander stark unterscheiden. Anhand von Vignetten zeigt er, wie verschiedene Akteure – z.B. Stadtverwaltungen, Aktivist*innen, rechte Bürgerinitiativen – ihre Einstellungen und Praxen mit Diskursen und Empfindungen wie Sicherheit, Angst, Identität usw. begründen, und er setzt diese Erfahrungen mit dem Sommer der Migration 2015 in Relation. Abschließend zeichnet er, gestützt auf Aussagen der sozial Engagierten in der »Flüchtlingsarbeit«, ein realistisches Bild der gesellschaftlichen Gelingensbedingungen einer konkreten Solidarität.

Marina Hartmann und Bahar Oghalai loten, ebenfalls in der Rubrik »Interventionen«, aus, inwiefern der Ansatz der Diasporaforschung zur Analyse von aktuellen Formen der Fluchtmigration fruchtbar sein kann. Sie sehen darin eine Möglichkeit, insbesondere die Situation und Aktivitäten politischer Geflüchteter angemessen zu untersuchen. Denn die Aktivitäten bleiben einerseits auf das Herkunftsland bezogen, sind aber andererseits auch relevant für die Situation im Exil, indem beispielsweise Formen und Themen des Aktivismus aus dem Herkunftsland ins Exilland übertragen werden. Die beiden Autorinnen setzen sich in diesem Zusammenhang auch mit der Forschung zu transnationaler Migration auseinander, die ihrer Meinung nach aber eben diese politischen Praktiken nicht ausreichend berücksichtigt.

In der Rubrik Interviews findet sich ein Gespräch zwischen Violeta Balog, Yücel Meheroglu, Céline Pellicer, Lisa Riedner und Katharina Schwaiger über die von Antiziganismus geprägte Unterbringung Geflüchteter aus der Ukraine in München. Hier zeigt sich, analog zum Beitrag von Juliane Karakayali und Stefanie Kron, welche rassistischen Unterschiede in der Aufnahmesituation der Geflüchteten aus der Ukraine gemacht werden. Ebenso zeigt sich in dem Gespräch, wie schnell inzwischen antirassistische/migrantische Initiativen – in diesem Fall Amoro Foro, der bayrische Landesverband deutscher Sinti und Roma sowie die Meldestelle Antiziganismus – in der Lage sind, in einer akuten Fluchtsituation unterstützend aktiv zu werden.

Stefan Liebscher hat mit dem Sozialgeographen Christopher Darling ein Interview über sein Buch »Systems of suffering: dispersal and the denial of Asylum« (2022, Pluto Books) geführt. In dem Gespräch geht es um Darlings Forschung darüber, wie sich die Verteilung und Unterbringung von Geflüchteten und Asylsuchenden als eine Form der »slow violence« verstehen lässt. Er schlägt einen Systemwandel unter Bezug auf Praktiken der »collective« care vor.

Neu ist in dieser Ausgabe die Rubrik Rezensionen, die es bisher in movements nicht gegeben hat. Während der Lockdowns in der Corona Pandemie ist offensicht-

lich viel gelesen worden und wir freuen uns, einige spannende Bücher vorstellen zu können.

Peter Birke nimmt eine Einschätzung des Policy Papers »Zeitenwende« bei der Arbeitsmarktintegration? Teilhabe und Prekarität von Ukrainerinnen und Ukrainern am deutschen Arbeitsmarkt« des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration vor. Dabei ordnet er die dortigen Befunde in einer Perspektive der kritischen Migrationsforschung ein.

Leon Schlüter stellt uns das Buch »Against Borders. The Case for Abolition« (2022) von Gracie Mae Bradley und Luke de Noronha vor, ein kurzes aber mutiges und engagiertes Buch, über Grenzen hinaus zu denken. Schlüter ordnet das Buch in den Kanon der kritischen Grenzforschung und des Aktivismus ein. Es zeigt anhand praktischer Beispiele, dass Grenzen nicht mehr das sind, was am »Rand des Territoriums« geschieht, sondern in das Alltagsgefüge unseres Lebens eingebettet sind und unser tägliches Leben durchdringen, indem sie interne Hierarchien schaffen, einigen Rechte einräumen und sie anderen verweigern.

Das Buch »Integrationsregime in der Arbeitswelt« von Marika Pierdicca wird von Stefania Animento rezensiert. In diesem Buch wird, auf der Grundlage von ethnographischen Untersuchungen in der migrantischen Arbeitswelt Norditaliens, das Integrationsparameter kritisch analysiert und zurückgewiesen. Die Autorin kommt zu dem Schluss, dass es sich bei »Integration« nicht um einen gesellschaftlichen Prozess handelt, sondern das sich hinter dem Begriff vielmehr ein Scheindiskurs sowie ein widersprüchliches Subjektivierungsregime verbergen.

»Etablierte Provisorien. Leipzig und der lange Sommer der Migration« von Philipp Schäfer wird von Sylvana Jahre rezensiert. Schäfer geht in seiner ethnologischen Studie auf die Unterbringung von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften ein. Aus der Ambivalenz des Unterbringungsregimes ergibt sich ein komplexes Gefüge, dessen zeitliche, räumliche und moralische Konstitution durch eine durchaus hierarchische Beziehungsdynamik zwischen verschiedenen Akteur*innen, vor allem durch »listige« Taktiken von Geflüchteten, Sozialarbeiter*innen, Forscher*innen, Stadtverwaltung etc. immer wieder konflikthaft verhandelt wird. Jahre merkt an, dass das Forschungsfeld zur räumlichen Unterbringung von Geflüchteten im Zusammenspiel mit neuen Fragestellungen wie der Care-Ethik oder dem Postkolonialismus neues Wissen hervorbringen kann.

Schließlich wird »Akkumulation, Überausbeutung, Migration. Arbeit im malaysischen Palmöl-Industriellen-Komplex« von Janina Puder von Mareike Biesel rezensiert. Biesel zeigt, wie Puder mit einer weltsystem- und dependenztheoretischen Perspektive, die zwischen Zentren und Peripherie unterscheidet und die vorherrschenden Formen der Ausbeutung und Überausbeutung auf eine globale Arbeitsteilung und

Hierarchisierung verschiedener Gruppen von Lohnarbeitern innerhalb von Nationalstaaten zurückführt, die Überausbeutung von Palmöl-Wanderarbeitern in Malaysia untersucht.

Während wir an der Ausgabe gearbeitet haben, sind viele neue Konflikte und Bewegungen entstanden, die uns derzeit viel beschäftigen. Dazu gehört die feministische Revolution im Iran, die mit dem Tod Jīna Mahsā Amīnīs in Gewahrsam der Sittenpolizei im September 2022 begann. Das Erdbeben im Februar 2023 und die Präsidentschaftswahl im Mai 2023 in der Türkei haben uns bewegt. Die aktuellen, rassistisch aufgeladenen Debatten um eine restriktive EU-Migrationspolitik und die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl erfolgen gerade jetzt während wir an der Endproduktion des Heftes arbeiten, ebenso wie die militärische Antwort Israels auf den Terroranschlag der Hamas auf israelische Zivilist*innen. Viele dieser Ereignisse werden wir in der nächsten movements-Ausgabe aufgreifen.

Wir wünschen eine informative und inspirierende Lektüre,
Die Redaktion

LITERATUR

- AutorInnengruppe Bildungsberichterstattung 2022: Bildung in Deutschland 2022. Wbv Publikation
- Brücker, Herbert; Ete, Andreas; Grabka, Markus; Kosyakova, Yuliya; Niehues, Wenke; Rother, Nina; Spieß, C. Katharina; Zinn, Sabine; Bujard, Martin; Cardozo, Adriana; Décieux, Jean; Maddox, Amrei; Milewski, Nadja; Naderi, Robert; Sauer, Lenore; Schmitz, Sophia; Schwanhäuser, Silvia; Siegert, Manuel; Tanis, Kerstin (Hrsg.) (2022): Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland: Flucht, Ankunft und Leben // IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP Befragung (2023): Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland, erste Ergebnisse
- Carrera, S., Ineli-Ciger, M., Vosyliute, L., & Brumat, L. (2023). The EU grants temporary protection for people fleeing war in Ukraine: Time to rethink unequal solidarity in EU asylum policy, in: Carrera, S., & Ineli-Ciger, M. (Eds.): EU responses to the large-scale refugee displacement from Ukraine: an analysis on the temporary protection directive and its implications for the future EU asylum policy. EUJ. S. 2-58
- Der Spiegel (vom 18.9.2022): Wie Ukrainerinnen in Europa ausgebeutet werden.
- Der Spiegel (vom 4.4.2022): Gefangen im Krieg. URL: spiegel.de.
- Dietze, Gabi (2016): Ethnosexismus. Sex-Mob_Narrative und die Ereignisse der Kölner Silvesternacht. Movements, Vol.2/Issue 1,
- Esposito Addie (2022). The Limitations of Humanity: Differential Refugee Treatment in the EU, in: Harvard International Review. 14.9.2022 hir.harvard.edu
- Europäisches Forum für Migrationsstudien (1995): Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Zielland. Bamberg: europäisches forum für migrationsstudien e.V., europäisches forum für migrationsstudien e.V.

- European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) 2023: Fleeing Ukraine: Displaced people's experiences in the EU. URL: fra.europa.eu (letzter Zugriff 13.09.23).
- Fekete, Liz. (2023): Civilisational racism, ethnonationalism and the clash of imperialisms in Ukraine. *Race & Class*, February 2023.
- FRA (2023): Fleeing Ukraine: Displaced people's experiences in the EU. URL: fra.europa.eu.
- Hall, Stuart (2000): Rassismus als ideologischer Diskurs. Hambur: Argument. S. 1-12.
- Jonna Rock, Zeynep Yanaşmayan, Ramona Rischke, Agnès Bouché und Polina Semyonova (2022): Geflüchtete Frauen aus der Ukraine. Zwischen Ankommen und Rückkehr, DeZIMinutes 9.
- Karakayali, Juliane (2022): Die Beschulung der Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine. URL: heimatkunde.boell.de.
- Karakayali, Juliane / zur Nieden, Birgit / Kahveci, Çağrı / Gross, Sophie / Heller, Mareike / Güleriyüz, Tutku (2017): Die Beschulung neu zugewanderter und geflüchteter Kinder in Berlin. Praxis und Herausforderungen. Berliner Institut für empirische Integrations und Migrationsforschung: Berlin.
- Oltmer, Jochen (2023): »Geduldet« und »Rückgeführt«. Schutzsuchende aus den postjugoslawischen Kriegen der 1990er-Jahre in Deutschland. In: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Süddeutsche Zeitung (vom 16.3.2022): Stadt und Polizei warnen vor unseriösen Angeboten.
- Tagesspiegel (vom 1.6.2023): Unterricht für Geflüchtete. In Berlin-Schöneberg starten drei neue Willkommensklassen.
- Verwimp, Philip (2022): Forced displacement, gender identity norms, and marital stability in the wake of the war in Ukraine. URL: cepr.org.

Aufsätze

Institutional Racism and Refugee-Policies in the Context of the Ukraine War

On the Situation of Third-country Refugees in Berlin

JULIANE KARAKAYALI, STEFANIE KRON

Abstract: Russia's attack on Ukraine and the ensuing war has forced many people to flee. In response, the European Union has activated the so-called mass influx directive, which spares refugees the asylum procedure and grants them direct access to social support and the labor market. However, third-country nationals without a permanent residence permit in Ukraine, including many international students, are excluded from this set of rules. As part of a teaching research project conducted at the Protestant University of Applied Sciences Berlin (EHB), interviews were conducted with third-country nationals who had fled Ukraine and with employees of the counseling center CUSBU - Communities Support for BIPoC Refugees Ukraine, as well as participant observations of everyday counselling sessions were carried out. It becomes clear how the exclusion of third-country nationals from the regulations of the mass influx directive leads to unclear, non-transparent and arbitrary actions of the authorities towards this group, which is interpreted as a form of institutional racism.

Keywords: Institutional Racism, Mass Influx Directive, Migration, Refugee Policies, Ukraine

INTRODUCTION

The beginning of the war against Ukraine in February 2022 was accompanied by social support for the refugees fleeing the war, support which was last seen in 2015 during the Syrian war. Once again, volunteer structures were created in a very short time and *Deutsche Bahn* transported refugees from Poland to Germany free of charge. But this time, something was different: the EU adopted the so-called Mass Influx Directive – for the first time since its design in 2001 (cf. Anhang II EU-Verordnung

2018/1806).¹ The Directive enabled all Ukrainian citizens to stay temporarily and gain access to social benefits and the labor market without the usual red-tape barriers of the asylum process. However, soon it became apparent that not for all the refugees from Ukraine conditions were as positive as they were predicted to be. Refugees of colour reported of severe racist incidents during their flight. In contrast to the white Ukrainians, they were prevented from boarding trains while fleeing, asked to leave the trains or pay a fare. Refugees of colour were also hindered from crossing the border, detained illegally in Poland, and taken off trains by German police in Frankfurt Oder, where they were bodily searched and – in opposite to the white refugees with Ukrainian passports - ordered to apply for asylum (cf. Pallokat et. al 2022; Pro Asyl 2022; taz 2022).

Moreover, in the first week of March 2022, it was announced that the Mass Influx Directive² will not be fully applied to third-country nationals lacking a permanent residence permit in Ukraine, among them a huge group of students of colour from several Asian and African countries who had been studying in the Ukraine until the war broke out. That means that the Mass Influx Directive entitles Ukrainian citizens (and third-country nationals with permanent residence status in the Ukraine) to temporary protection up to three years, as well as access to the social system, education, and labor market. But these entitlements will not extend to Third-country national refugees without permanent residence title in the Ukraine.

To support BIPoC³ refugees who fled the war, most of them third-country nationals, the Counselling Center CUSBU (Community Support for BIPoC Refugees Ukraine) was founded in Berlin. When the summer term started, we asked the

1 | The Mass Influx Directive was designed against the backdrop of the experiences of the wars in Ex-Yugoslavia, when many refugees entered the EU at once, in order to manage mass flight movements more efficiently. In this paper we do not further discuss the justified question of why the Directive wasn't adopted already in 2015, when thousands of mainly Syrian refugees were aiming for protection in Germany, Austria, France, Belgium, the Netherlands, and Sweden.

2 | The Mass Influx Directive only applies to Ukrainian citizens, their families, and people from third countries who had a permanent residence permit in Ukraine or were under international protection at the time the war began, except for Afghan, Syrian and Eritrean citizens, since it is assumed that a safe return to these countries is not possible (see Mediendienst Integration 2022a).

3 | The term BIPoC describes Black, Indigenous, and People of Color. It is a positive, political self-designation of racially discriminated persons. It describes a common horizon of experience shared by people who are not white. This arises, for example, from privileges that are not granted. This term does not (primarily) describe skin color (see e.g. Aydemir et al. 2020).

CUSBU team members how we can support their work, together with the students of an undergraduate student course in Social Work at the Protestant University of Applied Sciences in Berlin (EHB). In the first step, volunteer work was done at CUSBU, and participant observations were carried out. It had become clear to us that the exclusion from the Mass Influx Directive resulted in a precarious situation for third-country refugees who lacked a permanent residency title in Ukraine. Therefore, we decided to conduct interviews with third-country refugees and CUSBU staff-members to examine the legal and social situation of third-country national refugees, many among them BIPOC, in Berlin within a racism-critical perspective. The results show that as the Mass Influx Directive deliberately excludes them, this group lingers in a legal and social limbo. Ukrainian refugees from third countries have been facing and continue to face serious exclusions from social services. We understand this fact as a form of practice of institutional racism.

As a general fact, migration regimes produce racial exclusions. They create different status groups of people along the category of citizenship, thus regulating who is allowed to enter a country and who is not, who gets permanent residency titles and who remains in precarious conditions. Additionally, citizenship itself is rooted in colonialism and racial exclusions (cf. Balibar/Wallerstein 1990/1998). While citizens of the Global North and Western countries, like the European Union member states, the United States or Canada, are allowed to easily enter most countries, passport holders of many former European colonies in Africa, Asia, and Latin America have limited and restricted opportunities to get a visa for other countries, especially those in the West and the Global North.

In this article we will start by discussing a theoretical framework that includes institutional racism, and then give an impression of the precarious social situation created by exclusion from the Mass Influx Directive.⁴ We demonstrate that social services are provided intransparently and arbitrarily to third-country nationals from Ukraine. We follow up with the discussion of our results in dialogue with theories of institutional racism.

4 | Although Ukrainian citizens are privileged towards third-country nationals as they profit from the Mass Influx Directive, that does not mean that they do not face racism. 65 attacks on refugee shelters were reported until November 2022 as well as several physical attacks on Ukrainian refugees (Mediendienst Integration 2022b). The anti-Slavic racism leads to exploitative work conditions for Ukrainian refugees (Panagiotides 2023). In Germany almost all kinds of refugee status are precarious.

CURRENT REFUGEE POLICIES AND CRITICAL RACISM THEORY

In the following, we focus on a cutout of the current European migration regime, namely the special regulation of the Mass Influx Directive. Our aim is to explain how third-country refugees are discursively and legally excluded from the benefits of the Mass Influx Directive and how institutional exclusions from social services are a direct consequence.

Racism is a social relation that constructs people as groups on the basis of various possible characteristics, to whom (mostly negatively connoted) behaviors, values or characteristics are attributed in a homogenizing and essentializing manner, and based on such construction, access to material, social and symbolic resources is hindered, limited, made more difficult or withheld on the basis of these attributions (cf. e.g. Bojadžijev 2009; Hall 1990; Kalpaka/Räthzel 2017). Racist exclusions mirror historical, often colonial, relations. In the case of Germany, colonial expansion and violence affected not only societies on the African, Asian, or American continents, but also the eastern parts of Europe. A specific anti-Slavic racism emerged during the German Empire in the second half of the 19th century. This form of racism imagines populations in Eastern Europe, Southeastern Europe, and Russia as inferior and subhuman. During the Second World War, these racist constructions served as justification for the violent expansion to Eastern Europe by the *Wehrmacht* of National Socialist Germany, the following violent implementation of mass forced labor, as well as the extinction of the soviet populations, especially by starvation – the so called »Unternehmen Barbarossa« (see Heer/Naumann 1997; Petersen/Panagiotides 2022; Terkessidis 2021). The tradition of anti-Slavic racism can be seen in contemporary discourses and exclusive migration policies.

Given the history of anti-Slavic racism, it is not easy to explain why the immigration of thousands of Ukrainian refugees to Germany is widely accepted. The precarious integration of Ukrainians into the German labor market, especially in the areas of sex work, care work and unskilled agricultural labor (cf. Schork et al. 2022 and Birke in this issue) as well as surrogacy (cf. Hochschild 2012; Der Spiegel 2022), demonstrates the exclusions that Ukrainians suffered before the war. But racism is an extremely flexible resource (cf. Scherschel 2015). Natio-ethno-racial boundaries (cf. Mecheril 2004) can be politically, legally, and discursively drawn and withdrawn. Anti-Slavic racism does not seem to play a role in the German society's reception of Ukrainian refugees. On the contrary, the collective narrative of Ukrainian women as main victims in need of protection prevails (cf. Der Spiegel 2022a), alongside a discourse on Ukraine as a well-educated (cf. Mediendienst Integration 2022) and digi-

talized society (cf. Handelsblatt 2022). Ukrainians suddenly seem closer to a white German-European and Christian »us«.⁵ Notably, Ukrainian-ness is discursively limited to whiteness. Ukrainians with a Roma background, for instance, have recurrently reported about racist treatment and frequently suffered racist media attacks (cf. Akçit 2022). Alongside whiteness, citizenship also functions as a tool for racist divisions in the current situation. In media and political discourses, a distinction is made between 'real' Ukrainians who had to flee the war and refugees from third countries, who had to flee the same war, but are treated with suspicion and discursively defamed as »Wirtschaftsflüchtlinge«⁶ (cf. *ibid.*). Among the third-country refugees, international students from African and Asian states have raised the most political (and racist media) attention,⁷ and we interviewed some of them within the framework of our research.⁸

This racist discursive distinction is mirrored in the legal framework. With the current regulation, Ukrainian citizenship (and permanent residence titles) become the decisive factors to be considered in the application of the Mass Influx Directive. But this is by no means necessary. The EU member states were free to include »other groups, such as students from third countries or workers with a temporary stay permit« (bordermonitoring.eu 2022). However, »Der Spiegel« revealed how the exclusion of third-country refugees without permanent residence status in the Ukraine has come about: Austria, Poland, and Slovenia (which in principle advocate a restrictive European migration policy), agreed to the Mass Influx Directive only under the condition that third-country nationals without permanent residence remain excluded

5 | There is no research so far that explains that shift. One reason might be the geostrategical opposition to Russia.

6 | *Wirtschaftsflüchtling* (economic migrant) is a racist term that suspects refugees only to be interested in improving their economic situation and that therefore questions migrants' entitlement to refugee protection.

7 | Before the outbreak of war, international students paying tuition fees were an economic factor in Ukraine. The wide range of courses offered in English and the low cost of living were particularly attractive to students from African, Arabic and Asian countries.

8 | Although they are not so visible in political debates or media reports in Germany, also non-Ukrainian refugees with other Eastern European citizenships outside the EU, like for example Moldavians face the exclusion from the mass influx directive. And anti-Slavic racism remains powerful in general: The Senator of the Interior from Berlin, to name one example, suggested in November 2022 to deport Moldavian refugees to make space in refugee shelters for Ukrainian refugees (cf. Tagesspiegel 2022).

from it (cf. Der Spiegel 2022b), being quite aware of the group of 75.500 international students from African, Arab, and Asian countries (ibid.).

Against this backdrop, the Mass Influx Directive can be seen as a macro-level instrument to legally frame unequal access to rights in the current Ukrainian war context. We understand this as a form of racist exclusion that corresponds to racist discourses and policies against immigrants from African, Asian, and Eastern-European countries.

INSTITUTIONAL RACISM: THEORETICAL FRAMEWORK

What does this macro-level legal exclusion mean for the access to social and legal resources for third-country refugees? The so-called visa-free stay and thus the exemption from the requirement of a residence permit for refugees from Ukraine was firstly granted for 90 days and then extended twice each for 90 days ending 30.11.22. In Berlin, a follow-up transitional solution has been found and allowed third-country refugees to stay for another three months – ending 31.01.23 (cf. Senatsvorlage No. S-606/2022; Mediendienst Integration 2022). In Berlin, however, third-country nationals without a permanent residence permit are now advised by an internal regulation of the Berlin Senate to apply for temporary protection under §24 of the Residence Act. This is due to the impossibility of a permanent and safe return to the country of origin. Although the prospects of a positive decision are not good in most cases, the applicants are issued a fictitious certificate for the duration of the procedure and the applications have to be individually examined by the »Landesamt für Einwanderung« (LAE).⁹ In view of the highly problematic handling of third-country refugees from Ukraine by the social welfare offices, as described in the following chapters, it is important to emphasize that the entitlement to social benefits begins when certain conditions are met: the person in need of assistance shows up at the social welfare office; the person proves their residency in the territory of the Federal Republic of Germany; and the social welfare office becomes aware of their need pursuant to Section 6b AsylbLG. Accordingly, prior registration, ID treatment or registration with the foreigner's authority are not explicit a legal prerequisite for the commencing of benefits. This means that all refugees from Ukraine - regardless of their residence title in Ukraine - are initially entitled to benefits under the AsylbLG within the above-

⁹ | This information was given to us during a conversation with CUSBU-members at 21.11.2022.

mentioned period of the visa-free stay. As soon as a fictitious certificate has been issued, the refugee is generally entitled to benefits according to SGB II/XII, as well as child benefits (cf. Asyl.net 2022).

Our research results show that these rights are generally blocked by federal and municipal offices in Berlin, such as the social service and the Job Center. To analyze these violations of rights, we use the theoretical framework of institutional racism. Racism is to be understood as a social relation or as a social structure (Weiß 2001). Theories of institutional racism analyze how this relation is reflected in organisations and institutions (cf. Karakayali 2022). Studies on institutional discrimination show how habitualised and collectively shared rule-like norms, values, and expectations are inherently racist, or they cause unintended racist effects so that they can no longer be traced back to individuals acting in a racist manner (cf. Gomolla/Radtke 2009). Whether these institutional racist exclusions are implemented on purpose or by accident is controversially debated. Scholars on postcolonial theory point to the fact that some institutions like the police were even founded for the very reason of stabilizing racist distinctions (cf. El-Tayeb/Thompson 2019).

Current research points to the connection between racist knowledge and the resulting exclusionary practices. Racist knowledge in institutions consists of socially and generally available discourses, stereotypes, and prejudices as well as institution- or organization-specific experiential knowledge (cf. Hormel 2010: 177). Institutional knowledge and legitimations play a subordinate role in our study as we do not include the perspectives of the respective authorities and public institutions. Rather we asked the third-country refugees about their experiences. This widely proven approach (cf. Ahmed 2012) allows for collecting data about exclusionary practices, which are difficult to directly observe, which have not been documented by the respective institution, and which would not be named in interviews with employees.

For our aim to explain the experiences of third-country refugees with Job centers and social services in Berlin, we refer to the state of research on institutional racism within administrations. Regarding social- and health services and Job Centers, only a few studies focus on institutional racism in Germany. The following strategies have been identified as recurring practices: Restrictive handling of applications due to the insinuation of an inappropriate claim of exploitation of the social system or criminal motivation (cf. Graevskaia et al. 2022: 8; Neuburger/Hinrichs 2021: 43); rejection of social benefit claims at the municipal level (cf. Graevskaia et al. 2022: 12; Neuburger/Hinrichs 2021: 42); neglecting responsibility (Neuburger/Hinrichs 2021: 44); and making people wait and delaying the granting of benefits with the aim that claimants disappear from the authority's jurisdiction (cf. Graevskaia et al. 2022: 8; Neuburger/Hinrichs 2021: 68). A major theme in the literature points to the failure

to deal with language barriers, which Neuburger and Hinrichs understand as means of direct discrimination (cf. *ibid.*: 82), because people are ‘made’ unable to exercise their rights due to the authorities’ insistence on German as the lingua franca. Not offering translation is also understood as an educational measure to encourage people to learn German by officials (cf. Graevskaia et al. 2022: 7), often violating data protection with stopgap solutions such as translations by security personnel (cf. *ibid.*: 9). We review these racist practices and complement the research made on them with our research results.

METHODOLOGICAL APPROACH

The third-country refugees from Ukraine we have interviewed are students or labor migrants from third countries without a permanent residence permit in Ukraine. They include three persons from Kenya, two persons from Nigeria and one person each from each of the following countries: Iraq, Egypt, Zambia, Zimbabwe, and Algeria. They are all clients of the CUSBU association that was founded in March 2022. CUSBU is being funded by the Senate Department for Integration, Labor, and Social Affairs.

The research process took place in several phases. From April to July 12 of 2022 the students volunteered to support the work of CUSBU. Forty-two ethnographic observation protocols were written about volunteer assignments. After the end of the volunteer phase, the students conducted ten guided qualitative interviews with refugees and three with the CUSBU team-members. The interviews were conducted in English, transcribed and pseudonyms were created (except for the interviews with the CUSBU team members). The interviews were analyzed using the qualitative-structural content analysis method according to Kuckartz (2012), with which the interview material was coded deductively and inductively. The observation protocols were not systematically analyzed, but some protocols are quoted below for illustrative purposes.

The interviews with the CUSBU team-members, Rajaa Sabbagh, Vicky Germain, and Sharon, reveal that CUSBU engages in a variety of networking activities, for example with other NGOs, but also with organizations that provide accommodation support. In addition, legal and psychological help is organized, and in some cases, contacts are even established with NGOs and lawyers in Ukraine for legal issues. Other activities include political and lobbying work with political parties, politicians, and other stakeholders, as well as working with the crisis team of the Berlin Senate to draw attention to the precarious situation of third-country nationals. Finally, the ne-

cessity to keep up to date with the changing political and legal framework conditions is described as another field of activity. According to the CUSBU association, a total of 4.429 third-country nationals have been served by the association since March 2022¹⁰. Rajaa Sabbagh sees one of the goals of CUSBU as providing a safe space for the clients:

»Trying to fill the gap between the social office and the clients and trying to make them feel better. With this back and forth of treatment, back and forth treatment from the social office.« (Rajaa Sabbagh, lines 135-137)

The refugees greatly appreciate this support. All interviewees emphasized that they received support only from these non-governmental support services, and that CUSBU plays a particularly important role as a mediator between third-country nationals and the authorities.

»STUCK IN A LIMBO«: EXPERIENCES WITH AUTHORITIES

»When asked about the interviewees' experiences with the federal authorities, we received particularly extensive statements. Most of the interviewees' experiences refer to situations and events in the social welfare offices of the Berlin districts. The interviewed CUSBU team members generally question the existing regulations for third national citizens from the legal standpoint. They are critical of the fact that Ukrainian residents and non-residents are given different legal determinations, although they all fled from the same war. The refugees are also very aware of this unequal treatment: »Treating us differently from the Ukrainians is just a workaround to denying us our rights« (Aaron B., lines 87-89).

The team members believe that all applications for residence titles from third-country nationals are systematically rejected by the State Office for Immigration (Landesamt für Einwanderung, LAE), because the case workers do not conduct interviews with the applicants—which they are obliged to do—and rather make their decisions based on files.

»Everything is super not transparent. Until now, all the people who had their interviews, did not actually have an interview. They just went

10 | see cusbu.de [23.10.2023]

there, submitted the paper, and were told to wait. And then they were called again and were told that Berlin cannot help them. They didn't even know that the person they were talking to is not the person making the decision. They didn't know that they are talking to the translator, not the case worker.« (Sharon, lines 70-74)

This causes extreme frustration, above all because they see their clients' motivation and engagement; despite the trauma of the war and having to adapt into a completely new reality, the refugees were strongly committed to taking German courses and looking for residence opportunities. The team members criticize, that these efforts are not recognized or appreciated by the LAE. For students from African and Asian countries, the situation is particularly precarious because most of them invested a lot of money in their education in the Ukraine. A return to the countries of origin without a degree is therefore not an option.

As mentioned above, the previous residence status of the refugees in Ukraine is decisive for the decision on a residence prospective according in application of the Mass Influx Directive for temporary protection in Germany. For the duration of the visa-free stay in Germany (at least 90 days) as well as for the associated social benefits, all refugees from Ukraine need not present proof of the type of stay in Ukraine, a passport or passport replacement document. Also, existing passports may not be withheld by the authorities without good cause (e.g., in case of a concrete suspicion of forgery) (cf. Asyl.net 2022).

However, the interviewed CUSBU team members report instances in which the refugees' passports have been confiscated. Several of the interviewees also explained that officials, especially at the social welfare offices, demand documents (such as a Ukrainian student ID) confirming their stay in Ukraine, ignoring the fact that these people fled a war zone and may not have had the chance to retreat these documents. Some government officials demanded that third-country refugees must present a Ukrainian passport, even though this is not required by law neither for a visa-free stay nor for an application for temporary protection:

»[...] at the beginning, they [the authorities] did not accept us. They said, you need to go back. If you don't have an Ukrainian passport, you can't do anything.« When we asked for money [social benefits], they said »you need an Ukrainian passport.« (Saido M., lines 12-16)

In addition, there are repeated attempts, contrary to the legal basis, to send third-country refugees to the asylum procedure or back to Ukraine to allegedly obtain missing documents (Sada M., lines 59-68; Nathan T., lines 8-17; Ayo S., lines 27-28). The request to obtain and present documents that are difficult or impossible to

organize - which would often require a dangerous return journey to Ukraine - leads to helplessness. Nathan T., for example, said that the required ID card was lost during the flight to Germany:

»I cannot rely on any governmental system here because I can't prove that I was in Ukraine or that I was legally in Ukraine.« (Kim W., 58-61)

The lack of sufficient information about official processes also causes frustration among the interviewees. Despite intensive efforts to obtain information, there is a lack of clarity about what is expected of third-country refugees, what steps need to be taken, which offices are responsible for which concerns. Additionally, the authorities' practice of sending refugees back and forth between different offices and authorities is perceived as demoralizing. Lisa I. states:

»[...] there's not enough information being given. You're not being told: ›You need to do this and this and this, and then move from here and get this and this and it's done.« It's: ›You got here, I don't know how you got here from there. I just do what I'm supposed to do. I won't even explain it, and then go and figure it out on your own.‹« (Lisa I., lines 21-25)

This quote also addresses the perceived arrogance of the authority employees, who obviously do not see it their task to explain and effectively inform about official processes. This impression of shifting responsibilities back and forth on the part of the authorities also corresponds with the students' experiences as volunteers at CUSBU. The observation protocols document various situations in which refugees tell the volunteers about their disastrous experiences with authorities:

»A young man who studied in Ukraine and was born in Morocco was very distressed because he had problems with his registration. He told me that he didn't know where to go and had already slept on the street for an appointment at the Bürgeramt¹¹ in Hamburg. He had driven all the way to Hamburg for the appointment and, on the spot, he was sent away again without his documents that he had brought with him being looked at.« (Protocol 12, lines 24-29)

This shows that the authorities' actions are hardly comprehensible, sending the refugees around in a senseless way and even exposing them to danger. In other

cases, refugees were given appointments with authorities without being informed about what was supposed to happen during these appointments (Protocol 11, lines 25-28).

Furthermore, the refugees we interviewed repeatedly complained about the slowness of the official processes in Berlin. Even if procedures are initiated, individual processing steps often take an exceedingly long time, and the refugees have no choice but to wait. This experience is also confirmed by the CUSBU team members, who complain that refugees sometimes must wait months for a hearing by the LAE or for a fictitious certificate, which is a prerequisite for the granting of a language course. This slows down the refugees in their efforts to shape their situation and apply for a residence permit. Ayo S., for example, answers the question about his everyday life by saying:

»I just wake up, and that's all. I'm still waiting. I'm still waiting for the Job Centre in the city where I was, to transfer my documents to the city [...]. The only thing I do now is wake up, come here, hope that they call, hope my documents are transferred.« (Ayo S., lines 31-41)

When the wait for certificates, needed for further steps, causes delays, the persons concerned fall into a state of limbo in which they must passively wait it out. This is a difficult situation for many to endure, especially given the brief period within which they can legally stay in Germany without a visa, during which they must strive for a longer-term stay perspective.

Since all third-country refugees we interviewed spoke English rather than Ukrainian or Russian, the perceived burden of communicating with the authorities is exacerbated when authority employees do not speak English. Three of the interviewees reported that they met case managers at the social offices who had little or no knowledge of English. In two cases, a person was called in to translate into Ukrainian. In one of these cases, the refugee did not speak Ukrainian himself:

»They speak German, and someone translate from Ukrainian, and I do not speak Ukrainian and also don't speak German. So, it was very hard for me [...].« (Leo S., lines 29-35)

In another case, the language spoken by the interpreter turned out to be Russian and not Ukrainian (Alex L. lines 31-36). The lack of knowledge of English among the administrative staff in Berlin authorities and offices, and the lack of English-language information material, are also confirmed by the students' observation protocols:

»First and foremost, I wondered why there were no forms translated into English on the part of the Job Centre.« (Observation protocol 2, lines 12-16)

The lack of knowledge of English on the part of the authorities' employees means that refugees must be accompanied to all offices (Protocol 11, lines 55-60).

ARBITRARINESS, IGNORANCE OR BENDING OF THE LAW?

The CUSBU team members see that the most severe problem is that the authorities act in a completely non-transparent manner and often contrary to the applicable legal situation. For example, the refugees are regularly denied social benefits and accommodation benefits to which they are entitled. Some refugees, therefore, had to run up debts and sleep on the street. A volunteer who supported a refugee economically for months and who ran out of money was asked to prove through his bank statements that he could not continue to finance the refugee (Sharon, lines 56-82). Vicky Germain, in turn, states:

»We have had information withheld from clients. We have had clients told that their reasons for escaping the war, wanting to be in Germany or whatever are not good enough for any type of visa. Under paragraph 24, we have had clients told at social offices that their application for paragraph 24 was denied. It is not their competence to decide whether or not, you know, whether someone's residency permit is going to be given out or not. But they have told the client that it has been denied and they will not receive any funds. We have had clients denied funds for housing. We have had clients denied funds for housing to the point where they have ended up on the street with debt. So, it is very heart-breaking to see how even in a time where it is very clear that the LADG exists that people still feel bold enough to do that from the position of their employment as a government employee.« (Vicky Germain, lines 89-103)

Another problem is the lack of contact persons in the offices with whom incorrect decisions or unclear procedures can be clarified. Furthermore, the team members interviewed observe arbitrariness on the part of the authorities' employees, which is shown by the fact that several people with the same request are treated completely different and the existing regulations are managed very differently depending on the

district. Alex L. also had to experience this when he went to the social welfare office asking for accommodation. He was accompanied with a friend who had also fled Ukraine. Each of them met a different employee in a different and while Alex L. was told to come back the next day, the friend was immediately given a place in accommodation. When Alex L. appeared the next day for the agreed appointment, he was turned away with the words »Berlin is full and there's no place« (Alex L. lines 31-36). The CUSBU team members therefore often accompany their clients to the offices to make the employees aware of the legal situation and to ensure that the refugees receive what they are entitled. However, they often experience resistance from the employees of the authorities.

»We had moments where, for example, at Tegel we were told that we could not accompany people. But the problem is that accompanying someone is a right guaranteed by the law, to any government office. So, considering that Tegel is a governmental facility, one can accompany people. But still, there were attempts to prevent us from that. And it becomes a situation where you realize that if you do not know your rights, like every situation that has to do with People, if you do not know your rights, then you know there's no way for you to observe them. And when you do know your rights, people [officials] just get really annoyed.« (Vicky Germain, lines 34-52)

The CUSBU team members see such behavior as a violation of human rights, but also of children's rights, because they observe that even unaccompanied minors are denied the protection they are entitled to and that children suffer especially when families are torn apart. One reason for this harassing and unwilling behavior of the authorities, according to CUSBU team members, is that since March 2022, new regulations have been introduced several times, which must be implemented quickly, but the authorities' staff are often not sufficiently informed.

Experiences of direct or open racism, in turn, are less frequently mentioned. Alex L. experienced during his visit to the social welfare office how his case worker explained to the interpreter:

»»They are coming here just to take our money. They're coming from their countries to receive money. They don't do anything here«. (...) after that she was talking, I was hearing like she was talking ›Arab, Arab‹ and she told the translator: ›Look, his passport is an Iraqi passport, he's even not Ukranian and he's coming here«. So, she was repeatedly uttering the words ›Arab‹ and ›Iraq‹ and that stuff.« (Alex L., lines 48-49)

CURRENT MAIN PROBLEMS AND FUTURE WISHES

The long and grueling wait for appointments and official decisions, as well as the lengthy and delayed processing of the refugees' documents by the offices, put a great strain on the interviewees and lead to further problems. Almost all refugees interviewed named the acquisition of German language skills as the main current problem. Some interviewees said that the language is needed for the job search, or the continuation of their studies. Most of the refugees interviewed would like to take up a job, which is often not possible due to insufficient German language skills or missing documents. Most of the refugees interviewed are, as explained above, international students who would like to continue or complete their studies in Germany. But current regulations create enormous hurdles for students such as finding a place to study within the period of the visa-free stay, obtaining a study visa, proofing German language skills at C1 level according to the Common European Framework of Reference for Languages, and securing the necessary 10.000 Euros deposit required. The recognition of academic achievements from abroad is also complicated. Finally, many international students who have fled Ukraine are unable to document their temporary study residence in Ukraine, as one of the interviewees in the research project, Kim W., explains:

»The school doesn't want to lose their students, but they can't give out your documents. So even if you write to them, they have a silence policy to remove liability because if they send out the documents and they get lost they'll say you lost them or if they lose their students, they're also losing money. So, if you have someone in Kharkiv that could go and get them for you or you get them yourself, which is practically impossible.« (Kim W, lines 104-108).

Nathan T. has no hopes of getting a place to study in Germany:

»I wanted to study medicine but here it is impossible, you have to forget it because even the German natives told me that they themselves can't get an admission to universities. So, shifting careers is possible but still it is hard for me.« (Nathan T., lines 37-39)

Most of the refugees wish to obtain a residence title in Germany. But the strict regulations put pressure on the refugees because the time is hardly sufficient to fulfil all the conditions for a residence title (language learning, economic independence, university admission and/or employment). Sada M. states:

»Cause it's slow [the administrative processes]. It is so slow that it takes much time to like get things done, and apart from that we have limited time.« (Sada M., lines 109f).

Regarding their professional careers, most of the refugees interviewed primarily wish that they would be able to finish their studies in Germany and find a job so that they would be able to provide for themselves. Sada M. also expressed the wish to overcome the hierarchical differentiation of people based on skin color, origin, and nationality. She dreams of a future in a multicultural and diverse society where everyone is treated equally:

»[...] and my wish for the future is, that we all get to appreciate ourselves more and look beyond our colour and all those things, appreciate each other more, give ourselves a little bit of space so we can work more on ourselves. I wish this will be easier for the upcoming generations [...]« (Sada M., lines 115-119).

DISCUSSION

The interviewees have reported practices such as unlawful collection of documents, demanding unnecessary documents, and expecting them to get back to the war zone in order to get their papers. The unlawful practice of pushing third-country refugees into the asylum procedure is already known from other reports (cf. Conradi 2022, Burger 2022). Blocking social support and accommodation, and refusing to protect minors, are severe threats to the interviewees. Additionally, the attempt to deprive third-country refugees from being accompanied by supporters in government offices is a violation of their rights. The LAE's rejection of residence title applications without a proper procedure are another reported rights violation.

The CUSBU team members and the refugees we interviewed also reported the drastic slowness of official procedures necessary for further steps; the lack of sufficient information and transparency, e.g., sending refugees around between municipal offices and federal states to senseless appointments; as well as the fact that no contact persons for complaints could be found at the authorities. Another problem is the lack of translation and translators that makes it almost impossible for the refugees to go through the application procedures.

Following Graevskaia et al. (2022) and Neuburger/Hinrichs (2021), these actions can be framed as strategies to create non-responsibility, making people wait and delaying the granting of benefits. Letting applicants wait has also been analyzed as a

common exclusionary and grueling strategy of immobilization regarding the asylum policies at the EU external borders, e.g. in Malta, Lampedusa, and the Greek Islands (cf. Tazzioli 2018). The lack of translation services is described as another racist strategy: the failure to deal with language barriers (cf. Neuburger/Hinrichs 2021).

Even measures that appear to be neutral can cause racist discrimination if they have the racist effects of excluding a specific group (e.g. Gomolla/Radtke 2009). Thus, it is possible to speak of institutional racism in that the arbitrary and non-transparent actions of the authorities' employees, as well as the lack of supervision and communication on the part of the Senate administration, work together in such a way that the refugees are unable to exercise their already limited rights. As we only interviewed the refugees, it is unclear how the authorities would legitimize these incidents and exclusions. But neither the complex and changing legal framework nor the fact that the third-country refugees are treated by asylum law until they get their fictitious certificate explains why administrative staff holds back documents, tells refugees to go back to the war zone to get documents, deprives them from accommodation, tries to deny them NGOs support, or neglects to conduct interviews with them, as LAE staff does with the refugees.

As a result, third-country refugees are forced to wait idly for appointments, papers and permits, and they must make frequent pointless visits to the authorities, despite their high motivation and great commitment to consolidating their stay. The CUSBU team members are seen as a valuable support from the refugees' perspective. However, since refugees must be accompanied when dealing with the authorities, because otherwise their rights are threatened with disregard, CUSBU is drastically understaffed even though it still receives voluntary support.

CONCLUSIONS

As discussed in the theoretical part of this paper, the Mass Influx Directive has knowingly and intentionally created the structural conditions for the unequal treatment of refugees, differentiating between with Ukrainian citizenship and third-country nationals without permanent residence titles in Ukraine. However, despite knowledge about the disadvantaged situation of third-country refugees without permanent residence status in Ukraine, the German government has not yet tried to enact a separate protection status for this group. Only Berlin, Hamburg and Bremen have so far adopted special regulations that allow for more time to apply for a residence title at all. Third-country nationals are subject to completely unclear regulations at the level of institutional implementation of the Mass Influx Directive by the offices and au-

thorities concerned, which, moreover, change rapidly without this being adequately communicated to the authorities that must work with them, which, in turn, leads to each authority handling processes differently. The administrative implementation of these regulations is difficult to control and is not controlled. The result is arbitrary official practices of letting people wait, disinformation, and the withholding of social benefits, which contribute to the fact that refugees from third countries cannot consolidate their stay. Obtaining student status is also nearly impossible because the timeframes for enrollment are too short, and the requirements for the level of German and financial requirements are too high. This can be understood as a form of institutional racism, and the strategies adopted by the officials, described here, are also known from other studies on institutional racism (cf. Graevskaia et al. 2022; Neuburger/Hinrichs 2021; Ahmed, 2012).

Black third-country refugees are a racially marginalized group. This is shown both by the separate legal regulations applied to them, the racist attacks they suffer during the flight from Ukraine, and the accompanying media discourse which differentiates between educated, able-bodied Ukrainians who deserve support on the one hand, and BIPoC refugees who are accused of illegitimate economic interests on the other (cf. Akçit 2022). The actions of the authorities described here contribute to preventing BIPoC refugees from consolidating their stay.

This research on institutional racism is limited to the perspective of the refugees and the professional staff of a non-state counselling facility, CUSBU. Therefore, further research that accommodates the perspective of the social welfare offices, the Job Center, and the LAE is needed. But in any case, the question arises as to why the Berlin Senate has decided to create non-transparent and inadequately implemented special rules for a relatively small group of refugees, which threatens to lead to the deportation of many initiative-taking and hard-working young people. This is particularly surprising because the city of Berlin has been a member of several pro-migrant city networks since 2018, such as the EU-wide Solidarity Cities alliance and the German city network of »Safe Havens«.

LITERATURE

- Ahmed, Sara (2012): *On being included. Racism and Diversity in Institutional Life.* Durham: Duke University Press.
- Akçit, Hakan (2022): *Flucht und Rassismus. Solidarität muss bedingungslos sein.* In: Heinrich Böll Stiftung: *Heimatkunde vom 19.04.2022.* URL: heimatkunde.boell.de [02.11.2022].

- Anhang II der EU-Verordnung 2018/1806 (2018): Verordnung (EU) 2018/1806 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.11.2018. URL: eur-lex.europa.eu [09.11.2022].
- Aydemir, Fatma et al. (2020): *Eure Heimat ist unser Albtraum*. 8. Aufl. Berlin: Ullstein Buchverlage.
- Asyl.net (2022): *Fragen und Antworten: Perspektiven für nicht-ukrainische Staatsangehörige, die aus der Ukraine geflüchtet sind*. URL: asyl.net [09.11.2022].
- Balibar, Etienne / Wallerstein, Immanuel (1990/1998): *Rasse. Klasse. Nation. Ambivalente Identitäten*. Hamburg: Argument.
- Bojadžijev, Manuela (2009): *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- bordermonitoring.eu (2022): *Zur Umsetzung der Massenzustromrichtlinie vom 03.03.2022*. URL: bordermonitoring.eu [09.11.2022].
- Burger, Reiner (2022): "Ukraineflüchtlinge. Die Probleme der Drittstaaten". In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12.11.2023. URL: msn.com [22.06.2023].
- Conradi, Friedrich (2022): "Asylbewerber wider Willen?" In: *Süddeutsche Zeitung* vom 1.5.2022. URL: sueddeutsche.de [22.06.2023].
- CUSBU (Community Support for BiPoC students Ukraine): URL: cusbu.de [09.11.2022].
- El Tayeb, Fatima / Thompson, Vanessa (2019): *Alltagsrassismus, staatliche Gewalt und koloniale Tradition. Ein Gespräch*. In: Baile, Mohamed Wa / O. Dankwa, Serena / Naguib, Tarek / Purtschert, Patricia / Schilliger, Sarah (Hg.): *Racial Profiling. Struktureller Rassismus und antirassistischer Widerstand*. Bielefeld: transcript.
- Gomolla, Mechthild / Radtke, Frank-Olaf (2009): *Institutionelle Diskriminierung*. Springer: VS.
- Graevskaia, Alexandra / Menke, Katrin / Rumpel, Andrea (2022): *Institutioneller Rassismus in Behörden – Rassistische Wissensbestände in Polizei, Gesundheitsversorgung und Arbeitsverwaltung*. IAQ-Report 2022/2. URL: ec.europa.eu [22.01.2023].
- Hall, Stuart (1990): *Rassismus und kulturelle Identität*. *Ausgewählte Schriften 2*. Hamburg: Argument Verlag.
- Handelsblatt (2022): *Die Ukraine zeigt Deutschland, wie digitaler Schulunterricht geht*. *Handelsblatt* vom 25.05.2022. URL: handelsblatt.com [22.01.2023].
- Heer, Hannes / Naumann, Klaus (Hg.) (1997): *Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944*. Hamburg: Zweitausendeins.
- Hochschild, Arlie Russel (2012): *The outsourced self*. New York: Metropolitan.
- Hormel, Ulrike (2010): *Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem*. In: Hormel, Ulrike / Scherr, Albert (Hg.): *Diskriminierung. Grundlagen und Forschungsergebnisse*. Wiesbaden: VS Verlag. 173–197.
- Kalpaka, Annita / Nora Rätzl (1986/2017): *Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein*. Hamburg: Argument Verlag.
- Karakayali, Juliane (2022): *Kritische Rassismusforschung: Theorien, Konzepte, zentrale Befunde*. In: Hunold, Daniela / Singelstein, Tobias (Hg.): *Rassismus in der Polizei*. Wiesbaden: Springer. 15-33.

- Karakayali, J. / Kron, S. / Ali Adam, G.-E. / Beierle, L. / Dier, F. / Hakakzadeh Zanjani, R. / Jacenko, M. / Minuth, A.-S. / Qunaj, L. / Sarb, A. / Sünderhauf, A. / Steegmann, H. / Theilmann, K. / Tiemann, I. (2022): Die rechtliche und soziale Situation aus der Ukraine geflohener Drittstaatler*innen in Berlin in rassismuskritischer Perspektive. Working Paper URL: eh-berlin.de [22.01.2023].
- Kuckartz, Udo (2012): Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Weinheim: Beltz Juventa.
- Mecheril, Paul (2004): Einführung in die Migrationspädagogik. Weinheim: Beltz.
- Mediendienst Integration (2022a): Flüchtlinge aus der Ukraine. URL: mediendienst-integration.de [09.11.2022].
- Mediendienst Integration (2022b): Weniger Straftaten mit Bezug zum Ukrainekrieg. URL: mediendienst-integration.de [21.6.2023]
- Neuburger, Tobias / Hinrichs, Christian (2021): Mechanismen des institutionellen Antiziganismus. Kommunale Praktiken und EU-Binnenmigration am Beispiel einer westdeutschen Großstadt. Forschungsbericht für die unabhängige Kommission Antiziganismus. Hannover: Institut Bildung-Forschung-Qualifikation e.V. URL: institut-fuer-menschenrechte.de [09.11.2022].
- Pallokat, Jan / Poth, Attila / Siggelkow, Pascal (2022): Schwarze Menschen an Flucht gehindert? Tagesschau vom 08.06.2022. URL: tagesschau.de [02.11.2022].
- Panagiotides, Jannis (2023): Flucht aus der Ukraine, postsowjetische Migration und die Zukunft der Migrationsgesellschaft. Frankfurt: UTB.
- Petersen, Hans Christian / Panagiotidis, Jannis (2022): Rassismus gegen Weiße? Für eine Osterweiterung der deutschen Rassismusdebatte. URL: bpb.de [22.01.2023].
- Pro Asyl (2022): Angriffskrieg auf die Ukraine: Rassismus auf der Flucht. URL: pro-asyl.de [02.11.2022].
- Scherschel, Karin (2015): Rassismus als flexible symbolische Ressource. Bielefeld: transcript.
- Schork, Franziska / Loschert, Franziska / Kolb, Holger (2022): ‚Zeitenwende‘ bei der Arbeitsmarktintegration? Teilhabe und Prekarität von Ukrainerinnen und Ukrainern am deutschen Arbeitsmarkt. SVR-Policy Brief 2022-3. URL: frnw.de [22.01.2023].
- Der Spiegel (2022a): Menschenhandel an der Grenze zur Ukraine. Ausgabe vom 09.04.2022. URL: spiegel.de [22.01.2023].
- Der Spiegel (2022b): Warum ausländische Studierende um ihre Zukunft in Deutschland bangen. Ausgabe vom 24.11.2022. URL: spiegel.de [22.01.2023].
- Tagesspiegel (2022): ‚Wir schieben nach Moldawien ab‘. Berlins Innensenatorin löst großen Streit in der Koalition aus. Ausgabe vom 30.11.2022. URL: tagesspiegel.de [22.01.2023].
- Taz – Die Tageszeitung (2022): Ganz klares racial profiling! Ausgabe vom 06.03.2022. URL: taz.de [02.11.2022].
- Tazzioli, Martina (2018). The Temporal Borders of Asylum. Temporality of Control in the EU Border Regime. *Political Geography*, 64. 13–22.
- Terkessidis, Mark (2021): Wessen Erinnerung zählt? Koloniale Vergangenheit und Rassismus heute. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Walburg, Christian (2022): Kriminell oder kriminalisiert? Die Rolle der Polizei bei Verdachtsschöpfung und Konstruktion der »Ausländerkriminalität«. In: Hunold, Daniela/Singelstein, Tobias (Hg.): Rassismus in der Polizei. Wiesbaden: Springer VS. 385-205

Weiß, Anja (2001): Rassismus wider Willen. Ein anderer Blick auf eine Struktur sozialer Ungleichheit. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Engagement für ukrainische Geflüchtete

Eine »Zweiklassen-Solidarität«?

THERESA WAGNER, HELEN SCHWENKEN

Abstract: In the course of the war in Ukraine, there has been a strong reactivation and new activation of volunteers in the field of refugee support. The article firstly traces this phase of engagement and works out similarities and differences to the situation in 2015/2016. The profiles of those involved and the motives for their involvement are very similar to those of earlier waves of involvement. What is new is the strong engagement of Russian and Ukrainian speakers in Germany and the number of persons offering private accommodation for refugees. Due to the application of the ‘mass influx directive’, Ukrainian refugees started their lives in Germany under significantly better conditions than other refugees when it came to finding a place to live and taking up employment. The article therefore discusses secondly whether this constellation might also lead to ›first and second class‹ solidarity among those who get involved. The article is based on the analysis of 58 qualitative interviews with people who are volunteering for refugees in Germany.

Keywords: volunteerism, solidarity, refugees, Ukraine, qualitative research

Februar und März 2022: In Deutschland bilden sich Empfangskomitees an Bahnhöfen um ukrainische Geflüchtete mit dem Nötigsten zu versorgen und sie an Erstaufnahmeeinrichtungen oder Privatunterkünfte zu vermitteln. Willkommenscafés werden wieder aktiviert und Spendensammlungen organisiert. Auch auf kommunaler Ebene erinnert Vieles an die Zeit von 2015/2016. Die Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen wurden knapp, die Beschulung der Kinder musste aus dem Stand organisiert und Sprachkurskapazitäten erweitert werden. Wieder waren es ehrenamtliche Unterstützer_innen, die den Menschen das Ankommen in Deutschland erleichterten. Es war schnell die Rede von einer »neuen Willkommenskultur« (Welt Online 2022). Der Beitrag zeichnet diese Phase des Engagements nach und arbeitet Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur Situation in den Jahren 2015/2016 heraus.

Die Formen und individuellen Verläufe des Engagements gehen auf das Zusammenwirken von strukturellen und individuellen Faktoren sowie den Umgang mit Enttäuschungen und Frustration zurück (Wagner/Schwenken 2023). Beim Engagement für ukrainische Geflüchtete spielen zwei strukturelle Faktoren eine besondere Rolle: zum einen die Herkunft der Geflüchteten aus einem europäischen Land und zweitens,

die Implikationen der europäischen ›Massenzustrom-Richtlinie‹. Mit dieser entschied sich die Europäische Union anders als 2015 – als hunderttausende Menschen sich aufgrund des Krieges in Syrien auf den Weg machten, die Grenzen der EU illegalisiert und mühsam überwinden mussten und teils zu Fuß monatelang entlang der sogenannten Balkanroute unterwegs waren – für eine pragmatische und solidarische Aufnahme von Betroffenen des Krieges. Ukrainische Geflüchtete starteten ihr Leben in Deutschland unter anderen, deutlich besseren Bedingungen bei Wohnortsuche und Aufnahme von Erwerbstätigkeit. Führt diese Konstellation möglicherweise auch zu Solidarität ›erster und zweiter Klasse‹ bei denjenigen die sich engagieren?

EIN KNAPPER RÜCKBLICK: DIE ›WILLKOMMENSKULTUR‹ IM WANDEL

Die sogenannte Willkommenskultur mit ihrer Hochphase in den Jahren 2015 und 2016 ist vor allen Dingen durch drei Worte der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel im kollektiven Gedächtnis der deutschen Bevölkerung verankert: »Wir schaffen das«. Die Kämpfe und Proteste der Geflüchteten und ihrer Unterstützer_innen und vor allen Dingen der »March of Hope« vom 5. September 2015, hatten den Druck auf die Mechanismen des europäischen Migrationsregimes derart erhöht, dass das Dublin-System, einer der wichtigsten Grundpfeiler der europäischen Migrationskontrolle, faktisch außer Kraft gesetzt wurde (ZDF 2019). Deutschland machte von seinem Selbsteintrittsrecht Gebrauch und ermöglichte den legalen Grenzübertritt für syrische Geflüchtete. Das an Kapazitätsgrenzen stoßende Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und überforderte kommunale Strukturen wurden durch zivilgesellschaftliches Engagement für die Geflüchteten gestützt. Dieses bürgerschaftliche Engagement gilt in Deutschland als »Sternstunde für die Zivilgesellschaft« (Schiffauer/Eilert/Rudloff 2017: 29). Innerhalb kürzester Zeit bildeten sich fast flächendeckend zivilgesellschaftliche Initiativen, Helfer_innenkreise und Runde Tische mit Unterstützungsangeboten für geflüchtete Menschen (Gesemann/Mayer/Seidel 2019). Laut der ersten repräsentativen Studie zu ehrenamtlichem Engagement für Geflüchtete, die 2017 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlicht wurde, haben sich zwischen 2015 und 2017 insgesamt 55 Prozent der Bevölkerung für Geflüchtete engagiert (inklusive Geld- und Sachspenden) (BMFSFJ 2017). Die meisten Aktiven waren bei der Orientierungshilfe für Geflüchtete (66%), in Form gemeinsamer Freizeitgestaltung (58%), in der Vermittlung von Sprachkompetenzen (55%) bzw. durch Begleitung bei Behördengängen (50%) tätig (BMFSFJ 2017: 17).

Seit 2015 hat sich das Feld der ehrenamtlichen Unterstützung von Geflüchteten ausdifferenziert und gewandelt. Nicht zuletzt die Projektförderung durch Bund, Länder und Stiftungen hat über die Finanzierung dafür gesorgt, dass ein Teil der Angebote finanziert und mit bezahlter Arbeitskraft durchgeführt werden konnte (vgl. die Zusammenstellung unter: bpb 2023). Kooperationen haben sich verfestigt, Informationsflüsse laufen routinierter ab, die Verwaltung der Geflüchteten wurde formalisiert und bürokratisiert. Spontane Angebote sind weniger notwendig, Aufgaben werden von neu eingestellten hauptamtlichen Mitarbeiter_innen übernommen. Der Bereich der Integration in den Arbeitsmarkt hat an Relevanz gewonnen und das Thema der Geflüchtetenunterstützung scheint mehr zu einer Querschnittsaufgabe in verschiedenen Engagementbereichen geworden zu sein (bspw. in Sportvereinen etc.) (Simonson et al. 2021: 28). Diese Entwicklungen führen zur Konsolidierung und Professionalisierung des Engagements, teilweise aber auch zu einem Rückzug von Ehrenamtlichen (van Dyk/Boemke/Haubner 2020; vgl. Mutz/Wolff 2018).

Spätestens seit 2017 »begann die »neue Bürgerbewegung« zu schrumpfen« (van den Berg/Grande/Hutter 2020: 231). Van den Berg et al. sehen als Gründe dafür weniger den Rückgang der Geflüchtetenzahlen oder die Klärung der dringendsten Versorgungsprobleme. Vielmehr seien es Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen mit Behörden und die Überforderung der Freiwilligen, die das Engagementfeld schrumpfen ließen (vgl. ebd.). Andere sehen neben dem Rückzug der Engagierten auch eine zunehmende Politisierung des Engagementfeldes in Reaktion auf Frustrationen und das Gefühl, durch das eigene Engagement keine Änderung herbeiführen zu können (van Dyk/Boemke/Haubner 2020; vgl. Mutz/Wolff 2018). Bewegungen wie die »Seebrücke« und die Unterstützung von Seenotrettung im Mittelmeer sind Ausdruck davon. Auch für den durch Projektförderung professionalisierten Bereich ergaben sich Veränderungen, denn viele der zeitlich befristeten Projekte wurden nicht verlängert und Förderlinien liefen aus. Seit dem Frühjahr 2020 führte die Pandemie zu einem weiteren Rückgang des Engagements, da z.B. der Zugang zu Gemeinschaftsunterkünften über längere Zeit nicht möglich war und digitale Angebote etwa für Sprachkurse oder zur Hausaufgabenbetreuung nicht immer möglich waren (z.B. keine Verfügbarkeit von Laptops oder unzuverlässige Internetverbindungen). Auf Begegnung gerichtete Angebote ließen sich auch nicht zufriedenstellend durch digitale ersetzen.

Die Situation des zivilgesellschaftlichen Engagements im Themenfeld Flucht vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 stellte sich somit als konsolidiert, aber auf niedrigerem Niveau als 2015/2016 dar.

ZUR DATENBASIS

Im Verbundforschungsprojekt »aktivzivil«¹ interessierte uns mit dem Ausgangspunkt der ›Willkommenskultur‹ 2015ff., warum Menschen aktiv werden, es bleiben, ihr Engagement abbrechen oder es verlagern. Nicht damit gerechnet hatten wir, dass wir das Wechselspiel von Re- und De-Aktivierung mit der Corona-Pandemie und dem Ukrainekrieg quasi experimentell würden beobachten können. Unser Projekt begann im Frühjahr 2020 mit Beginn der Pandemie in Europa – keine einfache Situation Interviews zu führen und Beobachtungen vor Ort zu machen. Anfangs standen gerade ältere Aktive digitalen Interviewmethoden skeptisch gegenüber. In vier Mittelstädten (in Nord-, West-, Süd- und Ostdeutschland) mit unterschiedlichen Charakteristika (bezüglich der wirtschaftlichen Situation, dem Anteil an nicht-deutscher Wohnbevölkerung und unterschiedlichem Ausmaß der Politisierung des Themas Migration und Flucht) erhoben wir zwischen Frühjahr 2020 und Herbst 2022 problemzentrierte Interviews zu den Engagementbiographien. Die Interviews fokussierten auf die Phase zwischen 2014 und 2017 sowie die dann jeweils aktuelle Situation. Als im Frühjahr 2022 der Krieg in der Ukraine ausbrach, beschlossen wir die neue Entwicklung mit aufzunehmen. Wir erhoben einige Daten bei den bereits Interviewten nach, und nahmen weitere Engagierte in das Sample mit auf. Insgesamt führten wir 58 Interviews. Sechzehn Interviews fokussieren dezidiert auf das Engagement für ukrainische Geflüchtete. Diese Interviews stehen im Zentrum des Beitrags, es werden aber alle Interviews berücksichtigt, um das Ukraine-Engagement zu kontextualisieren und besser zu verstehen.

Wir nehmen zudem Ergebnisse zweier quantitativer Befragungen des DeZIM-Instituts mit auf. Eine Befragung wurde zu privater Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine als einer »neuen Plattform des Engagements« (Haller et al. 2022) durchgeführt. Und eine Schnellbefragung erhob bereits im März 2022 Reaktionen auf den Ukraine-Krieg (Mayer et al. 2022). An beiden Befragungen waren wir Autorinnen nicht beteiligt, aber das DeZIM als Verbundpartner im Forschungsprojekt »aktivzivil«.²

1 | »Die aktivierte Zivilgesellschaft: Eine Analyse der nachhaltigen Wirkung von bürgerschaftlichem Engagement auf Sozialkapital und Gemeinwohl« (2020–2023), gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Förderkennzeichen des Teilprojekts ›Einbindung‹: 01UG2010B. Wir danken neben dem BMBF für die Förderung, unseren Interviewpartner:innen und den anonymen Gutachtenden für wichtige Hinweise und Kommentare.

2 | Angaben zur Methode beider Befragungen finden sich in den jeweiligen Veröffentlichungen.

ENGAGEMENT FÜR UKRAINISCHE GEFLÜCHTETE IN DEUTSCHLAND

Schon kurz nach Beginn des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 wurde deutlich, dass es eine große Bereitschaft zur Aufnahme und Unterstützung von Geflüchteten in Deutschland geben würde. In der Schnellbefragung des DeZIM.panels vom 14. März 2022 befürworteten 94 Prozent der Befragten die Aufnahme der Menschen aus der Ukraine. Mehr als die Hälfte konnte sich vorstellen, Geld zu spenden (69%) oder sich ehrenamtlich zu engagieren (58%). Jede vierte Person äußerte zudem die Bereitschaft, jemanden vorübergehend zu Hause aufzunehmen (vgl. Mayer et al. 2022). Dieses allgemeine Wohlwollen gegenüber den ukrainischen Menschen belegen auch zwei spätere, repräsentative Studien zur Solidarität im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine. Gemeinsam mit der Vernetzungsseite #UnterkunftUkraine führte das DeZIM eine Befragung zur privaten Unterbringung von ukrainischen Geflüchteten in Deutschland durch. 82 Prozent der dort Befragten berichteten von guten Erfahrungen mit der Beherbergung von Schutzsuchenden, 80 Prozent würden wieder Geflüchtete bei sich aufnehmen. Insgesamt haben sich auf der Plattform zwischen März und September 2022 mehr als 300.000 Menschen registriert (BMI 2022), ca. 49.000 Geflüchtete konnten darüber an private Unterkünfte vermittelt werden (vgl. Haller et al. 2022). Eine Studie des Leibnitz-Instituts für Wirtschaftsforschung in München (ifo) zeichnet ein ähnlich positives Bild: 58 Prozent der Befragten gaben dort an, ukrainische Geflüchtete müssten sofort integriert werden. Drei Viertel befürworten das Recht auf sowie die Pflicht zu staatlich finanzierten Deutschkursen. Im Unterschied zu einer ähnlichen Befragung von 2016 sehen etwa die Hälfte der Befragten in der Zuwanderung von Ukrainer_innen auch eine Möglichkeit, den Fachkräftemangel in Deutschland auszugleichen (33% in 2016) (Freundl et al. 2022).

Die Hilfsbereitschaft der Zivilbevölkerung für ukrainische Geflüchtete hat zu einem großen Aktivierungsschub im Engagementfeld geführt, der dem von 2015/16 zunächst ähnelte. Doch es sind nicht nur dieselben Engagierten, die durch den Krieg in der Ukraine reaktiviert wurden. Über die Hälfte der Befragten aus der Studie zur privaten Unterbringung gab an, zum ersten Mal im Bereich Flucht und Asyl engagiert zu sein (vgl. Haller et al. 2022). Auch viele unserer Interviewpartner_innen und Kontaktpersonen aus länger bestehenden Organisationen und Netzwerken berichten von einer Welle der Neuaktivierung von Engagierten. Im Folgenden werfen wir einen Blick auf diese neuen Engagierten und ihre Beweggründe.

MOTIVE DER NEUEN ENGAGIERTEN

Der Wunsch zu helfen (61%) und die Freude, die das Engagement bringt (58%) waren laut der oben erwähnten Allensbach-Studie für die Engagierten im Bereich der Geflüchtetenunterstützung zwischen 2015 und 2017 die wichtigsten Beweggründe (BMFSFJ 2017: 26). In der quantitativen, aber nicht repräsentativen EFA-II-Studie zu Strukturen und Motiven der ehrenamtlichen Unterstützung von 2016, gaben über 90 Prozent der Befragten an, ein »Zeichen gegen Rassismus« setzen zu wollen (Karakayalı/Kleist 2016: 33). Die Aktivierung zur Zeit der ›Willkommenskultur‹ war demnach vor allem geprägt von einem pragmatischen Humanismus der Engagierten bei gleichzeitigem Interesse an gesellschaftlicher Mitgestaltung.

Von ähnlichen Motiven berichten auch die 16 Interviewpartner_innen, die wir spezifisch zu ihrem Engagement für ukrainische Geflüchtete befragt haben und von denen ein Großteil zur Gruppe der im Frühjahr 2022 Neuaktivierten gehört. Für sie ist es »der verrückte Gedanke, die Welt ein kleines bisschen besser zu machen«, mit »anderen Traditionen und anderen Menschen« zusammenzukommen sowie Empathie und »Menschlichkeit«. Gleichzeitig betonen auch sie, dass es »einfach auch Spaß« macht und dass es sich um ein »sinnvolles Hobby« handele.

Neben diesen eher klassischen Motiven hat sich gezeigt, dass die räumliche Nähe des Krieges und die Angst, selbst betroffen sein zu können, viele von ihnen bewegt hat. So berichtet beispielsweise ein Engagierter aus Stadt C: »Also [...] bei Syrien hatte ich das tatsächlich noch nicht so auf dem Schirm, das war sehr weit weg«. Auch eine Engagierte aus Stadt A, die eine ukrainische Familie bei sich aufgenommen hat, stellt rückblickend fest: »Ja, irgendwie 2015/16 war, irgendwie kam das nicht so an mich heran«. Das hier beschriebene Gefühl der Betroffenheit der Engagierten belegt auch die Schnellbefragung des DeZIM.panels. Die Mehrheit der Befragten gab darin an, in der ersten Woche nach Kriegsbeginn in »höherem Maße« besorgt (83%) oder verärgert (75%) gewesen zu sein. Mehr als ein Fünftel fühlte sich hoffnungslos, etwas weniger sogar panisch (Mayer u a. 2022). So ging es auch einer Person aus Stadt B, für die das Engagement in gewissem Maße ein Mittel gegen die Ohnmacht wurde, die sie im Angesicht des Krieges spürte.

»Als der Krieg ausgebrochen ist bin ich morgens wach geworden. [...] Und habe dann gesehen die Ukraine wurde angegriffen. [...] und habe gedacht ›ich wird‘ nicht mehr«. [...] Ich fühlte mich richtig schlecht. Also es ging dann auch so weit, dass, ich war richtig besessen von dem Thema. Musste zum Arzt gehen, weil ich Panikattacken gekriegt habe. [...] Und dann habe ich gesagt, ›nee, also, wenn das hier bei uns irgend-

wie ausbrechen sollte, wer hilft uns? Und wir helfen jetzt«. Und dann habe ich mit meinem Mann gesprochen. Und der sagte ›wir helfen, wo wir können. Das machen wir«. Wir haben unser Wohnzimmer leerge-räumt. [...] Und haben am 7. März fünf Flüchtlinge aufgenommen«.

Der Krieg in der Ukraine wird immer wieder als ein Angriff auf ganz Europa und die globale Sicherheitsarchitektur dargestellt. Die Gefahr eines Atomkrieges war seit Ende des Kalten Krieges nicht mehr so real gewesen wie 2022. Einige der Engagierten wandeln ihre Angst vor der Bedrohung in Solidarität mit den schon jetzt akut Betroffenen. Das Gefühl der Betroffenheit bezieht sich darüber hinaus auch auf eine empfundene »kulturelle Nähe« - »dass man sich auch vom Kulturkreis her irgendwie eher ähnelt« (Engagierte aus Stadt A) – die für einige ein Grund waren, sich für die geflüchteten Ukrainer_innen einzusetzen.

Doch was ist mit ›kulturelle Nähe‹ gemeint? Einiges deutet darauf hin, dass damit weniger Sprache, Feste oder Religion gemeint sind, sondern, dass es im Unterschied zu 2015/16 *weiße* Europäer_innen sind, die zu Flüchtenden wurden. Die mediale Darstellung des Krieges als Angriff auf ›uns alle‹ und der politische Umgang mit aus der Ukraine geflüchteten Drittstaatsangehörigen (z.B. Studierenden aus afrikanischen Staaten), die nicht unter die erleichterten Regelungen für Ukrainer_innen fallen, führte nicht nur zu einer großen Welle der Solidarisierung, sondern zugleich auch zu einem Ausschluss all jener, die nicht zu ›uns‹ gehören. So wird in den Interviews immer wieder auch Bezug auf die ›anderen‹ Geflüchteten genommen, die seit 2015/16 nach Deutschland kommen. Ein Engagierter aus Stadt D stellt fest: »Gerade Syrer und so weiter und das habe ich auch, und verstehe das bis zum heutigen Zeitpunkt eigentlich nicht und muss auch dazu sagen, dass ich eben eine gewisse Distanz habe«. Im Unterschied zu den Ukrainer_innen scheinen ihm Menschen aus Syrien fremd, er kann sich seine eigene Distanziertheit nicht einmal selbst erklären. Eine andere Engagierte, die in einer Unterkunft für ukrainische Geflüchtete aktiv ist spricht direkt den Faktor Hautfarbe an: »die Hautfarbe macht einen Unterschied, das hört sich blöd an [...]. Was 2015/16 nochmal herausfordernder gemacht hat, würde ich einfach so behaupten, im Nachhinein.« Die kulturalistisch-rassistische Perspektive wird nicht von allen in der Unterstützung von Ukrainer_innen Aktiven geteilt, sondern auch dezidiert abgelehnt. Auch bildeten sich in einigen Orten Initiativen, die sich spezifisch um die Bedarfe dieser Gruppe kümmerten bzw. in der sich BIPOC-Geflüchtete aus der Ukraine zusammenschlossen (z.B. BIPOC Ukraine & friends in Germany).

Mehr Unterstützung für Frauen und Kinder auf der Flucht?

Eine weitere, häufig angebrachte Erklärung für die große Zahl der neu im Bereich Engagierten, liegt in der Zusammensetzung der Gruppe der Geflüchteten. Die Tatsache, dass es sich bei einem Großteil der Menschen aus der Ukraine um Frauen und Kinder sowie ältere Menschen handelt, könnte den Zugang zum Engagement erleichtert haben (vgl. BMI 2022). Rückblickend auf 2015/16 stellt eine Engagierte fest:

»Und es waren nun einmal hauptsächlich Männer, die geflohen sind. Aus gutem Grund, gutem Grund. Wer weiß, was mit Frauen und Kindern auf der Reise passiert wäre? Und es ist ja leider auch passiert. Aber jetzt sind es Frauen und Kinder. Und es hat mich ganz anders mitgenommen«.

Ähnlich berührt zeigt sich auch eine andere Engagierte: »Also gerade als Mutter glaube ich, wenn man sich vorstellt, man muss jetzt mit den Kindern in ein fremdes Land, spricht die Sprache nicht. . . es war mir einfach ein menschliches Bedürfnis irgendwie zu helfen«. Für die beiden Frauen ist klar, dass sie sich mit Frauen und Kindern in Not leichter solidarisch zeigen können und wollen, weil sie auf ihre eigenen Erfahrungen als Mütter blicken und eine besondere Schutzbedürftigkeit sehen. Daran anschließend liegt auch die Vermutung nahe, dass die schnell und flächendeckend gewachsene Bereitschaft, Menschen privat zu Hause unterzubringen, damit zusammenhängen könnte. Eine Engagierte berichtet: »Ja gut, 2015/16 war ich alleinerziehende Mutter mit zwei kleinen Kindern. Da hätte ich mir nie im Leben Männer ins Haus geholt«. Aus der Zusammensetzung der Gruppe der Geflüchteten ergaben sich auch andere Bedarfe an die Unterstützer_innen (z.B. bezüglich Kinderbetreuung, Versorgung mit Schulmaterialien), was wiederum zu einer Aktivierung neuer Engagierter geführt haben kann.

Die Perspektiven der Engagierten müssen erstens im Kontext der aktuellen Migrationsbewegungen und den politischen Rahmenbedingungen betrachtet werden. Aufgrund der geographischen Nähe der Ukraine zu Deutschland und anderen EU-Staaten und der Möglichkeit der visumsfreien Einreise in die EU, war die Flucht für viele Menschen vergleichsweise sicherer und günstiger als die Flucht vor dem Krieg in Syrien. Zweitens ist zu berücksichtigen, dass die Phase 2015/2016 durch eine geschlechterpolarisierende öffentliche Debatte gekennzeichnet war. Bereits vor den Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht 2015/16 wurde seit dem Herbst 2015 vor den potenziell »gefährlichen, jungen allreinreisenden« Geflüchteten in Medien und Politik mobilisiert (Neuhauser/Hess/Schwenken 2016; Grittmann/Müller 2023). Die Zuspitzung durch die Silvesterereignisse bestätigte einen in Teilen der Gesell-

schaft vorhandenen »Ethnosexismus« (Dietze 2016), also eine Form von Sexismus, der sich auf als ethnisch ›anders‹ markierte Männer bezieht. Die sexualisierten Übergriffe in Köln und anderen Orten wurden im Diskurs verallgemeinert und es entstand die Sozialfigur des ›sexuell übergriffigen muslimischen Geflüchteten‹ (Dietze 2016). In der Folge wurde medial kontrovers diskutiert, ob und inwiefern diese Sozialfigur existiere. Und immer wenn junge, männliche Geflüchtete gewalttätig und sexuell übergriffig wurden, war die öffentliche Reaktion von größerer Empörung und Rassismus bestimmt als bei weißen Tätern. Gabriele Dietze sieht darin im Anschluss an Michel Foucault (Foucault 1978) das Wirken von Wahrheitseffekten. Auch rückwirkend konnte mit dem Ereignis ›Köln‹ plausibilisiert werden, warum bestimmte Geflüchtete nicht integrierbar und potenziell gefährlich seien (Hark/Villa 2017: 10).

Bei der Frage, ob man ukrainische Geflüchtete unterstützt oder gar privat unterbringt bedurfte es keiner Reaktivierung des gegen männliche Geflüchtete gerichteten Ressentiments, denn es kamen Mütter, Kinder und Ältere. Das bedeutet jedoch nicht, wie wir weiter unten zeigen, dass die aktuelle Situation, auch im Binnenverhältnis der Engagierten, frei von hierarchisierenden Differenzdiskursen ist.

Die Rolle russischsprachiger Diasporastrukturen

Anders als in 2015/16 spielen Diasporastrukturen ukrainisch- und russischsprachiger Menschen in Deutschland eine wichtige Rolle in der Unterstützungsarbeit für die aus der Ukraine Geflüchteten (vgl. Aivazishvili-Ghene/Jasina-Schäfer/Panagiotidis 2022). Aufgrund ihrer eigenen oder familiären Migrationsgeschichte hat der Krieg direkte Auswirkungen auf ihr Leben. In der Schnellbefragung des DeZIM.panels geben ca. 40 Prozent der Befragten »aus der ehemaligen UdSSR, aus anderen mittel- und osteuropäischen Ländern und aus Russland« an, Verwandte, Bekannte, Freund_innen oder Arbeitskolleg_innen in der Ukraine zu haben, in Russland ca. 50 Prozent (im Gegensatz zu knapp 20 % bzw. 30 % der Bevölkerung ohne Migrationsgeschichte). Circa ein Drittel von ihnen hat Kontakte sowohl nach Russland, als auch in die Ukraine. Sie sehen sich in einer »emotional besonders belastenden Situation« (Mayer et al. 2022). Die Schnellbefragung belegt zudem eine hohe Engagementbereitschaft dieser Personengruppe. Davon berichten auch einige unserer Interviewpartner_innen: »waren das Leute, die auch aus der Ukraine oder aus Russland waren, oder vielleicht auch aus Kasachstan, die die Sprache sprachen, die hier persönlich auch mittrauerten um ihre, um das, was da passiert, weil sie noch näher dran waren.« Die ehrenamtlich Tätige erzählt von einer Bekannten, die das Gefühl hatte, »weil sie Russin ist, dass sie so schrecklich fand, was da passiert ist, und da quasi versucht hat, das wieder gut zu machen, indem sie Tag und Nacht zu den Heimen fährt und da Sachen

hinbringt und so, neben ihrem Vollzeitjob«. Auch ein Engagierter aus Stadt D betont die Hilfsbereitschaft der »Damen, die bei uns dann noch sind, die Ukrainisch oder Russisch können«. Zudem wurden auch in Vereinen vermehrt russischsprachige Mitarbeiter_innen eingestellt, wie zwei weitere Engagierte berichten. Die Bedeutung der Mehrsprachigkeit einiger Engagierter betont auch eine ukrainische Geflüchtete, die im Frühjahr mit vier Kindern nach Deutschland gekommen war und sich selbst für andere Ukrainer_innen engagiert:

»Die Menschen waren so gut und so lieb und haben uns so unterstützt. Also die haben uns Kleidung, Essen, also die haben alles für uns getan. Und deswegen, seit den ersten Tagen als ich hier war, habe ich gesehen, dass andere Menschen nicht so ein Glück gehabt haben wie ich. Und, ja Geld habe ich nicht. Kleidung? Ich habe zwei Unterhosen mitgenommen aus der Ukraine. [...] Was habe ich? Ja, ich habe die Sprache. Ich kann helfen mit Sprache und das hat mich motiviert.«

Wir haben in den letzten drei Abschnitten nach Erklärungen für das neue Engagement im Bereich der Unterstützung Geflüchteter nach dem russischen Angriff auf die Ukraine gesucht. Darunter sind erstens klassische Motivationen für Engagement (Empathie, Zufriedenheit durch Helfen, der Hilflosigkeit entgegenwirken), aber zweitens auch einige Spezifika, die sich aus der Kriegssituation in Europa ergeben (Angst vor einer Ausweitung des Krieges, gefühlte Nähe) bzw. der personellen Konstellation (»Frauen und Kindern« helfen, Verwandtschaft die in der Ukraine lebt o.ä.). Insbesondere bemerkenswert ist die starke Aktivierung der ukrainisch- und russischsprachigen Bevölkerung in Deutschland.

NEUE FORMEN DES ENGAGEMENTS

In einem nächsten Schritt betrachten wir Tätigkeiten der Freiwilligen, denn auch hier gibt es Aktivitäten, die sich von denen in der Zeit der »Willkommenskultur« abheben. Dazu zählen insbesondere die private Unterbringung von Ukrainer_innen und der Transport von Spenden direkt in die Ukraine.

Private Unterbringung

Eine nicht gänzlich, aber in ihrem Ausmaß neue Engagementform stellt die private Unterbringung von Geflüchteten dar. Alleine über die zivilgesellschaftliche digitale Plattform #UnterkunftUkraine wurden im Zeitraum von März bis September 2022

knapp 50.000 Personen vermittelt bzw. untergebracht (Haller et al. 2022). Das Bundesministerium des Innern und airbnb.org verkündeten bereits am 10. März 2022 die Kooperation mit #UnterkunftUkraine (BMI 2022) – ein Hinweis darauf, wie dankbar vom Staat die zivilgesellschaftliche Organisationsfähigkeit und Bereitstellung von Unterkünften aufgenommen wurde. Vielerorts waren aus der vorangegangenen Fluchtzuwanderung nicht die Lehren gezogen worden, schnell große Zahlen von Unterkünften bereitstellen zu können.

Die bereits erwähnte Studie des DeZIM von Juni/Juli 2022 mit 3.241 Personen, die aus der Ukraine Geflüchtete privat bei sich unterbrachten, hat ergeben, dass die meisten eine positive Bilanz ziehen (vgl. Haller et al. 2022). Das Profil der Unterkunftgebenden ist ähnlich wie bei anderen Ehrenamtlichen im Bereich der Geflüchtetenunterstützung: überwiegend sehr gut ausgebildet, zu großen Teilen Frauen mittleren Alters; hinzukommt, dass die meisten ausreichend Platz zur Verfügung haben oder sich Lebensumstände wie der Auszug von Kindern ergeben haben, in denen ein Zimmer frei wurde (ebd., S. 14-19). Als Motivation gaben die meisten Befragten an, »handfeste« Hilfe leisten zu wollen und damit über Sach- oder Geldspenden hinauszugehen (ebd., S. 20). 80 Prozent von ihnen würden wieder Geflüchtete aufnehmen, auch Personen aus anderen Krisengebieten oder in anderen Notsituationen (ebd., S. 34). Die Studie des DeZIM kommt zu dem Schluss, dass private Unterbringung »das Potenzial zu haben [scheint], sich als neue Form des Engagements für Geflüchtete zu etablieren« (ebd., S. 11, eig. Übersetzung). Die Befragung der Unterkunftgebenden bringt auch Bedarfe und Unsicherheiten zur Sprache: Frustrationen zeigten sich vor allen Dingen aufgrund bürokratischer Hürden, aber auch den entstehenden Kosten für bspw. Lebensmittel, die teilweise allein von den Unterkunftgebenden getragen wurden. Die Engagierten äußerten den Bedarf an informeller Unterstützung z.B. in Form von Orten des Austauschs, als auch die Bereitstellung finanzieller Mittel und Hilfe bei der künftigen Wohnungssuche (ebd., S. 27-30). Es wurde für künftige Unterbringungssituationen auch eine Checkliste für beide Parteien angeregt, um beiderseitig Erwartungen zu klären und Aspekte des Zusammenlebens festzuhalten.

Auch eine unserer Interviewpartner_innen berichtet von Herausforderungen im Bereich der privaten Unterbringung. Sie habe Unterstützung für die Unterbringung der Geflüchteten beantragt, die sie zu einem Großteil bei deren Auszug habe zurückzahlen müssen. »Ist ja auch alles schön und gut, aber jetzt werden ihre Leistungen bei uns mit angerechnet, so dass uns jetzt so viele Gelder fehlen, dass wir noch nicht einmal mehr unsere Gasrechnung monatlich zahlen können«, berichtet sie. Sie fühle sich »im Stich gelassen«, weil sie geholfen habe und findet das »absolut nicht richtig«. Neben den Herausforderungen mit bürokratischen Hürden, sehen sich die Beherbergenden häufig auch mit anderen Fragen der Unterstützung konfrontiert, decken sie doch häu-

fig gleichzeitig auch die Bedarfe ab, die seit 2015/16 von ehrenamtlichen Initiativen, Unterstützer_innenkreisen und Runden Tischen bedient wurden. Eine Engagierte berichtet, »das Helferkreisthema« habe sich in ihrer Stadt »für die Familien, die privat aufgenommen [wurden] gar nicht so gestellt«. Sie seien gut vernetzt und unterstützen sich gegenseitig. Ein Engagierter aus Stadt D erzählte, er habe für die Familie in seiner Einliegerwohnung »alle Unterstützung, die so notwendig war« angeboten. Das reiche von der Orientierung in der Stadt bis hin zu Begleitung zu Ärzt_innen und Behörden. Eine Engagierte aus Stadt A war überrascht, dass auch sie in so vielen Bereichen aktiv wurde, nachdem sie eine Familie bei sich aufgenommen hatte: »Das habe ich am Anfang wirklich, wirklich nicht gewusst, was da alles dann doch noch so dahintersteckt«. Sie betonte neben der alltäglichen Unterstützung und Begleitung auch ihre Rolle als allgemein erste Ansprechperson in allen Belangen. Aus der eher wirtschaftlichen Beziehung zwischen Vermieterin und Mieterin hatte sich in ihrem Fall schnell eine Art »Familienpatenschaft« entwickelt. Mit dieser sehr persönlichen Form der Begegnung und Begleitung und den daraus entstehenden Einblicken in die Lebenswelten der jeweils anderen, können gesellschaftliche Teilhabeforderungen der Geflüchteten durch die Allianz mit den Engagierten platziert und verstärkt werden.

Unserer Einschätzung nach wird sich diese Engagementform jedoch nicht dauerhaft etablieren, da sie insbesondere den Rahmenbedingungen geschuldet war gemäß derer die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen nicht zwingend war und in einer gesellschaftlichen Ausnahmesituation geschah, in der der Krieg in der Ukraine sich für viele besonders nah anfühlte.

Spendensammlungen und Hilfstransporte in die Ukraine

Im Vergleich zu 2015/16 haben sich zahlreiche Initiativen für Spendensammlungen und Hilfstransporte in die Herkunftsregion der Geflüchteten, hier die Ukraine bzw. die polnisch-ukrainische Grenzregion, zusammengefunden. Ein Interviewpartner aus Stadt D hat gemeinsam mit ein paar anderen Aktiven einen regionalen Verbund zur »Ukrainehilfe« gegründet. Er berichtet:

»Also tatsächlich war das relativ spontan und schnell. [...] Ich hatte nicht die finanziellen Möglichkeiten großartig Spendengelder zu schicken, habe aber bei uns im Ort Spendenaufrufe über Facebook gesehen, habe die daraufhin angeschrieben, was sie denn brauchen, wo sie denn hinfahren, was auch immer. Und dann kam raus, dass am nächsten Tag eben einer von denen fährt, dass ich mich mit ihm in Verbindung setzen soll. [...] Also es war binnen 24 Stunden entschieden, dass wir fahren.«

Nach dieser ersten, eher »explorativen« Fahrt unseres Interviewpartners nach Polen entwickelten sich schnell Kontakte zu einer Unterkunft für Geflüchtete in der Ukraine, mit der die Gruppe nun kooperiert und die sie im Wochen- oder Zweiwochentakt besucht und mit Gütern beliefert. Mittlerweile laufe die Initiative »mit System«, wurde »auf einmal professioneller« betont er. Wichtig sei von Anfang an auch die Kooperation mit lokalen Akteur_innen in Deutschland, wie Bürgermeister_innen, Landrät_innen, Helfer_innenkreisen oder Unternehmer_innen gewesen. »Wir haben unsere Finger überall«, resümiert er. Mittlerweile transportierten sie auch militärische Schutzausrüstung wie »Aufklärungsdrohnen, Schutzwesten, Helme«, oder auch medizinische Produkte: »Und wir reden nicht von Ibuprofen, wir reden von verschreibungspflichtigen Beruhigungsmitteln, Antibiotikum und starkem Zeug im Wert von 35.000 Euro, mit Papieren, dass wir sie auch transportieren dürfen«, berichtet er. Für die Gruppe sei von Anfang an klar gewesen: »Wir fahren niemals leer«, betont unser Interviewpartner beim Interview, das wir im Juni 2022 führten.

»Also die sagen uns, oder unser Kontakt sagt uns, pass auf, ich bräuchte, also am Samstag habe ich 28 Anmeldungen. Und er sagt uns auch genau Mutter so alt, mit Kind so alt und Hund oder Katze oder was auch immer, also wir wissen die genaue Auflistung, wer wo was zusammen. Und wissen das meistens schon drei vier fünf Tage vorher, dass wir das auch bei uns mit dem Amt klären können. Und daraufhin entscheiden wir natürlich auch, wie viele Autos wir schicken müssen«.

Initiativen wie diese gelten weithin als »noble Unterfangen« (Badische Neueste Nachrichten 2.7.2022). Dennoch bedarf es einer kritischen Einordnung: Hilfsorganisationen wie das Deutsche Rote Kreuz oder das Technische Hilfswerk haben vermehrt auf die Gefahren eines »Tourismus der Hilfswilligen« (SWR aktuell 2.3.2022) hingewiesen. Auch die Bundesregierung betrachtete die Entwicklungen kritisch: »Fahren Sie nicht in die Ukraine!«, hieß es zeitweise auf der Homepage des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Tagesschau 8.3.2022). Gerade private und meist spontane Hilfslieferungen laufen Gefahr, koordinierte Hilfsmaßnahmen zu stören, Bedarfe falsch einzuschätzen (bspw. Sammlung von gebrauchter Kleidung) oder instrumentalisiert zu werden.

Aufgrund der geografische Nähe der Ukraine war es im Frühjahr 2022 naheliegend, dass sich private Hilfs- und Spendenlieferungen auf den Weg machten. Das lässt vermuten, dass es sich nicht um ein Tätigkeitsfeld handelt, das sich in der Geflüchtetenunterstützung etablieren wird.

ALTE UND NEUE HERAUSFORDERUNGEN IM ENGAGEMENT

Mit der Ankunft geflüchteter Menschen aus der Ukraine in Deutschland haben sich nicht nur die Zusammensetzung der Engagierten und ihre Tätigkeitsfelder gewandelt, die Unterstützungsstrukturen sehen sich auch mit neuen Herausforderungen im Engagement konfrontiert. Die neuen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der ›Massenzustrom-Richtlinie‹, die die pragmatische und schnelle Aufnahme der Geflüchteten ermöglichte hatte, führen mitunter zu einer kritischen Thematisierung von rassistischen Strukturen und Debatten um die Ausrichtung der ehrenamtlichen Unterstützungsarbeit.

Übernahme staatlicher Aufgaben, Frust und Überlastung: Lernen von 2015/16?

Viele der frisch Engagierten sprechen von persönlicher Überlastung und Überforderung, dem Gefühl, staatliche Aufgaben übernehmen zu müssen und Auseinandersetzungen mit Behörden und der Bürokratie. Beispielsweise erklärte eine Engagierte aus Stadt B: »Es wurde halt zu viel. Wenn man nachts um zwei schon Anrufe bekommt [...]. Es ist, ja, es hing alles an uns, an den Ehrenamtlichen [...]. Man, es war halt mehr als ein Fulltime-Job«. Auch eine andere Freiwillige spricht von massiver Überlastung, die sie letztendlich dazu gebracht hat, das Engagement zu reduzieren: »Nach eineinhalb Monaten habe ich das einfach geschmissen, weil ich konnte nicht mehr«. Die Bürokratie Deutschlands beschreibt eine Engagierte als »zermürbend«. »Also die Bürokratie, die in Deutschland dahintersteckt, da würde glaube ich von 2015/16 überhaupt nichts gelernt«, findet eine andere Ehrenamtliche. Auch die Auseinandersetzung mit Behörden empfindet sie als herausfordernd: »Also Einwohnermeldeamt war eigentlich noch das geringste Übel. Aber Sozialamt, von da das Geld gekriegt, jetzt dann rüber zum Jobcenter. Und Ausländerbehörde, und Fiktionsbescheinigung«.

Diese und weitere Herausforderungen hängen dabei nicht genuin mit der Aktivierung des Engagements im Zuge des Krieges in der Ukraine zusammen, von ihnen berichten Ehrenamtliche schon lange. Sie sind seit Jahren in aktivistischen, politischen und medialen Sphären in der Diskussion. Nach einem vorwiegend euphorischen öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs zur so genannten Willkommenskultur entstanden seit 2016 vermehrt auch kritische Analysen, die etwa die Überlastung der Engagierten, die staatliche Indienstnahme unbezahlter Arbeit oder Tendenzen der Reproduktion von gesellschaftlichen Ausschlüssen im Ehrenamt thematisierten (van Dyk/Boemke/Haubner 2020; van Dyk/Misbach 2016; Graf 2016; Karakayali 2018; Steinhilper/Fleischmann 2016; Tietje 2020). Auch Tendenzen der De-

Professionalisierung aufgrund des Einsatzes unqualifizierter Personen, die Deutschunterricht organisierten, ehrenamtlich Rechtsberatung anbieten oder »faktisch sozialpädagogisch tätig werden« (van Dyk/Boemke/Haubner 2020: 138) wurden betrachtet.

Die Frustrationen von Ehrenamtlichen und die negativen Implikationen von einigen Praxen des Engagements ist also nicht neu. Dennoch hat es im Vergleich zu 2015/16 einige Verbesserungen gegeben, die jedoch lokal sehr unterschiedlich ausfallen. Ein langjähriger Engagierter aus Stadt C sieht klare Verbesserungen im Vergleich zu 2015:

»Ich würde ja jetzt sagen wollen, die deutsche Politik hat davon gelernt, oder auch die Städte haben davon gelernt, die sind organisierter, strukturierter. Sind sie tatsächlich, also so wie unser Bürgermeister sofort einen Krisenmodus gestartet hat und sofort versucht hat, Unterbringung zu suchen, bin ich der Meinung, ja, wir sind viel besser aufgestellt als 2015«.

Auch ein seit den 1990er Jahren Engagierter aus Stadt D berichtet, dass das Engagement in 2022 »was ganz Anderes« ist, alleine, weil der Aufenthalt der Menschen gesichert ist und keine Abschiebung drohe. Jetzt seien Haustiere, Führerscheine und der Zugang zum Arbeitsmarkt die brennendsten Fragen, mit denen sich Geflüchtete an ihn wendeten. Den Zugang zu Engagement sieht er erleichtert durch die veränderte rechtliche Stellung der Geflüchteten im Vergleich zu 2015/16. Die Engagierten, die bereits damals und auch davor schon aktiv waren zeichnen ein optimistischeres Bild, als die neuen Ehrenamtlichen, die die aktuellen Herausforderungen nicht mit der Situation von vor sieben Jahren vergleichen können und auf individueller Ebene oftmals (noch) keine Strategien zur Stressbewältigung, Abgrenzung und Austausch mit anderen (als Faktoren, die einem Engagementabbruch entgegenwirken, vgl. Wagner/Schwenken 2023 i.E.) gefunden haben.

Auf lokaler Ebene trug dazu bei, ob sich gute Beziehungen zur lokalen öffentlichen Verwaltung und Vernetzung mit anderen (Wohlfahrts-)Organisationen etabliert hatten, wie schnell und professionell auf die neuen Fluchtbewegungen vor Ort reagiert werden konnte (Wagner et al. 2023). Vielerorts entstanden Netzwerke und private Grüppchen der ›Ukrainehilfe‹ ohne Kontakt zu bestehenden Initiativen, teils wussten sie nicht einmal von deren Existenz und konnten entsprechend nicht an die Erfahrungen aus 2015ff. anknüpfen. Die neuen Aktiven treten selbstbewusst auf und übernehmen Verantwortung in einem Bereich, der noch vor 2014 ein Randphänomen und vor allem von linkspolitischen und kirchlichen Gruppen geprägt gewesen war (vgl. Koester 2015; Steinhilper/Fleischmann 2016).

Ungleiche Behandlung von Geflüchteten und Rassismus im Engagement

Und dennoch beobachten die Engagierten, die seit mehreren Jahren oder Jahrzehnten aktiv sind, nicht nur eine Verbesserung der Situation; vielmehr thematisieren sie auch eine neue Herausforderung im Engagement: Eine als rassistisch charakterisierte Ungleichbehandlung verschiedener Gruppen von Geflüchteten in Politik und Gesellschaft. So dürften »auf einmal die Ukrainerinnen jetzt hier über Monate umsonst Zug fahren [...], obwohl sie dieselben Sozialleistungen kriegen wie jetzt der Afghane oder so«. Sie vergleichen, dass die vor den Ukrainier_innen gekommenen Geflüchteten »im Zelt gewohnt haben im Winter. Waren froh, wenn sie überhaupt was hatten und jetzt diesmal, gibt es [...] Museumsführungen auf Ukrainisch«. Und sie ordnen kritisch ein, dass Vermieter_innen sagen: »Nee, wir wollen echte Ukrainer, wir wollen keine Armenier. Gucken Sie sich doch bitte mal die Leute an, das sieht man denen doch im Gesicht an«. Ein Engagierter aus Stadt C sieht in der Ungleichbehandlung der Geflüchteten ein »Riesenkonfliktpotential«, andere skandalisieren die Situation unter dem Begriff der »Zweiklassen-Flüchtlinge«, der »Zweiklassen-Flüchtlingsstruktur« oder einer »Doppelmoral« der deutschen Politik. Eine Engagierte erklärt, dass andere Geflüchtete »da so für kämpfen mussten [...] und unter Schwierigkeiten, was weiß ich, ihren Aufenthalt, Arbeiterlaubnis bekommen, und dass das bei den ukrainischen Flüchtlingen alles so problemlos vor sich geht«. Während seiner Tätigkeit als Lehrer in einer Schule sei ein anderer Freiwilliger von syrischen Kindern gefragt worden: »Warum wurden wir nie so gern angenommen?«. Als Reaktion auf ihre Beobachtungen positionieren sich viele der schon lange Engagierten politisch und praktisch auf der Seite der benachteiligten Geflüchteten. So berichtet beispielsweise ein Engagierter aus Stadt D: »Das ist ein deutliches Zeichen von den alten, verdienten Asylhelfern, die sagen: ›Ich bleibe jetzt hier bei den Afghanen‹.« Auch andere Engagierte wollen durch ihre Arbeit die ›Vorrechte‹ die sich aus der rechtlichen Stellung der Ukrainer_innen im Vergleich zu anderen Geflüchteten ergeben, die Ungleichbehandlung nicht noch weiter vorantreiben und arbeiten an inklusiven Projekten oder stellen sich an die Seite der benachteiligten Personen.

Mitunter lösten die beobachteten Ungleichbehandlungen auch Frust aus und führten zu Auseinandersetzungen innerhalb der Unterstützungsstrukturen. Dass in einem Unterstützungskreis etwa der Vorschlag gemacht wurde, eine extra What's App-Gruppe für die Unterstützung der Ukrainer_innen zu eröffnen, verärgerte unsere Interviewpartnerin: »Wo ich sag, nein, wir machen, wir haben *eine* WhatsApp-Gruppe. Das ist ein Willkommenscafé und die Nationalität spielt da keine Rolle. Also das ist, es ist einfach schade«.

Deutlich wird, dass durch die Aktivierung der ›Massenzustrom-Richtlinie‹ eine Ungleichbehandlung von Geflüchteten in Deutschland entstanden ist, die nicht zuletzt auch die ehrenamtlich tätigen Unterstützer_innen in konflikthafte Situationen bringen und die Zusammenarbeit der alten und neuen Generation Aktiver erschweren. Ein Engagierter aus unserem Sample blickt selbstkritisch auf seine Neu-Aktivierung:

»Das ruft sich dann doch immer wieder ins Gewissen, wie sehr man als Mensch eigentlich unterscheidet, unbewusst obwohl man das gar nicht möchte, dass man da einfach tatsächlich ein bisschen offener und reflektierter ist. Also mir geht's zumindest so. Klar dann gibt's wieder dieses, ›damals waren es hauptsächlich Männer, jetzt sind es Frauen, die waren hellhäutiger‹. Alles Bullshit, das sind alles Leute, die Hilfe brauchen. Nur hat man das damals nicht so wahrgenommen wie jetzt.«

Auch eine andere Engagierte berichtet: »Und mittlerweile bereue ich es, dass ich damals irgendwie nicht geholfen habe. So wie jetzt. Das war, es war, es waren für mich, es war anders. Es war, ja weiß ich nicht. Anders.«

Zu Rassismus und Reproduktion von gesellschaftlichen Ausschlüssen im Engagementfeld Flucht und Asyl liegen wissenschaftliche Analysen vor (van Dyk/Boemke/Haubner 2020; Schwiertz/Ratfisch 2015; Sperling 2022; Steinhilper/Fleischmann 2016). So zeichnet Simon Sperling (Sperling 2022) nach, dass Engagierte sich häufiger für jene Geflüchteten engagieren, die eine bessere ›Bleibeperspektive‹ haben. Die unbestimmte rechtliche Kategorie der Bleibeperspektive wurde zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung (ebd.: 7-8). Diese Kategorisierung von Hilfebedürftigkeit führt häufig zu einer Reproduktion gesellschaftlicher Ausschlüsse und zu einer Ausblendung der Komplexität der Fluchtursachen (vgl. Steinhilper/ Fleischmann 2016: 65). Als problematisch wird auch die Abwertung der eigenen Handlungsfähigkeit der Geflüchteten durch die Engagierten eingeordnet, die zu einer »Aufwertung des Eigenen« (ebd.: 66) führen kann. So sei 2015/16 eine »deutsche Helferkultur« inszeniert worden, die »fragwürdige Nationalismen« reproduzierte (ebd.). »Während weiterhin tagtäglich Geflüchtetenunterkünfte angegriffen und angezündet wurden, wurde es so möglich, Deutschland als großzügige und weltoffene Nation oder gar als neue europäische moralische Instanz darzustellen«, so Schwiertz und Ratfisch (2015). Interessant ist, dass durch die Aktivierung der ›Massenzustrom-Richtlinie‹ eine rassistische Unterscheidung der Geflüchteten und ihrer Hilfsbedürftigkeit hergestellt wurde, die von den Engagierten erkannt und kritisch diskutiert wird, und gleichzeitig eine Diskussion um Rassismus im Engagement angestoßen werden konnte, die schon seit vielen Jahren von Geflüchteten in Deutschland gefordert wird (van Dyk/Boemke/Haubner 2020: 140). Sie weisen auf die Gefahr hin, dass durch die

»Kultur des Helfens oftmals koloniale Muster der Überlegenheit reproduziert« (ebd.) werden. Deutlich wird dies auch in den Diskussionen um die Schutzbedürftigkeit nicht-weißer Menschen, die wegen des Krieges aus der Ukraine fliehen mussten, die wissenschaftlich und medial vielfach aufgegriffen wurden (Akcit 2022; Azimipour 2022; al-Haj Saleh 2022). Für Al-Haj Saleh (2022) ist klar, dass diese Debatten um »richtige« und »echte« Geflüchtete »weniger als Willkommensgeste gegenüber den ukrainischen Flüchtlingen zu verstehen« ist. Vielmehr artikuliere sich in ihnen »die Feindseligkeit gegenüber der postmigrantischen Wirklichkeit in Europa« (ebd.). Ein Mitglied des Integrationsrates der Stadt C und Interviewpartner in unserem Projekt, stellt dazu fest:

»Ich bin der Meinung, ja, wir sind viel besser aufgestellt als 2015. Aber leider nur in der Arbeit mit den Flüchtlingen, aber nicht in der Arbeit mit den Leuten, die die Flüchtlinge aufnehmen sollen. Also in der Aufklärung der restlichen Allgemeinheit, die Aufklärung bleibt leider hängen. Und man weiß nicht, bis wann die Leute hier sind, da werden Fragen offengelassen, und diese offenen Fragen machen bei den einen oder anderen dann irgendwann Angst. Und leider nutzen dann-, eine bestimmte Partei Angst aus«.

Verlaufen in der heutigen Situation die Grenzlinien zwischen ukrainischen Staatsangehörigen auf der einen und auf der anderen Seite in der Ukraine lebenden Drittstaatsangehörigen (z.B. ausländische Studierende und Arbeitsmigrant.innen) sowie in Deutschland Asyl- und Schutzsuchenden aus anderen Staaten (z.B. aus Afghanistan), wird bei nächster Gelegenheit bspw. wieder eine ethnosexistische Geschlechterdifferenz aufgerufen oder sich auf auch unter Engagierten bestehenden religiös artikulierten Etablierte-Außenseiter-Beziehungen (Rommel und Schwenken 2022) berufen. Eine für intersektionale Zuschreibungen, Sortierungen und Machtverhältnisse sensible Unterstützungsarbeit bleibt eine Daueraufgabe.

FAZIT

Im Zuge des Krieges in der Ukraine ist es zu einer großen Re- beziehungsweise Neuaktivierung von Engagierten im Bereich der Unterstützung von Geflüchteten gekommen. Nach der Phase der ›Willkommenskultur‹ 2015/2016 ging das akute, oft spontan entstandene Engagement zurück, aber es blieben mehr Personen aktiv als vor der Phase und ein Teil der zuvor ehrenamtlich Aktiven wechselte ins Hauptamt. Mit den Kontakteinschränkungen im Rahmen der Corona-Pandemie ab Frühjahr 2020 gab es

erneute Einbrüche bis im Frühjahr 2022 der russische Angriffskrieg in der Ukraine begann und von einem auf den anderen Tag ein beachtliches Engagement für die Fliehenden zu verzeichnen war.

In mehrerlei Hinsicht weisen die Engagementwellen von 2015/16 und 2022 Ähnlichkeiten auf: Eine mit der großen Anzahl Schutzsuchender überforderte öffentliche Verwaltung konnte durch das spontane und vielseitige Engagement von Freiwilligen ergänzt und unterstützt werden. Bei beiden Engagementwellen engagierten sich Viele zum ersten Mal. Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen für Geflüchtete aus der Ukraine und solche aus anderen Regionen sind ein weiteres Kennzeichen des aktuellen Engagements – aber auch das ist kein Novum. Denn im Jahr 2015/16 waren es die Geflüchteten v.a. aus Syrien, denen eine bessere ›Bleibeperspektive‹ attestiert wurde und die Vorrang gegenüber anderen Geflüchteten bei Integrationskursen o.ä. bekamen. Für einige Aktive war die Nähe des Kriegs durchaus ausschlaggebend, aber der weitaus größte Teil der von uns interviewten Aktiven engagiert sich nicht für ukrainische Geflüchtete, weil diese ›uns‹ vermeintlich ›kulturell näher stehen‹. Die Profile der Engagierten und Motive für das Engagement ähneln sich stark denen früherer Engagementwellen – mit Ausnahme des starken Diasporaengagements russisch- und ukrainischsprachiger Personen. Dennoch geht die öffentliche Debatte darum, wer Solidarität verdient und wer nicht, nicht an den Engagierten vorbei, sondern findet auch unter den Unterstützer_innen statt oder sie beginnen erst im Laufe des Engagements darüber zu reflektieren.

Während noch immer tausende Schutzsuchende, die vor Krieg und Verfolgung geflohen sind vor den Mauern und Zäunen an den Außengrenzen der Europäischen Union sitzen und massiver Gewalt durch Grenzschutzbeamten_innen ausgesetzt sind, schmückt sich Deutschland mit der unbürokratischen Aufnahme ukrainischer Geflüchteter im Rahmen der ›Massenzustrom-Richtlinie‹ und geht mit einer verlässlichen, aktivierten Zivilgesellschaft Bündnisse sein. In dieser paradoxen Situation werden die Grenzen der europäischen Solidarität sichtbar. Die Auseinandersetzungen und Debatten darum verweisen auf Politisierungsprozesse im Ehrenamt. Die im Frühjahr/Sommer 2022 aufgestellte Forderung, dass die Bedingungen unter denen ukrainische Schutzsuchende in Deutschland und der Europäischen Union aufgenommen wurden allen Schutzsuchenden, von der universalen Geltung für alle Migrierenden ganz abgesehen, zugutekommen sollten, sind mittlerweile kaum mehr zu vernehmen.

LITERATUR

- Aivazishvili-Ghene, Nino / Alina Jašina-Schäfer / Jannis Panagiotidis (2022): Konflikte, Engagement und Ängste. Der Ukrainekrieg in den Augen postsowjetischer Migrant*innen in Deutschland. In: *Zeitgeschichte Online*. URL: zeitgeschichte-online.de [10.09.2023].
- Akçit, Hakan (2022): Flucht und Rassismus. Solidarität muss bedingungslos sein. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): *Heimatkunde*, 19.04.2022. URL: heimatkunde.boell.de [10.09.2023].
- Azimipour, Sanaz (2022): Wie grenzenlos ist die europäische Solidarität? In: *analyse & kritik*. URL: akweb.de [10.09.2023].
- Badische Neueste Nachrichten (2022): Hilfsorganisationen zweifeln an Sinnhaftigkeit privater Transporte in die Ukraine, 2.7.2022. URL: bnn.de [10.09.2023].
- van den Berg, Clara / Grande, Edgar / Hutter, Swen (2020): Was wird aus dem harten Kern? Auswirkungen der Corona-Krise auf das Engagement für Geflüchtete. In: *Voluntaris – Zeitschrift für Freiwilligendienste und zivilgesellschaftliches Engagement* 8 (2). 226–242.
- BMFSFJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): *Engagement in der Flüchtlingshilfe. Ergebnisbericht einer Untersuchung des Instituts für Demoskopie Allensbach*. URL: bmfjsfj.de [10.09.2023].
- BMI, Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022): *Befragung von Geflüchteten: 84 Prozent sind Frauen, 58 Prozent sind gemeinsam mit ihren Kindern geflüchtet. Bundesinnenministerin Nancy Faeser besucht Entwicklungsteam im Digitalisierungs-Lab und gibt Startschuss für die App ›Germany4Ukraine‹*. Pressemitteilung, 04.04.2022. URL: bmi.bund.de [10.09.2023].
- bpb, Bundeszentrale für politische Bildung (2023): *Fördermittel für Flüchtlings- und Integrationsprojekte*. URL: bpb.de [10.09.2023].
- Dietze, Gabriele (2016): Ethnosexismus. Sex-Mob-Narrative um die Kölner Sylvesternacht. In: *movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 2 (1). URL: movements-journal.org [10.09.2023].
- van Dyk, Silke / Boemke, Laura / Haubner, Tine (2020): Fallstricke des Helfens oder Sternstunden der Solidarität? In: *Bürger & Staat* (3). 136–143.
- van Dyk, Silke / Misbach, Elène (2016): Zur politischen Ökonomie des Helfens. Flüchtlingspolitik und Engagement im flexiblen Kapitalismus. In: *Prokla* 46 (183): 205–227.
- Foucault, Michel (1978): *Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Berlin.
- Freundl, Vera / Kugler, Franziska / Wedel, Katharina / Werner, Katharina / Wößmann, Ludger (2022): *Bildungspolitische Maßnahmen zur Integration der Geflüchteten aus der Ukraine. Was die Deutschen befürworten*. In: *ifo Schnelldienst* 75 (9). 70–74.
- Gesemann, Frank, Margit Mayer, und Alexander Seidel (2019): *Entwicklung und Nachhaltigkeit von Willkommensinitiativen*. URL: vhw.de [10.09.2023].
- Graf, Laura (2016): *Freiwillig im Ausnahmezustand: Die ambivalente Rolle ehrenamtlichen Engagements in der Transformation des Asylregimes. Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich* 31 (141). 87–96.

- Grittmann, Elke / Müller, Daniela (2023): Geschlechterverhältnisse und differenzielle Inklusion im medialen Flucht_Migrationsdiskurs. Eine wissenssoziologische Diskursanalyse regionaler und überregionaler Berichterstattung. In: Akdemir, Nevra / Elle, Johanna / Grittmann, Elke / Hess, Sabine / Koopmann, Ulrike / Müller, Daniela / Schwenken, Helen / Senoğuz, Hatice Pinar / Ullmann, Johanna (Hg.): Gender, Flucht, Aufnahmepolitiken: Die vergeschlechtlichte In- und Exklusion geflüchteter Frauen. Wiesbaden. 33–76.
- Haller, Liam / Uhr, Theresa / Etlar-Frederiksen, Sifka / Rischke, Ramona / Yanasmayan, Zeynep / Zajak, Sabrina (2022): New platforms for engagement. Private accomodation of forced migrants from Ukraine. DeZIM.insights, Working Paper 05/2022. URL: dezim-institut.de [10.09.2023].
- Hark, Sabine / Villa, Paula (2017): Unterscheiden und herrschen: Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart. Bielefeld: transcript.
- Karakayali, Serhat (2018): Ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete in Deutschland. URL: flucht-forschung-transfer.de [10.09.2023].
- Karakayali, Serhat / Kleist, Olaf J. (2016): EFA-Studie 2: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM). Berlin.
- Koester, Elsa (2015): Willkommen im Mainstream. Über die Vereinnahmung einer Bewegung. In: Prager Frühling. Magazin für Freiheit und Sozialismus. URL: pragerfruehling-magazin.de [10.09.2023].
- Mayer, Sabrina J. / Lietz, Almuth / Dollmann, Jörg / Siegel, Madeleine / Köhler, Jonas (2022): Reaktionen auf den Ukraine-Krieg. Eine Schnellbefragung des DeZIM.panels. DeZIM.insights, Working Paper 01/2022, 14. März 2022. Berlin.
- Mutz, Gerd / Lisa Wolff (2018): Besonderheiten des freiwilligen Engagements für geflüchtete Menschen. Empirische Befunde und sozialwissenschaftliche Verortung. In: Gottschalk, Ines / Zajak, Sabrina (Hg.): Flüchtlingshilfe als neues Engagementfeld: Chancen und Herausforderungen des Engagements für Geflüchtete. Wiesbaden. 53–76. URL: nomos-elibrary.de [10.09.2023].
- Neuhauser, Johanna / Hess, Sabine / Schwenken, Helen (2016): Unter- oder überbelichtet: Die Kategorie Geschlecht in medialen und wissenschaftlichen Diskursen zu Flucht. In: Hess, Sabine / Kasperek, Bernd / Kron, Stefanie / Rodatz, Matthias / Schwertl, Maria / Sontowski, Simon (Hg.): Grenzregime III. Berlin, Hamburg, Göttingen. 176–195
- Rommel, Inken / Schwenken, Helen (2022): Eine figurationstheoretische Einordnung der Narrative zum Islam unter Engagierten, die sich für Geflüchtete einsetzen. In: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 6 (2). 567–589.
- al-Haj Saleh, Yassin (2022): Selektive Solidarität. URL: medico.de [10.09.2023].
- Schiffauer, Werner / Eilert, Anne / Rudloff, Marlene (Hg.) (2017): So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch: 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld.
- Schwartz, Helge / Ratfisch, Philipp (2015): Antimigrantische Politik und der »Sommer der Migration«. Rosa Luxemburg Stiftung.

- Simonson, Jullia / Kelle, Nadiya / Kausmann, Corinna / Tesch-Römer, Clemens (2021): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA).
- Sperling, Simon (2022): Bleibeperspektive. In: Inventar der Migrationsbegriffe. URL: migrationsbegriffe.de [10.09.2023].
- Steinhilper, Elias / Fleischmann, Larissa (2016): Die Ambivalenzen eines neuen Dispositivs der Hilfe: Zur Rolle der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen seit dem langen Sommer der Migration. Neue Praxis Sonderheft 13. 60–72.
- SWR aktuell (2022): DRK zu Hilfstransporten in die Ukraine: »Man sollte einen Tourismus der Hilfswilligen vermeiden«. 02.03.2022. URL: [swr.de](https://www.swr.de) [10.09.2023].
- Tagesschau (2022): Ukraine-Krieg. Welche Hilfen sinnvoll sind - und welche nicht. URL: [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) [10.09.2023].
- Tietje, Olaf (2020): »Macht ihr doch mal alle mit!« Willkommenskultur und der neoliberale Sozialstaat. URL: welcome-democracy.de [10.09.2023].
- Wagner, Theresa / Schwenken, Helen (2023 i.E.): Ehrenamt in der Unterstützung von Geflüchteten: Engagementbiographien acht Jahre nach dem Höhepunkt der ›Willkommenskultur‹. [in Begutachtung].
- Welt Online (2022): Die neue Willkommenskultur - was anders ist als 2015. 08.04.2022. URL: [welt.de](https://www.welt.de) [10.09.2023].
- ZDF (2019): Stunden der Entscheidung: Angela Merkel und die Flüchtlinge. Dokumentation, 88 Minuten, 04.09.2019. URL: [zdf.de](https://www.zdf.de) [10.09.2023].

Fortified Nationalism

Racializing Infrastructures and the Authoritarian Transformation of the Body Politic. A Field Trip to the Bifurcated Polish/EU Border Regime

JENS ADAM, SABINE HESS

Abstract: In this paper, we take the shifting position of »Ukrainians« within the political and imaginary European space since the full Russian invasion and EU's activation of the »temporary protection directive« as an entry point to examine how the relation between the border, »race« and »Europeanness« is currently reaffirmed in the consolidation of a bifurcated European border regime. Against the backdrop of a research trip to the Polish-Belarusian border zone, we argue that the massive fortification of the EU external borders needs to be read not only as a »deterrence regime« directed outwards but in relation to its »internalizing effects« and in conjunction with the ongoing authoritarian transformation of European politics and societies. We examine the fortified border spectacle as racializing infrastructures and trace the emergence of a new spatio-moral regime we call »fortified nationalism« which is directed at reconstituting the body politic as a morally purified, white Christian nation.

Keywords: border fortification, racialization, authoritarian transformation, Poland, bifurcated border regime

THE BIFURCATED EUROPEAN ASYLUM AND PROTECTION SYSTEM

Only 10 days after the full-scale Russian invasion of Ukraine on February 24, 2022, the Council of Ministers of the European Union decided to activate the »mass influx directive« (Directive 2001/55/EC) for Ukrainians fleeing the war and to grant them temporary protection as well as direct access to employment, education, health care and other social services. However, while this mechanism has not been applied since its creation in 2001, even not at the height of the refugee movements in 2015, this time Central and Eastern European EU member states which in recent years have been rather known for their rigorous anti-asylum stance also supported this reception

policy. The activation of the directive, combined with the facilitation of comparably unbureaucratic border crossings, allowed for a relatively smooth arrival and direct integration into the host societies. The hopes, however, that this policy would prove that a liberal reception policy is also the more efficient one and therefore generalizable, were very quickly dashed in the light of a racializing media and political legitimization discourse that justified the readiness to accept Ukrainian refugees with their »cultural proximity« and »European roots« (see Br 24, 20.3. 2022; Der Spiegel, 3.3.2022) when, for example, the British »The Telegraph« wrote: »They seem so much like us«, while Bavarian Radio proclaimed »That's what makes it so upsetting. War is no longer something that touches only poor and remote areas. It can happen to anyone« (Br 24, 5.3.2022). And the »Los Angeles Times« of 2.3.2022 quoted the Bulgarian Prime Minister as follows: »These are not the refugees we are used to. They are Europeans, intelligent, educated people, some are even IT programmers. This is not the usual refugee wave of people with an unknown past.«

Against the background of Ukraine's disillusioning recent experiences with deferral, exclusion and unkept promises by the EU and its member states this sudden integration into narratives and imaginaries of »Europe« was anything but self-evident. Until lately the country's comprehensive Europeaness was routinely questioned by western media and policy makers. Ukraine's historical position in inter-imperial power relations with a long-ranging multi-culturalism and multi-religiosity, its asserted »cultural closeness« to Russia and the legacies of a state socialist past were cited as reasons to leave the country in a precarious geopolitical limbo and semi-European waiting room. These cultural and historical complexities are all at once erased in the new culturalist narrative,¹ which does not only characterize Ukraine as a henceforth undoubtedly »European country«, but rearticulates anew the racializing equation of Europe as a white², Christian continent (Goldberg 2006: 352).

1 | This misperception had its correlation in the frequently discriminatory treatment of people of color at border crossing points to EU countries or in reception facilities be it Ukrainian citizens as Roma, international students or labor migrants who had often lived in Ukraine for many years (see Babakova et al. 2022).

2 | We follow József Böröcz in his understanding of »Whiteness« as a »relational category« and a »moral-geopolitical superiority claim (...) for unconditional global privilege« (2021:1116). In this article, we will trace how »Whiteness« shifts in inner-European power relations, sometimes including and sometimes excluding Central, Eastern and South Eastern European regions and communities, perceiving and positioning them as »dirty white« to take up Böröcz's wording (ibid.).

In this paper, we take the shifting position of »Ukrainians«³ within the political and imaginary European space as an entry point to examine how the relation between »race« and »Europeanness« is currently reaffirmed in the establishment and consolidation of a bifurcated European border regime. Cultural and geographical proximity has again become a proxy for »race«⁴ in discourses and policies distinguishing sharply between racialized groups and their entitlement to move, to get access to the European Union and its infrastructures of support as well as to survive. Racializing discourses juxtapose displaced Ukrainians as »culturally close« and worthy of help and protection vis-à-vis migrants/refugees from the Global South and East, whose border crossings are routinely delegitimized, criminalized and framed as main threats for European societies' identity and cohesion. In this regard, the EU-asylum and protection system got further deeply bifurcated since March 2022 when the rigorous »deterrence regime« (Gammeltoft-Hansen/Tan 2017) towards people on the move from the Global South and East has been counterposed with a welcoming regime towards Ukrainians fleeing the war.

Critical scholars have shown that even though »race« was never absent as a central social category of hierarchization and allocating unequal life opportunities in post-war (western) Europe, an overt race vocabulary was tabooed by a »normative superstructure« and »epistemic practice« of »racial denial« (Alexopoulou 2011) claiming a »political racelessness« (Goldberg 2006: 336; see also Lentin 2008; El Tayeb 2016). Race formation in/of Europe worked hence through »proxies« such as the tropes of »foreigners« and »migrants« which were politically and discursively juxtaposed as »essential others« to a likewise essentialized notion of »Europeanness« (Alexopoulou 2011: 1; see as well De Genova 2017: 1769; Boatca 2015; Lewicki 2023; Böröcz 2021). What was lost here are the many internal hierarchies and ruptures which made »Europeanness« always an ambiguous relational entity: On the one side, designating a position of racialized exclusivity and collective privilege against

3 | We are referring here to »Ukrainians« as imagined and constructed in currently dominant European media and political discourses which tend to ignore the differentiations and ruptures within the population(s) of Ukraine.

4 | When we talk of »race«, we follow Nicolas De Genova's theoretical clarification, when he writes: »Regarding the subtlety of race, it should be clear but deserves to be explicitly and emphatically affirmed that this proposition in no way upholds any anachronistic notion of race as a »natural« (quasi-biological, pseudo-objective) fact of genealogy (...). But race is (...) a naturalized effect of a regime of domination. Thus race is not a fact of nature, so much as a fact of racism (...) reproduced on a global scale (...) through violent and oppressive regimes of (European/colonial) white supremacy.« (2017: 1770)

the »rest« (Hall) within a (post-) colonial world order; on the other side, riddled itself by violent histories of extractivist exploitation, subordination and inferiorization transforming especially the Eastern and Southern borderlands of the continent into dependent or disconnected peripheries. Theoretical debates on »Eastern Europeans« (Kalmar 2023; Lewicki 2023), »Dirty Whiteness« (Böröcz 2021), »European Slavery« (Bjelić 2022), or anti-Slavic racism (Tlostanova 2014) have contributed to map out the complexities of »race« and processes of racialization within these inner-European relational histories. Against the backdrop of this literature, we will argue that the border, concretely the current juncture of the EU-border regime, has to be placed in this matrix, as a locus and catalysator of racialization and above as an instrument and main device of the ongoing authoritarian transformation of European societies.

HOW DO RESTRICTIVE BORDER REGIMES AND (SOFT-)AUTHORITARIAN TRANSFORMATION INTERTWINE?

In hardly any other country the workings of this bifurcated border regime, its underlying racialized imaginaries and its interrelation with the establishment of authoritarian modes of governance can be studied in such an intensity as in Poland that shares a long borderline with Ukraine but as well with Belarus where since 2021 a growing number of irregular border crossings of migrants/refugees from the Global South have been registered (Adam et al., forthcoming). However, whereas the Polish right-wing nationalist government has been embracing the displaced Ukrainians with blue-and-yellow billboards in the public sphere, it was quick to denounce the movements from Belarus as a »hybrid attack«, pointing to the alleged instrumentalization of these migrants by the power holders in Minsk (ibd.). In a public statement Poland's prime minister Mateusz Morawiecki declared: »We are dealing with a new kind of war, a war in which migrants are a weapon« (Nova News, 21.11.2021) using hereby a discursive frame already established within EU-migration policy rhetoric: In 2020, when thousands of migrants tried to cross the Turkish land border to Greece, orchestrated to some extent by the Turkish state, the Greek government recoded these movements as »hybrid warfare« and suspended in an emergency act the submission of asylum applications for people arriving in the region for one month (see ECRE 2020). Now, it was EU-commission president Ursula von der Leyen who reset this frame with regard to the border crossings from Belarus by declaring already in September in front of the European Parliament: »Let's call it what it is: this is a hybrid attack to destabilize

Europe« (von der Leyen 2021a). This discursive framing was taken up and shared by politicians and media in Brussels as well as in many member states. In Poland, it gained a temporary omnipresence when government and allied media mobilized it in order to ›legitimize‹ the introduction of a state of emergency, restrictive and violent border policies as well as a massive fence construction causing a situation, the Polish sociologist Sylwia Urbańska referred to as »the border of humanity« (Gazeta Wyborcza 03.12.2022).⁵

Against this background, we, Jens Adam and Sabine Hess, decided to merge our two research interests and went together on a 10 days field research trip to the Polish-Belarusian border area in late September 2022 following the methodological approach of the ethnographic border regime analyses that calls for being in situ as best way to study the border in practice (Hess/Schmidt-Sembdner 2021; Transit Migration Forschungsgruppe 2007). Jens had examined authoritarian tendencies and political power struggles in Poland for some years already. As part of a research group on »soft authoritarianism«⁶ that studies comparable developments in countries like Turkey, Hungary or India, he has been tracing political and discursive strategies of the right-wing Polish government to gradually undermine the fundamentals of liberal democracy and to hereby change the rules of the political game to the steady disadvantage of the parliamentary and societal opposition. The term »soft« refers to the fact that this drift to authoritarian rule was not caused by a violent military take-over or a sudden regime change, but through a combination of legal, institutional and political changes introduced by a democratically legitimized government. The stepwise, but systematic, authoritarian transformation wears a ›garb of democracy‹ and is precisely for that reason even more difficult to discern and to oppose (Adam/Steinhauer/Randeria 2022; Adam et al. forthcoming). From his field research base in Warsaw, Jens observed from summer 2021 onwards how ›racialized others‹ became the target of state-induced violence along the Belarusian border and nationwide fear-mongering campaigns within public media, which the right-wing government had captured and transformed into one-sided propaganda channels right after its first electoral win in 2015. The blatant discrepancy with the positive reception given to Ukrainian war refugees just a few months later posed questions about the significance of »race« and

5 | In her regular reports published in the online magazine »Krytyka Polityczna«, Sylwia Urbańska has documented and analyzed the bifurcation of Polish border and migration regimes as well as the transformation of the border region through repressive, violent border policies (see for instance: Urbańska 2022; Sadura/Urbańska 2021; Sadura/Urbańska 2022).

6 | For further information on this research group based at the University of Bremen, please consult softauthoritarianisms.uni-bremen.de.

border regimes for the contemporary authoritarian transformations within Polish and other European democracies. Sabine was following the dynamics from Germany as part of her research interest in critical border regime studies and the recent dynamics of the EU-European border regime in its attempts to regain control over the movements of migration in response to the events in 2015/2016 (Hess/Kasperek 2017; Hess 2022). To trace the locally situated developments, we intended to speak with inhabitants of the Polish-Belarusian border region, with activists in smaller regionally and larger nationally operating NGOs, with colleagues from migration studies and legal scholars as well as with those trying to cross this border. This ethnographic mode of knowledge production by being at places of ›border work‹ – be it the kitchen of a supporter of people on the move incarcerated in two closed camps next to the German border, the headquarters of FRONTEX in Warsaw or a self-organized grassroots ›base camp‹ right at the Belarusian border from where activists start their search and rescue operations – is structuring as well this textual account.

What struck us immediately was the fact that while we had intense contact with activists, researchers, and even a high-ranking representative of Frontex, we did not succeed in talking to people on the move. They rather accompanied us as invisible others, in a kind of ghostly existence as we increasingly gained the impression while traveling through the country. We didn't meet migrants that had crossed the Belarusian border in station halls, at bus stops, in restaurants, shops or walking along the street. Contrary, for instance, to the situation along the Balkan route, refugee/migrants from the Global South are driven into public invisibility in contemporary Poland. But we have seen their traces in the Białowieża border region, and activists told us as well that they found 20 ways at least how people on the move managed to overcome the ›barrier‹, as the newly built border fence is called in public discourse.

This observation resonates well with the understanding of critical border studies of the strength of the movements of migration based on historically grown networks of people, knowledge, infrastructures and other resources enabling migration despite all states's efforts to channel and stop it. In this respect, Sandro Mezzadra and Brett Neilson speak of ›border struggles‹ (2013: 264) and their role for the constitution of borders as being ›marked by tensions between practices of border reinforcement and border crossing‹ (ibid.: 3). In a similar vein, ›ethnographic border regime analysis‹ (Transit Migration Forschungsgruppe 2007; Hess et al. 2014) conceives of border spaces as the product of conflicting forces, as the emergent result of the permanent struggle for escape on the one hand and enclosure on the other (Hess/Schmidt-Sembdner 2021). Statistical analyses of the effects of the US-Mexican border deterrence strategy starting already in the mid-1990s show as well that fortification mea-

asures undoubtedly may rise the social costs of crossing but don't stop the movements (Fan 2008; Kearney 1991).

Driving back from the highly militarized Polish-Belarusian border zone with the ghostly presence of migration, we started to ask ourselves again, what the fortification of border infrastructures is *really doing*. Nicholas De Genova's notion »border spectacle« (2015) points to the fact that border infrastructures are not just an apparatus of migration control, but should rather be studied in relation to their capacity to produce and demonstrate sovereign power and hence its internalizing political effects within the polities that construct it. In a similar manner, Gibney and Hansen define anti-migration infrastructures, measured against their own goals, as »both ineffectual and essential« and propose to study them in the light of performing sovereign power and citizenship (2003: 2, quoted by Lindberg/Khoshravi 2021: 357). With these conceptual perspectives in mind, we take the broadly stated return of material border infrastructures within critical border studies (Hänsel et al. 2022) as entry point to explore the emergence of a new spatio-moral regime that we call *fortified nationalism* and study it as one main ingredient of Poland's current (soft) authoritarian transformation. We argue that, besides the capturing of public media and state institutions, measures to bring the judiciary under control or the introduction of right-wing ideology in school curricula, the border seems to be an essential arena in which the »gradual fusion in both political rhetoric as well in practices of exercising power that blurs the line between democratic and authoritarian styles of governance« (Adam et al. forthcoming) currently takes place. As a localizable spectacle of the »nation under threat« and as a racializing machine producing pictures of dehumanized bodies and groups unworthy of entering the national territory, the border contributes to normalize a new brutality in public discourse and to recode state-induced violence as acts of self-defense (ibid.). We will show how the restrictive and spectacular performance of the border can be understood as an iconographic act of state sovereignty that pushes forward the fortification and racialization of the body politic. We outline how such border infrastructures are reaching far beyond the border region as such, and as well far beyond its claimed targets, namely unwanted migration, in a kind of internalizing effect by consolidating anti-liberal, authoritarian modes of governance within European societies (still) mostly constituted as liberal democracies.

Drawing on the insights about the historical ambivalences of »race« in Europe – as elaborated by critical race studies – we will show how, in the overlaps of repressive European border regimes and (soft) authoritarian transformations »race« is currently recentered and rearticulated as an essential structuring and hierarchizing category. Following De Genova we understand the »migration crisis« at the Polish-Belarusian border as a »racial crisis that derives fundamentally from the postcolonial condition

of ›Europe‹ (2017: 1765) and is at the same time exploited by right wing, nationalist governments – as the Polish one – to push forward imaginaries of Europe as a ›pure‹, white and Christian political formation (Goldberg 2006; Adam/Steinhauer/Randeria 2022: 32). In doing so we take up as well one of the oldest debates in border studies that is the question of the functionality and productivity of such material border infrastructures that are being constructed with billions of Euros despite the massive evidence of their ineffectiveness.⁷ Turning our focus on its internal dimension we want to suggest to conceptualize these fence regimes as *racializing infrastructures*.

THE TRANSFORMATION OF A REMOTE TOURIST AREA INTO A »SPECIAL LEGAL ZONE« – A FIELD ACCOUNT FROM THE BIAŁOWIEŻA FOREST

Białowieża is a small village in Eastern Poland, right at the border with Belarus. Its most characteristic feature is its location in an immense primeval forest that carries the same name. Stretching along both sides of the border the Białowieża Forest is best known for its extraordinary fauna and biosphere, which bring tourists, environmentalists as well as researchers into the remote area. In the past years, the village could live well from it.

In summer 2021 Białowieża and the entire region have fallen under the spotlight of international media coverage when border guards registered an increase in numbers of migrants/refugees from the Global South attempting to cross the border. The Polish authorities drew at once on the already established *weaponisation-of-migration discourse* and publicly denounced these movements as a ›hybrid attack‹ on Poland's borders and sovereignty arguing that the Belarusian regime had deliberately made access to visas easier and created new infrastructures to facilitate these mobilities. Ultimately, the entire region was transformed into a fortress: About 15,000 additional border guards, soldiers, police and members of the recently founded paramilitary volunteer group ›Territorial Defense Forces‹ were deployed to the sparsely populated area. When the Polish authorities declared a state of emergency in September 2021, Białowieża became part of a no-entry zone that stretched about three to twelve kilometers deep into Polish territory. Military checkpoints regulated and restricted access

7 | Despite the fortification of the European border regime the numbers of asylum applications in the EU increased by 63% in the first half of 2022 compared to the same period in 2021, and by 21% compared to the pre-Covid years (2019) (Eurostat 2023).

to the village. Journalists, doctors, lawyers, NGO-staff or activists were no longer allowed to enter the border zone and provide urgently needed emergency aid to lost and wandering around people (see Grupa Granica 2021; Helsinki Foundation for Human Rights 2022; Stowarzyszenie Interwencji Prawnej 2022). Even close family members were often refused permission to visit their relatives. Tourism, the main lifeline for the local economy, came to a complete standstill.

The state of emergency contributed to transform the border region from a remote tourist destination into a »special legal zone« (Hänsel forthcoming; Buckel/Wissel 2010): a territorially defined space, in which legal principles have been increasingly reduced and blurred – a paradigmatic effect of soft authoritarian modes of governance and, at the same time, a precondition for their further normalization. During our trip we met activists, researchers and lawyers that illustrated this process with many details. Pushbacks, still illegal according to international and European law, have become the standard administrative practice here. During the state of emergency, the legal procedures of the asylum system were generally closed down for those crossing this part of the border. Despite the fact that the Polish Supreme Court declared in a »landmark judgement« (Helsinki Foundation for Human Rights 2022: 5) this withholding of emergency aid illegal and the European Human Rights Court issued many interim measures »ordering that the migrants be provided with humanitarian help and the possibility of contacting an attorney« (Stowarzyszenie Interwencji Prawnej 2022: 8), the government stick to this harsh policy. Some of our research partners told us that border guards and soldiers got used to legitimize their action by referring to extraordinary »orders« they had received from their superiors – up to the president – and not to the written law. Witold Klaus, lawyer and professor for criminology in Warsaw, stated that »the law is not existent, the law does not apply« in the border region with Agamben's »state of exception« being an accurate description of what is going on there (see as well Grupa Granica 2021). According to critiques the government has above heavily bent the constitutional order by extending the extraordinary measures through a simple ministerial decree once the longest possible period set by the constitution was exhausted (Izdebski 2022).⁸ By blurring the lines between le-

⁸ | According to the Polish constitution, a state of emergency can initially be declared for 30 days and once be prolonged for further 60 days. When these 90 days were reached at the end of November 2021, the Polish government adopted an amendment to the »act on the protection of the state border« which authorized the minister of internal affairs to prolong the extraordinary measure of creating a no-entry zone by a simple administrative decree. Such a ministerial decree was issued on 30 November 2021 and extended several times until 1 July 2022 when the Polish government declared that the completion of the border fence had rendered

gality and illegality and watering down the basic constitutional distinction between a *state of emergency* and *non-exceptional states* of state functioning the new border regime contributed to hollow out the rule of law, to establish soft authoritarian modes of governance and to push forward the authoritarian transformation of Polish democracy (Adam et al. forthcoming).

The Białowieża Forest had a role to play in these restrictive policies, as along the Mexican-US border or the Mediterranean Sea natural conditions have been »weaponized« to interrupt migration routes from the Global South. In this case, swamps, forests and the bitter cold in autumn and winter have become instruments for the political and legal creation of another »hostile terrain« (de León 2015: 31), in which people on the move are exposed to life-threatening dangers. Inhabitants, activists, journalists and lawyers have counted 37 deaths in the Białowieża Forest (European Council on Refugees and Exiles 2023) until February 2023;⁹ 225 more people on the move were still reported missing then with many more having suffered injuries due to the temperature, lack of nutrition, not to forget the psychological traumas people get from being stuck in wet clothes and without orientation in a cold, swampy, animal-rich forest, often pushed back and forth many times by Polish and Belarusian border guards. The border monitoring network Grupa Granica reports the many different forms of violence against refugees/migrants culminating in the forest and resumes that »the prevalence of such practices makes it legitimate to call them ›torture‹« (2021: 15).¹⁰

ON BARBED WIRE AND STEEL FENCES OR: WHY DO YOU FORTIFY A BORDER?

The militarization and fortification of the border zone have come in stages: At the beginning huge piles of barbed wire were brought into the region to impede the ir-

the no-entry zone obsolete. (See for a more detailed analysis of these developments: Adam et al. forthcoming).

9 | These numbers are constantly rising. In May 2023 Polish colleagues speak about 43 people that have died along the border.

10 | The multi-layered violence that migrants/refugees face in the border area is also the main focus of the visual report »Zone of Hidden Violence«, produced and published in autumn 2022 by Polish researchers and activists organized as the Border Emergency Collective: https://vimeo.com/user182357215?embedded=true&source=owner_portrait&owner=182357215

regular crossings. Public TV showed pictures of the wire being rolled out along the border to emphasize the government's swift and decisive action. A few weeks later it broadcasted reports about migrants trying to cut through the barrier with pincers and scissors to illustrate the »storm on the border« Poland was ostensibly facing.¹¹

In the meantime, these temporary infrastructures have been replaced by permanent ones. Since autumn 2021, the Polish government has been planning the construction of a »barrier« along the border to Belarus. About 350 million euros were spent to build a 5,5-metre-high and 186-kilometre-long fence-construction with tight steel-rods and equipped with digital tracking technologies.¹² In the remaining areas rivers or swamps seemed good enough to prevent human mobility. When the barrier was completed in June 2022, Poland's Interior Minister declared the »problem« of irregular border crossings as solved. Public TV and government friendly print media supported him in mobilizing the narrative about the steadfastness of the Polish authorities that had successfully repelled the »hybrid attack« on the country's borders and sovereignty.

Nevertheless, all our interlocutors agreed on one point: The barrier has not stopped the border crossings. Migrants/refugees dig holes under the wall or climb trees and jump to the other side. They use ladders or wade through rivers. »There are many ways to cross this wall«, a restaurant owner in Białowieża told us. Just the injuries have changed. Doctors and humanitarian aid workers increasingly report broken bones and open flesh wounds as a result of such jumps from a few meters height and the barbed wire that had been put on top of the fence. In Warsaw, a high-ranking representative of Frontex shared this assessment with us:

»A bit of beating, a bit of stealing, a fence or a wall does not hold them back. If you have come this far, spent this much money, maybe a whole village is waiting for you to come through, then you try again until you get through. (...) Repressive border policies are simply not effective.«

In regard of the likewise ineffective but massively deployed detention and deportation infrastructures Sharam Khosravi and Annika Lindberg speak of the mighty »fantasy that states are able to control unwanted mobility« as essential driving force behind it (2021: 357). Several of our interlocutors have come to comparable conclusions. The restaurant owner in Białowieża, for instance, complained that the government would

11 | The wording »storm on the border« was constantly used during the news services of public media and by governmental politicians in autumn and winter 2021/22.

12 | On the dramatic environmental consequences of building this barrier/fence see Nowak (2022).

not care about the worries among the local population. All that mattered for them was to get the grand narrative through to their electorate: »We have protected the border. We have repelled the threat. Everything is ok again.« Two border activists put it like this: The restrictive policies may be ineffective in interrupting human mobility, but they are quite effective in mobilizing images and messages about staunch state action. From their point of view, the government has put much effort into pretending that militarization, closure and walls have resolved the ›problem‹, even though their regular rescue interventions to support stranded migrants prove this narrative wrong.

EPHEMERAL PRESENCE AND THE ERASURE OF TRACES: THREE MODES TO RENDER MIGRATION INVISIBLE

On our first morning in the border region, Kamila Fiałkowska, a border activist and member of the »Researchers on the Border«¹³ leads us to places, where people have recently camped, probably for a couple of days. Walking through the terrain, we find left behind shoes, jackets and sleeping bags, tooth brushes, children's socks and further personal belongings, food cans, plastic bottles and foils protecting against the humidity of the ground. People on the move are waiting at such places for family members or professional smugglers facilitating their clandestine journey through Poland towards Germany.¹⁴ Fence, barbed wire as well as the accompanying repressive and violent control practices are in so far politically effective as they make people disappear right after having crossed the border. They send out the message that there is no legitimate place for these groups of migrants/refugees within the Polish society. As these signs of a state enforced disappearance of migrants' bodies from public space were so impressive, we started to trace different modes and configurations of rendering migration invisible.

For those being caught by Polish security forces close to the border, immediate pushbacks towards Belarus were established as the standard procedure (Stowarzyszenie Interwencji Prawnej 2022: 7). Such collective expulsions and re-

13 | Information about this group of critical researchers who, among other things, maintain a research station in the border area, document developments along the border on a long-term basis and also organize regular seminars and workshops, can be found on the following webpage: bbng.org.

14 | Natalia Judzińska, co-founder of the »Researchers on the Border« network, documents these places as traces of the ephemeral presence of migrants in the region and repressive border policies (Judzińska/Sendyka 2022).

foulements – illegal according to international and European law – were even ›legalised‹ within the Polish legal order first by a ministerial decree in late August 2021 and a few weeks later by an amendment to the law on foreigners.¹⁵ Polish NGOs, lawyers, journalists and the Ombudsman for human rights collected much evidence that border guards and policemen systematically refuse to listen to verbal requests for international protection or to receive written papers with similar statements. Violating international conventions and European regulations, these migrants/refugees are forcefully expelled out of the country shortly after having entered. They don't appear as individual cases inside the Polish asylum system, at the most they are registered as numbers within the border guards' official statistics of ›successful‹ preventions of irregular crossings.

A second mode targets those that are apprehended further away from the border. With a high probability these persons are brought to one of the closed detention centres the Polish government has established all over the country, some of them reaching back to the 1990s. As the Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (1995) had documented, the German government was heavily engaged at that time in equipping and supporting Poland with expertise, technical devices and money to set up a migration and border regime compatible with that one of the EU as ›bulwark‹ against the East and to serve as ›safe third country‹. Some of these facilities were operational ever since, others could easily be reactivated or were newly added to this widespread detention and deportation infrastructure.¹⁶ People on the move who get intercepted today are forced to stay in these prison-like facilities often situated in remote areas and on former military bases while their asylum procedure is negotiated or until their deportation proceeds. This practice to issue administrative detention from the first day onwards – which according to Polish law should be an exception and not the rule – excludes migrants/refugees from public life, deprives them of their most fundamental rights and tunnels them into what geographers call ›carceral circuits‹ (Gill et al. 2018). In Zielona Góra, not far away from the German border, activists shared one observation with us they themselves were struggling to make sense of. After having been forced to spend months shut away in the closed detention centres, inmates are regularly suddenly released – without preceding notice, without being informed about the reasons or the exact moment when this release will happen. Border guards bring the detainees to a provincial train station, where they abandon them without

15 | Ustawa z dnia 14 października 2021 r. o zmianie ustawy o cudzoziemcach oraz niektórych innych ustaw, 14 October 2021 (Prezydent Rzeczypospolitej Polskiej).

16 | On the issue of the difference between ›open‹ and ›closed centers‹ as part of this infrastructure, please see Garbolińska (2022).

train ticket, food or money, only providing them with the information that trains to Berlin are running in the one direction, trains to Warsaw in the opposite one. It is a strange combination of state-organized kidnapping with sudden abandonment, which our research partners interpret as a tacit call to leave the country rapidly and thus as an informal administrative way to erase traces of migration and refuge in Poland.

A third mode consists of the actors, sites, technical devices and informal networks that facilitate the transfer of border crossers from eastern Poland towards western European states, without getting in direct contact with Polish state agents or leaving traces in the country's registration files. As these infrastructures of mobility have to work silently and in clandestine due to the massive presence of police and military forces and the threat of criminalization, mostly avoiding public attention, we began thinking of them as »underground pathway«, similar to Maurice Stierl's notion of »underground seaway« (2020) for the Mediterranean escape in analogy of the historical »underground railroad« in the US (Whitehead 2016). Grassroots humanitarian rescue bases along the border are one decisive element of these infrastructures. We spent some time in one of the about five bases along the border, in which activists sleep and store the things they need for their emergency operations. While we were sitting and talking our interlocutors got the message about a group of four Arabic speaking males in need of support. Already in summer 2021 an alarm phone had been established. Until today this hot line coordinates aid operations by informing the closest base about number, sex, age, nationality, actual location and concrete needs. The volunteers compile backpacks with materials that enable the migrants/refugees to survive and to continue their journey: Dry, warm and dark clothes, shoes, hot soup and sweet tea, sleeping bags, medical and technical devices. However due to risks of being criminalized as smugglers or human traffickers, the activists confine themselves to bring these things, sometimes leaving them close by to the people on the move without direct contact. They avoid offering further help as transportation or accommodation as this could give rise to more serious legal measures of Polish authorities. Inevitably the repressive state practices differentiating between worthy and illegitimate groups of migrants are inscribed even in these practices of subversive solidarity. With this support the migrants/refugees are nonetheless in a much better situation to wait for the next link within the clandestine infrastructures: family members, taxi drivers or professional smugglers which bring them westwards, »tunnelling« them through Poland.

EXUBERANT VISIBILITY: PERFORMING SOLIDARITY AND RELATEDNESS TOWARDS UKRAINIAN REFUGEES

These modes of rendering certain people on the move invisible become even more apparent through a comparison with the diametrically opposed reception that displaced Ukrainians experienced after Russia's full-scale invasion. Until then, each Ukrainian citizen had a story to tell about time-consuming, bureaucratic and often humiliating border crossing procedures even after the visa requirement for entering the Schengen area were lifted in 2017. Since February 2022, Polish border guards showed a great willingness to simplify and accelerate immigration formalities for Ukrainian citizens, whereas people that could be read as ›non-white‹ were frequently confronted with discriminatory practices by guards on both sides of the Ukrainian-Polish border. Infrastructures of support were established practically overnight at border crossings, train stations, in city centres and along motorways. Ukrainian passport holders could use trains and urban transportation for free and, more importantly, instantly apply for a Polish social security number giving immediate access to the labour market and the public health system. They were entitled to move on towards other European countries as well as to return again to Poland after a while. In cities like Warsaw sign posts and message boards in Ukrainian language as well as displays of Ukrainian flags in shops, restaurants, on billboards and public buildings produced a blue-and-yellow, emotionally exuberant welcoming spectacle and with it came a high degree of visibility of this migration. These measures and infrastructures did not only make everyday life for Ukrainian citizens arriving in Poland after Russia's full invasion much easier compared to those migrants/refugees from the Global South trying to enter Poland via Belarus, but on top of that contained and conveyed strongly differentiating messages about which people on the move are welcome in the country and which bodies and lives are valued and protected by state authorities. Whereas Ukrainian citizens were granted an – even though still marginal (Krivonos 2022) – position within Poland's state biopolitics, migrants/refugees from the Global South were repelled, pushed out of the country and left to suffer or to die. Critical border studies have pointed to this bio-political differentiating power of border regimes as one of its central effects (Walters 2002; Transit Migration Forschungsgruppe 2007). Buckel and Wissel speak of the production of a »bio-political schism; an illegitimate partition, fragmentation« that is brought into the population by the border which – as they go on – »can only be based upon racism« (2010: 38). It is racism, Mbembe (2003) reminds us, likewise quoting Foucault, that provides the legitimacy »to expose certain populations to danger of death, to increase the risk of death, political death, expulsion, deportation etc. for certain people« (Foucault 1999: 297). The EU border regime increasingly

produces such constellations of exclusion and deprivation outside of the »political and legal society« (Buckel/Wissel 2010: 39) and co-creates hereby the conditions for a purifying, authoritarian transformation of the body politic.

During our trip, some of our Polish colleagues spoke consequently of a new »colour line« denoting that racializing practices and categories were increasingly used to legitimate this highly unequal treatment of flight/migration movements. The position of Ukrainians towards the national collective of Poles has gradually shifted over the last months. Before the full-fledged war the already numerous Ukrainian labour migrants (Duszczuk/Kaczmarczyk 2022) were mostly perceived as cheap seasonal workers in agriculture, food industries, construction and domestic care and often denied formalized contracts or full legal protection (Krivonos 2022). What matters here is that the bodies of Ukrainian labour migrants were categorized as »tougher«, »less vulnerable« or »capable of suffering« within this mode of perception and hereby in a sense racialized as »others«. Activists and researchers told us about the often precarious, exploitative working conditions as well as about the many administrative obstacles Ukrainian citizens were facing when they had tried to obtain a permanent residence and working permit. Migrants' self-organisations and independent trade unionists were supporting efforts for piecemeal improvements when Russia's invasion upset these parameters completely. Since then, dominant public discourses have positioned Ukrainians as »culturally close kins«, being »of us« and deserving »our« solidarity in their fight against a mutual enemy. A steady stream of media coverage has circulated images emphasizing commonalities in language, food, values or the historic fate of nations having had time and again to struggle with the imperial ambitions of their neighbours. During a protest rally at the evening of Russia's full-scale attack taking place in front of the Russian embassy in Warsaw the centrist opposition politician Szymon Hołownia spoke about »the same blood, the same DNA« that Poles and Ukrainians would share. He went on mentioning the similarities between the Polish and the Ukrainian national anthems as another aspect of this close relatedness: These were not the anthems of happy peoples, he stated, but of peoples who constantly had to fight for their freedom and their right to exist.¹⁷ A few days later, pupils chanted »Poles and Ukrainians – one family« at a protest demonstration through Warsaw's city centre. Many restaurants and milk bars changed the

17 | The two national anthems indeed begin with a similar motive. The Polish one opens with the sentence »Poland has not yet perished« or »Poland is not yet lost«; the Ukrainian one starts with: »Ukraine's freedom has not yet perished, nor has her glory«. The gathering on the evening of 24 February 2022 had begun with the playing of the Ukrainian national anthem, to which the politician referred here.

name of the traditional vegetarian dish »Russian Pierogi« into »Ukrainian Pierogi«. ¹⁸ Public space and media were full of such statements and symbolic acts, in which similarities between Poles and Ukrainians were discovered and displayed as well as relations of kinship were constructed and celebrated.

Ukrainians have thus lately undergone a quite radical shift of their moral and social position within Polish society from temporary, rather tolerated labour migrants and racialized ›others‹ to appreciated family members whose presence is unquestioned, for the time being, and who deserve solidarity and affection – a dynamic we designate as a gradual »whitening« of Ukrainians with regard to the Polish as well as the European political community. Drawing on recently increasing debates on »racialisation« and »racial orders« within Europe, we follow here a constructivist understanding of »whiteness« as not simply a matter of the colour or pigmentation of the skin, but rather a socio-political process producing some populations and regions as »white«. Likewise, »Blackness must be conceived as more capacious than a mere synonym for African origin«, as Nicolas De Genova reminds us (2017: 1170). József Böröcz speaks of »whiteness« as a »relational category« and a »moral-geopolitical superiority claim (...) for unconditional global privilege« (2021: 1116). He, as well as Manuela Boatcă (2015) and Aleksandra Lewicki (2023) among others point to the internal European ambivalences and hierarchies with a view of the history of the violent peripheralization of some European regions and populations such as the »Balkans«, consistently imagined as space of backwardness, and to the histories of antisemitism, anti-Roma or anti-Slavic racisms including slavery (Bjelić 2022), serfdom or the exploitation of forced labour as during the Nazi regime. In so far Aleksandra Lewicki describes the racial order within Europe as one that didn't evolve »in a binary logic«, rather one that has operated »along multiple axes« having »produced complex modes of racialisation« whereas the »East« has occupied an ambiguous position (...). While ›Eastern Whiteness‹ tended to be recognised as global marker of superiority [in a global context], it also signalled inferiority within hierarchies of Europeanness« (2023: 1484-85). In this sense Iva Kalmar describes this liminal, in-between-place of Eastern Europeans as »white, but not quite« (2022) and József Böröcz conceptualizes it as »dirty whiteness« that is created in relation to the privileged core of »eurowhiteness« (2021: 1129), covered by Western European powers and used as a marker of modernity and progress, many Eastern European elites

18 | The original name »Pierogi Ruskie« means in fact »Ruthenian Pierogi« – referring to »Ruthenia« as a central eastern European border region or to »Ruthenians« as an east Slavic ethnic group –, but in popular understanding »ruski(e)« is mostly and increasingly seen as referring to Russia. See: Tilles (2022).

have lived up for, but hardly ever fully reached (Hess 2007; Boatcă 2006). It is against this backdrop that we argue that Ukrainians,¹⁹ with Russia's full-scale invasion, have shifted within the moral-geopolitical matrix, in which »whiteness« is produced, as they have moved closer towards its core, the realms of »eurowhiteness«. Their »whiteness« has become less »dirty« – to take up Böröcz' wording – as their western neighbours and above the real »occupants of the »eurowhite« subject position« (2021: 1129) in Brussels and western European capitals showed their willingness to accept them as worthy, related subjects. It remains to be seen how sustainable this shift of position will be, but the differences to the modes of rendering migration from the Global South invisible as racialized disposable bodies, are in any case striking.

RACIALIZING INFRASTRUCTURES

What these radically disparate migration regimes first and foremost do is to reinforce *race* as a sorting category that differentiates morally between legitimate and illegitimate people on the move and to induce hereby racializing effects far into the everyday worlds of European societies. As we have shown the two so differently assembled border infrastructures – fortified and repellent towards Belarus; open and permeable towards Ukraine – continue in and produce diametrically opposed conditions for mobility. The distress of displaced Ukrainians was somewhat abated by arrangements and networks that supported their movement through Poland and beyond. Welcoming infrastructures did not only make traveling easier, but created visibility and thousands of everyday encounters with Poles. The hardship of people on the move from the Global South, by contrast, was actively magnified by politically created conditions that made border crossings dangerous, even lethal and movements westwards troublesome. Their mobility is interrupted, criminalized and forced into clandestineness.

What matters here are the racializing effects that these border infrastructures and configurations of mobility provoke. Critical border studies have always conceptualized the border not so much as a barrier but with regard to its governing, filtering and transformative dimension in view of its capacity to a »differential inclusion« in the labour markets of the Global North countries, how Mezzadra and Neilson put it (2013; see also Hess/Schmidt-Sembdner 2012). Michael Kearney has pointed to this

19 | Here again we refer to »Ukrainians« as imagined and constructed in currently dominant European media and political discourses; some Ukrainians, read as racialized others, are in fact excluded from this shift of position.

dimension already in the 1990s under the impression of the massive fortification of the US-Mexican border when he wrote:

»Rhetoric aside, [...] the de facto immigration policy of the unitedstate-sian government is not to make the US-Mexican border impermeable to the passage of ›illegal‹ entrants, but rather to regulate their flow, while at the same time maintaining the official distinctions between [...] kinds of people, that is to constitute classes of peoples« (Kearney 1991: 58).

Whereas Kearney and Mezzadra/Neilson were focusing in their analyses on the political economical aspects of the border regime we want to argue against the background of our Polish case study that the border regime not only produces classes but rearticulates as well »race« (Hess forthcoming). The newly enforced bifurcated Polish border regime turns out to be an »ontological apparatus« (Mbembe 2020: 67) that produces different categories of people. On the one hand, already racialized people from the Global South undergo a renewed and intensified racializing process by being denied access, and the exercise of their most fundamental rights. On the other hand, the gradual »whitening« of Ukrainians is pushed forward by a political and societal welcoming spectacle.

The legal scholar E. Tendayi Achiume argues that the border and immigration control regime of the postcolonial world order has to be characterized as »inherently racial« (2022: 445) as it builds on racial differentiations whereas whiteness emerges as privileged signifier. She defines »racial borders« as those that »disparately curtail movement (mobility) and political incorporation (membership) based on race and sustain international migration and mobility as racial privileges« (ibid.: 449). In her historical analyses with view on the emergence of the border and migration control regime of the earlier settler colonies such as the US and Australia she shows how as an openly racist agenda increasingly lost its legitimacy a »race-neutral migration apparatus« (ibid.: 455) was set up that rather worked through »racial proxies« such as nationality, culture or religion via such instruments as language test, carrier sanctions and especially the visa regime. As we already have shown, the European genealogy of race-formation is certainly more ambiguous, especially in relation to »whiteness« as central signifier. Additionally, also the history of migration in Europe, a different genesis of immigration control policies and their relation with the border forbids a simple transfer of Achiume's analyses to the European context (see Hess forthcoming).

Nevertheless, Böröcz argues that also in the European context »whiteness« still functions as a globally valuable »superiority claim« (2021) and is still performed as a membership card to the club. With the European Union this membership card has

found a powerful materialized equivalent with a bipartite mobility regime redrawing colonial boundaries: internally with freedom of movement and externally, with the construction of an EU external border (Kasperek 2021) and a visa regime for so called third country nationals (Adam/Hänsel 2021: 113; Hess forthcoming).

The discourse-production witnessed in the wake of the war against Ukraine, reanimates the equation between »Europe« and »whiteness«, and significantly deepens the racialization of migration from the Global South. Leslie Gross-Wyrzten's studies on North Africa point in a similar direction: In Morocco, the EU border regime and its differentiating racializing logic also intervenes into the highly sensitive racial orders in so far as it produces an »out-of-space blackness« by linking blackness most closely with illegitimate, illegal migration from sub-Saharan Africa (2020), and, one could follow, helps to »whiten« Moroccan citizens. However, Gross-Wyrzten demonstrates as well that this recalibration of race in the context of the multi-racial north African societies has far reaching effects also for those Moroccan citizens read as »black« that now find themselves being deported and expelled in the wake of raids by the police and newly objects of racial attacks on the streets.

In this sense, we conceptualize the recent construction of fences and the remilitarization of border spaces as *racializing infrastructures*, which not only differentiate and separate outwardly, but are also intended to organize a specific – namely racialized – communitization inwardly by invoking the national imaginary, which numerous European governments orchestrate very explicitly through racist campaigns.

FORTIFYING AND PURIFYING THE BODY POLITIC

These dynamics can be traced within Polish society as the two diverging border regimes have become effective in current struggles around citizenship, belonging and the composition of the body politic. Two public campaigns accompanying the repressive policies at the Polish-Belarusian border aimed at solidifying and possibly enlarging the electorate of the right-wing government by transforming the body politic into an imagined, rather restricted community of ›morally pure‹ and ›politically entitled‹ Poles.

In summer 2021, right-wing politicians, public TV and allied print media began flooding public discourse with images constructing ›racialized others‹ as carriers of various dangers and threats. Partly reinforcing already established tropes, they mobilized a chain of associations linking migrants from the Global South with violence, Islamic terrorism, criminality, disintegration and, to top it all, sexual perversion (Adam et al. forthcoming). Through the circulation of such narratives of threat and fear, the

fortification and militarization of the border area as well as such measures as the legalization of push-backs in Polish law were framed as the only reasonable political reaction pushed forward by a responsible government in order to protect Poles against the dangers looming at the eastern border.

But this fearmongering canvass normalizing racist positions towards migrants from the Global South and East was not enough. In late autumn 2021 right-wing politicians and activists together with pro-government media initiated a nationwide solidarity campaign – not for people on the move wandering around, suffering and dying in the Białowieża Forest, but for border guards, soldiers and policemen. For some weeks there was hardly any escape in public discourse and space from the campaign's central slogan: »As a wall behind the Polish uniform«. ²⁰ Polish public television channel TVP Info displayed an icon with this phrase around the clock and broadcasted reports, for instance, from Christmas markets in eastern Poland, where »food like grandma's« was prepared for the »boys and men« doing their service at the border. Municipalities put up posters and billboards with this slogan at their town halls. In Warsaw ministries and the head office of the National Bank were decorated with similar banners. In December 2021 TVP and the Polish armed forces jointly organized a flamboyant solidarity concert in an aircraft hangar, broadcasted on a Saturday evening at prime time. A wave of positive moral sentiments flowed through public discourse when TVP aired a report about pupils writing and drawing letters in which they thanked border guards and soldiers for protecting the country's border especially for them, the younger generation. In the next sequence soldiers, for their part, expressed their gratefulness after receiving such letters and highlighted that such writings from pupils gave them a real treat.

Hence, the establishment of a restrictive border regime was combined with the production and circulation of moral sentiments and affects – hatred and fear towards migrants and refugees whose legitimacy to cross the Polish-Belarusian border was fundamentally denied; recognition, gratefulness and commitment towards all Poles who showed their willingness to support the tough stance against the alleged »hybrid attack« (Adam/Steinhauer/Randeria 2022: 7). What matters here is that in both cases the right-wing government used self-evidently public and state institutions it had gradually taken over since its electoral victory in 2015 for this purpose: Leading positions in public media, courts, educational and cultural institutions or state-owned companies have quite systematically been filled with militant partisans, open supporters or benevolent followers. Consequently, such entities can by now easily be

20 | In Polish »Murem za Polskim Mundurem«, which could be translated as well as »in full support behind Polish soldiers«.

integrated into political infrastructures to mobilize ideologized narratives, one-sided messages and moral sentiments through the public sphere. In other words, as part of a soft authoritarian transformation of Polish democracy, the government has transformed these institutions into elements of a *socio-political fortress* that brings the right-wing camp into an even better position in its struggle for lasting cultural hegemony. These effects of seven years of soft authoritarian governance turn out to be the precondition for another technique to consolidate the government's grip on power: Reconstructing the body politic into a rather exclusive »moral community« (Fassin 2013: 211) of mutually committed Poles that recognize each other in reciprocal expressions of compliance and gratefulness (Adam/Steinhauer/Randeria 2022: 31). It is a *fortified version* of the body politic that emerges here through the violent exposure of ›racialized others‹ and the rejection of other forms of divergence from the ›purified nation‹, on the one hand, and the imagination of kin-like relations within a morally enclosed community that does not know any internal difference, on the other.

FORTIFIED NATIONALISM – RACIALIZED EUROPE

The new fence cutting through one of Europe's most precious nature reserves has not accomplished its officially stated purpose to bring irregular border crossings to a standstill or to close down the migration route via Belarus into the EU. It has still proven to be effective in symbolical and political ways. The fence has become a key element in assembling another European »border spectacle« (de Genova 2015), in which a national state performs its, in fact porous, sovereignty. Against this background we have concentrated in this article on tracing intersections between the fortification of borders and (soft) authoritarian shifts currently undermining Polish democracy. We have outlined the emergence of *fortified nationalism* as a new spatio-moral regime interlinking the symbolical and material enclosure of the national territory with restrictive border policies and political technologies to re-imagine and re-constitute the body politic as a *morally and racially pure community*. Drawing on already hijacked public and state institutions as well as on alliances with conservative, church-associated organizations and media to circulate political narratives and affects, *fortified nationalism* aims at moving the frontlines in present struggles for cultural hegemony. The fortification of the border, the steady production of scenarios of threat and fear as well as the mobilization of moral sentiments sharply differentiating between legitimate and illegitimate migration rearticulates *race* as a hierarchizing category and pushes forward the normalization of right-wing positions in public discourse.

Within this spatio-moral regime *race* is not only produced through border mechanisms that categorize human beings with regard to their entitlement or denial to move, to become visible and to get access to societal resources and infrastructures. Re-composing the body politic as a moral community can be read as a process of *self-racialization* of the Polish nation as a ›pure‹, white and Christian collective, well-fortified to fight off each ›perilous difference‹. Besides racialized ›external others‹, over the last years sexual(ized) minorities, activists and NGOs supporting migrants/refugees crossing the Belarusian border, feminists protesting against the almost complete abortion ban or more widely critiques of the *fortified and purified nation* have become targets of comparable campaigns questioning their position within the legitimate political collective. The pureness that is promoted here is not just racial in a narrow sense; it has far reaching moral connotations and political contours. For people on the move this newly racialized border regime can be understood as a fortified »deterrence regime« (Gammeltoft-Hansen/Tan 2017), that increasingly produces spaces reminiscent of Achille Mbembe's notion of »death worlds« (2003: 40) in which racialized lives are increasingly made disposable, deprived of even the basic human rights to move and to live.

LITERATURE

- Achieme, E. Tendayi (2022): Racial Borders. In: The Georgetown Law Journal 110 (3). 445-508. URL: law.georgetown.edu [08.09.2023].
- Adam, Jens / Flader, Ulrike / Steinhauer, Hagen / Randeria, Shalini (forthcoming): Soft Authoritarian Lawfare. Threats to Democracy from within. In: Lonardo, Luigi (Ed.): Addressing Hybrid Threats: European Law and Policies. Cheltenham.
- Adam, Jens / Steinhauer, Hagen / Randeria, Shalini (2022): Von Differenzlinien und moralischen Mehrheiten. Majoritäre Identitätspolitik als soft-autoritäre Herrschaftspraxis. In: Polylog. Zeitschrift für interkulturelles Philosophieren 48. 15-39.
- Adam, Jens / Hänsel, Valeria (2021): After Humanitarian Reason? Formations of Violence, Modes of Rule and Cosmopolitical Struggles at the »European Margins«. In: Movements Journal for Critical Migration and Border Regime Studies 6 (1).
- Alexopoulou, Maria (2021): Ignoring Racism in the History of the German Immigration Society. In: Journal for the History of Knowledge 1 (7). 1-13.
- Babakova, Olena / Fiałkowska, Kamila / Kindler, Marta / Zessin-Jurek, Lidia (2022): Who is a ›true‹ refugee? On the limits of Polish hospitality. In: CMR Spotlight 6 (41). URL: migracje.uw.edu.pl [08.09.2023].
- Bjelić, Duan (2022): Cedric J. Robinson, Black radicalism and the abolition of Europe. In: Race & Class 64 (4). 67-86. URL: journals.sagepub.com [08.09.2023].
- Boatcă, Manuela (2015): Multiple Europas und die interne Politik der Differenz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 65 (52). 49-54.

- Böröcz, József (2021): »Eurowhite« Conceit, »Dirty White« Ressentment: »Race« in Europe. In: *Sociological Forum* 36 (4). 1116-1134.
- Border Emergency Collective (2022): *Zone of Hidden Violence*. (Film). URL: [vimeo.com \[08.09.2023\]](https://vimeo.com/08.09.2023).
- Buckel, Sonja / Wissel, Jens (2010): *The State Project: The transformation of the European Border Regime and the Production of Bare Life*. In: *International Political Sociology* 4. 33-49.
- Chimni, Bhupinder S. (1998): *The Geopolitics of Refugee Studies: A View from the South*. In: *Journal of Refugee Studies* 11 (4). 350-374.
- Chin, Rita / Fehrenbach, Heide / Eley, Geoff / Grossmann, Atina (2009): *After the Nazi Racial State: Difference and Democracy in Germany and Europe*. Ann Arbor.
- Coutin, Susan Bibler (2015): *Deportation Studies: Origins, Themes, and Directions*. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 41 (4). 671-81.
- De Genova, Nicholas (2015): *The Border Spectacle of Migrant ›Victimisation‹*. *Open Democracy* of 20.05.2015. URL: [opendemocracy.net \[08.09.2023\]](https://opendemocracy.net/08.09.2023).
- De Genova, Nicholas (2018): *The »migrant crisis« as racial crisis: do Black Lives Matter in Europe?* In: *Ethnic and Racial Studies*, 4 (10). 1765-1782. URL: [tandfonline.com \[08.09.2023\]](https://tandfonline.com/08.09.2023).
- De Genova, Nicholas (2022): *Spatial Convulsions, Racial Concussions: The Borders and Boundaries of the ›European‹ Problem*. In: Hänsel, Valeria / Heyer, Karl / Schmidt-Sembdner, Matthias / Schwarz, Nina V. (Eds.): *Von Moria bis Hanau: Brutalisierung und Widerstand. Grenzregime IV*. Berlin/Hamburg. 336-359.
- De León, Jason (2015): *The Land of Open Graves. Living and Dying on the Migrant Trails*. Oakland.
- Duszczyc, Maciej / Kaczmarczyk, Paweł (2022): *The War in Ukraine and Migration to Poland: Outlook and Challenges*. In: *Intereconomics* 57 (3). 164-170. URL: [intereconomics.eu \[08.09.2023\]](https://intereconomics.eu/08.09.2023).
- European Council on Refugees and Exiles (2020): *Greece: Still no Access to Asylum, Second Camp Quarantined, First Relocations Ahead, Push Backs to Turkey*. ECRE of 10.04.2020. URL: [ecre.org \[08.09.2023\]](https://ecre.org/08.09.2023).
- European Council on Refugees and Exiles (2023): *EU Eastern Borders: More Deaths at Poland Belarus Border as Reports of Pushbacks, Detention and Crack-down on Solidarity Continue, Council of Europe Concerned over Pushbacks and Criminalisation in Latvia*. ECRE of 17.02.2023. URL: [ecre.org \[08.09.2023\]](https://ecre.org/08.09.2023).
- Eurostat: *First-time asylum applicants up 64% in 2022*. Eurostat of 23.03.2023. URL: [ec.europa.eu \[08.09.2023\]](https://ec.europa.eu/08.09.2023).
- Fan, Mary D. (2008): *When Deterrence and Death Mitigation Fall Short: Fantasy and Fetishes as Gap-Fillers in Border Regulation*. In: *Law & Society Review* 42 (2). 701-734.
- Fassin, Didier (2013): *Enforcing Order. An Ethnography of Urban Policing*. Cambridge/Malden.
- Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (1995): *Polen. Vor den Toren der Festung Europa*. Berlin/Göttingen.

- Gammeltoft-Hansen, Thomas / Tan, Nikolas F. (2017): The End of the Deterrence Paradigm? Future Directions for Global Refugee Policy. In: *Journal on Migration and Human Security* 5 (1). 28-56.
- Garbolińska, Agnieszka (2022): Rodzaje ośrodków dla osób w procedurze uchodźczej w Polsce. *Badaczk i Badacze na Granicy*. URL: bng.org [08.09.2023].
- Gibney, Matthew J. / Hansen, Randall (2003): Deportation and the Liberal State: The Forcible Return of Asylum Seekers and Unlawful Migrants in Canada, Germany and the United Kingdom. In: *New Issues in Refugee Research, Working Paper 77*. Geneva.
- Gill, Nick / Conlon, Deirdre / Moran, Dominique / BurrIDGE, Andrew (2018): Carceral Circuitry: New directions in carceral geography. In: *Progress in Human Geography* 42 (2). 183-204.
- Goldberg, David Theo (2006): Racial Europeanization. In: *Ethnic and Racial Studies* 29 (2). S.331-364.
- Gross-Wyrzten, Leslie (2020): Contained and abandoned in the »humane« border: Black migrants' immobility and survival in Moroccan urban space. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 38 (5). 887-904.
- Grupa Granica (2021): Humanitarian Crisis at the Polish-Belarusian border. (no place of publication).
- Hänsel, Valeria (forthcoming): The (Re)configuration of the Aegean Border Regime after the long summer of migration.
- Hänsel, Valeria / Heyer, Karl / Schmidt-Sembdner, Matthias / Schwarz, Nina V. (Eds.) (2022): *Von Moria bis Hanau: Brutalisierung und Widerstand. Grenzregime IV*. Berlin/Hamburg.
- Helsinki Foundation for Human Rights (2022): Submission to Mr. Felipe González Morales, The UN Special Rapporteur on the human rights of migrants, OHCHR of 24.02.2022. URL: ohchr.org [08.09.2023].
- Hess, Sabine (forthcoming): Racial b/order of Europe – zur Rassialisierung des Europäischen Grenzregimes. In: Bojadžijev, Manuela / Mecheril, Paul / Poutrus, Patrice / Qent, Matthias (Eds.): *Handbuch für Rassismuskforschung*. Baden-Baden.
- Hess, Sabine (2022): 5 Jahre später: EU-Europas neues-altes Grenzregime als Grenze der Demokratie. In: Hänsel, Valeria / Heyer, Karl / Schmidt-Sembdner, Matthias / Schwarz, Nina V. (Eds.): *Von Moria bis Hanau: Brutalisierung und Widerstand. Grenzregime IV*. Berlin/Hamburg. 84-103.
- Hess, Sabine / Heimeshoff, Lisa-Marie / Kron, Stefanie / Schwenken, Helen / Trzeciak, Miriam (Eds.) (2014): *Grenzregime II: Migration – Kontrolle – Wissen. Transnationale Perspektiven*. Berlin/Hamburg.
- Hess, Sabine / Kasperek, Bernd (2017): De- and Restabilising Schengen. The European Border Regime after the Summer of Migration. In: *Cuadernos Europeos de Deusto* 56. 47-77.
- Hess, Sabine / Schmidt-Sembdner, Matthias (2021): Perspektiven der ethnographischen Grenzregimeforschung: Grenze als Konfliktzone. In: *Zeitschrift für Migrationsforschung* 1 (1). 197-214.

- Isakjee, Arshad / Davies, Thom / Obradović-Wochnik, Jelena / Augustová, Karolína (2020): *Liberal Violence and the Racial Borders of the European Union*. In: *Antipode* 52 (6). 1751-1773.
- Izdębski, Hubert (2022): Projekt ustawy o ochronie ludności oraz o stanie klęski żywiołowej – uporządkowanie stanu prawnego czy kontynuacja zmiany ustroju bez zmiany Konstytucji? Fundajca Batorego of 26.09.2022. URL: batory.org.pl [08.09.2023].
- Jucewicz, Agnieszka (2022): Socjolożka znad granicy polsko-białoruskiej: Ludzie mocno wierzą w propagandę TVP, że mur nas ochroni (Interview with sociologist Sylwia Urbańska). *Gazeta Wyborcza* of 03./04.12.2022.
- Judzińska, Natalia / Sendyka, Roma (2022): The Crisis at the Polish-Belarusian Border: Sites and Things. In: *Sprawy Narodowościowe. Seria Nowa* 54. 1-35. URL: journals.ispan.edu.pl [08.09.2023].
- Kalmar, Ivan (2023): Race, racialisation, and the East of the European Union: an introduction. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 49 (6). 1465–1480. URL: doi.org/10.1080/1369183X.2022.2154909 [08.09.2023].
- Kalmar, Ivan (2022): *White But Not Quite. Central Europe’s Illiberal Revolt*. Bristol.
- Kasperek, Bernd (2021): *Europa als Grenze. Eine Ethnographie der Grenzschutz-Agentur Frontex*. Bielefeld.
- Kearney, Michael (1991): Borders and Boundaries of State and Self at the End of Empire. In: *Journal of Historical Sociology* 4 (1). 52–74.
- Krause, Ulrike (2021): Colonial Roots of the 1951 Refugee Convention and its effects on the global refugee regime. In: *Journal of International Relations and Development* 25. 599-626.
- Krivonos, Daria (2022): Who stands with Ukraine in the long term? On the invisible labour of Ukrainian migrant communities. *Lefteast* of 06.07.2022. URL: lefteast.org [08.09.2023].
- Lentin, Alana (2008): Europe and the Silence about Race. In: *European Journal of Social Theory*, 1 (4). 487–503.
- Lewicki, Aleksandra (2023): East–west inequalities and the ambiguous racialisation of ›Eastern Europeans‹. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 49 (6). 1481-1499. URL: doi.org/10.1080/1369183X.2022.2154910 [08.09.2023].
- Lindberg, Annika / Khosravi, Shahram (2021): Situating Deportation and Expulsion in Migration Governance. In: Carmel, Emma / Lenner, Katharina / Paul, Regine (Eds.): *Handbook on the Governance and Politics of Migration*. Cheltenham. 354-365.
- Mayblin, Lucy / Wake, Mustafa / Kazemi, Mohsen (2020): *Necropolitics and the Slow Violence of the Everyday: Asylum Seeker Welfare in the Postcolonial Present*. In: *Sociology* 54 (1). 107-123.
- Mbembe, Achille (2003): *Necropolitics*. In: *Public Culture* 15 (1). 11–40.
- Mbembe, Achille (2020): *Brutalisme*. Paris.
- Mezzadra, Sandro / Neilson, Brett (2013): *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*. Durham/London.
- Morawiecki, Mateusz (2021): *We defend Europe*. YouTube-Channel of the Chancellery of the Prime Minister of Poland of 21.11.2021. URL: youtube.com [08.09.2023].

- Nowak, Katarzyna (2022): Mourning a Forest Road. Against Catastrophe of 18.06.2022. URL: againstcatastrophe.net [08.09.2023].
- Nova News (2021): Migrants, Polish premier: »We are dealing with a new type of war.« Nova News of 21.11.2021. URL: agenzia.nova.com [08.09.2023].
- Prezydent Rzeczypospolitej Polskiej (2021): Ustawa z dnia 14 października 2021 r. o zmianie ustawy o cudzoziemcach oraz niektórych innych ustaw. Warsaw. 14 October 2021.
- Urbańska, Sylwia (2022): Strefa rozszczępienia: uchodźcy z dwóch granic na podlaskiej wsi. In: *Krytyka Polityczna* of 02.12.2022. URL: krytykapolityczna.pl [08.09.2023].
- Sadura, Przemysław / Urbańska, Sylwia (2021): Obcy w naszym kraju. Gniew, żal i strach podlaskiego pogranicza. *Krytyka Polityczna* of 17.09.2021. URL: krytykapolityczna.pl [08.09.2023].
- Sadura, Przemysław / Urbańska, Sylwia (2022): Dwie granice, dwie Polski. *Krytyka Polityczna* of 26.03.2022. URL: krytykapolityczna.pl [08.09.2023].
- Spijkerboer, Thomas (2018). Bifurcation of Mobility, Bifurcation of Law. Externalization of migration policy before the EU Court of Justice. In: *Journal of Refugee Studies* 31 (2). 216-239. URL: papers.ssrn.com [09.08.2023].
- Stierl, Maurice (2020): Of Migrant Slaves and Underground Railroads: Movement, Containment, Freedom. In: *American Behavioral Scientist* 64, (4). 379-388.
- Stowarzyszenie Interwencji Prawnej (2022): Report on the activities of the Association for Legal Intervention (SIP) in 2021. Warsaw.
- Tilles, Daniel: Polish restaurants change name of »Russian« dumplings to »Ukrainian«. Notes from Poland of 02.03.2022. URL: notesfrompoland.com [19.05.2023].
- Tlostanova, Madina (2014): How »Caucasians« became Black? Imperial difference and the symbolization of race. In: *Personality, Culture, Society* 16 (3/4). 97-105.
- Transit Migration Forschungsgruppe (2007) (Eds.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld.
- Von der Leyen, Ursula (2021a): State of the Union 2021 Address. European Commission of 15.09.2021. URL: ec.europa.eu [08.09.2023].
- Von der Leyen, Ursula (2021b): Statement by President von der Leyen on the situation at the border between Poland and Belarus. European Commission of 08.11.2021. URL: ec.europa.eu [08.09.2023].
- Walters, William (2002): Mapping Schengenland: Denaturalizing the Border. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 20 (5). 561-580.
- Whitehead, Colson (2016): *The Underground Railroad*. New York et al.

Borders of Solidarity, Seasons of Meanings

A spatial-temporal analysis of solidarity action frames during the refugee ›crisis‹ in Greece

LOUKIA KOTRONAKI, NIKOS SERDEDAKIS, SAMY ALEXANDRIDIS

Abstract: This paper focuses on pro-refugee ›solidarity‹ politics and associated forms of everyday resistance -a most salient feature of pro-refugee collective action. Aspiring to contribute to the ongoing literature on shifting repertoires in times of crisis, and by adopting a relational approach in the study of emergent forms of contentious politics, we attempt to demonstrate the different dynamics of solidarity politics by focusing on the collective action frames adopted in a spatial-temporal perspective. Having identified and indexed 2.243 posts appearing on the Facebook page created by the »Panhellenic Networking of Anti-Racist and Immigration Associations«, we present the findings in three sections: (a) continuities and discontinuities amongst pro-refugee and -still existing, albeit declining-anti-austerity forms of collective action inside Greece; (b) critical institutional junctures and their corresponding transformative events; and (c) different »seasons of meaning« as a function of shifts in the sites, the potential, and the identities of solidarity initiators at each different institutional turning point. It is argued that the meaning attributed during each season, the practices to which it was associated, and its programmatic-visionary goals (ranging from humanitarian aid to struggles for social rights) changed in constant interaction with the spatial-temporal pendulum of institutional transformations and the stations of the refugee journey.

Keywords: Refugee ›crisis‹, collective action frames, European border regime, migration politics, pro-refugee solidarity networks, Greece

The crossing of the »external« European border (Eastern Mediterranean Sea) by approximately 857.000 refugees during the second half of 2015 marked the beginning of the so-called »refugee crisis«, amidst a socioeconomic environment that was already both crisis-ridden and crisis-prone. At this intersection and rotation of crises, the domestic field of collective action shifted rapidly towards a »politics of solidarity« with the refugees. Initiatives of citizens, informal local and national networks, but also NGOs together with swarms of international volunteers undertook initiatives ranging from the provision of immediate humanitarian aid to confrontational border protests and international campaigns welcoming refugees to Europe.

Aspiring to contribute to the ongoing literature on shifting collective action in times of »crisis«, this paper focuses on what has been considered to be the most salient feature of the protest cycle emerging in the aftermath of the crisis; namely, »solidarity« collective action frames and associated forms of everyday resistance. However, whereas the appeal to the same value – »solidarity« – was a relatively constant feature of pro-refugee collective action throughout the crisis, the meaning attributed to it by various institutional and collective actors differed. Its mutations were a function of the timing of critical »institutional moments« (i.e., of official policies adopted for managing refugee movement at Europe’s borders) that modified and altered the collective identities of actors on the basis of the stations of the refugee journey and the space where solidarity was performed.

By adopting a relational approach highlighting the interplay between waves of contention, the fluctuating institutional environment of European/local policies, and broader societal processes (such as *depoliticization*), we endeavour to demonstrate the different dynamics of solidarity politics by focusing on the *collective action frames* (see Snow/Benford 1988; Snow 2004) of pro-refugee initiatives that flourished on the national level. Previous research on the politics of solidarity in Greece (see Papataxiarchis 2016; della Porta 2018; Kotronaki/Seferiades 2019) has highlighted the importance of changing European and domestic political-institutional contexts in the process of value adjustments in the discourse and, often a time, the practice of solidarity action. Numerous studies in the field of social movements have similarly underlined the importance of including the spatial variable in both the process of inculcating protest strategies and the adoption of specific contentious practices (see Tilly 2000; Sewell 2001; Kotronaki/Seferiades 2012; Monforte 2016). However, with the exception of some ethnographic studies (see Rozakou 2016; Serntedakis 2017; Oikonomakis 2018), the theoretical coupling of these perspectives with the study of solidarity collective action has yet to be attempted.

The aim of this paper is to bring together these approaches by focusing on the interaction between the changing institutional environment and the content of solidarity action in a spatial-temporal perspective, as reflected in the discourse of pro-refugee collective actors during the crisis. To accomplish this task, we have relied on posts appearing on the »Panhellenic Networking of Anti-Racist and Immigration Associations« Facebook page – a most suitable source of data. This initiative (the »Networking«) was formed in April 2015 in a national meeting of movement organizations, informal networks and new or emerging solidarity groups, workers in NGOs, and international organizations. The page created on Facebook served as a web portal for the collection and exchange of information (legal advice on asylum seeking and family reunification processes, living conditions in the reception and identification

centres, international NGO reports) and aimed at the efficient coordination of pro-refugee and pro-migration action on a national scale. A total of 2,243 articles posted between April 2015 and December 2016 were identified and indexed.

To analyze such a broad variety of documents, we have employed the theoretical tools provided by the literature on collective action and contentious politics on *meaning construction*, and have undertaken extensive discourse and frame analysis intended to detect diverse *diagnostic*, *prognostic*, and *motivational frames*. We have organized the presentation of the findings in three sections, identifying (a) continuities and discontinuities between pro-refugee and –still existing, albeit declining– anti-austerity forms of collective action inside Greece; (b) critical *institutional junctures* and the relevant transformative events (see Sewell 1996) shaping the dynamics of solidarity action in time and space; and finally, (c) shifts in the sites, the contents, and the identities of collective action at each different institutional turning point.

(DE)POLITICIZING CRISIS, (RE)POLITICIZING SOLIDARITY: A RELATIONAL APPROACH

The financial crisis that broke out in Greece in 2010 provoked such a dramatic collapse in the living conditions for large segments of the Greek society that it has justifiably been characterized as humanitarian crisis. The social policies adopted to cope with it were dominated by *neoliberal rationality*: further austerity and the reinforcement of already existing tendencies of *depoliticization* (see Held 2006; Hay 2007; D’Albergo/Moini 2017) involving (a) the eradication of all political and moral questions from public life; (b) an obsession with the control of techniques, productivity, and the effectiveness of different means for attaining predefined objectives (the so-called model of »governance by numbers«); and (c) the demotion of the governmental, public, and private spheres to the »realm of necessity«, where no alternatives exist or can be allowed.

But crisis management as prescribed by the neoliberal rationality left a lot to be desired. As a result, the need to cope with the increasing social inequalities created a new type of extra-institutional »demand« for collective action as well as an opposite organizational »supply« (Klandermans 2004). Shedding light to this process is critical in order to codify continuities and discontinuities between the forms of collective action that were triggered by the financial crisis and the solidarity action that emerged in the aftermath of the hectic refugee mobility to Greece and Europe in 2015-2016.

Voted in 2010, the first Memorandum ushered into a contentious cycle (see Psimitis 2011; Diani/Kousis 2014; Karyotis/Rudig 2018; Serdedakis 2018) which began

to ebb *pari passu* with the fading of the collective action undertaken in support of the OXI [NO] vote in the Referendum of July 2015. Its peak coincided with the Greek *Indignados* mobilizations (May-July 2011), when, among other contentious innovations, we had the noteworthy emergence of self-organized templates of social and economic solidarity (see Kavoulakos 2018; Serdedakis/Koufidi 2018; Malamidis 2020). These were collective experiments attempting, on the one hand, to respond to immediate needs and, on the other, to challenge the policies adopted to alleviate the miseries inflicted by the socioeconomic crisis (see Rakopoulos 2014: 15). As the anti-austerity protest cycle began to ebb and a new pro-refugee demand for collective action started rising in 2015, many of these organizations either served as templates for the undertaking of new solidarity action, or were themselves reactivated by shifting their focus to the field of humanitarian aid to refugees.

These were initiatives taking place in the background of accelerated *depoliticization* on the part of the state, adopting a *language of compassion* that treats domination as misfortune and injustice as calamity and implementing measures of *humanitarian governance*: a type of governance applied to »precarious lives« and combining, alternately, policies of »securitization« and »humanitarianism« (Fassin 2005, 2012). But depoliticization of the refugee mobility also involved an industry of hyper-politicizing the »refugee risk« through the *production of spectacle* (De Genova 2013). Focussing on the interpretative schema of »migrant illegality« at the borders, the key idea was to familiarize the public with military techniques and control measures, the institutional screening of the borders, the rapidly multiplying deterrence practices, the expulsion, and deportation of »irregular migrants«. Pro-refugee solidarity actions unfold in the opposite direction.

As already mentioned, however, the meaning attributed to it, the practices to which it was associated, and its programmatic/visionary goals changed in constant interaction with the spatial-temporal pendulum of institutional transformations and the stations of the refugee journey.

EUROPEAN BORDER REGIME IN (REFUGEE) CRISIS: INSTITUTIONAL ARRANGEMENTS, NEW ANTHROPOGEOGRAPHIES OF COLLECTIVE ACTION

The refugee crisis in the European borders did not fall from a clear sky. Dating back to 90s and 00s, marked by the massive migratory arrivals in Greece from Eastern European countries and Albania, European policies on migration as prescribed by the *Convention of Dublin* (followed by the *Treaty of Amsterdam* in 1999 and the *Dublin*

II Regulation in 2003), were primarily focused on the constant quest for appropriate practices, technical bodies and legislative forms aiming at the *securitization of the borders* (see Samers 2004; Carrera/Guild 2010) and the restriction of asylum seeking and freedom of movement in Europe. This Europeanization of migration and border politics effected by the EU asylum legislation codified in the *Dublin II Regulation* (see Norwegian Organization of Asylum Seekers/ Norwegian Helsinki Committee/Greek Helsinki Monitor, 2008) requiring asylum seekers to lodge their claims for protection in the first European country they set foot on, led to the emergence of a »European border regime« affecting not only the landscape of migration and the concept of citizenship in Europe, but also the shape of the borders, as well as the practices and functions required to implement it (see Tsianos/Karakayali 2010).

The outbreak of civil wars in Syria, Sudan, and Libya in 2012 cumulated in the »long summer of migration« in 2015 was undoubtedly a *turning point* in the trajectory of both European and Greek border regime politics. The effort undertaken by the European Commission to tackle the *crisis* –a crisis of the European border and migration regime (see Mezzadra 2018)– through the so-called »hot spot« approach inaugurated a new epoch of humanitarian crisis for Greece and for other southern European countries. After months marked by a series of lethal shipwrecks in the Libyan and Sicilian coasts, thousands of migrants were able to get to the European shore on Greek islands, hoping to continue their travel across the »Balkan route« and to claim their access to the European space. However, the refugee travelogue was to be short-lived.

The second *critical juncture* in the recent EU institutional history of migration management –the gradual closure of the »Balkan route« (November 2015)– signalled the transfer of the crisis from the external to the internal borders of Europe (to Greece and North Macedonia). The third one consisted in the signing of the »EU-Turkey agreement« (March 2016) which trapped 57.000 refugees in the Greek mainland necessitating their relocation to the urban centres.

At first, these changing geographies of border regime crisis triggered a widespread ethos of »welcoming politics« all over Greece. Under the master frame of »solidarity«, old and new social movement organizations, solidarity networks and structures, new-born local initiatives of residents and a galaxy of domestic and international NGOs were engaged in the field of humanitarian aid and inclusive social action.

In the ethnographic research conducted by Papataxiarchis (2016b) in a village of Lesbos (Skala Sykamias), this effervescence of solidarity activity is clearly depicted. As he points out, from the first arrival of refugees to the island until their entrapment, what prevailed was a »patriotism of solidarity« (Papataxiarchis 2016b). A multitude of actors, from the UNHCR, municipal authorities, domestic and transnational advo-

cacy networks, all the way to local communities and pre-existing grassroots collectivities and many hundreds of volunteers embedded in local and transnational networks (including »solidarians from a distance«), rallied around the refugees to form a new »humanitarian geography«. However, as the author underlines, although this collective predisposition was manifest and diffuse at the local level, we have to treat the field of solidarity as a »contentious field: as a place where opposing meanings met and clashed« (Papataxiarchis 2016a: 8-9).

SOLIDARITY IN TIME AND SPACE

Solidarity at the External Border: »The Border of Dignity«

Undoubtedly, the first act of solidarity to refugees was performed during the summer of 2015 in the islands of the North Aegean, at the gates of entrance to Europe. In the sight of the exhausted refugees reaching the coasts, groups of citizen volunteers at the Aegean islands (Lesvos, Chios, Samos, Leros, Kos) took up action. They were first engaged in rescuing the refugees and then in forming local initiatives to coordinate the collection of relief supplies for the new arrivals. Having as a common *diagnostic frame* (definition of the problem and attribution of responsibility) the absence of any elementary infrastructure or of any –international, national, or local– authority (except Frontex) at the venues of the first reception for the provision of humanitarian aid (food, water, clothes), the *prognostic frame* (proposed solution to the problem) articulated by the local communities was *solidarity action*. What is worth mentioning is that those involved in more or less spontaneous initiatives of care did not attribute elements of strategic agency to their action. For them, solidarity was the reflexive human response to the sight of lives in danger, the practice that defined the boundary of human dignity in the long refugee journey.

In Lesvos:

»The European Union is not doing enough to tackle the crisis. Frontex, a joint European cooperation for the policing of EU borders, is the only European agency working in Lesvos [...] why is Frontex there? They take money. Why? To watch people, die? [...] We help because we are human beings. We see it happening in front of us. We can't ignore it.« (Lesvos News 2015)

»Here they take out dead children, girls and boys. It breaks my heart. I can't sleep at night. What is the fault of these people [...].« (Solidarity4all 2015)

In Leros:

»For two days we've been afoot until late in the evening. Dozens of refugees at the Port Authority, dozens at the ›villa [Artemis]‹ and the most unlucky in police cells. Clothes, shoes, water, medicine, questions, anxiety. ›Make sandwiches quickly‹, ›Bring children's clothes, they're wet‹, ›The Syrian doctor isn't well. He's got a heart condition. Alert the ambulance quickly, guys‹, ›Eight pairs of shoes, write the sizes down‹, ›The croissants and biscuits for the children. Also give them juice‹. ›Leros is the name of this island. We'll tell you when there is a ferry, don't worry we'll give you all the information you need‹, ›Don't cry dear lady, you have two children to care for‹. Small moments from our daily lives filled with pain, anxiety but also hope for these people, the victims of wars and violence within a cannibalistic system. And late at night when we return exhausted taking the last image of rescued children, that found a warm embrace and love over here, gives us strength for the next day. Have a safe trip.« (Leros Solidarity Network 2015).

The invocation of the value and practices of solidarity through the provision of direct humanitarian aid to refugees on the part of these local initiatives did not only reflect the moral imperative to defend the universal right to life. In the places and times of refugee reception, and given the reluctance of international, national, and municipal institutions to intervene in the field of human rights protection, the public record of solidarity also performed another function: that of forging a temporary code of peaceful coexistence between the refugee newcomers and local social groups, suffering a dramatic deterioration in their daily living and professional conditions (tourism, trade, fishing) due to the successive crises. As an announcement of the local initiative »Solidarity Kos«, put it in August 2015:

»Citizen Initiative Solidarity Kos, which has been taking care of the feeding of refugees (as well as the provision of clothes and personal hygiene items) for the last two months, stops its activities from Monday [...] No official body seems willing to take on the economic cost of feeding, nor the political cost of not feeding, which is occurring [...] The Municipality of Kos has no competence to deal with the problem of the arrival of refugees in Kos. However, it does have the responsibility and the competence for the living conditions of its inhabitants [...] It is its duty to

promote feelings of solidarity towards all those suffering in this place, without discrimination. In this way bonds between citizens are created and a society of solidarity and fraternity is established. It must anticipate the sparks of fire that will be lit in the effort to survive.« (Solidarity Kos/George Hartofilis 2015).

Tensions and confrontations between solidarity initiatives, municipal authorities and other local groups were escalated when the refugee spatial status changed; that is, when the »travelers of necessity« (Papataxiarchis 2016b) of the summer of 2015 gradually began to acquire a more permanent spatial identity in the local landscape. In this transition from refugee ephemerality to provisional permanence, solidarity frames were extended into a broader normative narrative, aspiring to synthesize the demands of disparate social groups that were affected by the crisis.

In the appeal addressed by the inhabitants of Skala Sykamias (Lesvos) to the municipal authorities this conceptual extension of Solidarity is starkly evident:

»The following residents of Skala Sykamia who sign this document are most of us children and grandchildren of refugees who grew up or still live in the refugee settlement of our village [...] We know that the passage of refugees from our village and our place is out of necessity and not by choice [...] We have all realized that this is where the borders of solidarity, humanity and human dignity lie [...] Apart from all the above, we cannot but admit that the migrant and refugee flow has created economic problems for many professionals in our region. We also express our solidarity with all those who are suffering through no fault of their own and ask for measures to be taken to relieve them.« (Residents of Skala Sykamia, signature campaign 2015).

In addition to the expression of solidarity to refugees and crisis-ridden social/professional groups, the Skala Sykamia's residents initiative submitted to the municipal authorities a number of proposals for the relief of both the refugees and the local population (integration of refugees into the residential tissue, lower VAT for the islands, subsidies for fishermen who cannot cast their nets, the recruitment of temporary staff from NGOs and the municipality, strengthening of social tourism for the stimulation of the local economy). However, their plea was not met with any response, and the problems in the local community continued to pile up. As the residents of Lesvos, pre-existing solidarity networks, and the international NGOs continued to submit viable proposals for the initial reception and accommodation of the refugees, the sole institutional response was the establishment of hotspots in Moria (Syrians) and Kara Tepe (Afghans and Iranians) in October 2015.

Solidarity at the Internal Borders: »The Fence of Shame«

But since the early autumn of 2015, the crisis on the map of the refugee route had already started to move from the external to the internal borders of Europe (on the borderline between Greece and North Macedonia). Two were the major institutional events that –in tandem– shaped both the geographies and the contents of solidarity action.

The first concerns the exceptional funding that Greece received in the context of the »European Community Solidarity« project and the »European Agenda for Security«, having as their main objective »the reinforcement of inter-European cooperation against organized crime and terrorism and for the benefit of European citizens« (Efimerida tw n syntaktwn 2015). The second consisted in the decision to close the »Balkan corridor« from Greece to North Macedonia, and from Eastern to Central Europe, as well as to enhance Frontex’s presence at the internal European borders for the purpose of protecting European citizens from the dangers highlighted in the Commission document.

In the confluence of these two institutional acts overemphasizing the dimension of »security«/»danger« of European citizens, a new institutional trait emerged whereby the right to mobility for refugees within the European territory was further restricted. It was a moment when loci, collective action repertoires, meanings, and even collective identities of solidarity action were profoundly redefined.

Henceforth, the symbolic site of performing solidarity became the fence in Evros (the Greek-Northern Macedonian border). Moreover, the very concept of solidarity, while maintaining its moral, humanitarian core, acquired more strategic features, transmuting into that transcendental collective aspiration to »bring down the fences«. Last but not least, under the dynamics of these events, solidarity tended to be reshaped into contention triggering the »constituent process of the struggle for social rights« (Isin/Nyers 2014:3): the right to freedom of movement.

Having as a distinct *injustice frame* the European security and border control policies as well as the concomitant measures implemented by the Greek government on the spot, the national network of anti-racist and pro-refugee collectivities »Coordination Against the Evros Fence« attributed to the Fence symbolisms intertwined with the moral dilemma life/death, and interpreted solidarity as the driving force for remedying injustice (*prognostic frame*):

»The Evros Fence is not only a symbol of exclusion, of the demonization of the ›stranger‹ and of national and European securitization, no matter what. It is also the cause of all these drownings in the Aegean and the Mediterranean Sea, since it forces refugees and migrants to follow the

dreaded sea routes to cross the borders [...] We cannot remain silent in the face of deaths [...] That's why, on Saturday October 31, in the context of a national mobilization, we call for a march in Evros against the fence and the borders: Freedom of movement for refugee and migrants! Abolition of all detention camps! Against Fortress-Europe! Our solidarity is going to tear down the fence at the borders!« (Coordination Against Evros Fence 2015)

The mobilizations taking place were met with severe repression, but a critical consequence was that the European border was now turned into an emblematic locus –both as a »theatre of humanitarian aid« for NGOs (Skleparis/Armakolas 2016) and as a »contested space« (Maestri/Hughes 2017) where different meanings of citizenship clashed. This was an antagonistic terrain where the meaning of citizenship shared and promoted by European institutions and national governments (on both sides of the fence) was pitted against that held by refugees and collective actors. It was primarily there where the limits of the repressive option (versus the humanitarian one) in the management of refugee mobility in Europe were to be tested.

Policies of border-crisis management took a dramatic turn in February 2016, however, with the de facto closure of the Balkan corridor (see Mezzadra 2018) and the implementation of measures outlawing solidarity groups. Initially manifesting as a »soft repression« strategy (Ferre 2005:141) seeking the moral stigmatization of NGOs, the policy subsequently acquired a far harsher character that involved the legal repression and criminal prosecution of volunteers mobilizing at the European border. As early as January 2016, an operation of moral challenge to the NGOs was set in motion which bore the following results: (a) the emergence of a discourse of lack of good faith towards them (see Emprosnet 2016; Lesvosnews 2016); (b) the creation of a Register of Certified Volunteers; and (c) extensive controls by joint groups of FRONTEX and the Greek Police Forces on NGOs and individual volunteers, with the aim of »instilling a climate of security in all islanders« (To Pontiki 2016). Meanwhile, volunteer members of rescue boats from the Spanish NGO PROEMAID and the Danish TEAM HUMANITY operating in Lesvos, were arrested on charges of human trafficking and »assisting illegal outlanders to enter Greece« (Lesvos News 2016), triggering once again the process of conceptual and ethical reframing of the solidarity identity.

It must come as no surprise that this new turn in government policy led to a new reframing of pro-refugee solidarity action. Such action now began to bear the moral burden of civil disobedience, of non-compliance to the law when such law was deemed to be unjust: »Solidarity is not certified, it is not intimidated«, claimed the self-organized Solidarity Initiative in Skala Sikamia (Lesvos), (Solidarity Initiative in Skala Sikamia 2016).

Solidarity Within the Border: Self-Organizaiton for the Social Integration of Refugees

On 18 March 2016, the European Council published the EU-Turkey joint declaration, euphemistically titled the »EU-Turkey Agreement«. It was series of mutual commitments aspiring to regulate the management of the European border crisis by specifying conditions for the readmission of asylum seekers disembarking on the Aegean islands. According to its provisions (a) Turkey was recognized as a safe »third country«, i.e., as a country of first reception for asylum seekers and (b) the Greek Ministries of the Interior and Defence were authorized to take ad hoc emergency measures in case large numbers of incoming refugee asylum seekers showed up at the borders.

In the aftermath of this Agreement, about 57.000 refugees found themselves entrapped inside Greece. They were transferred to the restructured reception and detention centres (the so-called »multifunctional« reception centres) where, from now on, the procedures of reception, identification, detention, asylum seeking, and deportation were unified (see Maniatis 2018). At the same time, more than 15.000 refugees who had been stacked in Athens were temporarily settled in 14 reception centres set up by the Greek government outside the urban fabric (see Tsavdaroglou 2018).

Against the backdrop of these changes, solidarity, as a *motivational frame to action* and as a cluster of practices, acquired more radical features. It was explicitly differentiated from the ethics and rituals of charity, and was reconstructed as contentious collective action. In terms of its content, it was defined as an intermediate stage of refugee self-organization with the strategic goal of a long-term articulation of local and migrant refugee struggles for social rights (to housing, access to urban space, education and health services, social integration). As regards its performances, it was identified with transgressive action, namely the squatting of abandoned buildings located at the urban space (Athens, Thessaloniki) for the purpose of promoting the formation of »spaces of struggle« for social and political rights. This was a new epoch of solidarity action, where social movement collectivities and networks of activists were to play a pivotal role.

In the period that followed, a series of housing squats took place in the city centre of Athens (44 Arachovis, 22 Kaniggos, 17 Spyrou Trikoupis, 58 Themistokleous, 22 Acharnon, 22 Oniro Hotel, 5th School of Octavio Merlier), each one of them having hosted between 150 and 200 people. The occupations, at least declaratively, were organized with an emphasis on the principles of participatory democracy, decentralized operating structures and consensual patterns of decision-making. Of particular note

in this mosaic of squats in Athens was the »Refugee Accommodation and Solidarity Space« *City Plaza*.

City Plaza was occupied in April 2016 by members of the »Solidarity Initiative for Economic and Political Refugees«, an umbrella of anti-racist collectives attached to anti-authoritarian and left- libertarian political milieus in Athens, and active in the field of solidarity politics since August 2015, when the first refugees from the islands arrived in the »vulnerable« neighbourhoods of the Athenian centre. What was the uniqueness of the City Plaza experiment of self-organization and emancipatory solidarity?

»The City Plaza squat offers an experience to their participant that is very different from other political and activist projects/movements [...] It organizes everyday life while furthering the broader struggle for rights and freedom [...] The City Plaza project contains a double movement. On one hand, it articulates a wider demand for social and political rights—for proper housing and provision of basic needs, and for free access to education and healthcare. At the same time, however, these rights are also produced in City Plaza from ›below‹. Those who were deprived of their right to dignified housing, to healthcare and education, can now exercise these rights within a self-organized structure. In this sense, City Plaza is not just a counter-example contrasting the dominant policies around the ›refugee crisis‹, but an example of how self-organization can function and produce social rights from the ground up, thus exemplifying emancipation and solidarity.« (Lafazani 2017).

City Plaza operated as a vehicle of » prefigurative politics« at the micro-level and the macro-temporality. By actively questioning the fatalistic, deeply depoliticized notion that »There Is No Alternative« for refugee housing other than detention camps, it was constituted as a counter example for refugee social (co-)existence at the urban space on the basis of forms of social interaction that embodied the desired change. Under the normative and motivational frame »We will live together!«, the City Plaza community sometimes took the initiative to organize public celebrations in locations wounded by memories of racist violence, sometimes responded to local »welcoming calls« and participated in the festivities of local schools. At the same time, it was engaged in the process of networking with trade unions in education and health for the purpose of setting in motion the most far-reaching process of refugee social inclusion. Finally, all children of the accommodation space gained access to primary education (Kotronaki 2018).

Refugee Accommodation Squats gradually faded away under the pressure of the repressive action against the communities of squats, while City Plaza continued to perform as an open space of »Living Resistance« up until 2019 and the electoral victory of the conservative party »New Democracy« (*Nea Dimokratia*).

CONCLUDING REMARKS

This paper attempted to chart the various contents and practices of solidarity as it was manifested during the period of the »refugee crisis« (2015-2016). It was argued that the limited range of European and domestic policies (absence of alternatives in crisis management) accompanied by the long process of depoliticization, formed a type of »demand« for a politics of solidarity. It was also stressed that, despite the invocation of a common value, the attributed meaning, the associated practices, the programmatic horizon, and the identity of the mobilizing groups changed as they interacted with the spaces of solidarity and as a function of the timing of critical institutional events.

In the light of this observation, different »seasons of meaning« and solidarity repertoires were detected. The first one (summer 2015) was performed at the »external« borders of Europe (the Aegean islands) by grassroots initiatives, and viewed solidarity as humanitarian action with the moral commitment to defend the universal right to life in conjunction with a quest for the peaceful coexistence of refugees and locals. The second (autumn 2015) had a spatial focus on the »internal« borders of Europe (Greece's border with North Macedonia), and was characterized by the fact that while solidarity frames maintained their humanitarian connotations, they began to acquire more confrontational features, thereby serving as symbolic resources for claim-making (freedom of movement). Manifesting in the same geographical area as a response to the strategy of outlawing humanitarian aid to refugees at the borders, the third »season« (November 2015-January 2015) saw solidarity frames extend in order to express the collective stance of civil disobedience. The fourth »season«, finally, was determined by the EU-Turkey joint statement (spring 2016) and the entrapment of refugees in the Greek mainland. In it, solidarity was conceived as a partial stage of refugee self-organization, in the strategic horizon of a long-term struggle for social inclusion.

Pending further research, it can be reasonably surmised that each epoch of meanings and practices corresponded to a different category of collective social action.

This research is co-financed by Greece and the European Union (European Social Fund - ESF) through the Operational Program Human Resources Development,

Education and Lifelong Learning 2014-2020 *in the context of the project* The Politics of Solidarity: NGOs and Movement Networks in the Refugee Crisis (*MIS Code 5049033*).

LITERATURE

- Busso, Sandro (2017): The Depoliticisation of Social Policy at the Time of Social Investment: Mechanisms and Distinctive Features. In: *Partecipazione e Conflitto* 10 (2). 421-447.
- Carrera, Sergio / Guild, Elspeth (2010): Joint Operation RABIT 2010-Frontex. Assistance to Greece's Border with Turkey: Revealing the Deficiencies of Europe's Dublin Asylum System. Center for European Policy Studies. In: *Liberty and Security in Europe*, Center for European Policy Studies. URL : ceps.eu [15.05.2023]
- D'Albergo, Ernesto / Moini, Giulio (2017): Depoliticizing Public Action by Politicizing Issues, Practices and Actors: The Role of Resilience Thinking in a Program of the Cariplo Foundation. In: *Partecipazione e Conflitto* 10 (2). 381-420.
- De Genova, Nicholas (2013): Spectacles of Migrant 'Illegality': The Scene of Exclusion, The Obscene of Inclusion. In *Ethnic and Racial Studies* 36 (7). 1180 -1198.
- della Porta, Donatella (2018): Contentious Moves: Mobilising for Refugees' Rights. In: della Porta, Donatella (Ed.): *Solidarity Mobilizations in the 'Refugee Crisis' Contentious Moves*. London. 1-39.
- Diani, Mario / Kousis, Maria (2014): The Duality of Claims and Events: The Greek Campaign Against the Troika's Memoranda and Austerity, 2010-2012. In: *Mobilization* 19 (4). 387-404.
- Fassin, Didier (2005): Compassion and Repression: The Moral Economy of Immigration Policies in France. In: *Cultural Anthropology* 20 (3). 362-387.
- Fassin, Didier (2012): *Humanitarian Reason: A Moral History of the Present*. Berkeley.
- Farree, Myra Marx (2005): Soft Repression: Ridicule, Stigma and Silencing in Gender – Based Movements. In: Davenport, Christian / Johnston, Hank / Mueller, Carol (Eds.): *Repression and Mobilization*. Minnesota. 138-159.
- Hay, Colin (2007): *Why We Hate Politics*. Cambridge.
- Held, David (2006): *Models of Democracy*. 3rd edition. Stanford.
- Isin, Engin / Nyers, Peter (2014): Introduction: Globalizing Citizenship Studies. In: Isin, Engin / Nyers, Peter (Eds.): *Routledge Handbook of Global Citizenship Studies*. London/New York. 1-12.
- Kavoulakos, Karolos Iosif (2018): Social and Solidarity Economy. Crisis, State and Social Movements. In: Serdedakis, Nikos / Tombazos, Stavros (Eds.): *Facets of the Greek Crisis: Contentious Cycle of Protest and Institutional Outcomes*. Athens. 494-520 (in Greek).
- Karyotis, Georgios / Rudig, Wolfgang (2018): The Three Waves of Anti-Austerity Protest. In: *Political Studies Review* 16 (2). 158-169.
- Klandermands, Bert (2004): The Demand and Supply of Participation: Social-Psychological Correlates of Participation in Social Movements. In: Snow, David / Soule, Sarah / Kriesi, Hanspeter (Eds.): *The Blackwell Companion to Social Movements*. Oxford. 360-379.

- Kotronaki, Loukia (2018): 'Outside the Doors': Refugee Accommodation Squats and Heterotopy Politics in Athens. In: *South Atlantic Quarterly* 117 (4). 914 – 925.
- Kotronaki, Loukia/ Seferiades, Seraphim (2012): Along the Pathways of Rage: The Time-Space of an Uprising. In: Seferiades, Seraphim/ Johnston, Hank (Eds.): *Violent Protest, Contentious Politics, and the Neoliberal State*. Surrey/Burlington. 157-170.
- Kotronaki, Loukia / Seferiades, Seraphim (2019): Resilience or Solidarity? Modes of Class Participation in Crisis-Ridden Greece. Paper presented at the International Conference »Class without Consciousness: The Politics of Fragmented Class Identities«, COSMOS (The Center of Social Movements Studies), Scuola Normale Superiore. Florence.
- Lafazani, Olga (2017): 1,5 year City Plaza: A Project on the Antipodes of Bordering and Control Policies. In: *Antipodes*. URL: antipodeonline.org [15.05.2023].
- Maestri, Gaja / Hughes, Sarah (2017): Contested Spaces of Citizenship: Camps, Borders and Urban Encounters. In: *Citizenship Studies* 21. 625-639.
- Malamidis, Haris (2020): *Social Movements and Solidarity Structures in Crisis-Ridden Greece*. Amsterdam.
- Maniatis, George (2018): From a Crisis of Management to Humanitarian Crisis Management. In *South Atlantic Quarterly* 117 (4). 905-913.
- Mezzadra, Sandro (2018): In the Wake of the Greek Spring and the Summer of Migration. In: *South Atlantic Quarterly* 117 (4). 925-933.
- Monforte, Pierre (2016): The Border as a Space of Contention: The Spatial Strategies of Protest against Border Controls in Europe. In: *Citizenship Studies* 20 (3-4). 411–426.
- Norwegian Organisation for Asylum Seekers (NOAS) / Norwegian Helsinki Committee (NHC) / Greek Helsinki Monitor (GHM) (2008): A Gamble with the Right to Asylum in Europe. Greek asylum policy and the Dublin II Regulation. URL: noas.no [15.05.2023].
- Oikonomakis, Leonidas (2018): Solidarity in Transition: The case of Greece. In: della Porta, Donatella (Ed.) *Solidarity Mobilizations in the 'Refugee Crisis' Contentious Moves*. London. 65-99.
- Papataxiarchis, Evthymios (2016a): Being 'there'. At the Front Line of the 'European Refugee Crisis' - part 1. In: *Anthropology Today* 32 (2). 5-9.
- Papataxiarchis, Evthymios (2016b): A Big Reversal: The 'European Refugee Crisis' and the New Patriotism of 'Solidarity'. *Synchrona Themata* 132/133. 7-28 (in Greek).
- Psimitis, Michalis (2011): The Protest Cycle of Spring 2010 in Greece. *Social Movements Studies* 10 (2). 191-197.
- Rakopoulos, Theodoros (2014): The Crisis Seen from Below, Within, and Against: From Solidarity Economy to Food Distribution Cooperatives in Greece. *Dialectical Anthropology* 38 (2). 189-207.
- Rozakou, Katerina (2016): Crafting the Volunteer: Voluntary Associations and the Reformation of Sociality. *Journal of Modern Greek Studies* 3. 79-102.
- Samers, Michael (2004): An Emerging Geopolitics of 'Illegal' in the European Union. *European Journal of Migration and Law* 6 (1). 27-45.
- Serdedakis, Nikos (2018): Protest in Crisis-Ridden Greece. In: Serdedakis, Nikos / Tombazos Stavros (Eds.) *Facets of the Greek Crisis: Contentious Cycle of Protest and Institutional Outcomes*. Athens. 285-326 (in Greek).
- Serdedakis, Nikos / Koufidi, Myrsini (2018): Contentious and Electoral Cycle in Crisis-Ridden Greece. In: *Greek Political Science Review* 44 (1). 7-30 (in Greek).

- Sermedakis, George (2017): 'Solidarity' for Strangers: A Case Study for Solidarity Initiatives in Lesvos. In: *Etnofoor* 27 (2). 83-98.
- Sewell, William H. Jr. (1996): Historical Events as Transformations of Structures: Inventing Revolution at the Bastille. In: *Theory and Society* 25 (6). 841-881.
- Sewell, William H. Jr. (2001): Space in Contentious Politics. In: Aminzade, Ronald R. / Goldstone, Jack A. / McAdam, Doug / Perry, Elizabeth J. / Sewell, William H. Jr. / Tarrow, Sidney / Tilly, Charles (Eds.): *Silence and Voice in the Study of Contentious Politics*. Cambridge. 51-88.
- Skleparis, Dimitris / Armakolas, Ioannis (2016): The Refugee Crisis and the Role of NGOs, Civil Society, and Media in Greece. In: Phillips, David L. (Ed.) *Balkan Human Corridor: Essays on the Refugee and Migrant Crisis from Scholars and Opinion Leaders in Southeast Europe*. Institute for the Study of Human Rights (ISHR), New York. 171-184.
- Snow, David A. / Benford, Robert D. (1988): Ideology, Frame Resonance and Participant Mobilization. In *International Social Movement Research* 1. 197-217.
- Snow, David A. (2004): Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields. In: Snow, David A. / Soule, Sarah / Kriesi, Hanspeter (Eds.) *The Blackwell Companion to Social Movements*. Oxford. 380-412.
- Tilly, Charles (2000): Spaces of Contention. In: *Mobilization: An International Quarterly* 5 (2). 135-159.
- Tsavdaroglou, Charalampos (2018): The Newcomers' Right to the Common Space: The Case of Athens during the Refugee Crisis. In: *ACME: An International Journal for Critical Geographies* 17 (2). 376-401.
- Tsianos, Vassilis / Karakayali, Serhat (2010): Transnational Migration and the Emergence of the European Border Regime: An Ethnographic Analysis. *European Journal of Social Theory* 13 (3). 373-387.

INTERNET RESOURCES

- Coordination Against Evros Fence (2015): To tear down the Evros Fence. facebook.com [15.05.2023]
- Efimerida tw n Synaktwn (2015): 473 million support to Greece from the Commission for migration. efsyn.gr [15.05.2023]
- Emprosnet (2016): Volunteers arrested! emprosnet.gr [15.05.2023]
- Leros Solidarity Network (2015): 12/6/2005. facebook.com [15.05.2023]
- Lesvos News (2015): The heroic fishermen who save lives in Lesvos. lesvosnews.net [15.05.2023]
- Lesvos News (2016): 5 arrests of NGO members in Lesvos for facilitating illegal entry of refugees. lesvosnews.net [15.05.2023]
- Residents of Skala Sykamias (Lesvos) (2015): Signature campaign. apan.gr [15.05.2023]
- Solidarity4all (2015): What do the grandmothers of Lesbos who saved refugee children say. solidarity4all.gr [15.05.2023]
- Solidarity Initiative in Skala Sikamias (2016): MPs of SYRIZA in Platanos. athens.indymedia.org [15.05.2023]

Solidarity Kos/Hartofilis, George (2015): End of feeding for the refugees of Kos. lefteri-news.wordpress.com [15.05.2023]

To Pontiki (2016): Police and FRONTEX to screen volunteers in Lesvos. topontiki.gr [15.05.2023]

Interventionen

Zwischen rassistischen Deutungen und »stabilem Integrationsklima«

Kommunalpolitische Perspektiven auf die Fluchtmigration aus der Ukraine

CHRISTIAN JAKOB

Dieser Beitrag ist im Frühjahr 2023 entstanden. Seitdem hat sich der öffentliche Diskurs um Migration massiv verschärft. Da movements nicht auf Aktualität, sondern auf Dokumentation setzt, wird der Beitrag ohne Aktualisierungen publiziert.

Die Sitzungen des Finanzausschusses der kleinen Gemeinde Loitz, nicht weit von Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern, verlaufen normalerweise ohne besondere Vorkommnisse. Am 17. Januar 2023 war das anders: Da erschien Mario K., ein lokaler Unternehmer, im Ratssaal und übergab den Ausschuss-Mitgliedern einen selbstverfassten Brief. Darin hatte er ein Ultimatum formuliert: Durch mutmaßliche Angriffe von Migrant:innen auf Kinder in Loitz seien die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet. Er gab der Gemeinde Zeit bis zum folgenden Freitag um 17 Uhr. Sollten bis dahin keine präventiven Maßnahmen ergriffen worden sein, würden »die Bürger der Stadt Loitz (...) in Eigeninitiative diese präventiven Maßnahmen« umsetzen und »in angekündigter Selbstjustiz die Ordnung und Sicherheit (...) wiederherstellen«. Als »präventive Maßnahmen« stellte K. sich längere Beleuchtungszeiten der Straßenlaternen sowie die »Schließung der Brücken zur Neustadt in Richtung ehemaliger Grundschule« und ein zusätzlicher Schutz der Schulkinder durch Sicherheitspersonal.

Die zwei Brücken, die »als Schutz für beiden Seiten« wie K. erläuterte, geschlossen werden sollten, führen durch die alte Stadtmauer über den Ibitzbach. Dahinter, am westlichen Ortsrand, steht die ehemalige Diesterweg-Grundschule. Sie gehört heute dem Landkreis Vorpommern-Greifswald. Der bringt dort Flüchtlinge unter. 2022 waren es fast ausschließlich Frauen und Kinder aus der Ukraine. Anfang Januar 2023 waren es 36 Geflüchtete, die meisten Männer, aus verschiedenen Ländern.

Die *Ostsee-Zeitung* hörte sich in Loitz um. »Da steh ich voll dahinter«, sagte ein Loitzer Bürger dem Reporter über K.s Ultimatum an die Stadt. Schon am Tag vor der Sitzung hatte Bürgermeisterin Christin Witt (CDU) laut dem *Nordkurier* eine gut vierhundert Namen umfassende Unterschriftenliste für eine »Petition zum Thema Migrationsaufkommen im ländlichen Bereich« bekommen. Die Unterzeichnenden erhoben die Forderung, für die »innere Ordnung und Sicherheit« zu sorgen. Die Einwohner:innen sähen die Sicherheit nämlich »gefährdet« und »fänden es nicht gut, was da in ihrer Stadt passiere«, sagte der Initiator Mario K. dem *Nordkurier*.

Es handelte sich um denselben Mann, der auch im Finanzausschuss auftauchte und dort mit Selbstjustiz drohte. Er ist Inhaber einer Lackiererei, der 2022 bei den Corona-Demos mit dem Titel »Loitz steht auf« aufgetreten war und sich dort beklagte habe, man sei »als Nazis betitelt« worden.

Bürgermeisterin Witt wusste nichts von den »mehreren Übergriffen«, von denen in dem Brief die Rede war. In Loitz gab es am Dienstag jener Woche einen polizeilich vermerkten Vorfall: Ein Unbekannter soll versucht haben, ein elfjähriges Mädchen mit sich zu ziehen. Allerdings existiere keine Personenbeschreibung. Ein Polizeisprecher sagte, die Ermittlungen schlossen »nahezu aus, dass ein Bewohner der Unterkunft« als Täter infrage kommen.

Den »Brief und die darin angesprochenen Sorgen« würde sie »ernst nehmen«, sagte die Bürgermeisterin Witt dennoch. Man sei im Gespräch mit dem Verfasser und »hoffe, dass es nicht zur Bildung einer Bürgerwehr beziehungsweise zur Selbstjustiz« komme. Die Forderung nach längeren Schaltzeiten der Straßenlaternen sei bereits erfüllt worden, die anderen Forderungen seien nicht umsetzbar. Im Übrigen trage der Landkreis die Verantwortung.

Für die folgende Woche kündigten Gemeinde und Landkreis eine gemeinsame Informationsveranstaltung für die Bevölkerung an, dazu eine »wöchentlich wiederkehrende Bürgersprechstunde« der Integrationsbeauftragten des Landkreises in Loitz. »Der Landkreis ist sich der angespannten Situation in Loitz bewusst«, sagte ein Sprecher des Landratsamtes. Bei der »Informationsveranstaltung« am 26. Januar erschienen Neonazis. Petitions-Initiator Mario K. sagte: »Die Kinder wollen schon fast nicht mehr zur Schule, weil sie sich nicht raus trauen.« Bürger brüllten die Landkreisvertreter an: »Das sind doch wir, die hier gefickt werden.«

Die Forderung nach geschlossenen Stadtmauern, ein politisch instrumentalisiertes Übergriff, über den niemand etwas genaues weiß, angedrohte Selbstjustiz auf der einen Seite.»Ernstgenommene Sorgen« und »Informationsveranstaltungen« auf staatlicher Seite. All das wegen 36 Geflüchteten, die niemand fragte, wie die Lage für sie ist. In Loitz zeigt sich im Miniaturformat, was viele auch anderswo befürchten – und was sich in den folgende Wochen in einer Reihe weiterer, vor allem ostdeut-

scher Kommunen abzeichnet: Dass die enorme Solidarität, die sich – zum zweiten Mal nach 2015 – 2022 mit der Aufnahme von etwa 1,05 Millionen Menschen aus der Ukraine, zeigte, kippen könnte: in Ressentiments, rassistische Gewalt, Ausgrenzung und Zuspruch für die extreme Rechte.

War die Lage Loitz also ein Vorbote für die künftige Stimmung im Land?

Der Magdeburger Rechtsextremismusexperte David Begrich glaubt, dass sich in den Coronaprotesten ein neues Milieu aus extremer Rechten und Querdenkern zusammengefunden habe. Viele hatten damit gerechnet, dass schon die Preissteigerungen nach Russlands Überfall auf die Ukraine der Verschmelzung dieses neuen Milieus einen Schub verleihen und große Mobilisierungserfolge zu einem von rechts besetzten »Wutwinter« nach sich ziehen würde. Der fiel war zwar aus. Begrich aber glaubt, dass das Flüchtlingsthema der Rechten nun genau diesen Schub geben werde. »Die aktuell hohen Flüchtlingszahlen werden gesehen«, sagt Begrich. »Und dafür gibt es in Ostdeutschland eine rassistische Deutungsfolie, die auf Resonanz stößt.« Begrich erwartet eine »Wiederkehr der Proteste von 2015«. Denn Rassismus und die soziale Frage zusammenzuführen – das sei seit jeher das Erfolgsrezept der extremen Rechten.

Bisher allerdings ist das Bild uneinheitlich. Die Solidarität mit den Ankommenden ist in vielen Teilen des Landes durchaus stabil.

Dabei hatte im Spätsommer, etwa ein halbes Jahr nach Beginn des Krieges, ein Teil der Kommunen objektiv Probleme bekommen, Platz für die Geflüchteten zu finden. Und rechte Politiker schlachteten dies aus. Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz kritisierte die Aktivierung der »Massenzustroms-Richtlinie« der EU für die Ukrainer:innen, die diesen volle Sozialleistungsansprüche gab. Dies führe »zu erheblichen Verwerfungen«, behauptete Merz. »Wir erleben mittlerweile einen Sozialtourismus dieser Flüchtlinge: nach Deutschland, zurück in die Ukraine, nach Deutschland, zurück in die Ukraine.« Von den Flüchtlingen mache sich »mittlerweile eine größere Zahl dieses System zunutze.«

Einen Beleg gab es dafür nicht. Selbst die Bundespolizei widersprach. Merz entschuldigte sich halbherzig. Doch der Ton war gesetzt. Und unter Ukrainer:innen in Deutschland war der Anwurf aufmerksam registriert worden. Nicht nur der damalige Botschafter Andrij Melnik war wütend. Auch viele Geflüchtete fragten sich: Wie lange sind wir hier noch willkommen?

Dieses Gefühl mischte sich in die Alltagsprobleme, die sich ihnen nach den Anfangstagen langsam offenbart hatten: Die Schwierigkeiten bei der Kitasuche oder beim Schulunterricht für ihre Kinder, die kein Deutsch können. Der Übergang der Trägerschaft für die Sozialleistungen ab dem 1. Juni ans Jobcenter, das teils lange nichts von sich hören ließ. Oder die Frage, ob sich ein 600 Stunden langer Integrationskurs lohnt, wenn völlig unklar ist, wie lange man in Deutschland bleiben muss,

will – oder darf. Investiert seine Zeit womöglich besser, wer sofort einen einfachen Job annimmt? Oder verliert man so die Aussicht auf eine mittelfristige qualifikationsgemäße Beschäftigung? Und nicht zuletzt: Wie lebt es sich in einem Land, in dem der Anteil der Menschen, die russische Propaganda glauben, seit Kriegsbeginn um rund die Hälfte gewachsen ist?

Denn vielen der Ukrainer:innen war keineswegs verborgen geblieben, was das umtriebige CeMAS-Institut in den Monaten seit Kriegsbeginn erhoben hatte. Dem Satz: »Die NATO hat Russland so lange provoziert, dass Russland in den Krieg ziehen musste«, stimmten im April 12 Prozent der Befragten zu, im Oktober waren es 19 Prozent. Dass Putin »gegen eine globale Elite vorgeht, die im Hintergrund die Fäden zieht«, glaubten im Oktober 18 Prozent, gegenüber 12 Prozent im April. Und »Die Ukraine hat historisch keinen eigenen Gebietsanspruch und ist eigentlich Teil Russlands,« befanden im Oktober 14 Prozent. Kurz nach Kriegsbeginn glaubten dass nur 8 Prozent. »Ich verrate den Leuten nicht mehr, woher ich komme. Ich hab' auf die Diskussion keine Lust mehr« – solches und ähnliches hört man zuletzt unter den nach Deutschland geflüchteten Ukrainer:innen öfter.

Zeitgleich wurde vor allem von Seiten der Union immer öfter behauptet, die Zahl der Ankünfte sei mit jenen von 2015/2016 vergleichbar – und so versucht Staatsversagen beim Grenzschutz herbeizureden. Zwar kamen zu den rund 1,04 Millionen Ukrainer:innen bis September rund 115.000 Asyl-Erstanträge – wenn man die in Deutschland geborenen Kinder nicht mitzählt – hinzu. In der Summe entspricht das tatsächlich der Größenordnung von 2015. Doch die Bedingungen waren nicht vergleichbar, auch wenn in vielen Kommunen die Aufnahmeeinrichtungen voll liefen.

Im September sperrten zwölf Bundesländer die Aufnahme von Flüchtlingen, die über das behördliche EASY-System bundesweit verteilt werden. Manche Kommunen beschwerten sich eher leise und stockten die Plätze auf. Andere schlugen harsche Töne an.

Zum Beispiel der Oberbürgermeister von Cottbus, Holger Kelch (CDU). »Wir können nicht mehr«, verkündete der. Schulen und Gesundheitsversorgung seien an der Kapazitätsgrenze. Cottbus forderte die »gleichmäßige und gerechte Durchsetzung der Verteilung innerhalb Brandenburgs und Deutschlands sowie die Wiederherstellung der gleichmäßigen Verteilung innerhalb Europas«.

Um den Druck zu erhöhen, kündigte die Stadt den Migrationssozialarbeiter bei den freien Trägern zum Jahresende, weil die Landesregierung offen gelassen habe, ob sie diese weiter finanziere – ein angesichts der hohen Ankunftszahlen fraglos widersinniger Schritt.

Die »gerechte und gleichmäßige« Verteilung innerhalb Deutschlands – die gibt es offiziell. Wie viele Flüchtlinge jedem Bundesland zugewiesen werden, errechnet sich

per »Königsteiner Schlüssel« – zu zwei Dritteln nach dem Steueraufkommen und einem Drittel nach der Bevölkerungszahl der Länder. Innerhalb der Länder greifen dann weitere Verteilmechanismen für die Landkreise und Kommunen.

Doch anders als bei anderen Herkunftsländern griff dies im Fall der Ukrainer:innen, die das Gros der 2022 Angekommenen ausmachen, nur teilweise. Der wichtigste Grund dafür ist, dass die Ukrainer:innen eine jenseits des Asylrechts liegende Aufnahmezusage erhalten hatten. Sie durften sich deshalb frei bewegen und dorthin ziehen, wo sie am ehesten Hilfe erwarteten.

Weil die Ukrainer:innen aber die freie Wahl des Wohnortes hatten, lebten laut einer Befragung des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften im April 2022 gerade mal sieben Prozent von ihnen in Flüchtlingsunterkünften. Nur diese wurden nach dem regulären Verfahren verteilt. Viele der Übrigen beantragten in den Folgemonaten dort Sozialleistungen, wo sie eben hingezogen waren. Doch viele mussten nach und nach die privaten Unterkünfte verlassen. Anderen gingen mitgebrachte Ersparnisse aus, so dass sie zunächst angemietete Wohnungen oder Zimmer nicht halten konnten.

In der Folge waren einige darauf angewiesen, dass die Kommunen sie unterbringen. Weil sie aber bereits im Sozialleistungsbezug waren, konnten sie nicht mehr verteilt werden, wie dies normalerweise geschieht. Deswegen gab es tatsächlich eine »ungleichmäßige« Verteilung innerhalb Deutschlands. Der Effekt war allerdings überschaubar: Laut der BamF-Kurzstudie »Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland« lebten gegen Ende 2022 nur 9 Prozent der Ukrainer:innen in einer Gemeinschaftsunterkunft, also nur zwei Prozentpunkte mehr als im April. In Zahlen waren das auf's ganze Land gerechnet nur etwa 20.000 Personen. Auch eine Erhebung des *Medienst Integration* zeigte gegen Ende des Jahres 2022, dass die Verteilung der registrierten Ukrainer:innen auf die Bundesländer fast exakt jener entspricht, die der Königsteiner Schlüssel vorsieht. In keinem der 16 Bundesländer lag die Differenz zwischen der Quote und dem Anteil an den tatsächlich registrierten höher als ein Prozentpunkt.

Zudem ändern mögliche punktuelle überproportionale Belastungen für einzelne Kommunen nichts daran, dass es völlig richtig war, den Ukrainer:innen die freie Wohnortwahl zuzugestehen. Hinzu kam: Die Ampel hatte den Kommunen, die sich zwischendurch laut über die gestiegenen Belastungen beklagt hatten, erhebliche Zugeständnisse gemacht. Schon kurz nach Kriegsbeginn hatte der Bund zugesagt, den Lebensunterhalt der Ukrainer:innen per ALG II zu tragen. Kommunen wie Cottbus zahlen also dafür zumindest nichts, durchaus aber für andere Leistungen.

Und im November schlug der Städte und Gemeindebund (DStGB) für seine Verhältnisse versöhnliche Töne an: »Politik zeigt Handlungsfähigkeit« schrieb er nach der Bund-Länder-Konferenz. Die Kommunen sahen es als »positives Signal«, dass

der Bund den Ländern für ihre Ausgaben für die Geflüchteten aus der Ukraine im Jahr 2023 einen Betrag von 1,5 Milliarden Euro und 1,5 Milliarden für die übrigen Flüchtlinge gibt. Hinzu kommt eine allgemeine »flüchtlingsbezogene Pauschale« in Höhe von 1,25 Milliarden Euro jährlich ab 2023. »Wir hätten uns natürlich zusätzlich ein deutliches Bekenntnis der Länder erhofft, dass sie ihre Erstaufnahmeeinrichtungen massiv ausweiten«, so der DStGB. Es sei »wahrscheinlich, dass die Zahl der Geflüchteten zunehmen wird«, doch die Kommunen seien bereits jetzt an der Grenze ihrer Unterbringungsmöglichkeiten.

Die zwischenzeitlich als argumentative Kronzeugen konservativer und rechter Propaganda gegen die angeblich zu lasche Asylpolitik der Ampel benutzten Kommunen waren also aufs Ganze gesehen halbwegs befriedet. Die Union versuchte gleichwohl weiter, die Ampel für ihre Grenzpolitik und ihre Reformvorhaben im Migrationsbereich zu attackieren – und baute dabei auf ein diffuses Unbehagen, dass sie selbst zu schüren trachtete.

Symptomatisch dafür war unter anderem die Debatte um die geplante Staatsbürgerschaftsreform. Erst im Juni hatte das Statistische Bundesamt gemeldet, dass das so genannte »ausgeschöpfte Einbürgerungspotential« bei rund 2,4 Prozent dümpelt. Der Wert gibt das Verhältnis von Einbürgerungen zur Zahl der mindestens seit 10 Jahren in Deutschland lebender Ausländer:innen an. Nur äußerst wenige wollen also den deutschen Pass – denn die Konditionen sind nicht einladend. Die Ampel will die Aufenthaltsdauer von fünf auf acht Jahre senken, Kinder ausländischer Eltern sollen automatisch Deutsche werden, wenn ein Elternteil bereits seit fünf Jahren rechtmäßig im Land lebt. Vor allem aber soll die alte Staatsbürgerschaft nicht mehr aufgegeben werden müssen. Dass Deutschland auf Migration für den Arbeitsmarkt angewiesen sei, »bedeutet aber nicht, dass man flächendeckend mit dem deutschen Pass um sich wirft,« meinte der Unions-Fraktionsgeschäftsführer Thorsten Frei zu der Reform.

Wenn so über die Dinge gesprochen wird, verwundert es nicht, dass laut der jüngsten Jahresstudie des Mercator Forum Migration und Demokratie die große Mehrheit der Befragten der Meinung ist, dass Migration das »politisch konfliktrichtigste« Thema ist – weit vor Wirtschafts- und Klimafragen. Das aber war vor den Jahren der großen Flüchtlingsankünfte – 2015/16 und 2022 – auch nicht anders. Die anhaltende praktische Solidarität mit Ankommenden hat das jedoch nicht verhindert.

Und auch insgesamt sind die Einstellungen zur Migration zumindest im ersten Jahr nach Kriegsbeginn nicht so abgedriftet, wie viele befürchtet hatten. Das zeigt etwa der »Integrationsklima-Index« (IKI) des vom Bundesinnenministerium mitfinanzierte Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR). Der Index wird durch repräsentative Befragungen vom SVR ermittelt. Und er ergab zuletzt »ungeachtet des erneut starken Zuzugs von Flüchtlingen insbesondere aus der Ukraine und den damit

verbundenen Herausforderungen« den »höchsten Wert seit Erhebungsbeginn«, so der SVR. Unabhängig davon, was man methodisch und politisch von dem Index halten mag, ist dies angesichts der Lage der Dinge kein schlechter Befund.

»Vor dem Hintergrund der jüngsten Herausforderungen war diese positive Entwicklung nicht unbedingt absehbar«, schrieb der SVR. Die Corona-Pandemie, aber auch die Folgen des Ukraine-Kriegs mit erneuten Fluchtbewegungen sowie die Energieversorgungs- und -preiskrise hätten den Daten zufolge »keinen erkennbaren negativen Einfluss auf das Zusammenleben im Einwanderungsland Deutschland.« Im Vergleich zur vorherigen Erhebung im Jahr 2019/20 sei der IKI von 66,3 auf 68,5 Punkte gestiegen. Unter Personen ohne Migrationshintergrund kletterte der Wert in den vergangenen zwei Jahren um 2,5 Punkte, unter Personen mit Migrationshintergrund um 1,3 Punkte auf insgesamt 70,1 IKI-Punkte. Für die Studie wurden zwischen Ende November 2021 und Anfang Juli 2022 insgesamt 15.005 Personen interviewt.

Einer der Gründe für die insgesamt recht stabile Stimmung dürfte sein, dass die Zivilgesellschaft nach Beginn des Krieges Netzwerke reaktivieren konnte, die 2015 als Reaktion auf die Ankommenden Flüchtlinge entstanden waren. So entstanden auch jetzt wieder vielfältige soziale Beziehungen zu den Ukrainer:innen.

Ein Beispiel dafür ist das Solizentrum in Lübeck. Es liegt auf der Wallhalbinsel im Zentrum der Stadt. Einst lagerte die Gemeinde dort Baumaschinen. 2015 änderte sich das. Aktivist:innen besetzten das Gelände kurzerhand und bauten das »Solizentrum« auf. Es war ein Baustein einer kaum zu überblickenden Fülle von Initiativen, die den rund eine Million Menschen helfen wollten, die damals nach Europa flohen. Viele von ihnen wollten weiter nach Skandinavien. Und in Lübeck legen die Fähren ab.

Schon am Bahnhof in Hamburg wurden die Geflüchteten damals registriert, in Lübeck erwarteten sie Freiwillige, die sie über den Stadtgraben vorbei am Holstentor zum Solizentrum geleiteten. Über 15.000 Menschen kamen hier an. Und anders als die Ukrainer:innen nach dem russischen Angriff 2022 hatten sie zunächst keinen Anspruch auf Sozialleistungen, kein Aufenthaltsrechte, und teils eine mehrjährige Flucht-Odyssee hinter sich.

Sie schliefen auf Matratzen, bekamen Tickets für die Fähre, bezahlt aus privaten Spenden. Bäcker brachten Brot, türkische Restaurants Essen. Aktivist:innen schoben rund um die Uhr Wachsichten, aus Angst vor Nazi-Angriffen. So ging es weiter, bis Schweden Anfang 2016 die Grenze schloss.

Willkommensinitiativen wie das Solizentrum entstanden damals überall in Deutschland. Und bis heute fällt das Urteil über den – maßgeblich von ihnen getragenen – Umgang mit den damals Angekommenen in der Summe vielfach positiv aus. Auf linker Seite steht dafür das Schlagwort vom »Sommer der Migration«, der die *Agency* der Flüchtenden selbst betont. Andere Akteure, etwa Gewerkschaften und Sozialver-

bände lobten – auch sich selbst – für die »Willkommenskultur«. Mit dieser gefiel Deutschland sich selbst so derartig gut, dass 2019 gar ein SPD-Politiker beantragte, die Unesco möge die deutsche »Willkommenskultur« in ihre Liste des Immateriellen Kulturerbes der Menschheit aufnehmen.

Doch die Deutung von »2015« ist seit jeher umkämpft. Von konservativer Seite werden die Ereignisse seit jener Zeit als angeblich größtes Versagen Angela Merkels dargestellt, als Katastrophe, die sich »nie wiederholen« dürfe – letzteres sagte auch Merkel selbst. Das ist der Hintergrund, vor dem während des Sommers 2022 von Seiten der Union immer wieder betont wurde, dass nun wieder so viele wie damals ankämen. Und weil dies ja vermeintlich »nie wieder« hätte passieren dürfen, schien die Forderungen nach einem Stop etwa für staatliche Aufnahmeproramble aus konservativer Sicht naheliegend.

Neu ist allerdings, dass heute auch manche Liberale 2015 negativ zu framen versuchen – als Auslöser für gesellschaftliche Spaltungsprozesse die zur »Postdemokratie« führen, wie die Autorin Juli Zeh im Januar 2023 behauptete. Der Auslöser hierfür sei die Flüchtlingspolitik des Jahres 2015 gewesen: »Da war der Wille zur Willkommenskultur so übermächtig, dass jeder, der eine andere Meinung, der auch nur praktische Fragen hatte, ganz schnell als »rechts« dargestellt wurde«, behauptete Zeh in der *NZZ*. Die *Zeit* habe »ihre Berichterstattung aus dieser Phase einmal selbstkritisch analysiert, soweit ich mich erinnere – das war sehr wohltuend zu lesen«, so Zeh. Willkommensinitiativen als Meinungsdictatoren, Medien als Flüchtlingsbeklatscher, die sich an ihrem Aufklärungsauftrag versündigten und dies »selbstkritisch analysieren« müssen.

In Deutschland entstehe »ein neues politisches Lager, das quer zur traditionellen Rechten und zum Konservatismus steht«, meinte dazu der Baseler Soziologe Oliver Nachtwey. Kennzeichnend dafür sei: »Anti-Woke, Corona-Skeptisch, Angst vor kultureller Überfremdung und für ‚Diplomatie‘ im Ukraine-Krieg.« Dieses neue Lager sei nicht homogen, aber teile diese vier Merkmale und positioniere sich »vor allem als Kulturkampf gegen alle Formen des (Links-)Liberalismus«, so Nachtwey. Er zählte zu diesem Milieu neben Zeh etwa Sahra Wagenknecht, den *Welt*-Chef Ulf Poschardt und den CDU-Haustheoretiker Andreas Rödter. »Die Vektoren zeigen alle in die gleich Richtung.« Wenn Nachtwey Recht hat, kommt zum traditionellen rechten Lager nun also einer Art Bürger-Querfront hinzu, die ebenfalls gegen Flüchtlingsaufnahme zu Felde zieht.

Befördert mag dies haben, dass – anders 2015 – die Aufnahme der Ukraine-Flüchtlinge keine positive politische Strahlkraft nach Innen entwickelte. Wegen der Aufnahme der Ukrainer:innen feierte Deutschland sich nicht. Zu groß war das Entsetzen über den Krieg in der Nachbarschaft, zu drückend die Sorge vor dessen Ausbrei-

tung. Zudem fürchteten viele, die Stimmung gegenüber den Ukrainer:innen könne schnell wieder kippen – erst recht, wenn die Preise für die Lebenshaltung auch wegen des Krieges durch die Decke gehen. So rasend schnell die Aufnahme der Ukrainer:innen beschlossen, so effizient sie anfänglich umgesetzt wurde, so eigentümlich geräuschlos, ohne gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozess lief sie ab. Es war, als scheute das Land ein Gespräch aus Angst vor dem, was dabei zutage treten könnte.

Doch vielleicht wäre das erfreulicher gewesen, als manche erwarteten. Denn in vielen Kommunen zeigte sich: An der Basis ist die Willkommensbereitschaft durchaus stabil geblieben.

Das Solizentrum in Lübeck etwa hatte auch in den Jahren weitergemacht, in denen weniger Flüchtlinge kamen – auch während der Pandemie, in denen Cafébetrieb und Veranstaltungen nur schwer möglich waren. Die Folge war, dass Lübeck 2022 für die Flüchtenden aus der Ukraine fast unmittelbar auf eine umfassende Infrastruktur zurückgreifen konnte, in der Zivilgesellschaft und Verwaltung einander ergänzen und Ankommenden zur Seite stehen. Denn auch auf staatlicher Ebene waren nach 2015 Strukturen entstanden, von denen die Ukrainer:innen nun profitieren: Der Ausbau der Integrationskurse etwa oder die umfassenden Netzwerke zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und für nötige Nachqualifizierung. Aber ohne Verzahnung mit der Zivilgesellschaft wäre die Aufnahme von über einer Million Menschen in so kurzer Zeit nicht leistbar.

Das zeigt sich auch in anderen Städten.

Nürnberg etwa hat im ersten halben Jahr nach Kriegsbeginn rund 7.700 Menschen aus der Ukraine aufgenommen, das ist etwa ein Fünftel mehr als die Kommune anteilig hätte nehmen müssen. Wie überall sind auch hier die mit Abstand meisten angekommenen Frauen. Claudia Gessl hat das Internationale Frauencafé Nürnberg aufgebaut und arbeitet heute beim Rosa Asyl, einer Beratungs- und Begegnungsstätte für geflüchtete Frauen. Seit vielen Jahren kritisiert sie die bayrische Flüchtlingspolitik – gegenüber den ukrainischen Geflüchteten habe die Kommune aber »schon ganz okay agiert«, sagt Gessl. Die Stadt hat eine App programmieren lassen, einen Anlaufpunkt eingerichtet, in der Verwaltung gebe es viele Menschen, die Russisch sprechen. Zwar gebe es »krasse Wartezeiten, alles ist kompliziert.« Doch die Ukrainer:innen fänden sich schnell zurecht. Das größte Problem seitens der Kommune sei der fehlende Wohnraum, sagt Gessl. Viele Mietverträge für einstige Flüchtlingsunterkünfte seien gekündigt worden. »Die dachten, das war's jetzt, jetzt kommt eh keiner mehr rein.« Ein Irrtum. Nun hätten eilig neue Verträge für Unterkünfte geschlossen werden müssen.

Allerdings wurden auch in den schon bestehenden Ukrainer:innen untergebracht. Bei manchen Geflüchteten aus anderen Ländern verbreitete sich dabei der Eindruck,

den Ukrainer:innen würden Plätze in den als besser geltenden Unterkünften zugewiesen. Tatsächlich hatten Menschen anderer Nationalitäten einige Unterkünfte zugunsten der Ukrainer:innen räumen müssen. Und während sie in den halbleeren Unterkünften vorher teils eine ganze Wohnung für sich hatten, fanden sie sich nach der Umverteilung in Räumen wieder, die sich 3 bis 4 Personen teilen mussten. Es gab deshalb auch Protestkundgebungen. »Unter den anderen Geflüchtetenengruppe gab es ein paar Stimmen, die sagen: ‘Warum kriegen die Ukrainer alles?’«, berichtet Gessl. Aus ihrer Sicht sei die einzig richtige Forderung, »dass die anderen das auch kriegen. Sonst sei es victim blaming.« Man müsse solidarisch sein, auch wenn die Gesellschaft die Ukrainer privilegiere, wie die angeblich näher an der abendländischen Kultur sind, sagt Gessl.

Was die Lage zweifellos entschärfte, war auch in Nürnberg zivilgesellschaftliche Solidarität. Schon 2015 seien in Nürnberg »zig Unterstützungsgruppen, die sich untereinander gar nicht kannten«, entstanden. Der von der Stadt eingesetzte Koordinator der ehrenamtlichen Helfer:innen habe seit 2015 zeitweise zwischen 5.000 und 8.000 registrierte Freiwillige gezählt. Derzeit seien es schätzungsweise 3.000 – noch immer eine »Solidaritäts-Welle«, sagt Gessl.

»Die Hilfsbereitschaft ist enorm. Bei der Hälfte der Leute, die man anruft und sagt, man will eine Wohnung mieten mieten für jemand aus der Ukraine, rennt man offene Türen ein. Das ist ganz anders, als wenn man eine Unterkunft für jemand aus Äthiopien sucht,« sagt Gessl. Tausende Geflüchtete Ukrainer:innen wohnen privat in den Unterkünften. Privatleute hätten sie oft bei sich zu Hause in der Annahme aufgenommen, es handele sich nur um einen kurzen Zeitraum. Für die Aufnehmenden sei die Situation teils ebenfalls belastend. »Traumata übertragen sich,« sagt Gessl. Niemand wisse, »wie es ausgeht, welche Nachrichten die bekommen. Das ist nicht so ohne.« Vor allem die aus der Ukraine geflüchteten Kinder »sind total schockgefroren, du merkst voll die Anspannung«, sagt Gessl. Die Väter, die älteren Angehörigen sind vielfach zurückgeblieben. Das sei auch für die geflüchteten Frauen schwer auszuhalten. »Wir haben uns gerettet, der Rest der Familie nicht. Was sollen wir machen?«, fragten sich viele.

Eine Möglichkeit: Arbeiten. »Das sind teils hammergeut ausgebildete Leute,« sagt Gessl. »Die Frauen sind gewöhnt, dass sie arbeiten gehen.« Viele Frauen hätten sich bei einer Lebkuchenfabrik in Nürnberg angemeldet. »Es gibt ja Arbeit ohne Ende und low-level Arbeit finden sie sofort.«

Auch Bremen hat etwa 7.500 Ukrainer:innen aufgenommen. Für die hohe Zahl sei dies »doch recht geräuschlos«, sagt Markus Saxinger. Wie Gessl war auch er seit den 1990er Jahren als Unterstützer von Flüchtlingsprotesten aktiv. Heute koordiniert er

den Projektverbund Berufliche Perspektiven für Geflüchtete und das Bremer IntegrationsNetzwerk.

Das Jobcenter hatte im Sommer, als die Zuständigkeit vom Sozialamt an sie überging »Sorge, ob die das gewuppt kriegen«, erinnert er sich. Doch der Übergang sei letztlich gelungen. Die Lage sei auf Verwaltungsseite derzeit dadurch etwas angespannt, dass seit Anfang 2023 mehr Menschen durch eine Ampel-Reform Anspruch auf die Teilnahme an einem Integrationskurs haben. »Die Wartezeiten sind jetzt länger, und ohne die Integrationskurse funktionieren die anderen Sachen auch nicht,« sagt Saxinger. »Viele wollen die knappen Plätze jetzt dringend.«

2015 habe das Jobcenter, das Arbeitsamt, die Verwaltung Erfahrungen gesammelt, die sich nun auszahlen. »Die politisch Zuständigen haben aus dieser Zeit gelernt,« sagt Saxinger. Zwar wurden nach 2015 Strukturen »deutlich abgebaut, das ist ihnen jetzt teils auf die Füße gefallen.« Gänzlich weg seien diese Strukturen aber nicht gewesen, sagt Saxinger. »In Bremen war die Integration Geflüchtete im Arbeitsmarkt immer Thema, man hat damit nie aufgehört.«

Auch die R2G-Regierung in Bremen habe zivilgesellschaftliche Projekte gefördert, um die Ukrainer:innen zu unterstützen – etwa über die lokale Freiwilligenagentur. Die betreute Ehrenamtliche, die Wohnraum anboten oder Ukrainer:innen begleiteten. »In der ersten Jahreshälfte hatten die richtig viel zu tun, es gab eine enorme Zahl von Anfragen. In der zweiten Jahreshälfte wurde es immer ruhiger«, sagt Saxinger. Viele Ehrenamtliche hätten sich zurückgezogen. Manche seien erschöpft gewesen, in anderen Fällen sei der Bedarf an Hilfe auf Seiten der Ukrainer:innen nicht mehr so gewesen. »Die waren beim Jobcenter oder in Sprachkurse eingebettet und nicht mehr so angewiesen auf Leute, die ihnen zeigen wie man ein Busticket kauft.« Die »grobe Orientierung« sei da, inzwischen hätten viele für sie passende Maßnahmen gefunden. »Da ist eine gewisse Ruhe eingekehrt.« Mittelfristig, sagt Saxinger, müsse man sehen, »wie gut das tatsächlich funktioniert, das ist auch nicht der absolute Selbstläufer.« Doch bisher, so sagt Saxinger, habe man bei den Ukrainer:innen »im Prinzip alles richtig gemacht.«

Eine Umfrage des BAMF von Ende 2022 bestätigt dies. 17 Prozent der Geflüchteten Ukrainer:innen im erwerbsfähigen Alter waren zum Befragungszeitpunkt erwerbstätig. Angesichts der Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit der erwachsenen Geflüchteten Frauen ohne Partner (78 Prozent), aber mit minderjährigen Kindern (48 Prozent) sind, ist das ein hoher Wert. 71 Prozent der Beschäftigten übten eine Tätigkeit aus, die einen Berufs- oder Hochschulabschluss voraussetzt. 37 Prozent wollen für immer oder mehrere Jahre in Deutschland bleiben, 34 Prozent nach Kriegsende wieder gehen – die Mehrheit zurück in die Ukraine – und 27 Prozent sind noch unentschieden. Die Hälfte der Befragten besucht aber bereits einen Deutsch-

kurs, Nur wenige haben zum Befragungszeitpunkt gute Deutschkenntnisse (5 Prozent). Die Geflüchteten äußern insbesondere Unterstützungsbedarf beim Erlernen der deutschen Sprache, der Arbeitssuche, der medizinischen Versorgung und der Wohnungssuche. Sie bewerten ihren Gesundheitszustand überwiegend als gut, ihre Lebenszufriedenheit ist im Vergleich zur deutschen Bevölkerung aber deutlich geringer. Auch das psychische Wohlbefinden der Kinder fällt im Vergleich zu anderen Kindern in Deutschland niedrig aus. In 92 Prozent der Familien mit Kindern im schulpflichtigen Alter besucht mindestens ein Kind eine Schule in Deutschland.

Es ist ein angesichts der Umstände nicht schlechtes Gesamtbild. Doch viele – gerade besonders Engagierte – haben heute Mühe, das zu schätzen. Sie beschämt vielmehr, wie die Gesellschaften Europas in kürzester Zeit und ohne größere Diskussionen fast 5 Millionen Flüchtende aufzunehmen bereit waren, während gleichzeitig sehr viel geringere Zahlen Ankommender aus anderen Weltregionen an den Außengrenzen mit teils äußerster Brutalität abgewehrt werden – eine immer weiter anschwellender Zahl von Todesopfern inklusive.

Claudia Gessl aus Nürnberg versucht, auch anderes zu sehen. Der Umgang mit den Ukrainer:innen zeige, »dass es möglich ist, dass man eine Million aufnehmen kann, wenn sie von Anfang an gleiche Rechte kriegen, Zugang haben, nicht diskriminiert werden, nicht im Lager leben müssen, sich ohne Residenzpflicht bewegen können und nicht kriminalisiert werden,« sagt sie. »Freie Wohnortwahl, wenn man das alles hat, Deutschkurse umsonst, Arbeitserlaubnis – wie schnell das alles gehen kann, wie schnell das dann flutscht. Keine Hetzte, kein Stigma. Ein supergutes Zeichen, dass es geht.«

Markus Saxinger aus Bremen sieht das ähnlich. »Was bei den Ukrainer:innen gepasst hat, könnte man mit Menschen aus anderen Herkunftsländern auch machen. Das würde auch so geräuschlos funktionieren. Aber das das will man halt nicht.«

Jenseits von Migration

Zur Wiedergewinnung des Diasporabegriffs

MARIA HARTMANN, BAHAR OGHALAI

Abstract: In this paper, we use empirical material from a series of interviews with political dissidents in diaspora to elaborate on a potential concept of diaspora that allows a view beyond the experience of migration. From this perspective, we address diasporic continuities of subjectifications, political struggles, and solidarity alliances. We argue that this concept of diaspora can be applied to grasp complex subject experiences as well as new alliances as a reality within the plural German society. We point out that looking through the diasporic lens opens alternative analysis on dynamics of authoritarian rule and helps to formulate approaches of emancipatory social change beyond nation-state borders.

Keywords: Diaspora, Alliance, Dissident, Space, Activism

EINLEITUNG

Als die damalige Bundeskanzlerin Merkel 2015 öffentlich anerkannte, dass es sich bei Deutschland um ein Einwanderungsland handelt¹, war die plurale Gesellschaft längst zur Realität geworden. In Deutschland leben rund 22,3 Millionen Menschen mit einem sogenannten Migrationshintergrund. Sie machen 22,4% der Gesamtbevölkerung aus (Mikrozensus 2021).

Dieser von Pluralismus geprägte gesellschaftliche Zustand ist ein Spiegelbild der allgemeinen globalen Entwicklung, die immer stärker von den transnationalen Bewegungen von Menschen, Waren und Ideen bestimmt ist (Anthias 1998: 557; Brah 1996: 16). Durch diese globalen Migrationsbewegungen entstehen neue Identitätsentwürfe. Theoretiker*innen im anglophonen Raum haben bereits vor Jahrzehnten auf den Begriff des Diasporischen zurückgegriffen, um diese Identitätsentwürfe ana-

1 | Merkel gab etwa bei einem Bürgerdialog zu, dass »Deutschland im Grunde schon ein Einwanderungsland« sei, so die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 01.06.2015. URL: faz.net [19.12.22]

lytisch greifbarer zu machen und sie als Teil eines neuen Weltzustands einzuordnen (vgl. Hall 1993; Brah 1996). Unserer Analyse nach verdient der Begriff auch in der deutschsprachigen Debatte um Migration mehr Aufmerksamkeit. Deshalb schlagen wir ein Diasporaverständnis vor, das seinen Mehrwert auch im hiesigen Kontext verdeutlicht. Dabei verwenden wir den Diasporabegriff über seine Dimension migrationspezifischer Identitätsbeschreibungen hinaus. Wir argumentieren, dass Subjektbiografien in pluralen westlichen Einwanderungsgesellschaften häufig geprägt sind von unterschiedlichsten Kontexten und Kämpfen, die nicht ausschließlich über die Erfahrung der Migration zu erfassen sind. Besonders wenn Dissidenz und politische Verfolgung die Migrationsanlässe sind, so unsere empirische Beobachtung, entstehen durch die Verbindung politischer und sozialer Kämpfe im Zwischenraum des Dort und Hier spezifische Subjektivierungsprozesse, politische Positionen und Allianzen.

Im Folgenden zeichnen wir zunächst die Entwicklung des Diasporabegriffs nach und verorten ihn im Sinne einer Weiterführung des transnational turns. Im Anschluss stellen wir auf Basis empirischen Materials einige Perspektiven diasporischer Kämpfe in Deutschland dar und legen dabei einen Fokus auf dissidentische Erfahrungen. Ausgehend von der Aushandlung von Dissidenz-Erfahrungen im diasporischen Raum beschreiben wir diasporische Kontinuitäten, diasporisches Wissen und diasporische Allianzen als Aspekte eines neuen analytischen Ansatzes und betonen seine Bedeutung für herrschaftskritische Kämpfe und Diskurse auf lokaler wie globaler Ebene.

DER DIASPORABEGRIFF IN SEINER RAUM- UND IDENTITÄTSTHEORETISCHEN VERORTUNG

Mit Theorien wie dem Third Space des postkolonialen Theoretikers Homi Bhabha (1994) und dem Diasporic Space von Avtar Brah (1996) hielt der Begriff des Diasporischen in den 1990er Jahren Einzug in die Sozial- und Kulturwissenschaften. Hier spielt er gerade im Hinblick auf den spatial- sowie den postcolonial turn eine bedeutende Rolle auch für die kritische Migrationsforschung (Gilroy 1993; Hall 1990; Vertovec 1996; Baumann 1995). Die Entwicklung des Diaspora-Begriffs nachvollziehend müssen wir jedoch festhalten, dass er in wissenschaftlicher Debatte wie Alltagssprache als ein sehr unterschiedlich eingesetzter Terminus verwendet wird, der nicht zuletzt wegen seiner semantischen Unschärfe zeitweise in die Kritik geraten war (Volkert 2017).

Diaspora bedeutet auf altgriechisch »Verstreutheit« und stand ursprünglich für die Erfahrung der mehrfachen Vertreibung und Verfolgung von Juden und Jüdinnen, sowie der Entstehung einer Gemeinschaft, die von der Unmöglichkeit der Rückkehr

zur Heimat betroffen ist (Nieswand 2018). Nach und nach kam es jedoch zu einer Öffnung des Begriffs, durch die er vermehrt zur Beschreibung von Minderheitengruppen eingesetzt wurde, die von Flucht und Vertreibung betroffen sind (ebd. 2018). Der palästinensische Theoretiker Edward Said (2000) beispielsweise beschreibt das Exil auf ähnliche Weise: Als ewig wählender Zustand des Abgeschnittenseins von den Wurzeln und der eigenen Geschichte, von der Heimat, von der Zugehörigkeit. Das Isolationsgefühl des Exils und das diasporische Gefühl scheinen jedoch bei Said symbiotisch (Said 2000).

Verschiedene Theoretiker*innen haben versucht, Kriterien für die Erfassung unterschiedlicher Diaspora-Typen herauszuarbeiten (vgl. Safran 1991; Cliffords 1994; Cohen 1997). Sie fokussieren allerdings die Beschreibung und Kategorisierung verschiedener migrantisierter Gruppen und stellen dabei die Frage ins Zentrum, ob diese als diasporisch bezeichnet werden können. Demnach würde eine diasporische Gruppe als geschlossene Einheit von einem Ort an einen anderen wechseln und dort zu einer in sich determinierten Minderheitengruppe werden können. Von diesem Verständnis abweichend arbeiten postkoloniale Kulturwissenschaftler*innen wie Homi Bhabha (1994) und Stuart Hall (1993) eine Hybridität der diasporischen Identitäten heraus, die sie in den Zwischenräumen von gesellschaftlichen Kontexten einordnet. So führen globale Bewegungen von Menschen, Waren und Ideen zunehmend zu Identitäten und Solidaritätslinien, die über nationale Zugehörigkeiten hinausgehen. Wir befinden uns diesem Verständnis nach also in einem globalen Zustand, in dem eine Diaspora eben nicht mit einer migrantisierten Gruppe gleichzusetzen ist (ein Verständnis, das einem nationalen Container Verständnis verhaftet bleibt) (Anthias 1998: 557; Brah 1996: 16). Es gibt bereits einschlägige Arbeiten, die diesen Containeransatz als einen Aspekt methodologischen Nationalismus kritisieren, der die Formation von Nation/Staat als naturgegeben betrachtet und Migration aus dieser Perspektive heraus untersucht (vgl. Yildiz 2018).

Dieser Kritik folgend wird die Aufmerksamkeit der Kulturwissenschaften auf eine neue Auslegung des Diasporabegriffs gelenkt: Welche Bedeutung hat der diasporische Zustand im Kontext der Entstehung ethnisierter und rassifizierter Subjekte in einer Welt, die nur noch unzureichend durch eine nationalstaatlich begrenzte Analysebrille beschrieben werden kann? Theoretische Überlegungen gehen an dieser Stelle sogar über die Neudefinition des diasporischen Subjektverständnisses hinaus: Der Weltzustand in einer entgrenzten Diffusität, so wie wir ihn heute wahrnehmen, sei ein diasporischer Zustand an sich. Dieser Zustand geht also als globale Erfahrung über die begrenzten Erfahrungen und Identitäten einzelner Gruppen hinaus und betrachtet ihn als das Resultat komplexer globaler Verflechtungen und gesellschaftlicher Prozesse (Anthias 1998: 559; Götsche et al. 2017: 134). Die Theoretikerin Avtar Brah

beispielsweise benutzt das Konzept der Diaspora als Analyserahmen. In diesem Rahmen werden soziale Beziehungen, Identitäten und Subjektivitäten, die im Zusammenhang mit Migrationsbewegungen stehen, nicht losgelöst von den weltweiten ökonomischen, politischen und kulturellen Kontexten untersucht, in denen sie stattfinden (Brah 1996: 15). Wir benutzen dieses Konzept abgrenzend als Alternative zu einem containerisierten Exil- und Diasporaverständnis. So erlaubt uns Brahs Erweiterung, einen alternativen Blick auf verschiedene soziale Phänomene zu werfen, die von Migration geprägt und gleichzeitig mit globalen Machtverhältnissen in Verbindung zu setzen sind (Brah 1996: 194). Es löst das Diasporische aus dem methodologischen Nationalismus heraus.

Diaspora nach Brah, erlaubt es uns, das Konzept mit Überlegungen zu verzahnen, die sich auch in den Transnational Studies finden lassen. Dabei beschreibt Transnationalisierung im Allgemeinen eine Verflechtung sozialer Interaktionen, Handlungsstränge und Identitäten, die sich über nationalstaatliche Grenzen hinaus formieren (vgl. Faist 2010; Vertovec 2001) und ist dabei ein auch im deutschsprachigen Raum diskutiertes Konzept (vgl. Pries 2001; Lutz/Amelina 2017). Beide Konzepte stellen die Abgeschlossenheit sowie die Naturgegebenheit von Nationalstaaten und damit verbundenen Gemeinschaften in Frage. Während der transnationale Ansatz aber nach wie vor dazu tendiert, mit (dem Überschreiten von) Nationalstaat und nationalstaatlichen Zugehörigkeiten zu operieren (Pries 2002; Faist 2010), so geht unserer Ansicht nach das Diasporische im Moment des Dissidentischen darüber hinaus. Es erweitert die transnationalen Verbindungen und den diasporischen Raum mit dissidentischen Erfahrungen und Subjektivierungsprozessen. Das Dissidentische füllt den Raum durch verbindende Themen, nicht durch nationale Zugehörigkeiten. Das kann die Erinnerung an Widerstand gegen Autoritarismus sein, eine geteilte Analyse, oder die Neubildung widerständiger Allianzen. Dabei finden wir in der kritischen Migrationsforschung im deutschsprachigen Raum zwar durchaus Hinwendungen zu politischen Aspekten und gesellschaftlichen Kämpfen (vgl. Schwenken 2006; Bojadžijev 2008; Hess/Karakayali 2018). Wir kritisieren jedoch, dass aufgrund der wenigen Verwendung des Diasporabegriffs im Kontext politischer Kämpfe die Möglichkeit verloren geht, diese Auseinandersetzungen durch die dissidentische Diaspora- statt der Migrationsbrille zu analysieren.

Konsequenz hiervon, so stellen wir in einer empirischen Untersuchung fest², ist folgendes: Nach Wahrnehmung der Diaspora-Akteur*innen selbst ist die derzeitige Ausgestaltung der Migrationsdebatte nicht genügend in der Lage zu greifen, was die diasporischen Subjekte beschäftigt, welche Kämpfe sie führen und wie ihnen solidarisch begegnet werden kann. Demnach fehlt es an analytischer Sensibilität gegenüber der gesellschaftspolitischen Bedeutung diasporischer Subjektbildungen und der Sichtbarkeit diasporischer Aushandlungen, die einen Teil der Realität deutscher Gesellschaft bilden. Auf ein Subjekt als diasporisch zu schauen, lässt seine Verbindung zum Herkunftskontext sichtbar werden, statt es als migrantisch determiniert davon einfach ›abzuschneiden‹. Es sollte bloß im gleichen Atemzug nicht zu einer Nationalisierung des Subjekts in Referenz auf den jeweiligen Herkunftskontext kommen. Im Folgenden schließen wir deshalb an das beschriebene Verständnis von Diaspora als Analysekonzept an und begreifen es dabei als Werkzeug zur Beschreibung sozialer Prozesse, politischer Kämpfe und gesellschaftlicher Zustände.

ZUR KONTINUITÄT DISSIDENTISCHER KÄMPFE IM DIASPORISCHEN RAUM

Laut der Theoretiker*in Avtar Brah entsteht durch diasporische Erfahrungen, die miteinander in Verbindung gesetzt werden, ein komplexer relationaler Raum, den sie als Diasporic Space beschreibt (vgl. Brah 1996). Begreifen wir Deutschland als eine plurale und durch Migration geprägte Gesellschaft, dann gilt es in den Blick zu nehmen, dass sich im diasporischen Raum für diese Gesellschaft zentrale Kämpfe und Prozesse abspielen. Diese Erkenntnis wird besonders angesichts einer zunehmenden dissidentischen Migration brisant, die auch auf die Entwicklung des letzten Jahrzehnts, geprägt von Revolutionen, Aufbrüchen und transformativen Zuständen besonders im Raum Westasien und Nordafrika (WANA), zurückzuführen ist. Aufgrund zunehmender Gewaltdynamiken, mit deren Hilfe autoritäre Regime transformatorische Bestre-

2 | Die im folgenden Artikel angebrachten Zitate entstammen einer Reihe von Interviews und teilnehmender Beobachtung, die in den Jahren von 2017 bis 2022 durch uns Autor*innen im Rahmen unterschiedlicher wissenschaftlicher Arbeiten durchgeführt und für diesen Artikel erneut ausgewertet wurden. Es wurde mit politischen Aktivist*innen aus verschiedenen Ländern Westasiens gesprochen. Die englischen Originalaussagen wurden der Leser*innenfreundlichkeit wegen ins Deutsche übersetzt und teils gekürzt. Die von Maria Hartmann durchgeführte Feldforschung erfolgte teilweise im Rahmen des DFG geförderten Forschungsprojektes ›Menschenrechte in der Migrationsgesellschaft‹.

bungen niederzuschlagen versuchen, kommt es zu Exil-Bewegungen auch nach Europa. Laut etwa dem ägyptischen Soziologen Amro Ali (2020) etwa spielen Deutschland und besonders Berlin eine immer bedeutendere Rolle als Ort, an dem Teile der Kämpfe und Aushandlungen der Widerstandsbewegungen quasi extraterritorial ausgetragen werden (Ali 2020). Ali betont dies besonders im Kontext der neuen emanzipatorischen Bewegungen im Nachklang des arabischen Frühlings. Wie kann nun der Begriff des Diasporischen für eine analytische Perspektive im Umgang mit politischen Kämpfen, Dissidenz und Autoritarismus hilfreich sein, wenn wir annehmen, dass er über ein nationales Identitätsverständnis hinausgeht und abgrenzend vom vermeintlich rein ›Migrantischen‹ verstanden werden muss? Laut den diasporischen Akteur*innen, mit denen wir sprachen, besteht etwa ein Gefühl von Unsichtbarkeit gegenüber ihren biografischen Kontinuitäten in der politischen und wissenschaftlichen Debatte. Die Reduzierung von Erfahrungen auf seine Migration durch die weiße Dominanzgesellschaft beschreibt ein exilierter Revolutions-Aktivist in einem Workshop zwei Jahre nach seiner Ankunft in Deutschland wie folgt:

»Seit ich nach Deutschland gekommen bin, habe ich manchmal das Gefühl, drei Jahre alt zu sein: Die Leute denken, mein Leben hätte mit der Durchquerung des Mittelmeers begonnen und das ist auch das einzige, wozu ich mich äußern kann und wonach ich gefragt werde. Aber wen interessiert diese Revolution, die für mich alles verändert hat? Wo ist da Syrien?«

In einer von uns durchgeführten Serie von Interviews mit Akteur*innen verschiedener migrantischer Gruppen bestätigt sich dieser Eindruck auch seitens anderer dissidentischer Diaspora-Akteur*innen. So lässt sich die diasporisch-politische Perspektive weder auf die Erfahrung der Migration, noch eine ausschließliche Bezugnahme auf den ›Herkunftskontext‹ oder den Wunsch nach Rückkehr reduzieren. Sie ist das Ergebnis einer nicht voneinander zu trennenden Kombination von Erfahrungen und Diskursen des Heimatkontextes, der Migration, der Ankunft und den Begegnungen, die in diesem Prozess stattfinden. Diese bilden in ihrer Verzahnung die Realität dissidentisch-diasporischer Biographien ab.

Eine syrische Diaspora-Aktivistin formuliert etwa anhand ihrer eigenen Erfahrung, dass gerade im dissidentischen Kontext der syrischen Revolution von 2011 die Involvierung in politische Bewegungen und die Konfrontation mit autoritärer Herrschaft im Herkunftsland zu einem neuen Rechtsbewusstsein geführt hätten. Dieses Bewusstsein wiederum schärft das Gespür diasporischer Akteur*innen gegenüber gesellschaftlicher Missstände auch über nationalstaatliche Grenzen hinaus:

»Im Rahmen der Revolution habe ich erkannt, dass ich bestimmte Rechte habe, die vom Staat nicht beachtet werden. Und das hat auch ein kritisches Denken ausgelöst, das mich in die Diaspora begleitet hat. Und ich bin immer noch kritisch in Bezug auf meine Rechte [...] hier. Das hat viele Syrer*innen ermutigt, ihre eigenen Bewegungen in der Diaspora als Geflüchtete zu gründen oder ihre Rechte als Geflüchtete einzufordern - weil sie eben aus Bewegungskontexten stammen, in denen sie selbst aktive Akteure waren.«

Im Falle der syrischen Diaspora spielt also die Revolution und das Erleben des Unrechts durch ein autoritäres Regime bei der Herausbildung politischer Subjektivierungs- und Erkenntnisprozesse eine Schlüsselrolle. Dies spricht für eine Analysefähigkeit, die durch eine Verkettung der Erfahrungen aus der Herkunfts- sowie Ankunftsgesellschaft gewachsen ist. Dabei geht es sowohl um Marginalisierungserfahrungen, als auch um die Konfrontation mit neuen politischen Perspektiven im Austausch der Gesellschaftskontexte. Das bezeichnen wir als diasporisches Wissen.

Eine iranische feministische Aktivistin geht noch darüber hinaus. Sie formuliert in einem mit uns durchgeführten Interview, dass ihrer Meinung nach zentrale Zusammenhänge zwischen Religion und autoritär-neoliberalen Strukturen im Kontext der Machterhaltung des iranischen Regimes von Aktivist*innen aus der Region schon länger betont werden, während diese Perspektive jahrelang von der westlichen Linken ignoriert wurde.³ Im Iran führen beispielsweise Gesetze zur Kontrolle und Disziplinierung von Sexualität in Verbindung mit der Privatisierung von Sektoren in einer neoliberal-religiösen Argumentationslogik zur Informalisierung von weiblicher Arbeit und der Verdrängung von Frauen aus dem regulären Arbeitsmarkt (vgl. Farvardin 2020). Wir haben es also mit einem kapitalistisch agierenden und zugleich religiös-konservativ argumentierenden Regime zu tun. Diese Dynamiken sind nicht nur unter vielen Regimen der WANA-Region zu beobachten, sondern finden sich auch vermehrt in den Rhetoriken rechter Kräfte in Europa und Nordamerika. Wir beobachten also, dass rechtsautoritäre Entwicklungen nicht losgelöst voneinander, sondern vielmehr in gegenseitiger Imitation stattfinden. In diesem Sinne ist eine transnationale Verbindung rechtsautoritärer Herrschaft bereits gegeben. Für eine emanzipatorische, transnationale Antwort bietet, so unsere These, das diasporische Wissen eine Ressource. Mit diesem Wissen können solche thematischen Zusammenhänge über nationalstaatliche Grenzen hinaus analytisch erfasst werden. Die diasporischen Kontinuitäten, die wir als Verkettungen von Erfahrungen und Kämpfen im Zwischen-

3 | Zum ganzen Interview: rosalux.de.

raum des Hier und Dort identifizieren, werden bereits teilweise als zu untersuchender Bestandteil transnationaler Räume in der kritischen Migrationsforschung aufgegriffen (vgl. Smith 2012; Juris 2013; Tarrow 2005). Eine neue diasporische Brille vereinfacht diese Analyse, weil diasporische Kontinuitäten anders als transnationale Auseinandersetzungen über einen themenfokussierten und weniger grenzfokussierten Ansatz funktionieren.

Durch die fehlende Sichtbarkeit entfaltet jedoch, so unsere These, dieses diasporische Wissen häufig nicht die notwendige Wirkmächtigkeit. Die damit einhergehende Infantilisierung beschreibt ein diasporischer Aktivist wie folgt:

»Warum denken sie, dass ich ein naives, unpolitisches Wesen bin? Als ob ich nicht in der Lage wäre, meine eigene Realität zu analysieren und zu erkennen, was in einem bestimmten Moment notwendig ist. Und ich denke, das ist ein koloniales Erbe, das die Menschen im globalen Süden als ›nicht existent‹ ansieht, zumindest nicht vollständig; Sondern eher als eine Existenz, die keine Handlungsfähigkeit besitzt, sie glauben nicht an meine Fähigkeit, politische Entscheidungen treffen zu können. Sie sehen mich nicht als politischen Akteur. Sie sehen mich nur als jemanden, der kein Wissen hat!«

Eine weitere interviewte Person betont, dass sie erst durch die diasporische Kontinuitätserfahrung in der eigenen Biographie erfassen und verstehen konnte, wie sich Herrschaft in staatlichen Institutionen übernational ähnelt. Dies habe nicht zuletzt zu einer neuen Diskriminierungssensibilität geführt:

»Also ergaben all diese Dinge für mein eigenes Leben und für meine eigenen Probleme auf einmal eine Menge Sinn. Ich dachte, okay, der Staat ist das Problem. Egal, ob es der türkische Staat ist oder der deutsche Staat. Und ich sehe das jetzt deutlicher, weil ich auch rechtliche oder strukturelle Diskriminierung erlebe, die ich in der Türkei nicht erlebt habe. Ich wurde zum Beispiel nie kontrolliert. Zum Beispiel in der Türkei, als junge türkische Frau auf der Straße. Die Polizei hätte mich nicht kontrolliert. Aber wenn ich eine Kurdin wäre, hätten sie es wahrscheinlich getan.«

Um der beschriebenen Unsichtbarkeit der diasporischen Kontinuitätserfahrung etwas entgegenzusetzen und zentrale Prozesse dieses diasporischen Raumes besser greifen zu können, schlagen wir vor, diese Kontinuitäten diasporisch-dissidentischer Biografien stärker zu fokussieren. Denn das Wissen, das diasporische Subjekte mitbringen, ist nicht nur elementar, weil es ein genuiner Bestandteil der deutschen Einwanderungsgesellschaft ist. Es eröffnet zudem auch kritische Perspektiven auf komplexe Autoritäts- und Machtverhältnisse, die es zu berücksichtigen gilt.

DIASPORISCHE ALLIANZEN

Die komplexen Subjekterfahrungen, die gerade im Kontext dissidentischer Migration durch diese Kontinuitäten zwischen dem Hier und dem Dort entstehen, bringen neue Identitäten und politische Positionen hervor. Durch das Aufeinandertreffen im diasporischen Raum entstehen dabei auch neue Allianzen innerhalb der hiesigen Ankunftsgesellschaft. Diese neuen Allianzen bezeichnen wir als diasporische Allianzen. So die Beobachtung einer Diaspora-Aktivistin, mit der wir sprachen:

»In der Türkei gibt es diesen Diskurs, dass [...] wir westlich und modern sind. Alles, was geografisch ein bisschen östlicher ist als die Türkei, ist rückständig. Damals hatte ich als türkische Frau, die in der Türkei lebt, nicht die Vorstellung, dass eine Frau aus Syrien, dem Iran oder Ägypten oder dem Libanon mir sehr ähnlich ist. Das habe ich erst in Europa gelernt. [...] Hier bin ich aus dem Nahen Osten, und damit kann ich gut leben. Das ist sogar sehr wichtig für mich. Es ermöglicht mir, mich mit der Region zu verbinden und die Dinge von einer anderen Perspektive aus zu sehen [...] und die Geschichte besser zu verstehen.«

Durch die Erfahrung der Migration und die damit einhergehende Verschiebung der sozialen Position (bspw. vom Mitglied der Mehrheitsgesellschaft in der Türkei zum Teil einer migrantisierten Gruppe in Deutschland) kann es zu einer veränderten Wahrnehmung der eigenen Position kommen. Diese Veränderung ist, so unser Argument, das Resultat zweier Erfahrungsstränge, die wir als Widerstands- und Marginalisierungserfahrungen einordnen. Beide Erfahrungsstränge wirken transnational verbindend: Die zitierte Aktivistin ist in ihrem Heimatkontext bereits feministisch sensibilisiert gewesen, hatte dort geschlechtsspezifische Marginalisierungserfahrungen gemacht und gegen patriarchale Strukturen gekämpft. Jedoch konnte diese Erfahrung, so unser Argument, erst in Kombination mit dem Perspektivwechsel in Deutschland und der Erfahrung der Migrantisierung zur Entstehung einer neuen politischen Position führen. Dies öffnet einen Raum für Solidarität mit beispielsweise Frauen aus anderen WANA-Ländern.

Ähnlich verhält es sich auch mit Identitätskategorien wie bspw. die BIPOC Identität. Sie fungieren häufig als ein Identifikationsrahmen, der Allianzbildung angesichts gemeinsamer Marginalisierungs- und Rassismuserfahrungen ermöglicht. Die Aktivistin führt in diesem Zusammenhang weiter aus:

»Wenn sie (Deutsche weiße Feministinnen) mich ansehen, sehen sie mich nur als Opfer. [...] Aber für sie kann ich keine Aktivistin sein. Also diese Dinge haben mich natürlich mehr in aktivistische WOC Räume geführt.

Als POC kann ich mit anderen Gruppen zusammenarbeiten. Das macht mich zum Subjekt. Das heißt aber nicht, dass ich der Gesellschaft in Deutschland den Rücken kehre, dass ich dem deutschen Staat den Rücken kehre [...] und nur mit meinen POC-Freund*innen spiele. Denn wir leben in dieser Gesellschaft. Ich möchte über den Holocaust sprechen. Ich möchte auch über die DDR sprechen. Ich will über die Stasi reden. Es ist nicht so, dass ich nur über den POC-Kram reden kann und die anderen ignoriere.«

Auch hier führt die Erfahrung von Marginalisierung und Rassismus zur Identifizierung mit einer neuen Identitätskategorie. Zeitgleich wird aber verdeutlicht, dass diese Zugehörigkeit keine essentialistische ist, auf die sie reduziert werden möchte. Identitäten scheinen in dem Sinne Kategorien zu sein, die für Mobilisierung und Allianzbildung zentral sind und nicht dafür, eine essentialistische Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe zu markieren.

Wirft man darüber hinaus einen Blick auf die Kontinuitäten dissidentischer Kämpfe und politischen Aktivismus, die auf die Herrschaftsverhältnisse im Herkunftskontext referieren, dann werden auch hier die transnationalen Allianzen deutlich. Sie werden durch die diasporische Position erst möglich und vernetzen sich im diasporischen Raum, tauschen Erfahrungen aus, entwickeln sich weiter und kommen zu neuen Schlussfolgerungen. Durch die Brille dissidentischer Kämpfe ergibt es wenig Sinn, die syrische Diaspora als eine Gruppe fassen zu wollen - und die iranische als eine, und die ägyptische und sudanesisch als eine. Stattdessen sollte auf den kollektiven Moment der Widerstandsgeschichte sowie den gemeinsamen Erfahrungen im Ankunftskontext zurückgegriffen werden, die zum Beispiel gleichzeitig syrisch, iranisch, ägyptisch und sudanesisch sein können. Diese politischen Subjektivierungsprozesse, die Aushandlungen neuer Positionen, die Fortsetzung von Kämpfen entlang diasporischer Kontinuitätslinien, die Entstehung diasporischer Identitäten und solidarischer Allianzen bezüglich dieser Kämpfe bilden ein dichtes Netz an Verbindungen, Erkenntnissen und Analysen. Weder die Reduzierung politischer Kämpfe von diasporischen Subjekten auf die Migrationserfahrung, noch ein national abgeschlossenes Diasporaverständnis können das Selbstverständnis und die Verflechtung diasporischer Kämpfe fassen.

Wir benutzen hier das Konzept des diasporischen Raums von Avtar Brah, um zu verdeutlichen, dass diese diasporischen Kontinuitäten einen relationalen Raum innerhalb der deutschen Gesellschaft und darüber hinaus konstituieren (vgl. Brah 1996). Laut Brah ist dieser Raum geprägt von Prozessen der Vertreibung, Migration, Ankunft und Umsiedlung (Brah 1996). Verwenden wir das Konzept des diasporischen Raumes zur Analyse von sozialen Prozessen, wird deutlich, dass die Erfahrung von

Migration in diesem Raum sicherlich eine zentrale Rolle spielt – dieser Raum aber nicht darauf reduziert werden kann. Gleichzeitig bilden die diasporischen Subjekte in diesem Raum Allianzen aufgrund der erlebten Konfrontation mit den Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die sie in ihrer diasporischen Position erleben. Wir haben es mit Subjekten zu tun, die wegen ihrer komplexen Biografie nicht über einfache nationalstaatliche Kategorien definiert werden können. Gleichzeitig sind sie aber permanent mit Institutionen, Diskursen und Praktiken konfrontiert, die nationalstaatlichen Logiken folgen. Eben durch diese Konfrontation und geteilte Entfremdungserfahrungen entstehen in Reaktion auf die Herrschaftsverhältnisse neue Allianzenlinien. Diese Prozesse können durch ein Verständnis von Diaspora, wie wir es hier ausgebreitet haben, verstanden und analysiert werden.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

In diesem Beitrag haben wir den Versuch unternommen, anhand der Erfahrung dissidentisch-diasporischer Subjekte das Potential eines entnationalisierten Diasporabegriffes in der Auseinandersetzung mit politischen Kämpfen herauszuarbeiten.

Wir gehen davon aus, dass dissidentische Migration in Deutschland immer deutlicher zur gesellschaftlichen Realität wird. So argumentieren wir, dass dabei der diasporische Raum in Deutschland eine bedeutende Rolle in der Fortsetzung widerständiger Kämpfe gegen autoritäre Herrschaftsverhältnisse spielt. Gleichzeitig, so stellen wir fest, haben wir es durch diese Kontinuitäten mit Subjekterfahrungen zu tun, in denen sich politische und soziale Kämpfe des Herkunftslandes mit jenen der Migration und der Ankunft in Deutschland verbinden. Wir haben es dabei mit komplexen Biografien und Kämpfen zu tun, die über nationalstaatliche Grenzen und Logiken hinausgehen.

Der Versuch der Erfassung dieser Erfahrungen mit einer reinen Migrationsbrille wiederum stationiert diese diasporischen Biografien auf eine künstliche Art und Weise und reduziert die Subjekte auf den Migrationsmoment in ihrer Biographie. Durch den Einsatz des Diasporabegriffes jedoch können die Kontinuitäten und Allianzen des diasporischen Raumes wieder sichtbar gemacht werden. Denn die Unsichtbarkeit diasporischer Erfahrungen wird seitens diasporischer Akteur*innen nicht nur als rassistische Infantilisierung empfunden, sondern lässt auch diasporisches Wissen in seiner Analysefähigkeit verloren gehen. Dieses diasporische Wissen ist jedoch von hoher transformatorischer und politischer Relevanz und kann einen Beitrag zu alternativen kritischen Analysen leisten. Es lässt uns autoritär-patriarchale Zusammenhänge und rechte Rhetoriken in ihrer überregionalen Dimension besser verstehen, die

Entwicklungen globaler Logiken von autoritärer Herrschaft präziser einordnen und daraus etwa neue Handlungsperspektiven für Solidaritäts-, Bewegungs-, sowie nachhaltige Außen- und Innenpolitik ableiten.

LITERATUR

- Ali, Amro (2020): On the need to shape the Arab exile body in Berlin. In: *Dis:Orient* vom 5.12.2020. URL: disorient.de [19.12.22]
- Anthias, Floya (1998): Evaluating 'diaspora': beyond ethnicity?. In: *Sociology* 32 (3). 557-580.
- Baumann, Martin (1995): Conceptualizing diaspora: The preservation of religious identity in foreign parts, exemplified by Hindu communities outside India. In: *Temenos - Nordic Journal of Comparative Religion* 31. 19-35.
- Bhabha, Homi K. (1994): *The location of culture*. Routledge. London
- Brah, Avtar (1996): *Cartographies of diaspora: Contesting Identities*. Routledge. London and NYC.
- Bojadžijev, Manuela (2008): *Die windige Internationale: Rassismus und Kämpfe der Migration*. Westfälisches Dampfboot. Münster.
- Clifford, James (1994): *Diasporas*. In: *Cultural anthropology* 9(3). 302-338.
- Cohen, Robin (1997): *Global Diasporas: An Introduction*. UCL Press. London.
- Farvardin, Firoozeh (2020): Reproductive Politics in Iran: State, Family, and Women's Practices in Postrevolutionary Iran. In: *Frontiers: A Journal of Women Studies* 41(2). 26-56.
- Faist, Thomas (2010): *Diaspora and transnationalism: What kind of dance partners? In: Diaspora and Transnationalism. Concepts, Theories and Methods*. Amsterdam University Press. 09-34.
- Gilroy, Paul (1993): *The black Atlantic: Modernity and double consciousness*. Harvard University Press. Cambridge.
- Göttsche, Dirk / Dunker, Axel / Dürbeck, Gabriele (Hg.) (2017): *Handbuch Postkolonialismus und Literatur*. Springer-Verlag. Berlin.
- Hall, Stuart (1990): *Cultural identity and diaspora*. In: Rutherford (Hg.) *Identity, Community, Culture, Difference*. Lawrence & Wishart. London. 222-237.
- Hall, Stuart (1993): *Culture, community, nation*. *Cultural studies* 7(3). 349-363.
- Hess, Sabine / Karakayali, Serhat (2018): *Migration's lines of flight: Borders as spaces of contestation*. In: Middell, Matthias (Hg.): *The Routledge handbook of transregional studies*. Routledge. London. 416-423.
- Juris, Jeffrey S. (2013): *Insurgent encounters: Transnational activism, ethnography, and the political*. Duke University Press.
- Lutz, Helma/ Amelina, Anna (2017): *Gender, Migration, Transnationalisierung: Eine intersektionelle Einführung*. transcript Verlag.
- Nieswand, Boris (2018): *Was ist eine Diaspora?* In: Bundeszentrale für politische Bildung vom 05.02.2018. URL: bpb.de [19.12.2022]
- Pries, Ludger (2001): *Migration und Integration in Zeiten der Transnationalisierung—oder: Warum braucht Deutschland eine »Kulturrevolution«*. In: *Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit* 1. 14-19.

- Pries, Ludger (2002) Transnationalisierung der sozialen Welt?. In: Berliner Journal für Soziologie 12.2 (2002): 263.
- Safran, William (1991): Diasporas in modern societies: Myths of homeland and return. In: *Diaspora: A journal of transnational studies* 1(1). 83-99.
- Said, Edward (2000): *Reflections on Exile and Other Essays*. Harvard University Press.
- Smith, Jackie (2012): Transnational activism and global social change. In: Moksnes, Heidi/ Melin, Mia (Hg.): *Global Civil Society: Shifting Powers in a Shifting World*. Uppsala. 9-26.
- Schwenken, Helen (2006): *Rechtlos, aber nicht ohne Stimme. Politische Mobilisierungen um irreguläre Migration in die Europäische Union*. transcript. Bielefeld.
- Statistisches Bundesamt (2022): *Mikrozensus 2021*. URL: [destatis.de](https://www.destatis.de) [[19.12.2022]]
- Tarrow, Sidney (2005): *The new transnational activism*. Cambridge university press.
- Vertovec, Steven (1996): Multiculturalism, culturalism and public incorporation. In: *Ethnic and racial studies* 19 (1). 49-69.
- Vertovec, Steven (2001): Transnationalism and identity. In: *Journal of Ethnic and Migration studies* 27 (4): 573-582.
- Volkert, Marieke (2017): *Diasporagruppen in Deutschland: Leben im Spannungsfeld von Aufnahme- und Herkunftsland*. In: Bundeszentrale für politische Bildung vom 28.11.2017. URL: [bpb.de](https://www.bpb.de) [19.12.2022]]
- Yildiz, Erol (2018): Vom methodologischen Nationalismus zu postmigrantischen Visionen. In: Hill, Marc/ Yildiz, Erol (Hg.): *Postmigrantische Visionen. Erfahrungen – Ideen – Reflexionen*. 43-61.

Werkstatt

Zum Bericht der EU-Antikorruptionsbehörde OLAF über die europäische Grenzschutzagentur Frontex

Ein Leseversuch

BERND KASPAREK

Frontex, die *Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache*, steht seit langer Zeit in der Kritik, an der Verletzung von Grund- und Menschenrechten im Zuge von Grenzschutzoperationen an den europäischen Außengrenzen beteiligt zu sein. Ende April 2022 zwang der Verwaltungsrat der Agentur ihren Exekutiv-Direktor, Fabrice Leggeri, zum Rücktritt. Ausschlaggebend für die Entscheidung des Verwaltungsrats war ein rund 200-seitiger Bericht von OLAF, dem *Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung*, welches seit Ende 2020 auf eigene Initiative Vorwürfe gegen die Agentur untersuchte (vgl. Kasperek/Karamanidou 2022).

Trotz – oder gerade wegen – der offensichtlichen Brisanz des Berichts war dieser nur wenigen Personen außerhalb des Verwaltungsrats zugänglich gemacht worden. Am 13. Oktober 2022 veröffentlichten daher das deutsche Informationsfreiheitsportal *Frag den Staat*¹ sowie das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*² eine Reproduktion des Berichts mit Schwärzungen. Er umfasst 123 Seiten, die Differenz erklärt sich aus dem Fehlen der umfangreichen Anhänge im Original-Bericht.

Die Schwärzungen, so scheint es, betreffen vor allem die Nennung von Namen im Bericht. Daher ist es regelmässig schwierig, den Schilderungen der Umstände, die die Untersuchung durch OLAF ergeben hat, zu folgen und die Schlussfolgerungen, zu denen der Bericht kommt, nachzuvollziehen. Ausweislich des Deckblatts der Berichts sind drei Personen von den Ermittlungen betroffen. Bekannt ist, dass es sich bei einer Person um den damaligen Exekutiv-Direktor Fabrice Leggeri, bei einer weite-

1 | <https://fragdenstaat.de/blog/2022/10/13/frontex-leak-olaf-bericht/>

2 | <https://www.spiegel.de/international/europe/why-der-spiegel-is-publishing-the-eu-investigative-report-on-pushbacks-a-5218398a-5c1e-414e-a477-b26515353fce>

ren Person um den Leiter seines Kabinetts Thibault de La Haye Jousselin handelte. Bei der dritten Person, gegen die sich die Untersuchung richtete, scheint es sich um Dirk Vande, ehemaliger Leiter des *situation centre* der Agentur zu handeln (Hanimann/Hauptli 2022). Zu Beginn des Berichts wird zudem darauf hingewiesen, dass Untersuchungen gegen weitere Personen, die ggf. an Pushbacks beteiligt waren oder diese vertuscht haben, von der ursprünglichen Untersuchung abgetrennt wurden und in einem separaten Verfahren verfolgt werden. Hier sind also weitere Erkenntnisse zu erwarten.

Der Bericht umfasst insgesamt neun Sachverhalte:

1. Umgang mit Berichten über Grundrechtsverletzungen
2. Zusammenarbeit mit der Grundrechtsbeauftragten und ihrem Büro
3. Ausschreibung des Posten der Grundrechtsbeauftragten und ihrer Stellvertreter
4. Der Ablauf einer internen Untersuchung gegen eine Person (Identität geschwärzt)
5. Möglicher Verstoß gegen Berichtspflichten durch Frontex-Beamten:innen
6. Revision der Berichtsverfahren
7. Transparenz und Kommunikation durch eine Person (Identität geschwärzt) gegenüber EU Institutionen und anderen
8. Informationsweitergabe an externe Dritte
9. Unterlassung der Überprüfung digitalen Materials, welches von einem Drittstaat (geschwärzt) zur Verfügung gestellt wurde

Diese Sachverhalte lassen sich im Wesentlichen auf vier relevante Komplexe zusammenfassen. Der erste befasst sich mit eigenständigen Erkenntnissen der Agentur zu Grundrechtsverletzungen im Rahmen von Grenzschutzschutzoperationen (2.2.1.). Die Agentur hat entweder durch Meldungen – so genannte *Serious Incident Reports* (SIR) – von in Frontex-Operationen eingesetzten Beamten:innen nationaler Grenzschutzinstitutionen, oder aber auch durch Videomaterial von durch Frontex eingesetzten Überwachungsflugzeugen von diesen Praktiken Kenntnis erlangt. In einem Fall handelt es sich dabei um die Operation *Themis* im zentralen Mittelmeer (Libyen, Malta, Italien), in den anderen Fällen geht es die Operation *Poseidon* in der Ägäis entlang der griechisch-türkischen Seegrenze.

Der Fall im zentralen Mittelmeer, also im Bereich zwischen Libyen, Malta und Sizilien/Italien, betrifft einen Fall von Booten, die im April 2020 von einem Überwachungsflugzeug der Agentur entdeckt wurden. Es handelte sich um vier Schlauchboote, die offensichtlich überfüllt waren und deren Insassen keine Rettungswesten trugen. Es war der Agentur allerdings nicht möglich, die Boote weiter zu verfolgen. Die maltesischen Behörden weigerten sich, Positions-Berichte zu den Booten an Frontex weiterzugeben. Drei Tage später landeten zwei der vier Boote in Sizilien

an. An Bord fanden sich Wasserflaschen maltesischen Ursprungs, weswegen intern bei Frontex davon ausgegangen wurde, dass die maltesischen Behörden die Boote in italienisches Hoheitsgewässer geschleppt und dadurch einen Bruch internationalen Rechts begangen hätten. Desweiteren tauchte ein Boot mit 51 Personen und fünf Leichen an Bord in Tripolis, Libyen auf. Intern wuchs daher der Druck auf die Spitze der Agentur, diesen *Serious Incident Report* als Fall einer möglichen Grundrechtsverletzung zu kategorisieren, was eine Untersuchung durch die Grundrechtsbeauftragte nach sich gezogen hätte. Dies wurde jedoch durch die Beschuldigten verhindert.

Bezüglich der Ägäis nennt der Bericht eine Vielzahl von SIRs, in denen beschrieben oder durch Video dokumentiert wird, wie ein Boot der griechischen Küstenwache Flüchtlingsschiffe über die Seegrenze in türkische Hoheitsgewässer schleppt und dort ohne Navigationsmöglichkeiten zurücklässt. Trotz der hohen Wahrscheinlichkeit, dass es sich hierbei um einen Pushback, also einen Verstoß gegen das Non-Refoulement-Gebot, das Verbot von Kollektiv-Ausweisungen der Genfer Flüchtlingskonvention wie auch gegen Bestimmungen der Europäischen Grundrechtecharta handelt und dies auch immer wieder von Mitarbeitenden der Agentur so benannt wird, wurden diese Berichte regelmässig anders klassifiziert. Damit sollte erreicht werden, dass die Grundrechtsbeauftragte der Agentur keinen Zugriff auf dieses Material erhalten würde. In einem Fall wurde auch das Überwachungsflugzeug, welche die Video-Aufnahmen anfertigte, gezielt aus der Operation abgezogen. Ferner wurde erwogen, grundsätzlich alle Aufnahmen von Sensoren mit einer hohen Geheimhaltungsstufe zu versehen, um den Zugriff durch die Grundrechtsbeauftragte zu unterbinden. Weiter wurde eine Anpassung des Interfaces des Europäischen Grenzüberwachungssystems EUROSUR, welches durch Frontex geführt wird, veranlasst, um die Grundrechtsbeauftragte von einer Vielzahl von Berichten auszuschließen. Die notwendigen Kosten von 15.000 EUR wurden genehmigt.

Der zweite Komplex handelt von Versuchen, die Abteilung der Grundrechtsbeauftragten systematisch zu schwächen (2.2.2.–2.2.4.). Der Posten der Grundrechtsbeauftragten ist Teil der Agentur, sie ist aber dem Exekutiv-Direktor direkt unterstellt und soll in der Agentur über die Wahrung der Grundrechte wachen. Diese Konstellation hat immer wieder zu Konflikten zwischen Grundrechtsbeauftragten und Exekutiv-Direktor geführt, letzterer war daher nicht daran interessiert, erstere zu stärken.

So wurde der Posten der Grundrechtsbeauftragten schon ein Jahr vor Ende ihrer Amtszeit ausgeschrieben, was ihre Autorität schwächen sollte. Ferner wurde der Posten umklassifiziert. Da die aktuell gültige Frontex-Verordnung aus dem Jahr 2019 die Einstellung von 40 Grundrechtsbeobachter:innen vorsah, wurde der Posten der Grundrechtsbeauftragten nun als Management-Position ausgeschrieben – was die damalige Grundrechtsbeauftragte auf Grund ihrer Qualifikation von dem Posten aus-

schließen würde. Gerügt wird durch den Bericht, dass die Personen in der Agentur, die die Ausschreibung des Postens veranlasst hatten, gar nicht dazu berechtigt waren. Vielmehr hätte die Ausschreibung durch den Verwaltungsrat genehmigt werden müssen. Dieser wurde jedoch nicht einbezogen und die Ausschreibung gezielt am Abend vor einer Sitzung des Verwaltungsrats veröffentlicht, was den Verwaltungsrat vor vollendete Tatsachen stellte. Die Ausschreibung der Positionen für die 40 durch die Frontex-Verordnung vorgesehenen Beobachter:innen-Posten wurde wiederum gezielt hintertrieben. Dadurch entwickelte sich ein Konflikt mit der zuständigen Person in der Europäischen Kommission, was die im Bericht beschuldigten Personen zum Anlass nahmen, die Kommissions-Mitarbeiter:in persönlich wie auch die Kommission als Institution immer wieder herabzuwürdigen und verächtlich zu machen (s.u.). Auch die Grundrechtsbeauftragte wurde immer wieder in internen Nachrichten verächtlich gemacht, sie wurde durch die beschuldigten Personen als der Agentur äußerlich wahrgenommen und als »Diktatorin« und »Pol Pot« beschrieben, die durch »Khmer Rouge Terror« in der Agentur herrsche und gegen diese arbeite.

Im dritten Komplex (2.2.7.) weist der Bericht nach, dass die beschuldigten Personen etwa gegenüber dem LIBE-Komitee (Innenausschuss des Europäischen Parlaments), welches 2021 ebenfalls eine Untersuchung der Agentur durchführte³, aber auch gegenüber der Kommission falsche oder unvollständige Tatsachenbehauptungen getätigt haben. Der Bericht führt zwei Begebenheiten an, in denen die Agentur sich bezüglich eines SIR an die griechische Regierung wandte, um weitere Informationen einzuholen, diese Briefe aber durch mindestens eine der beschuldigten Personen abgeschwächt wurden. In einem Fall wurde jegliche Referenz auf potentielle Grundrechtsverletzungen getilgt, in dem anderen Fall wurde die – wichtige – Information, dass ein potentieller Pushback in griechischen Hoheitsgewässern stattfand, aus dem Brief gelöscht.

Bezüglich der Kommission stellt der Bericht fest, dass im Zuge der Auseinandersetzung zwischen der Kommission einerseits und der Spitze der Agentur andererseits, wer für die Verzögerung der Einstellung der Grundrechtsbeobachter:innen verantwortlich sei, öfter falsche oder unwahre Behauptungen durch mindestens eine der beschuldigten Personen getätigt worden seien. Auch hier kann der Bericht darlegen, wie die Kommission in internen Aussagen immer wieder verächtlich gemacht wurde.

Bezüglich der *Frontex Scrutiny Working Group* des Innenausschusses des Europäischen Parlaments (LIBE-Komitee) hält der Bericht fest, dass mindestens eine der

3 | Bericht der *Frontex Scrutiny Working Group* des LIBE-Komitees vom 14.7.2021, veröffentlicht durch die NGO *Statewatch*: <https://www.statewatch.org/media/2590/ep-frontex-scrutiny-group-final-report-14-7-21.pdf>

beschuldigten Personen behauptete, keine Kenntnis von Informationen zu haben, die der UNHCR zu Pushbacks in der Ägäis an die Agentur übermittelt hatte. Auch der Stand bezüglich der verzögerten Einstellung der Grundrechtsbeobachter:innen wurde falsch dargestellt. Interne Erkenntnisse zu möglichen Grundrechtsverletzungen wurden bestritten und vielmehr wurde behauptet, in den spezifischen Fällen hätte die Untersuchung kein Ergebnis ergeben. Ferner wurde behauptet, es sei unmöglich, SIRs zu bestimmten Operationen der *Rapid Border Intervention Teams* anzulegen, was OLAF als falsch zurückweist. Ebenso wurde behauptet, dass es keine internen Erkenntnisse gegeben habe, dass es im März 2020 an der griechisch-türkischen Landgrenze zu Grundrechtsverletzungen gekommen sein könnte, obwohl der Agentur intern eine Vielzahl von Medienberichten, die dies bestätigten, vorlagen. Eine ähnliche Behauptung wurde gegenüber dem *Consultative Forum* der Agentur geäußert.

Der vierte Komplex (2.2.9) bezieht sich auf umfangreiche Informationen, die der Botschafter eines Drittstaats in Polen an die Agentur übergeben hatte. Mutmaßlich handelt es sich bei diesem Staat um die Türkei, der Botschafter übergab einen USB-Stick mit einer Vielzahl an Photos, Videos und weiteren Dokumenten und erklärte, es handle sich um Beweise für Pushbacks und andere Menschenrechtsverletzungen in der Ägäis. Die Agentur begann sofort mit einer internen Sichtung des Materials und kam schon nach sechs Stunden zu dem Schluss, dass es sich um schwerwiegende Vorfälle handle, die eine Eröffnung von SIRs sowie die Einschaltung der Grundrechtsbeauftragten notwendig mache. Letzteres wurde jedoch durch eine der beschuldigten Personen per mündlicher Anweisung unterbunden. Trotz interner Erkenntnisse, dass die Pushbacks im Rahmen von Frontex-Operationen stattgefunden haben könnten und durch von Frontex ko-finanzierte Boote durchgeführt wurden, folgten keine Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen.

Soweit die Zusammenfassung des Berichts, insofern er sich auf Grund der Schwärzungen rekonstruieren lässt. Was für Forderungen ergeben sich jetzt aus dem Bericht?

Am schwersten wiegt, dass die Agentur offensichtlich über Erkenntnisse und Beweise systematischer Pushback-Praktiken in der Ägäis verfügt. Auf Grund der bisherigen Medienberichterstattung über den Komplex war nicht klar, ob es sich um eine Vielzahl von internen Berichten handelt, über die die Agentur verfügt, oder ob es sich eher um Einzelfälle handelt. Nun ist davon auszugehen, dass in der Agentur ein veritables Archiv von Grundrechtsverletzungen an den Außengrenzen der EU besteht, zum einen in ihrer internen Datenbank zu eigenen Einsätzen namens JORA, zum anderen aber auch im *Europäischen Grenzüberwachungssystem EUROSUR*, in das auch relevante Vorkommnisse durch nationale Grenzschutzinstitutionen eingespeist werden. Angesichts der Systematik und der Proliferation von Pushbacks in den letzten Jahren wäre es dringend geboten, dass eine unabhängige Kommission un-

eingeschränkter Zugang zu den Datenbanken erhält und so das wahre Ausmaß von Grundrechtsverletzungen und Brüchen europäischen Rechts an den Grenzen Europas untersuchen kann.

Die Europäische Kommission wäre zudem angehalten, diese und ähnliche Erkenntnisse in ihre Schengen-Evaluation aufzunehmen und durch Vertragsverletzungsverfahren wie auch durch das Zurückhalten von Geldern die jeweiligen Mitgliedstaaten zu zwingen, zu einer europarechtskonformen Grenzverwaltungspraxis zurückzukehren.

Bzüglich Griechenlands ist zu konstatieren, dass dort Pushbacks die *de facto* Grenzverwaltungspraxis geworden sind. Die Agentur muss darauf mit einem sofortigen Abbruch der dortigen Operationen gemäß Art. 46 der Frontex-Verordnung reagieren. Einzelne Mitgliedstaaten könnten dies forcieren, indem sie ihre in Frontex-Operationen eingesetzten Kontingente abziehen.

Grundsätzlich zeigt der Bericht auch auf, dass die Agentur und ihr Leitungspersonal nicht ausreichend politischer und rechtlicher Kontrolle unterliegt. Hier ist die EU gefordert, endlich ein Rahmenwerk für die Kontrolle von Agenturen zu schaffen und umzusetzen. Die im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbarte Schaffung einer parlamentarischen Kontrolle der Agentur ist dabei nicht ausreichend. Angesichts der technischen Spezifität und der Vielzahl der erhobenen Daten braucht es einen permanenten, unabhängigen Mechanismus, der die Einhaltung europäischen Rechts durch die Agentur garantiert und der auch entsprechende Eingriffsrechte – vergleichbar der Kompetenzen OLAFs, Beschlagnahme von Beweisen durchzuführen – bedarf. Dies kann auch nicht exklusiv Rolle der Grundrechtsbeauftragten sein, da deren Position, wie der Bericht zeigt, abhängig vom Wohlwollen der Leitung der Agentur und dieser unterstellt ist.

Zu guter Letzt bedarf es einer unabhängigen europäischen Gerichtsbarkeit, vor der auch Individuen gegen Agenturen und andere europäische Institutionen vorgehen können, um prüfen zu lassen, ob ihnen oder ihren Angehörigen Unrecht angetan wurde. Den vielen Tausenden Menschen, denen an der Grenze Europas Gewalt angetan würde, oder die sogar Angehörige verloren haben, könnte eine solche noch zu schaffende Gerichtsbarkeit Aufklärung und Wiedergutmachung bringen.

LITERATUR

- Hanimann, Carlos / Häuptli, Lukas (2022): «Vorwürfe bewiesen»: Was im geheimen Frontex-Bericht steht. [republik.ch](https://www.republik.ch), 13. Oktober 2022.
- Kasperek, Bernd / Karamanidou, Lena (2022): What is in a name? Die europäische Grenzschutzagentur Frontex nach dem Sommer der Migration. In Von Moria bis Hanau -

Brutalisierung und Widerstand, herausgegeben von Valeria Hänsel, Karl Heyer, Matthias Schmidt-Sembdner, und Nina Violetta Schwarz. Grenzregime 4. Berlin Hamburg: Assoziation A.

Kasperek, Bernd (2021): Europa als Grenze. Eine Ethnographie der Grenzschutz-Agentur Frontex. Bielefeld: transcript.

Interviews

»Hier sehe ich ein Muster«

Ein Interview zu antiziganistischen Zuständen in Deutschland

VIOLETA BALOG, YÜCEL MEHEROĞLU, CÉLINE PELLICER, LISA RIEDNER,
KATHARINA SCHWAIGER

Am Rande der Tagung »Antiziganismus - Aktuelle Dynamiken in Deutschland«¹, die am 18.11.2022 an der Ludwig-Maximilians-Universität in München stattfand, trafen wir uns mit Violeta Balog, Yücel Meheroğlu und Katharina Schwaiger zu einem Gespräch über ihre Arbeit in Beratungs- und Meldestellen, die mit antiziganistischen Zuständen in Deutschland befasst sind. Sie berichteten von antiziganistischen Vorfällen gegenüber geflüchteten Menschen aus der Ukraine, erklärten ihre konzeptuellen Zugänge und machten auf Erfolge und Forderungen der Bürgerrechtsbewegung der Sinti:zze und Rom:nja aufmerksam.

Céline: Violeta, Du bist seit mehr als 10 Jahren bei Amaro Foro aktiv, einem Interessensverband von Rom:nja und Nicht-Rom:nja in Berlin. Yücel, mit der neuen Meldestelle Antiziganismus (*MIA*) hast Du letztes Jahr den Bericht »Zur Lage aus der Ukraine geflüchteter Roma« veröffentlicht. Katharina, Du arbeitest als Sozialarbeiterin in einer Beratungsstelle für Sinti:zze und Rom:nja in München. Antiziganistische Vorfälle in München haben in letzter Zeit bundesweit für Wellen gesorgt.

Könnst ihr erst kurz eure Arbeit vorstellen und dann berichten, wie euch Antiziganismus gegenüber geflüchteten Rom:nja und als solche gelesenen Personen in Deutschland begegnet ist?

Violeta: Wir haben *Amaro Foro* 2010 in Berlin gegründet. Angefangen hat es so 2007 im Zuge der EU-Osterweiterung mit Rumänien und Bulgarien. Da kamen dann viele Menschen nach Deutschland und überwiegend auch nach Berlin. Es war unglaublich

1 | Die Tagung wurde veranstaltet vom Institut für Ethnologie, dem Institut für Interkulturelle Kommunikation und dem Institut für Empirische Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie der LMU München.

schwer für die Menschen, selbst als EU-Bürger:innen, von ihren Rechten Gebrauch zu machen und überhaupt an die sozialen Zugänge ranzukommen. Viele Menschen wurden direkt in die Obdachlosigkeit gedrängt. Es gab von Anfang an schon diese Ausschlüsse. Dementsprechend sind wir tätig geworden und haben diese Menschen beraten. Wir haben sie unterstützt, an Leistungen zu kommen und untergebracht zu werden. Im Zuge der Beratungsarbeit sind immer mehr Diskriminierungsmechanismen sichtbar geworden. Deshalb haben wir 2014 die Dokumentationsarbeit entwickelt. Wir sind damals an die Politik und die Verwaltung herantreten und haben von der Problematik berichtet, wurden aber kaum ernst genommen. Es wurde uns sogar vorgeworfen, wir nähmen alles zu emotional und es würde uns an belegbaren Daten fehlen. Es gäbe keine Statistik. Aus diesem Grund haben wir angefangen, solche Fälle systematisch zu erfassen und auszuwerten.

Seitdem veröffentlichen wir jährlich eine Auswertung mit Fallbeispielen, um einen Ein- und Überblick zu den Diskriminierungsmechanismen, die sehr unterschiedlich sind, zu schaffen. Die Fälle, die uns erreichen, erstrecken sich über alle Lebensbereiche, die man sich vorstellen kann. Durch unsere Beratungstätigkeit sind gerade die Fälle im Kontakt mit Behörden hoch, weil die Menschen, die zu uns in die Beratung kommen, auch meist einwilligen, dass diese Vorfälle gemeldet werden. Wir haben uns auch mit anderen Träger:innen und Vereinen vernetzt, von denen uns auch Meldungen über solche Vorfälle erreichen, aber auch Vorfälle in anderen Lebensbereichen, wie Bildung, medizinische Versorgung, Alltag und öffentlicher Raum.

Die Fallzahl ist eine Dunkelziffer, man kann nicht sagen, dass sie repräsentativ ist. Die Vorfälle auf institutioneller Ebene werden immer subtiler. Unsere Dokumentationsarbeit kann insofern auch von Nachteil sein, dass die Leute, die in den Institutionen arbeiten, sich das anschauen und daraus schließen, wie sie noch subtiler vorgehen können. Das erschwert es auch für die Sozialberater:innen, den Antiziganismus besser zu erkennen.

Die letzten Monate waren wir mit der Situation von Geflüchteten aus der Ukraine beschäftigt. Darauf kommen wir ja gleich noch zu sprechen.

Yücel: Wir von der *Meldestelle Antiziganismus* entwickeln gerade ein bundesweites, zivilgesellschaftlich aufgestelltes, systematisches Monitoring von antiziganistischen Vorfällen in Deutschland. Darüber hinaus bieten wir eine Verweisberatung an. Wir vermitteln je nach Bedarf an Vereine bzw. Antidiskriminierungsbüros, die die Betroffenen ausführlicher beraten bzw. unterstützen werden. Die Zielgruppe von *MIA* ist eine sehr heterogene Gruppe, sie beinhaltet von Diskriminierung betroffene Sinti und Roma aber auch Menschen, die durch stereotype Zuschreibungen als solche gelesen

werden, ohne diesen Gruppen anzugehören, wie Jenische². Wir möchten das Dunkelfeld erhellen, weil wir wissen, dass viele Vorfälle aus diversen Gründen gar nicht erst gemeldet werden.

Zusätzlich bieten wir auch Sensibilisierungs-Workshops und Empowerment Angebote für die Community, aber auch für staatliche und zivilgesellschaftliche Stellen an. Wir wollen zum Thema Antiziganismus sensibilisieren, insbesondere politische Entscheidungsträger, Verwaltung und Medien.

MIA startete Anfang 2022. Das war ein besonderer Zeitpunkt, weil bald darauf der Krieg in der Ukraine begonnen hat. Viele ukrainische Geflüchtete sind nach Deutschland gekommen und dadurch ist ein neuer Kontext entstanden. Wir haben auch einen eigenen Bericht zur Situation geflüchteter Roma aus der Ukraine veröffentlicht. Unsere Meldestelle in Sachsen hat darüber hinaus einen Bericht speziell zur Situation geflüchteter Roma in Sachsen veröffentlicht. Beide Berichte sind online abrufbar.

Katharina: Im Kontext der Beratungsarbeit aber auch im Bereich der Seminartätigkeit ist aktuell das Thema Antiziganismus gegenüber geflüchteter Rom:nja aus der Ukraine sehr präsent. Hier ist die Nachfrage sehr groß. Den Fokus auf den Antiziganismus zu lenken, im Sinne konstruktiver Kritik, ist hier sehr wichtig. Zudem geht es natürlich auch darum einen diskriminierungssensiblen Ansatz innerhalb der Pädagogik zu vermitteln - der auch in andere Bereiche übertragbar ist.

Lisa: Der Angriff des russischen Militärs auf die Ukraine hat viele Menschen gezwungen, zu fliehen. In Deutschland kam es, ähnlich wie schon im Jahr 2015, zu einer großen Welle der Solidarität mit den Geflüchteten. Trotzdem müssen sich viele Menschen aus der Ukraine mit dem deutschen Asylsystem herumschlagen. Das bedeutet Sammelunterkünfte, mühsame bürokratische Prozesse, staatlich verordnete Armut und Unsicherheit. Ihr habt in den letzten Monaten immer wieder auf antiziganistische Vorfälle gegenüber Menschen, die in Deutschland Asyl beantragen, aufmerksam gemacht. Könnt ihr uns davon berichten?

2 | Bei den Jenischen handelt es sich um eine Minderheit in Europa. Jenische waren und werden gesellschaftlich marginalisiert und oft im selben Zusammenhang wie Sinti:zze und Rom:nja wahrgenommen. Der 2019 unter anderem von der schweizerische Radgenossenschaft der Landstraße und dem Zentralrat der Jenischen in Deutschland gegründete »Europäische Jenische Rat« fordert die Anerkennung der Jenischen als europäische Minderheit.

Yücel: Wir hatten im Kontext der Flucht aus der Ukraine sehr viele Meldungen von Vorfällen. Nicht nur von Roma, sondern auch von Sinti, die leider oftmals vergessen werden.

Den Flüchtlingen wurde mit verschiedenen Argumenten die Legitimität ihrer Präsenz angezweifelt: »Es sind keine Flüchtlinge, es sind Roma«, »Sie haben keine legitimen Gründe«, »Es sind unechte Flüchtlinge«. Es gab Fälle, wo vorgelegte Pässe direkt an das *Landeskriminalamt* zur Prüfung weitergegeben wurden, was ein Ausdruck dieser Zweifel und Unterstellungen ist. Es fand eindeutig eine Kategorisierung von erwünschten und unerwünschten Flüchtlingen statt. Diese Zuschreibungen gingen mit ethnisierenden, kulturalisierenden Wahrnehmungsmustern Hand in Hand: »Kinder sind auffällig, sie verhalten sich auffällig« oder »Sie sind einfach nicht zu integrieren«, »Wohnungen, die gegeben werden, müssen grundsaniiert werden«, also das ganze Spektrum an Unterstellungen, die man häufig hört.

Ein weiterer Punkt ist die Segregation. Die Geflüchteten werden beispielsweise in »Ghostcities« untergebracht, Orte mit fehlender Infrastruktur und schlechter öffentlicher Verkehrsanbindung.

Diese antiziganistischen Vorfälle wiederholen sich in den Bundesländern wie ein Muster. Ich kann aus meiner Arbeit sagen, dass es immer wieder bestimmte Diskurse, Narrative und Betroffenen-Erlebnisse gibt, die in Bayern, Baden-Württemberg, Thüringen und in anderen Bundesländern die gleichen sind. Das kann kein Zufall sein. Hier sehe ich ein Muster. Die Kommunen inszenieren sich zum Beispiel als Hilflose. In Thüringen war es besonders auffällig. Hier hat sich eine gewisse Politikerin an den Ministerpräsidenten gewandt, mit den Worten: »Wir schaffen das nicht, wenn jetzt diese Großfamilien kommen, dann schaffen sie neue Problemlagen«. Daran anknüpfend gab es dann Bürgerversammlungen von Parteien, die fernab jeglicher demokratischer Regeln agieren.

Hier sieht man auch die Früchte der antiziganistischen Berichterstattung der letzten Jahre, in denen solche Codewörter wie »Großfamilien« von Politikern demokratischer Parteien benutzt werden, um gegen Roma Geflüchtete zu hetzen und bei der Mehrheitsbevölkerung gewisse Assoziationen hervorzurufen.

Die Problematisierungsdiskurse sind sehr ähnlich zu denen, die im Zuge der EU-Binnenmigration in den Kommunen entstanden sind. Auch dabei ging es um »erwünschte« und »unerwünschte« Personengruppen. Beim Antiziganismus um die EU-Binnenmigration und den antiziganistischen Vorfällen um die Flucht aus der Ukraine handelt es sich um Kontinuitäten, die sich in verschiedenen Kontexten zeigen. Der Krieg, die Ankunft der Geflüchteten und dann die Stimmungsmache gegen diese Flüchtlinge.

Lisa: Wie ist die Situation in München?

Katharina: Was wir Anfang letzten Jahres, bis heute, in Bayern und München erlebt haben, im Kontext der Flucht aus der Ukraine und den geflüchteten Ukrainer:innen mit Rom:nja-Hintergrund, hat für mich ein Ausmaß an Antiziganismus gezeigt, das extrem schockierend ist. Antiziganismus gibt es schon sehr, sehr lange und er ist für uns in der Arbeit Alltag und leider für die Familien, mit denen wir arbeiten, eben auch. Aber die Situation im Kontext Flucht aus der Ukraine war nochmal in einer schockierenden Art und Weise sehr eindrücklich. Unter den Geflüchteten waren auch Rom:nja, die in München zum Teil auf massive und offene Ablehnung gestoßen sind. Es gab Ehrenamtliche, die sich geweigert haben, mit Rom:nja Kindern zu arbeiten, nicht nur in München, auch bayernweit. Es gab in den Unterkünften andere Geflüchtete, die sich offen geweigert haben, mit Rom:nja gemeinsam untergebracht zu werden. Es gab Dolmetscher:innen, die sich geweigert haben, für Rom:nja zu dolmetschen. Es gab in Bayern mehrere Landkreise, die offen geäußert haben, sie nehmen gerne Geflüchtete aus der Ukraine auf, aber sie nehmen keine Rom:nja auf. Das war die eine Dimension.

Dazu gab es, wie Yücel gerade schon beschrieben hat, Diskurse und Gerüchte im Helfersystem, wo sehr schnell schon unterschieden wurde, wer sind die ›echten‹ Geflüchteten, die ja auch ein Recht auf Schutz und Unterstützung haben und wer sind die ›nicht echten‹ Geflüchteten, die vielleicht nur hierherkommen, um Sozialleistungen zu erhalten. Ihnen wurde dann auch aberkannt, berechtigt hier Schutz vor dem Angriffskrieg zu suchen. Und in der Folge haben wir gesehen, dass die geflüchteten Rom:nja, oder die Menschen, die von außen als Rom:nja gelabelt wurden, in separierten oder segregierten Unterkünften untergebracht wurden. Es waren entweder eigene Unterkünfte oder segregierte Abteile in Hallen. Am massivsten war das von April bis Anfang Mai 2022 in der Messe in München, wo bis zu 2500 Rom:nja oder als solche gelabelte Personen, mehrere Wochen untergebracht waren, geschätzt dreiviertel davon waren Kinder.

Was wir in der Messe auch ganz massiv gesehen haben, war, dass die Zugänge zu Sozialberatung, die Zugänge zu Sozialleistungen, die für andere Geflüchtete ganz selbstverständlich und mit einer großen Hilfsbereitschaft – was ja gut ist – zur Verfügung standen, dass die nicht mehr in diesem Maße für die geflüchteten Rom:nja zur Verfügung standen. Es wurden zum Beispiel Spielgeräte, die anderen Kindern zur Verfügung standen, den Rom:nja-Kindern, oder denen, die so wahrgenommen wurden, nicht mehr zur Verfügung gestellt. Die Sachen wurden mit der Aussage weggenommen: »Die Kinder sind zu wild«. Auch die Kleiderausgabe wurde irgendwann eingestellt. Für die betroffenen Familien war das Schwierigste, dass der Zugang und

Abruf der Sozialleistungen nicht einfach möglich war und vor allem – das haben uns viele Familien berichtet – haben sie für ihre Kinder keine Sozialleistungen mehr bekommen.

In den letzten Wochen, bevor die Messe aufgelöst wurde, kam es auch zu der sehr problematischen Situation, dass viele Menschen vor dem Amt, wo sie diese Sozialleistungen abholen oder abrufen wollten, übernachten mussten. Sie mussten drei bis vier Nächte vor diesem Amt schlafen. Es ist vorgekommen, dass sie dann ohne Leistungen, oder nur mit Leistungen für die Erwachsenen, zurückgingen. Die Folge war, dass wir von einigen Familien gehört haben, dass sie in die Ukraine zurückgereist sind.

Céline: Das ist wirklich sehr erschreckend. Was wurde unternommen?

Katharina: Es war nicht so, dass wir uns hier in München nicht bemüht hätten. Es gab Einzelpersonen, auch aus der Verwaltung, auch von freien Trägern, auch aus Helferkreisen, die sehr schockiert waren und sehr betroffen von der Situation. Andererseits denke ich, dass wir dieser antiziganistischen Dynamik sehr wenig effektiv entgegenzusetzen konnten und alle hilflos zugeschaut haben. Die Stadt München erklärte an verschiedenen Stellen, dass eine Ungleichbehandlung Geflüchteter von der Stadt nicht gewollt ist. Es wurde ein sehr umfangreiches Seminarprogramm aufgelegt, um Mitarbeitende zu sensibilisieren. Das alles war aus meiner Sicht nicht effektiv genug. Wir haben an der Situation, de facto, nicht sehr viel verändert.

Lisa: Vielen Dank Euch für diese Einblicke, wie sich der Rassismus gegen Rom:nja und Sinti:zze aktuell in Deutschland im Kontext der Flucht aus der Ukraine ausdrückt. Ich würde gerne noch allgemeiner fragen, inwiefern Eurer Erfahrung nach die Situation von Rom:nja, Sinti:zze und als solchen gelesenen Personen speziell ist und was sie aber auch mit anderen rassifizierten und migrantisierten Gruppen verbindet?

Violeta: Die Situation von Rom:nja und Sinti:zze und als solche gelesene Menschen ist in dem Sinne speziell, dass sich der Antiziganismus, das heißt die Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft, anders auswirkt als beispielsweise bei Angehörigen anderer rassifizierter Gruppen. In der Mehrheitsgesellschaft ist noch kein großes Bewusstsein für die Problematik des Antiziganismus da. Das zeigt sich zum Beispiel bei der Benutzung der Fremdbezeichnung, des Z-Wortes, die immer wieder relativierend gerechtfertigt wird.

Katharina: Der Antiziganismus ist einfach auch in der breiten Gesellschaft akzeptiert. Und dadurch, dass Leute auch in Arbeitskreisen, in Arbeitskontexten oder auf offener Straße nicht einschreiten, sich nicht solidarisieren und auch nicht widersprechen, wird er eben auch mitgetragen.

Céline: Den Antiziganismus der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft und Mitarbeitenden von Behörden erlebt ihr ja auch regelmäßig in euren Sensibilisierungsveranstaltungen.

Katharina: Ja, unbedingt. Da stechen zwei Extreme besonders heraus. Von einigen Fachkräften gibt es die Haltung: »Diskriminierung, Antiziganismus, das ist für uns nicht relevant, denn wir sind professionelle Fachkräfte. Wir diskriminieren nie und niemanden.« Da ist eine Abwehrhaltung, oder Verweigerung, sich mit dem Thema überhaupt auseinanderzusetzen. In den Seminaren gibt es aber auch immer wieder Rückmeldungen von einzelnen Personen, die dann wirklich sagen, sie sind jetzt sehr betroffen, weil sie selbst im Seminar gemerkt haben, sie haben sich an antiziganistischen Diskursen beteiligt, oder haben sich eben nicht positioniert und haben nicht widersprochen. Sie hatten eigentlich ein anderes Selbstbild. Ich hatte mal einen Teilnehmer, der sehr schockiert war, weil er meinte, er sei eigentlich selbst seit Jahren sehr aktiv in der Anti-Rassismus-Bewegung und merke aber jetzt, dass er im Bereich Antiziganismus völlig blind war und das auch über Monate mitgetragen hätte.

Yücel: Wir reden hier auch von deutschen Sinti und Roma, die seit 600 Jahren als Minderheit in Deutschland leben, deutsche Namen haben, und die immer noch keine gleichberechtigten Staatsbürger_innen sind. Deutsche Sinti und Roma wurden erst 1995 als nationale Minderheit anerkannt. Das ist der Unterschied zu anderen rassifizierten, migrantisierten Menschen, die eine kürzere Geschichte in Deutschland haben, zum Beispiel der Gruppe der Gastarbeiter. Es gibt natürlich auch Ähnlichkeiten in der Diskriminierung von Sinti und Roma mit anderen rassifizierten Gruppen, zum Beispiel bei der Wahrscheinlichkeit von Racial Profiling betroffen zu sein oder in Institutionen benachteiligt zu werden.

Katharina: Ich würde gerne noch ein konkretes Beispiel im Kontext der Flucht aus der Ukraine bringen. Es gab in der Messe in München einen kurzen Zeitraum, wo tatsächlich ein Bereich sichtlich markiert war und abgegrenzt, zum Teil auch mit so halbhoher Bauzäune, der uns als Bereich für die geflüchteten Rom:nja präsentiert wurde. Im Nachgang habe ich mir die Frage gestellt, würde das 2022 in München mit irgendeiner anderen Gruppe funktionieren? Da sind Ärzt:innen, Sozialarbeiter:innen,

Sicherheitspersonal und Mitarbeiter:innen der Stadt München vor Ort gewesen und es wurde nicht problematisiert, dass es für eine bestimmte Gruppe einen extra abgetrennten Bereich gab. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es viele andere Gruppen gibt, wo das so unwidersprochen hingenommen würde. Ich glaube, speziell Antiziganismus ist eben so weit in der Mitte der Gesellschaft akzeptiert und bleibt unwidersprochen und das macht solche Vorkommnisse möglich.

Lisa: Mich interessiert auch sehr, welche Konzepte ihr in Eurer Arbeit verwendet und wieso. Vor allem der Begriff Antiziganismus, der ja auch sehr umkämpft ist, unter anderem, weil er das Z-Wort reproduziert. Wie steht ihr dazu?

Violeta: Mir ist schon bekannt, dass der Begriff sehr umstritten ist – teilweise auch zu Recht – wir haben uns bei *Amaro Foro* aber bewusst dazu entschieden diesen Begriff zu benutzen, weil der Begriff am besten das gesellschaftliche Konstrukt darstellt. Bei Antiziganismus geht es nicht nur um Rassismus gegen Menschen der Minderheit der Rom:nja und Sinti:zze, sondern es ist ein Konstrukt, beziehungsweise es sind Bilder, die die Mehrheitsgesellschaft mit einer bestimmten Gruppe in Verbindung bringt. Diese Bilder können auch auf andere Menschen übertragen werden. Vor allem, wenn es um institutionellen Antiziganismus geht. Es sind vor allem rassistische Praktiken, die eine ganz bestimmte Gruppe ausschließen sollen und Mechanismen umfassen, die weiter gehen und auch andere Menschen betreffen. Bei Antiziganismus geht es nicht nur um Rassismus gegen Rom:nja und Sinti:zze, sondern Rassismus im Allgemeinen.

Yücel: Ich schließe mich Violeta an, Antiziganismus ist eine weitgefaste Definition, während zum Beispiel Antiromaismus schon sehr speziell ist. Antiziganismus richtet den Fokus auf die Mehrheitsgesellschaft und nicht auf die Betroffenen. Antiziganismus ist kein Problem der Betroffenen, sondern ein Problem der Mehrheitsgesellschaft, das ist der entscheidende Punkt. Obwohl Sinti und Roma am stärksten davon betroffen sind.

Céline: In Deutschland gibt es ja schon seit vielen Jahren eine starke Bürgerrechtsbewegung, die gegen Antiziganismus kämpft und unter anderem die Anerkennung von Sinti:zze und Rom:nja als Opfer des Nationalsozialismus fordert. Wie würde ihr Euer Verhältnis zur Bürgerrechtsbewegung beschreiben?

Violeta: Also ich finde, dass es gerade für uns, die wir in diesem Feld ja schon lange aktiv sind, auch zu unserer Verantwortung dazu gehört, die Bürgerrechtsbewegung in Ehren zu halten, indem wir nicht bei dem aufhören, was bereits erreicht wurde,

sondern weitermachen. Es haben sich viele Dinge auch positiv entwickelt. In Berlin vor allem ist die politische Debatte schon ziemlich weit, es gibt einige Rom:nja-Verbände, die seit Jahren aktiv sind. Ihnen und ihrem unermüdlichen Kampf ist es zu verdanken, dass wir auch so eine gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung und Politik hier in Berlin haben, die, ich würde schon sagen, auf Augenhöhe ist. In einige politische Prozesse werden wir auch mit einbezogen, wie beispielsweise bei der Einrichtung eines Beirates für die Angelegenheiten der Rom:nja und Sinti:zze, der im Herbst etabliert sein soll. Ich glaube, dass es in vielen anderen Bundesländern ähnliche Entwicklungen gibt. Trotzdem sind wir noch längst nicht angekommen.

Yücel: Die Meldestelle ist eine zentrale Forderung des *Zentralrats der Sinti und Roma* und vieler Selbstorganisationen gewesen. Nur durch dieses zivilgesellschaftliche Engagement sind wir jetzt da.

Die Bürgerrechtsbewegung hatte verschiedene Etappen und wir befinden uns jetzt, würde ich sagen, in der Phase der Anerkennung, in der die Politik zwar natürlich nicht ausreichend handelt, aber immerhin den Antiziganismus anerkannt hat und auch bekämpfen will. Die Arbeit ist aber noch nicht beendet, sie fängt jetzt erst an. Wir als Meldestelle, machen den Antiziganismus im Alltag und in den verschiedenen Lebensbereichen öffentlich, um in der Gesellschaft und der deutschen Mehrheitsbevölkerung ein Bewusstsein dafür zu schaffen und den Betroffenen zu helfen. Die meisten kennen diesen Begriff noch gar nicht. Wir arbeiten auch mit vielen verschiedenen Selbstorganisationen. Deswegen würde ich sagen, dass *MIA* ein Teil eben dieser Bürgerrechtsbewegung und das Ergebnis dieser Bürgerrechtsarbeit ist.

Katharina: Inhaltlich sehe ich unsere Arbeit auch genau in dieser Tradition. Aber ich muss sagen, ich habe auch wirklich einen sehr großen Respekt vor den Menschen, die sich in den Siebzigern, in den Achtzigern und davor, gegen enorme Hindernisse und in einer völlig ignoranten Gesellschaft gegen diese Widerstände eingesetzt haben und da Großes geleistet haben. Sie haben uns dazu gebracht, wo wir, oder auch die Bürgerrechtsbewegung, heute steht. Wie muss das für Menschen gewesen sein – kurz nach dem Zweiten Weltkrieg – die selbst Familienangehörige in Auschwitz verloren haben und dann in diese Bürgerrechtsarbeit eingetreten sind und zu dem damaligen Zeitpunkt noch viel mehr Widerständen begegnet sind? Also ich kann mir das gar nicht vorstellen, wie man die Kraft aufbringt, diesen Kampf zu führen.

Persönlich bin ich nicht von Antiziganismus betroffen, das ist schon noch mal eine ganz andere Situation. Und zusätzlich, werde ich für die allermeiste Arbeit, die ich in dem Kontext leiste, ja bezahlt. Das ist auch nochmal ein Unterschied. Es gab viele Leute, die sehr viel Ehrenamt geleistet haben. Gleichzeitig, obwohl ich nicht betrof-

fen bin, finde ich es manchmal äußerst schwierig auszuhalten, wie lange es dauert, bis sich Dinge verändern und wie groß Widerstände sind.

Céline: Zuletzt noch ein Blick in die Zukunft: Was sind Eure Forderungen? Welche Gegenmaßnahmen sollen auf institutioneller Ebene gegen Antiziganismus ergriffen werden? Was können Leser:innen ganz konkret tun?

Violeta: Ich glaube, dass sich Krisen verstärkt auf die Rom:nja und Sinti:zze Community auswirken und wünsche mir, dass man daraus dazulernt und Fehler nicht wiederholt. Ich möchte, dass Menschen von Anfang an gleichermaßen Zugang zu Unterstützungsangeboten bekommen. Deshalb ist es auch so wichtig, antiziganistische Vorfälle zu melden. Das Dunkelfeld muss erhellt und die Vorfälle sichtbar gemacht werden, damit wir Gegenstrategien entwickeln können. Zahlen sind auch immer sehr wichtig für die Verwaltung, um Dinge überhaupt in Bewegung zu setzen. Außerdem würde ich mir wünschen, dass Gesetzgebungen eingehalten werden und bei Nichteinhaltung sanktioniert wird.

Katharina: Anforderungen an die Politik sind an erster Stelle, dass der Antiziganismus als Problem anerkannt wird, und zwar nicht nur auf der Ebene von Einzelpersonen, sondern auch auf institutioneller Ebene und als strukturelles Problem. Und dass es dann auch einen entsprechenden politischen Willen gibt, Maßnahmen dagegen zu entwickeln und auch entsprechend Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Außerdem glaube ich nicht, dass Sensibilisierungs-Workshops – so wichtig diese auch sind – uns entscheidend gegen Antiziganismus voranbringen. Da braucht es in den Institutionen Beschwerdemechanismen und Vorgaben und Richtlinien, die dann eben auch eingehalten werden müssen.

Konkret auf Bayern bezogen würde ich mir wünschen, wenn sich das wiederholen sollte, dass Landkreise offen die Aufnahme geflüchteter Rom:nja ablehnen, dass es dann ein breites Band von Politiker:innen gibt, aus demokratischen Parteien, die so etwas nicht zulassen und sich öffentlich deutlich dagegen positionieren.

Yücel: Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma fordert die Entwicklung und Umsetzung eines nationalen Aktionsplans bzw. einer Strategie zur Bekämpfung von Antiziganismus. Dieser Plan sollte Maßnahmen beinhalten, die auf die Bekämpfung des Antiziganismus abzielen, wie die Einführung eines Verbandklagerechts im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) oder die Errichtung unabhängiger Beschwerdestellen bei der Polizei und öffentlicher Verwaltung.

Lisa: Vielen herzlichen Dank für das Interview und Eure Arbeit!

Auf den Websites von *MIA* und *Amaro Foro* stehen zahlreiche Publikationen zum Thema zur Verfügung und es besteht die Möglichkeit antiziganistische Vorfälle und Beobachtungen zu melden: <https://amarofo.ro> und <https://www.antiziganismus-melden.de>.

Slow violence in the UK asylum system

An interview with Jonathan Darling on his book
»Systems of Suffering: dispersal and the denial of asylum«

STEPHAN LIEBSCHER

Abstract: In summer 2022 the UK government made the headlines for violent measures on refugees. Then Home Secretary Priti Patel announced plans to deport refugees to Rwanda (Williams 2022). While deportation and detention often attract the attention of journalists and activists, more subtle forms of everyday violence in the UK asylum system remain side notes, says geographer Jonathan Darling. With his latest book »Systems of Suffering: dispersal and the denial of asylum« (2022, Pluto Books) he offers an evidence-based account of the *slow violence* of distributing and accommodating asylum seekers. In this interview, Jonathan talks about *dispersal*, the main concept developed through the study and embeds it within a politico-administrative environment increasingly shaped by market-orientation and outsourcing. He provides a thorough account of how this system affects refugees and asylum seekers while being aware of the agency that remain for these and for grassroots initiatives. It is refreshing that Jonathan is not satisfied with a negative critique of a cruel system. Instead he develops an eight-point proposal for systemic change that foregrounds ›collaborative care«. The interview took place in November 2022.

Keywords: refugee distribution and accommodation, neoliberalism, United Kingdom, agency, collaborative care

Stephan: To begin with, Jonathan, I want to ask you, what was your motivation of studying the accommodation and distribution of refugees and asylum seekers in the UK?

Jonathan: I came to this topic because I've done some previous work for a number of years on sanctuary movements and sanctuary organisations in the UK and a little bit in Europe. In the conversations that I was having with people in the asylum system, one of the key things that people were talking about was their housing conditions and the things that brought them to those cities, which was partly their journeys to flee conflict and persecution, but also the system that the government had in place to distribute people across the country whilst they're awaiting decisions on their asylum status. I then became interested, on what basis does that system operate? How does

it work? How do people experience it? And are there significant differences if you're distributed to Sheffield, Newcastle or somewhere else? So, I came to it through previous research and arrived at this question of *dispersal*, this is the system that I'm talking about and that is at the heart of the book.

Stephan: You start the book with two anecdotes and they are about the asylum-seeking market. What do you mean by that and why is it important for the book to start with?

Jonathan: The asylum-seeking market has two meanings. One of them is the meaning that opens the book, which is a statement from a representative of the international security outsourcing firm G4S¹, who said in evidence to a parliamentary committee in the UK that his company was working in the »asylum-seeking market«, by which he referred to the contracts that that company had to accommodate and support asylum seekers in Britain. I was quite struck by this statement: On the one hand, because I think it was the first time that there was any public discussion or recognition that this was a market. And, on the other hand, there was no real response. The statement was made, but there was no kind of political pushback. There was no press coverage or even really much activist response initially. And I was interested in why that was the case, because in effect, this was an admission that this company was taking highly vulnerable individuals and marketising the support for them and this had become normalised and unquestioned as a way to provide accommodation and support and I wanted to explore how that has happened and how profit making had become so central to asylum support. The importance of the asylum market in the work that I was doing was that the accommodation of asylum seekers in the UK used to be provided by the state through local government. And since 2012 it has been provided still by the state, but contracted and outsourced to private companies and private landlords. That is quite a different relationship. And it is that marketisation, this sort of production of profit from vulnerability that I think is quite distinct here. And I was trying to speak to that with that phrase.

1 | G4S are a multinational security contractor based in Britain and with a range of international contracts for security services, including a central role in international migration industries. In the UK, G4S hold contracts to run a number of immigration detention and removal centres and to coordinate deportation flights from the UK. From 2012-2019, G4S held a contract to provide asylum accommodation and used a range of subcontracted private landlords to deliver this housing.

Stephan: Let's get to the to the main concept that you develop in the book, which is the concept of *dispersal*. What is *dispersal*?

Jonathan: *Dispersal*, on the one hand, is a policy. It was announced in the 1999 Immigration and Asylum Act, but it actually started in 2000. And what it does in effect is that if you arrive in the UK to seek asylum, you will normally be accommodated, certainly in theory, for the first week or two in an initial reception centre somewhere in the south of England. And then you will be dispersed or distributed across the country to towns and cities where there is accommodation. And you will stay there until the state has made a decision on your asylum claim. It is a similar system to others in many European countries. Germany, the Netherlands, Belgium have varying *dispersal* systems, the nuances of which are slightly different. One of the key facets of the UK system is that historically it has always involved accommodation in the community. So that has meant sharing a house with other people in the asylum system or maybe sharing a flat. But doing so alongside other UK residents in towns and cities as opposed to more segregated or camp like accommodation and specific reception centres that we see in some European countries. *Dispersal* is that process, and it's important to point out here that this is a process that people in the asylum system don't have a choice in. The only choice is that you can completely opt out of *dispersal* and say you don't want accommodation, but by doing so you have to provide your own accommodation. That is an option that is only open to a very small number of people, particularly those with very strong social networks or family connections. Anyone else has to be dispersed. And if you opt out of accommodation, you also opt out of support. That means you are no longer eligible for any financial support from the state. People are tied into this system and the way that it operates as a governing mechanism, is that people have no choice about where they're sent. You might arrive in the south of England and be put on a bus to Glasgow in Scotland or to Newcastle in the north of England or to Birmingham or Cardiff. And again, you have no influence over that decision-making. It is a means of tethering people to specific locations and making sure that you're able to control and regulate their mobility. And it also represents a means of making it potentially easier to detain and deport people through the immigration and asylum process. So that's sort of its function.

Stephan: What is the second feature of *dispersal*?

Jonathan: One of the arguments I make in the book is that *dispersal* also has a kind of social function as well. It's a distribution of different types of worth, social worth and moral value. There's a kind of political and governance function which is fixing

people and moving people around, but it's also a set of social and cultural messages that are attached to it, that people in the asylum system are in a parallel system to forms of mainstream welfare and entitlement. By being able to shunt people around and move them without their say in that process, you're conveying a message about the value of those individuals and the ways in which the state can afford to treat them, that they're not worthy of the same forms of dignity and respect that other residents or citizens would be.

Stephan: In the book you write that *dispersal* actually doesn't attract the same attention in media and also activism compared to deportation and detention. Why does *dispersal* get so much less attention?

Jonathan: I think there's a number of reasons. One is that it's less of a spectacle. *Dispersal* is part of everyday life in many ways. So for the vast majority of people in the asylum system in the UK, they will be dispersed and they will be living at some stage of the process in *dispersal* accommodation. It's something that really affects a large number of people in that system. But as a result, it's therefore very normalised. The forms of suffering that I write about in the book are much slower, reflecting Rob Nixon's (2013) idea of »slow violence«. But they're also very banal and every day. Compared to the much more overt and in some ways eventful suffering and violence of things like immigration detention and deportation, particularly thinking right now in the UK context of things like the Rwanda policy to deport people very violently out of the country, the everyday banality of really poor housing conditions, of not having a choice over these things, it becomes easier to overlook those conditions and experiences. But part of the argument that I make is that we really shouldn't be overlooking these forms of everyday violence and harm because, a) they affect a large number of people and b) they're the conditions within which really significant concerns around mental health develop. I think it's hard for media and activists in some ways to focus solely on those factors because they do become normal elements of everyday life and also because they're tied into systems of disadvantage, of poverty and of poor housing conditions and a lack of support from the state that extends far beyond asylum. It's important to recognise that whilst the poor housing conditions of people in the asylum system are significant, there are also thousands of private rented tenants across the UK who also live in very poor accommodation conditions. Part of the argument here is that we also shouldn't detach these out. Thinking about the rights of asylum seekers to adequate accommodation, to dignity and to safety should also be a conversation about how can the rights of tenants who are also suffering those same forms of disadvantage, how can we kind of draw those connections?

Stephan: Can you give examples of the sort of violence asylum seekers experience in the accommodations and during *dispersal*?

Jonathan: Rob Nixon talks about violence that is accumulative, that occurs over a long duration of time, and that builds slowly almost in the bones of people. It's about continual frustrations, continual living in conditions that wear one down, that grind people into exhaustion and experiences of withdrawal. I write about this in a chapter where I talk about the ways in which asylum seekers that I spoke to and worked with in a number of cities talked about withdrawing from the world that they were living in and isolating themselves. We know this from a lot of evidence around social isolation and the mental health effects of living in poor conditions. It's really important to recognise that whilst people may endure these conditions, the idea of endurance has a cost and that is that we produce endured subjects with these systems and forms of violence. By endured I mean people who are hardened to these conditions and therefore not able to interact in the same way that they would otherwise be. If you speak to asylum advocates anywhere in the world who work on a daily basis with people who've been through these quite harmful and bureaucratic systems, one of the things that they will tell you is that people change as a result of that, that they are not the same person at the end of that process as they were at the beginning, and they're often diminished by it and really quite scarred by that experience. So that's one of the things that I was working through and getting at with this notion of *slow violence*. In terms of what that means practically. I have a chapter where I talk through the experiences and narratives of people in the asylum system talking about these forms of harm. And there are many different ways in which this manifests itself. It might be the continued ignoring of complaints about faults or issues within accommodation. It might be the disregard that is shown to you by accommodation providers that are outsourced companies who are still paid by the state and therefore in theory at least have a responsibility to people to provide for them and to show care and concern to them. And it's very rare that that was the case in the evidence that I collected for the book. It's also down to really minor things that become dripping taps of frustration. The fact that someone's boiler is broken and that you can't get through to the company to come and fix that for weeks. You're living in freezing conditions. Or the fact that you might have an infestation of rats in a house. But again, you can't get that dealt with. And this sense of deferral, of being constantly put off by that company and being expected to just live in those conditions. It's that wearing down of people and the denial of any dignity that I think is really important. And then, of course, there's also much more overt forms of violence as well. I do talk

in the book about the fact that *dispersal* also exposes asylum seekers and refugees in the UK to forms of racist violence and to harassment. There are a number of cases where people talk about the gradual development and progression from racist slights in public through to much more overt forms of racist language and in a number of cases, physical violence and attacks. So the focus I draw on slow and distributed forms of violence is not to diminish or neglect those forms of overt, or what we might think of as sharp violence. Rather, it is to note how they exist within, and partly draw strength from, a context of everyday banal forms of violence and harm.

Stephan: How do asylum seekers and refugees resist within that system? It seems like resistance is very hard.

Jonathan: There's a massive power asymmetry in operation, but that doesn't mean that forms of resistance and agency are not present. For asylum seekers and refugees themselves, there were two key critical forms. One was forms of collective care and concern for one another, reflecting the forms of mutual support that were able to emerge within communities of asylum seekers and refugees who were in *dispersal*. And importantly, and I saw this a little in Glasgow, ways that those senses of care and community were trying to draw connections to other groups that were in varying ways disenfranchised in the city, thinking about how groups who were facing displacement or homelessness for a whole series of other reasons, including gentrification, how they might be connected up with asylum seekers and refugees around their shared concerns in terms of the conditions that they were living, trying to forge those sorts of connections of solidarity. But the key mechanism were the forms of self-organised support and concern for one another. Doing things like forming groups who would sign in and out of immigration reporting so that you could keep a track of whether people had been arrested or detained and trying to inform legal advocates around those occasions. The other main mechanism of resistance and agency was pulling together reporting and monitoring of accommodation conditions. Pulling together information about: How poorly is a housing contract or a landlord responding to complaints? How long is it taking them to do things? And within that what can we collectively do to evidence that poor provision and to put that in front of people that might make a difference. One of the examples that I talk about in the book is from Northern Ireland, from a group of refugees who'd self-organised and who used their skills and experiences as journalists to document over a one-year period experiences of poor accommodation. They showed how that was linked to certain types of providers and landlords. The delays that had been experienced around getting responses to complaints. And then collating that together and putting that in front of

the Northern Ireland Assembly and the Home Office and others, with the idea being that this was a way to try and effect change even at a small level. And I think those kind of mechanism—whilst again weaker in this power asymmetry than the state for obvious reasons—they are important because they also convey a message of being able to do something. That sense of agency and retaining that within a context in which so much of the sense of your own autonomy and your decision-making is completely taken out of your hands. Having those opportunities to express agency, becomes really important. And, that's not just the case in the UK asylum system, that's something that we know from refugee work across the world.

Stephan: Talking about agency. The title of the book »Systems of Suffering« might contribute to the discourse of victimisation or to portraying refugees as having no agency. Why did you still stick to this title?

Jonathan: It's a very good question and one that I've mulled over at length. The reason that I wrote about the title in the book was precisely the kind of bind that I felt between wanting to convey and recognise agency. But at the same time, I want to convey a sense of those power asymmetries. Agency isn't equal to the size and scale of the structures that are operating here. Those structures are so significant and they do dominate the discourse in some ways. And this is a book fundamentally about the harms that are done by this system and structure, the way that those harms are often overlooked and so calling it out in those terms was important. To say that *dispersal* is about harm and suffering was important. And whilst there may be elements of resistance and important modes of care as well, these are not the primary characteristics of this system. It's not a totalising system, I'm not suggesting that at all. But fundamentally in its current formation it is creating these conditions of harm and of violence. And so for me, it was important to have that quite upfront and to be clear that *dispersal* is a mechanism that should be thought of in similar terms as aspects of detention and deportation. It may not be as overt, but I think its cumulative effects do have a similar violence to them.

Stephan: Other important actors at the local level are refugee support organisations. You find that austerity, the outsourcing, and privatisation of accommodation really outplay imaginaries of an alternative system or organising a national campaign around this topic. How does that happen?

Jonathan: One of the tensions here is that you have a situation where in the UK you have seen a convergence since 2012 between significant cuts to public services and

the hardening of a hostile environment towards migration. And obviously, the Brexit referendum didn't help in any way in those discussions. What that meant was that you saw cutbacks to all forms of social support, not simply asylum, but also things like universal credit and forms of support for people who are on welfare entitlements, disability support, all these kinds of elements of what the state does to form a safety net and baseline foundation for a whole range of different groups within society. These forms of social support were being cut back at the same time as funding for charities and small organisations that support migrants and all manner of other groups within society were also being cut. The austerity context therefore makes the work of charitable support organisations harder in two ways. One, because it increases demand on them because the safety net is otherwise being dismantled. Secondly, because they themselves are facing cuts to their funding and capability. So you have increasing demands from people in the asylum system who are living through these conditions of violence and of harm that we've talked about and wanting to seek support and help from refugee support organisations who are themselves finding it very difficult to maintain their normal functioning. All of that brought together means that those organisations spend a lot more time doing quite basic things, like chasing up complaints about broken boilers or infestations of rats or whatever else it might be that on a day to day level is relatively minor. Obviously, it's incredibly important to the people living in those conditions, but it means those organisations don't have the scope to think longer term about, what policy change they might need to be advocating for. How can they collectively, as a sector, coordinate and plan policy campaigning or advocacy campaigning? Austerity doesn't create conditions in which pushing for coherent change or policy reform is easy. In some ways it's never been easy to do that. But austerity conditions make it so much harder when you're constantly worrying about whether you'll be able to fund that organisation into the future. The capacity to then think, what policy plan do we need to be advocating in five years' time in order to affect government, becomes incredibly difficult to sustain. It's one of the reasons why austerity measures serve to contain and control attempts to reform or transform public policy.

Stephan: Let's keep talking about systemic change. Can you point out some initial steps for systemic change in this really hostile environment? How do you envision that systemic change to come about?

Jonathan: In the conclusions of the book, I make a series of proposals or propositions for change that are deliberately aimed at slightly different temporalities. From the immediate to the much longer term, from the quite banal to the more utopian.

My view about transformation and political change has always been that you have to look for multiple avenues and multiple perspectives to try and affect that change. And seek progress where you can find it within those. With that in mind, some of the immediate things are setting up forms of clear and accountable monitoring of accommodation standards within asylum accommodation. Making sure that the people who are accommodated have a voice within that process and that their voice is taken seriously and it's acted on. Slightly more long-term would be to look at ways to change the current accommodation model and to in-source the work of accommodating people in the asylum system. To bring this back within the responsibilities of the local state rather than outsourced companies. And that isn't to say that local government is alone the answer or that previous accommodation under local government was perfect. It was often very poor. I'm not romanticising the early days of *dispersal*, but what local government provision offers is two things. One is that it provides a context in which the local state is drawn back into the lives of people in the asylum system in a way that it's been able to absent itself from. And secondly, it conveys a really important message as there's a symbolic politics to this. By outsourcing this and passing it to private contractors the government is saying we don't need to worry about this anymore. We're going to pay these people to do this on our behalf. And that's it. And that is a different message to »these people are the responsibility of the local state or local government and a series of statutory agencies, just as you or I, the citizens of this town or city are as well.« It's a means of pushing back against dividing off these forms of responsibility. Symbolically, it's incredibly important to make that move. And then more broadly, it conveys a message about what the state should be doing. The restructuring of the state in Britain and in some Western European contexts as well, has seen a slow diminishment of responsibility from the state, passing that responsibility to individuals and saying, actually it's up to you to provide for yourself. Cutting away what, as citizens, our expectation of the state are, such that we no longer even expect it to be able to do certain things for us. And I think we really need to be reconsidering that and saying, well, actually the state should have certain responsibilities and it should be providing support for people. The UK government have international obligations around asylum and refugee accommodation and support and it should be meeting those and not just in a way that barely keeps people alive. There's a responsibility here around dignity and around people's rights that is more important than simply a position of survival.

Dr Jonathan Darling is Associate Professor in the Department of Geography at the University of Durham. He has extensively published on the Sanctuary City movement

in the UK. He co-edited with Harald Bauder the volume »Sanctuary cities and urban struggles« (2019).

LITERATURE

- Williams, Alexandria (2022). UK deportations to Rwanda: What you need to know. Deutsche Welle on 15 June 2022. URL: <https://www.dw.com/en/uk-deportations-to-rwanda-what-you-need-to-know/a-62126929> [15.12.2022].
- Nixon, Rob (2013). *Slow Violence and the Environmentalism of the Poor*. Cambridge, Massachusetts/London, England.

Rezensionen

»Zeitenwende«

Der Bericht zur Arbeitsmarktintegration von Ukrainer*innen aus der Perspektive der kritischen Migrationsforschung

PETER BIRKE

Der Sachverständigenrat für Migration hat – mit Redaktionsschluss im Juli 2022 – eine erste Einschätzung der Arbeitsmarktpositionen von Menschen vorgelegt, die angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine nach Deutschland geflüchtet sind. Aus migrationspolitischer Sicht repräsentiert die Situation dieser Menschen gleich eine dreifache Herausforderung: Erstens in quantitativer Hinsicht, so hielten sich nach Angaben des Statistischen Bundesamts Mitte Juli etwas über 900.000 Kriegsflüchtlinge in Deutschland auf. Zweitens wurde durch die Aktivierung der Massenzustrom-Richtlinie der EU und ihre Umsetzung in Deutschland auf der Grundlage von § 24 AufenthG eine Ausnahmesituation geschaffen, indem diese Kategorie der Geflüchteten einen (jedenfalls juristisch) schnellen und unproblematischen Zugang sowohl zu sozialen Leistungen als auch zum Arbeitsmarkt haben. Es wird somit drittens, wie die Autor:innen der Studie zurecht betonen, eine Situation geschaffen, in der wesentliche Faktoren einer Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen dieser Menschen entfallen – anders als bei hunderttausenden anderen Geflüchteten, die nicht das Glück haben, im Kontext der – im Titel der kleinen Broschüre etwas unkritisch übernommenen – Diktion der »Zeitenwende« eingereist sind. Es ist dabei von vornherein klar, dass die Arbeit von Schork, Loschert und Kolb nur erste Eindrücke aus einer Situation vermitteln kann, die sich sehr schnell entwickelt, mit einer potenziell hohen Fluktuation der Geflüchteten selbst, mit der Entwicklung des Krieges, etc. Umso verdienstvoller und wichtiger, und durchaus auch mutig, erscheint das Anliegen, dennoch zu einer sozialwissenschaftlich fundierten und analytisch verdichteten Einschätzung der Situation zu kommen. Dies geschieht hier einerseits – im Kontext eines durch die Mercator-Stiftung geförderten Projekts – auf der Grundlage der Auswertung statistischer Daten unterschiedlicher Provenienz, andererseits auf der Basis von Expert:innen-Interviews, wobei offenbar vorrangig Menschen befragt wurden, die in Behörden oder Migrationsberatungsstellen arbeiten.

In quantitativer Hinsicht stellt der Bericht dabei zunächst fest, dass die auf einer legalen Grundlage erfolgte Zuwanderung aus der Ukraine in der Zeit vor dem Februar 2022 eine verhältnismäßig geringe Rolle gespielt hat. Dies wird an unterschiedlichen Indikatoren festgemacht – so lag etwa der Anteil von Ukrainer:innen, für die die BA-Zustimmungen für eine Arbeitsaufnahme erteilt hat, zwischen 2016 und 2021 mit 1,8 bis drei Prozent aller Anträge und auch zahlenmäßig mit wenigen Tausend vergleichsweise niedrig (S. 11). Und im Migrationsbericht zählte das BAMF für 2020 bei den Zuzügen unter ca. 365.000 Menschen mit Pässen aus Drittstaaten lediglich 14.972 ukrainische Staatsangehörige (S. 12), eine gerade im Vergleich zur aktuellen Situation verschwindende Zahl. Die schnelle Neuzusammensetzung von Migration, die durch den Krieg hervorgerufen wird, sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass, wie die Autor:innen vermerken, auch schon vor dem Februar durchaus eine selektive, aber zugleich bedeutende Migration in einige prekäre Segmente der bundesdeutschen Ökonomie stattfand, namentlich vermittels von »zwei Zugangswegen im juristischen Nischen- und Graubereich«. Der Umstand, dass vor dem Februar keine spezifischen Abkommen zur Arbeitskraftrekrutierung mit der Ukraine existierten, jedoch eine visumsfreie Einreise möglich war, hat einen Zugang zu Arbeitsverhältnissen in Deutschland in Form einer de-facto Saisonarbeit in der Landwirtschaft sowie in der 24-Stunden-Betreuung hervorgebracht.

In Landwirtschaft handelte es sich dabei um zwei »studentische« Arbeit im Rahmen sogenannter Ferienbeschäftigung und Praktika, und in beiden Fällen konstatieren die Verfasser:innen, dass der Status ante-2022 durch eine Verstärkung »individueller Vulnerabilitätsfaktoren« (S. 17) gekennzeichnet sei, die zu bekannten Formen der Überausbeutung (Akkordarbeit, überlange Arbeitszeiten, Ausbeutung in Wohnverhältnissen etc.) führten. Etwas unklar bleibt – der Arbeitsform und ihrer schwierigen Erfassung wohl geschuldet – der Umfang dieser Beschäftigung, zu dem die Autor:innen lediglich konstatieren, dass sie in einzelnen Bundesländern (Mecklenburg-Vorpommern) »bereits ein elementarer Bestandteil des landwirtschaftlichen Arbeitskräftepools« sei (S. 16). Während an dieser Stelle auch offen bleibt, was genau unter »elementar« zu verstehen ist, trifft diese Einschätzung jedoch sicher auf ukrainische Sorgerarbeiter:innen in privaten Haushalten zu. Hier spielten, konstatieren die Autor:innen, vor dem Februar 2022 zwei Aspekte eine wichtige Rolle: Erstens findet offenbar ein zunehmendes »Überspringen« der care-chains statt, das durch den Arbeitskräftemangel in den Anrainerstaaten (vor allem Polen) und die Verbesserung der ökonomischen Situation sowie der Verhandlungsmacht der Arbeitenden aus EU-Staaten verursacht zu sein scheint. Auch durch die Deregulierung des Zugangs zum polnischen Arbeitsmarkts scheint zudem eine Beschäftigung in Deutschland qua Entsendung zur gängigen (allerdings halblegalen bis illegalen) Praxis geworden zu

sein. Diese Form ist sehr häufig deshalb illegalisiert, weil die Arbeitserlaubnis in Deutschland in diesem Konstrukt der Entsendung von Drittstaatenangehörigen aus EU-Staaten überwiegend nicht gegeben ist. Die Autor:innen entnehmen der Literatur, dass 2021 ca. 126.000 Personen aus Drittstaaten ohne rechtliche Grundlage und lediglich ca. 7.000 legalisiert in deutschen Haushalten Sorgearbeit geleistet haben (S. 20). Die Arbeitsmarktstruktur führt dabei auch in diesem Falle zu den bekannten Formen der Überausbeutung, von der physischen Gewalt gegen Betreuende, einen Hire-and-Fire-System der Vermittler:innen bis hin zu einer faktisch weit unter dem Mindestlohn liegenden Bezahlung und extrem entgrenzter Arbeitszeiten.

Im letzten Schritt des Texts machen die Verfasser:innen dann das interessante Experiment, nach den Bedingungen für Ukrainer:innen zu fragen, die auf der Grundlage ihrer kollektiven Anerkennung als Kriegsflüchtlinge nach dem Überfall im Februar gekommen sind: Für diese fallen die Voraussetzungen ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse – wie unsicherer Aufenthalt, begrenzter Arbeitsmarktzugang etc. – nämlich auf den ersten Blick weg. Führt dies – so lautet die migrationssoziologisch sehr interessante Frage – zu einer Entschärfung des »Prekaritäts-Studels« und »struktureller Teilhabebehürden« (S. 25)?

Die definitive Antwort auf diese Frage muss, wie bereits erwähnt, vermutlich noch etwas auf sich warten lassen. Eine Annäherung versuchen die Autor:innen auf der Grundlage von explorativen Expert:innen-Interviews. Sie stellen zusammengefasst fest, dass »wichtige individuelle Faktoren, die prekäre Arbeits- und Lebenslagen fördern können, wie mangelnde finanzielle und soziale Absicherung, Dequalifizierung, unzureichende Sprachkenntnisse und fehlende Kenntnis der in Deutschland geltenden Rechte und formalen Abläufe« trotz des erweiterten Zugangs zum Arbeitsmarkt, zu Integrationskursen sowie zum sozialen Hilfesystem erhalten bleiben könnten (S. 29). Der Bericht macht sodann einige wichtige Vorschläge, wie diese Situation behoben werden kann. Es wird bspw. festgestellt, dass es aktuell einige Probleme mit der schnellen Erteilung von Aufenthalts- und Fiktionsbescheinigung gebe, ebenso wie der Übergang aus dem Rechtskreis des Asylbewerberleistungsgesetzes in den Bereich des SGB nicht gut funktioniere, so dass vorhandene formalen Rechte vielfach nicht genutzt werden können. Ebenso sei die Gefahr zu beobachten, dass die Kombination von schnellen Arbeitsmarktzugängen und volatiler Lebenssituation wiederum – against all odds? – zu einer Beschäftigung im prekären Niedriglohnbereich führe. Zudem ist der Hinweis, dass für die in ihrer großen Mehrheit weiblichen Geflüchteten aus der Ukraine vor allem die Frage der externen Kinderbetreuung dringend gelöst werden müsse, um Teilhabechancen zu erhöhen, sehr wichtig. Und schließlich ist eine schnelle Anerkennung vorhandener Berufsqualifikationen in Bezug auf die ukrainischen Geflüchteten, namentlich dort, wo er in den entsprechend regulierten

Berufen notwendige Eintrittsvoraussetzung ist, offenbar ebenso hürdenreich wie für alle anderen Geflüchteten auch.

Während diese Vorschläge durchgehend sinnvoll erscheinen, wirkt der Befund der Studie, dass es sich bei diesen »noch immer bestehenden« Problemen um »individuelle Hürden« handle, merkwürdig tautologisch: Die Leute leben prekär, weil sie eben (individuell) prekär sind. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass der Ausgangspunkt der Studie einen multidimensionalen, aber deskriptiven Begriff der Prekarität bestimmt, in dem es Prekaritätsfaktoren gibt, die sich insgesamt addieren können, woraufhin sich eine Teilhabeproblematik entwickle. »Addiert« wird in dieser Perspektive freilich nicht auf dem Konto des Schlachtbetriebs oder der Vermittlungsagentur für diese oder jene prekäre Beschäftigung, sondern, wenn man so will, lediglich auf dem »individuellen« Prekaritätskonto der Betroffenen. Dies ist nur pragmatisch nachvollziehbar, aus Sicht einer kritischen, machttheoretisch fundierten Perspektive der Migration allerdings mehr als fragwürdig, wobei die »Betroffenen« sicher in Zukunft auch selbst zu Wort kommen und nicht nur, wie in diesem Bericht, völlig unbefangen durch die Brille der Expertinnen und Experten (und zwar als »wehrlos« und »ohnmächtig«) repräsentiert werden sollten.

Ein merkwürdiger blinder Fleck bleibt insgesamt, und das ist besonders erstaunlich angesichts der vielen Texte, die zu diesem Gegenstand in den letzten Monaten und Jahren erschienen sind, die Rolle der Arbeitgebenden. Jene Teile der Studie, in denen sie vorkommen, legen implizit ein Bild von »Nischen-Unternehmen« nahe, die das Unglück der Prekären ausnutzten, während doch vieles in der aktuellen Migrationsforschung auf strukturelle Probleme der Ausbeutung in mitunter multinationalen, marktbeherrschenden Unternehmen hindeutet, die alles andere sind, nur nicht Nischen- und Randfiguren. Der SVR-Bericht hätte gerade an dieser Stelle auch die Frage formulieren können, ob es eigentlich einen Übergang zwischen den »alten« und den »neuen« Formen der Prekarität in der ukrainischen Migration nach Deutschland gibt. Oder, anders gefragt: Werden nicht viele der ukrainischen Frauen im erwerbstätigen Alter nicht wiederum dort landen, wo sowieso schon »ukrainische« Beschäftigung existiert: so bspw. in privaten Haushalten oder in der Landwirtschaft? Mit Antworten auf diese Frage wird die Migrationsforschung sicherlich in den nächsten Jahren weiter beschäftigt bleiben.

Schork, Franziska/Loschert, Franziska/Kolb, Holger (2022): »Zeitenwende« bei der Arbeitsmarktintegration? Teilhabe und Prekarität von Ukrainerinnen und Ukrainern am deutschen Arbeitsmarkt. SVR-Policy Brief 2022-3, Berlin.

»Against Borders«

Wie eine Welt ohne Grenzen gedacht und erstritten werden kann

LEON SCHLÜTER

»No Borders«, »Abolish all Camps«, »Freedom of Movement for all« – Forderungen wie diese haben in den letzten Jahren vor allem in den vielstimmigen Kämpfen der Migration eine konkrete Gestalt angenommen; sei es in den Kämpfen selbstorganisierter migrantischer Gruppen oder in den alltäglichen Akten der Missachtung, Verweigerung und Überschreitung von Grenzen (vgl. z.B. King 2016; Squire 2021). In den herrschenden öffentlichen Diskursen trifft man angesichts solcher Forderungen hingegen vielfach auf ein beredtes Schweigen. Die Institution der Grenze wird als gegeben vorausgesetzt und bleibt in der Regel unterhinterfragt. Sie wird als notwendig präsentiert, um das Verlangen nach Sicherheit und Ordnung zu befriedigen und den Wohlstand der »eigenen« Staatsbürger:innen zu sichern. Diese *Naturalisierung der Grenze* spiegelt eine gesellschaftliche Entwicklung wider, in der verschiedene Formen der Mobilitätskontrolle zunehmend zu einem allgegenwärtigen Bestandteil des täglichen Lebens werden.

Konfrontiert mit einer solchen »Proliferation der Grenzen« (Mezzadra/Neilson 2013) ist das zentrale Argument von Gracie Mae Bradleys und Luke de Noronhas neuem Buch *Against Borders: The Case for Abolition* klar und deutlich: Es muss nicht so sein – »borders harm us all, which is why we must all be committed to their abolition« (7). In einer beeindruckenden *Tour de Force* zeigen Bradley und de Noronha, dass Grenzen nicht nur rassistische und koloniale Gewaltverhältnisse reproduzieren und oftmals die Orte sind, wo neue Formen der staatlichen Kontrolle und Überwachung erprobt werden. Sie zeichnen auch nach, wie Grenzkontrollen bis in unsere intimsten Beziehungsweisen hineinreichen und unsere Vorstellungen von Familie und Freundschaft, den Zugang zu Gesundheits- und Sozialleistungen oder Arbeits- und Wohnverhältnisse bestimmen. Im Anschluss an abolitionistische Arbeiten (für einen Überblick: Loick/Thompson, Hg. 2022) fragen Bradley und de Noronha, wie eine Welt ohne Grenzen gedacht *und* erstritten werden kann. Was von den beiden als »border abolition« bezeichnet wird, erschöpft sich dabei nicht in der

Aufhebung oder Aussetzung von Grenzkontrollen. Es handelt sich um eine revolutionäre Politik, in deren Zentrum der Kampf für die Ausdehnung und Vertiefung der Bewegungsfreiheit aller steht. Es geht um nichts Geringeres als um die Transformation aller gesellschaftlichen Verhältnisse, vor deren Hintergrund Grenzen und Mobilitätskontrollen notwendig erscheinen (10).

Ihr Argument entwickeln Bradley und de Noronha über sieben (von insgesamt acht) Kapitel, die gleichzeitig als kompakte Einführungen in die multiplen Verschränkungen zwischen Grenzregimen einerseits und *Race*, Geschlecht, Kapital, Polizei, Terrorismusbekämpfung, Datenbanken und Algorithmen andererseits gelesen werden können. Dabei suchen sie den Blick weg von den Szenen spektakularisierter Gewalt zu lenken, die mit Ortsnamen wie Melilla, Evros oder Lesbos überschrieben sind, und stattdessen den Blick für die alltägliche Gewalt von Grenzkontrollen zu öffnen. Denn die Fixierung auf militarisierte, physische Grenzanlagen, argumentieren sie, drohe nicht nur diese alltägliche und langsame Gewalt zu normalisieren; sie laufe auch Gefahr den grundlegend *produktiven Charakter* von Grenzen zu verkennen, welche von den Autor:innen als zunehmend beweglich, flexibel und im digitalen Raum operierend beschrieben werden (122f.). Exemplarisch lässt sich dies anhand ihrer Diskussion des Nexus zwischen Grenzen und Praktiken des Polizierens nachvollziehen.

So werden Grenzen und Strafsysteme von Bradley und de Noronha als »connected forms of racist state violence« begriffen (75). Während die Figur des »kriminellen Ausländers« (typischerweise in einer explizit vergeschlechtlichten Form) oftmals mobilisiert wird, um die Verschärfung von Grenzkontrollen zu rechtfertigen, werden Migrant:innen entlang rassifizierter Linien als Kriminelle konstruiert und zu einer bevorzugten Zielscheibe von Polizeigewalt gemacht. Beiden – Migrant:innen und jenen, die als Kriminelle gebrandmarkt werden – werden grundlegende staatsbürgerliche Rechte vorenthalten (ebd.). Diese Verbindungslinien anzuerkennen, argumentieren Bradley und de Noronha, heißt auf Dichotomisierungen zu verzichten, welche »unschuldige Migrant:innen« mit »echten Kriminellen« kontrastieren; wie zum Beispiel in dem Slogan »Migration ist kein Verbrechen«. Anstatt eine Seite gegen die andere auszuspielen, ginge es vielmehr darum, den Kampf für die Abolition von Grenzen und den Kampf für die Abolition des Strafsystems als Teil ein und desselben politischen Projekts zu begreifen. Konkret könnte dies bedeuten, mit der Frage zu beginnen, welche Strategien und Argumente auch für kriminalisierte Menschen, die sich im Fadenkreuz des Grenzregimes befinden, Gültigkeit besitzen (76). Ein Beispiel hierfür wären Kampagnen für die Abschaffung von Charter-Abschiebeflügen, deren (vermeintliche) Notwendigkeit oft mit Verweis auf die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung begründet wird. Eine Beendigung dieser Praxis käme nicht nur

jenen mit einem Vorstrafenregister zugute, sondern allen die vom Grenzregime als abschiebbar konstruiert werden (vgl. auch De Genova 2002).

Wie die letzten Ausführungen bereits andeuten, wird »border abolition« hier nicht nur als eine kritische Linse auf die vielfältigen gewaltvollen Bestimmungen und Beziehungen des Grenzregimes verstanden. Den Autor:innen zufolge ist »border abolition« zuallererst eine radikale politische Orientierung, die der Transformation des Bestehenden verpflichtet ist (162). Es ist eine Methode, die ihre eigentliche Bedeutung erst in der politischen Praxis gewinnt (vgl. Gabriel 2022). In diesem Sinne schreiben Bradley und de Noronha, dass im Zentrum einer abolitionistischen Politik die Identifizierung dessen stehen sollte, was sie als *nicht-reformistische Reformen* bezeichnen (11). Die Unterscheidung zwischen reformistischen und nicht-reformistischen Reformen geht auf André Gorz zurück, der diese in den 1960er Jahren formulierte, um die verhärtete Frontstellung zwischen Reform und Revolution in der Arbeiter:innenbewegung zu unterlaufen (Gorz 1967). In Bezug auf Grenzen definieren Bradley und de Noronha nicht-reformistische Reformen als »changes in the here-and-now that can reduce the power and permanence of borders« (11). Im Gegensatz zu reformistischen Reformen geht es dabei nicht um eine Rekalibrierung des Status Quos, sondern um die Eröffnung eines Raums, in dem weitere strukturelle Veränderungen möglich gemacht werden. Ausführlich entwickelt wird diese Unterscheidung im abschließenden achten Kapitel des Buches. Dort wird aufbauend auf der Arbeit von abolitionistischen Gruppen wie *Critical Resistance* eine Heuristik zur Differenzierung beider Reform-Typen präsentiert und anhand einer Reihe von Fallbeispielen eindrücklich illustriert. So werden etwa technologiegestützte Maßnahmen, welche Mobilitätskontrollen standardisieren und den Einfluss rassistischer Vorurteile reduzieren sollen, als reformistische Reformen lesbar gemacht. Letztlich würden dadurch nur mehr Ressourcen in das Grenzregime fließen und dessen Kapazitäten zur Überwachung und Kontrolle von Migrationsbewegungen weiter ausgebaut. Demgegenüber werden Forderungen für einen universellen Zugang zu grundlegenden Gütern und Dienstleistungen (z.B. Gesundheitsleistungen) unabhängig von dem Aufenthaltstitel als Beispiel für eine nicht-reformistische Reform angeführt. Forderungen wie diese stellen die Vorstellung in Frage, dass Rechte nur auf Grundlage eines formell anerkannten Status eingefordert werden können; sie sind, wie Bradley und de Noronha überzeugend darlegen, wesentlicher Teil einer abolitionistischen Politik.

Obwohl es sich um ein relativ kurzes Buch handelt, ist das zentrale Anliegen, das *Against Borders* verfolgt, weitreichend und radikal in seinen Konsequenzen. Es verbindet eine rigorose Analyse der gewaltsamen Verstrickungen des Grenzregimes mit einem eindringlichen Plädoyer für eine Welt, in der Grenzen obsolet sind. Unterlegt wird die Dringlichkeit dieses Anliegens mit zwei literarischen Zwischenspielen, die

das letzte Kapitel des Buches einrahmen. Dort wird die Dystopie einer Welt mit immer feinmaschigeren Mobilitätskontrollen und intensivierten Formen der Ausbeutung mit der Vorstellung einer Welt kontrastiert, in welcher der gesellschaftliche Reichtum auf eine befriedigendere Weise geteilt wird und die Bewegungsfreiheit aller zu einer gelebten Realität geworden ist. Zuweilen kann bei der Lektüre des Buches der Anschein entstehen, dass das, was von den Autor:innen beschrieben wird, eine »win-win-win« Situation wäre, die allen zugutekäme – als ob eine Politik für die Abolition von Grenzen nicht mächtige Interessen und Akteure überwinden müsste (Heller/Pezzani/Stierl 2019: 58). Letztlich machen die beiden jedoch immer wieder deutlich, dass die Aussicht Fortschritte zu erzielen, am Ende von der Fähigkeit abhängt, sich kollektiv zu organisieren und verschiedene soziale Kämpfe zusammenzuführen – *entgegen* institutionalisierten Formen der Gewalt. Dass es dafür vielfältige Anknüpfungspunkte gibt, so legen Bradley und de Noronha nahe, bezeugen eindrucksvoll die Klimaproteste der letzten Jahre, die Massenmobilisierungen durch Black Lives Matter und nicht zuletzt die Hartnäckigkeit derjenigen, die dem Grenzregime täglich trotzen (vgl. Mezzadra 2020: 433f.). *Against Borders* ist ein kühnes und stringent argumentierendes Buch, das dazu aufruft über die Grenzen hinaus zu denken, die diese Welt zerstückeln und festzulegen versuchen, wer wir sind.

Gracie Mae Bradley / Luke de Noronha (2022): *Against Borders. The Case for Abolition*. London: Verso, 184 Seiten.

LITERATUR

- De Genova, Nicholas (2002): Migrant ›Illegality‹ and Deportability in Everyday Life. In: *Annual Review of Anthropology* 31. 419–447.
- Gabriel, Kay (2022): Abolition as Method. In: *Dissent*. URL: dissentmagazine.org [14.12.2022].
- Goetz, André (1967): *Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus*. Hamburg.
- Heller, Charles / Pezzani, Lorenzo / Stierl, Maurice (2019): *Towards a Politics of Freedom of Movement*. In: Jones, Reece (Hg.): *Open Borders. In Defense of Free Movement*. Athens, GA. 51–76.
- King, Natasha (2016): *No Borders. The Politics of Immigration Control and Resistance*. London.
- Loick, Daniel / Thompson, Vanessa E. (Hg.) (2022): *Abolitionismus. Ein Reader*. Frankfurt am Main.
- Mezzadra, Sandro / Neilson, Brett (2013): *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*. Durham, NC.
- Mezzadra, Sandro (2020): Abolitionist Vistas of the Human. *Border Stuggles, Migration and Freedom of Movement*. In: *Citizenship Studies* 24 (4). 424–440.

Squire, Vicki (2021): Unruly Migrations, Abolitionist Alternatives. In: Behemoth 14 (3). 14–24.

»Integrationsregime in der Arbeitswelt«

Ein Plädoyer für die Überwindung des neoliberalen Integrationsparadigmas

STEFANIA ANIMENTO

In Zeiten von multiplen Krisen und gesellschaftlichen Erschütterungen wird von vielen Seiten auf ein neues Verständnis von Migration, Mobilität und gesellschaftlichem Miteinander gehofft. Die kritische Migrations- und Grenzforschung ist aktiv daran beteiligt, dominante Erkläruster in Frage zu stellen und Wissen zu generieren, das ermöglichen soll, radikale Forderungen formulieren zu können. Dabei wird das Konzept der Integration, das nun seit Jahrzehnten die dominante Perspektive auf Migration in den institutionellen und politischen Sphären darstellt, schon lange kritisiert, dekonstruiert und abgelehnt (Hess 2009).

Doch gerade wenn man behaupten könnte, dass das Integrationsparadigma nun endgültig überwunden sei, scheint dessen erklärendes Potential so groß zu sein, dass der Diskurs um Integration immer wieder aktiviert werden kann. Anlässe können sehr unterschiedlich sein, von einer zeitlich und räumlich abgrenzbaren Episode wie die Ausschreitungen an der Silvesternacht 2022 im Berliner Viertel Neukölln (Bojadžijev/Celikates 2022) bis hin zu den neuen Massenfluchtbewegungen, die Deutschland in dem letzten Jahrzehnt erreicht haben (Fontanari 2022).

In der Integrationsdebatte spalten sich Wissenschaft, Medienlandschaft und Politik diskursiv immer wieder in zwei Teile. Die einen entscheiden sich für das (hier vereinfachte) Argument »Migrant*innen sind gut«, oder, in der wirtschaftlich-orientierten Version, »wir brauchen Migrant*innen«. Die anderen vertreten die rechte bis rechts-extremistische Position, die derzeit zunehmend stark prosperiert, nach der Migration abgelehnt wird und Migrant*innen kriminalisiert und abgeschoben werden sollen.

Das Buch »Integrationsregime in der Arbeitswelt – Eine Ethnographie migrantischer Praktiken der Selbstständigkeit in Norditalien«, verfasst von Marika Pierdicca, wendet sich gegen die Wiederbelebung des Integrationsparadigmas, unabhängig davon, um welchen Standpunkt es geht. Durch ihre detaillierte und vielfältige Forschungsarbeit demonstriert die Autorin, dass sich in der Integrationsdebatte zu positionieren, ohne deren Grundlagen radikal infrage zu stellen, bedeutet, trotz guter

Absichten ein auf Differenzierung, Rassifizierung und Diskriminierung beruhendes Integrationsregime zu affirmieren (S. 333).

Das Buch basiert im Wesentlichen auf einer Ethnographie migrantischer Selbstständigkeit, die zwischen 2012 und 2014 in Norditalien (in den Provinzen Mailand, Bergamo, Pavia und Brescia) mit überwiegend rumänischen Unternehmer*innen durchgeführt wurde. Pierdicas Arbeit versteht sich allerdings als *concept work*, bzw. als Zusammenstellung verschiedener empirischer und konzeptueller Elemente, die eine grundlegende Problematisierung des Integrationsbegriffes im Foucaultschen Sinne ermöglichen. Anstatt die Frage zu stellen, ob und wie Migrant*innen integriert seien, wird Integration selbst zum Problem der Forschung gemacht (S. 39).

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert und enthält drei voneinander getrennte Komponenten:

- 1) eine theoretische Einrahmung, durch die das Integrationsregime theoretisch verortet wird (Kap. I);
- 2) eine Genealogie der Migrations- und Integrationspolitiken in Italien seit den 1980er Jahren (Kap. II und III);
- 3) die Ethnographie, in der die Ausarbeitung der Hauptthesen des Buches empirisch dargelegt wird (Kap. IV bis VII).

Die Arbeit, die erfreulicherweise Open Access veröffentlicht wurde, bietet eine gelungene Grundlage für eine effektive Überwindung des Integrationsparadigmas. Sie belegt wissenschaftlich, politisch und empirisch, dass Integration nicht als eigenständiger gesellschaftlicher Prozess, sondern u.a. als auf Widersprüchen beruhendes Subjektivierungsregime (41ff., 361ff.), »Scheindiskurs« (176ff.), und Performanz (Kap. IV) zu verstehen ist. Dadurch erzielt die Autorin eine »Verkomplizierung der Integrationsforschung« (414). Pierdicas Arbeit beleuchtet das komplexe machtpolitische Gefüge, in dem Integration als Erklärung entstanden ist und dekonstruiert damit die These, dass man von Integration als einem neutralen gesellschaftlichen Prozess sprechen könne. Sie analysiert jedoch eine Vielzahl von kontingenten Praktiken, Diskursen, Strategien und Narrativen, die sich im neoliberalen Integrationsregime wechselseitig bedingen. Im Mittelpunkt steht dabei die Untersuchung der Subjektivierungsprozesse, die Migrant*innen adressieren und denen sie sich nicht vollständig entziehen können. Was sie jedoch tun können und tatsächlich tun, ist, ihre eigenen Praktiken und Lebensentwürfe der Autonomie innerhalb dieses Regimes auszuüben.

In den folgenden Kapiteln werden die Hauptargumente des Buches dargelegt und ihr Beitrag zum wissenschaftlichen Forschungsfeld sowie zu politischen Debatten und Auseinandersetzungen erläutert.

SUBJEKTIVIERUNG IM NEOLIBERALEN INTEGRATIONSREGIME: DIE AUFRUFUNG ZUR SELBSTSTÄNDIGKEIT

Die Arbeit bedient sich einer Vielfalt an theoretischen Ansätzen, vom Foucaultschen Konzept der Gouvernementalität (Foucault 1982) über das Prekarisierungskonzept von Isabel Lorey (Lorey 2012) und den Ansatz der Autonomie der Migration (Hess/Kasperek 2010; Labor Migration 2014) bis zur Rassismuskritik von Manuela Bojadžijev (2008). Dank der herausragend ausgearbeiteten theoretischen Einrahmung werden Neoliberalismus, Prekarisierung der Arbeit und des Lebens allgemein mit Migration verbunden. Die biopolitische Matrix der neoliberalen Imperative der Integration wird als konstitutiver Gegensatz zur nekropolitischen Ablehnung der Migration betrachtet. Im italienischen Migrationsregime darf das neoliberale Integrations(an)gebot mit der Akzeptanz des Todes im Mittelmeer koexistieren. Dabei wird durch Prozesse der differentiellen Inklusion anhand der Prinzipien der Integrabilität und Deportabilität entschieden, welche Gruppen wie behandelt werden sollen.

Die Analyse konzentriert sich auf das Erste (die Integrabilität) und definiert einen Integrationsbegriff, der sich als Subjektivierungsregime verstehen lässt, in dem sowohl Unterdrückung als auch Entfaltung gleichzeitig geschieht. Wie im methodologischen Kapitel (Kap. III) dargestellt, übersetzt sich das Integrationsgebot in einen Imperativ, unternehmerisch und selbstständig zu werden. Hier wird darauf verwiesen, dass Selbstständigkeit keineswegs auf eine juristische Formel zu beschränken sei. Vielmehr heißt Selbstständigkeit im Kontext der Migration, sich in die Arbeit und durch die Arbeit zu integrieren, ein aktives unternehmerisches Selbst zu entwickeln und von etwaigen Hilfeleistungen unabhängig zu sein. Integration als Subjektivierungsprozess ruft aktive Subjekte hervor, die durch die Aneignung von Marktprinzipien ihren individuellen Weg hin zu dem Platz schaffen, der für sie in der Gesellschaft vorgesehen ist. Unternehmerisch zu sein bedeutet für Migrant*innen nicht, an die Spitze der Gesellschaft zu kommen, sondern stellt das Minimum an Leistung dar, das von den zu integrierenden Subjekten erwartet wird.

Sich integrieren bedeutet zunächst zu verstehen, was die Gesellschaft von einem erwartet, um sich darauffolgend dem anzupassen oder genauer gesagt, »die Erwartungen einer Mehrheitsgesellschaft affektiv zu regulieren (siehe Kapitel V), als unternehmerisches Subjekt aufzutreten (siehe Kapitel VI) und differentielle Inklusionsdynamiken am Arbeitsmarkt erkennen und navigieren zu müssen (siehe Kapitel VII)« (S. 29).

Das Interessante der These von Pierdicca liegt darin, dass sie theoretisch und empirisch zeigt, dass der Integrationsprozess der Migrant*innen als Labor für den Aufbau

eines Arbeitsregimes dienen, das auf dem vom Staat losgelösten marktorientierten Unternehmertum beruht. Hier wird die Konzeptualisierung der autonomen Arbeit, die von postoperaistischen Autoren in den 1980er und 1990er Jahren entwickelt wurde, pointiert einbezogen. Bolognas und Fumagallis These der autonomen Arbeit der zweiten Generation (1997) besagt, dass sich seit dem Ende des Fordismus, auch dank der Forderungen von unten nach mehr Autonomie und Kreativität im Arbeitsleben eine Form der Selbstständigkeit etabliert hat, die, im Gegensatz zum Fordismus, nicht zur Sphäre des Besitzes, sondern zur Sphäre der Arbeit gehört. In anderen Worten wird autonom und unternehmerisch zu sein zunehmend verallgemeinert und »proletarisch«. Dieser Wandel lässt aber die kollektivierende Subjektivierungskultur der Arbeiterklasse hinter sich. Das migrantische Subjekt, durch multiple Formen der Prekarisierung betroffen, muss sich zunächst als fähig beweisen, mit diesem Wandel als Individuum umgehen zu können.

Allerdings bietet die neoliberale Subjektivierung den Migrant*innen auch Räume der Ermächtigung, wie Pierdicca in vielen Beispielen aus der ethnographischen Forschung entdeckt. Die Entscheidung der Forschungsprotagonist*innen, selbstständig zu werden, ist auch als Emanzipationsstrategie zu verstehen. Wie im Fall von Ionut, der sich der Überausbeutung durch den Arbeitgeber entzieht oder von Ioana, die vor der Entscheidung steht, einen befristeten Vertrag mit einem Arbeitgeber anzunehmen, der sie nicht respektiert und wertschätzt, oder sich selbstständig zu machen und etwas ganz Neues anzufangen und sich für die zweite Möglichkeit entscheidet. Beide Migrant*innen nehmen das Risiko der Selbstständigkeit in Kauf und üben die Flucht aus einem Arbeitsverhältnis, in dem sie lediglich Teil der rassifizierten Unterschicht sein können. Dafür übernehmen sie die performative Leistung der Integration, die im Folgenden erklärt wird. An dieser Stelle spielt die Perspektive der Autonomie der Migration eine zentrale Rolle, um das Integrationsregime mit der neoliberalen Prekarisierung der Arbeit in Verbindung zu setzen.

AFFEKTIVES AUFFANGEN IM INTEGRATIONSREGIME

Eine weitere innovative These des Buches ist die des »affektiven Auffangen[s] im Integrationsregime« (Kap. V). Hier wird ein bestimmtes Konzept der immateriellen Arbeit genutzt, das sich aus der Dialektik zwischen intellektuellen und politischen Kämpfen in Italien ab den 1970er Jahren speist. Dabei fällt die Figur von Sergio Bologna auf, dessen Konzeptualisierung von Autonomie die Verbindungslinie zwischen Arbeit, Reproduktion und politischem Kampf darstellt.

Das Konzept der immateriellen Arbeit ermöglicht wiederum, das Verständnis von Gefühlsarbeit, das durch die wegweisende Arbeit von Hochschild (1983) popularisiert worden ist, zu erweitern. Demnach ist affektive Arbeit nicht ausschließlich in Verbindung mit Sorgearbeit und anderen als kognitiv eingestuften Formen der Arbeit zu verstehen. Die Stärke Pierdiccas Ansatz liegt darin, dass sie sich auf der Suche nach Formen der affektiven Arbeit in Sektoren wie Bauwesen, Installation, Instandhaltung, Sanitär- und Gasinstallation, Asbestsanierung und kleinen Dienstleistungs- und Transportunternehmen macht. Sektoren, die auch in der wissenschaftlichen Literatur immer noch überwiegend auf Tätigkeiten der materiellen Verarbeitung reduziert werden. Die Auszüge aus den Interviews zeigen ein komplexeres Bild dieser Tätigkeiten, gerade wenn sie von Unternehmer*innen durchgeführt werden, bei denen ein großer Aufwand für die Erbringung bestimmter performativer Leistungen betrieben wird. Dabei zeigt sich, dass die Performanz der interviewten rumänischen Unternehmer*innen gar nicht darauf zielt, sich wie Italiener*innen zu verhalten oder als italienisch betrachtet zu werden, sondern sich eher als die »guten Migrant*innen« zu verkaufen, die mehr und härter als ihre einheimischen Peers arbeiten, dafür weniger Geld verlangen und trotzdem nicht angeben oder auffallen. Die interviewten Unternehmer*innen zeigen Bewusstsein und Beherrschung dieser Tätigkeiten und sind kompetent darin, sich und ihre signifikanten Anderen in einem hierarchisierten und rassifizierten Arbeitsregime zu verorten bzw. zu integrieren. Die Anerkennung, dass gelebte Integration als Performanz zu verstehen ist, erbringt meines Erachtens einen starken Beitrag für die Überwindung des Integrationsparadigmas, indem sie Illusionen über die Möglichkeit einer »authentischen« Forderung nach Integration obsolet macht (vgl. Bojadzije/Celikates 2022).

RASSISMUS UND WIDERSTAND IM NEOLIBERALISTISCHEN INTEGRATIONSREGIME

Dass die Forschungsprotagonist*innen »multiple Diskriminierungsformen beherrschen« und »sie nach Bedarf reproduzieren können« (337) ist ein Beweis dafür, dass die rassistische und diskriminierende Normierung, die im Integrationsgebot enthalten ist, in alle Richtungen strahlt. Sich zu integrieren heißt demnach auch, rassistische Muster benutzen (zu müssen), um sich als integrierter zu zeigen als die anderen bzw. wie von der Autorin ausgedrückt, »anders als die anderen Anderen« zu sein (425). Die Erzählung der eigenen Erfolgsstory ist mit der Abwertung anderer Migrationsgeschichten verknüpft, die als gescheitert oder weniger leistungsfähig beschrieben werden. Die detaillierte Beschreibung der multiplen Grenzziehungen, durch die sich die

Forschungsprotagonist*innen von den später migrierten rumänischen Migrant*innen, marokkanischen oder italienischen Arbeiter*innen distanzieren, zeigt diesen Prozess der Subjektivierung im rassistischen Integrationsregime.

Im strategischen Essentialismus verhaftet, verbleiben die Narrativen in einem Rahmen der Konkurrenz und der Individualisierung, die die Kollektivierung der eigenen Migrationsbiografie stark begrenzt. Integration bestätigt sich als Differenzierungsprozess, der Solidarisierung erschwert (64). Die Forschungsprotagonist*innen bewegen sich innerhalb des Integrationsregimes, versuchen es zu ihren Gunsten umzudrehen, stellen es aber nicht in Frage, sondern entwickeln ihre eigenen individualisierten Strategien, passen sich dabei jedoch dem dominanten neoliberalen Ethos an. Es stellt sich die Frage, wie kollektiver Widerstand auf diesen individuellen Wegen aufgebaut werden könnte. Wiederum demonstriert Pierdiccas Forschung, dass das neoliberale Integrationsregime letztendlich erfolgreich war, um einen Klassenkompromiss zwischen den »integrierbaren« Migrant*innen und dem italienischen Staat zu festigen. Die Forschung beantwortet jedoch nicht die Frage, wie die Narrative, Handlungen und Subjektivierungsprozesse derjenigen aussehen, die als »nicht integrierbar« gesehen werden und gleichzeitig aber nicht »deportierbar« sind, da sie über den Status der EU-Bürgerschaft verfügen, der ihnen Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit garantiert.

EU-MIGRATION ZWISCHEN FREIHEIT UND UNTERWERFUNG

Der Aspekt der EU-Bürgerschaft wird an verschiedenen Stellen des Buches angesprochen. Die Forschungsprotagonist*innen der Ethnographie sind überwiegend rumänische Migranten*innen (mit Ausnahme der interviewten Berater*innen). Da die Ethnographie nur einen Teil der Arbeit von Pierdicca darstellt, gelingt es der Autorin, Migration und Integration jenseits einer spezifischen Nationalität auszuarbeiten. Dennoch wäre es wünschenswert gewesen, dass die Analyse sich mutiger mit dem Beitritt Rumäniens zur EU auseinandersetzt, trotz des Risikos, sich einer Kritik des methodologischen Nationalismus auszusetzen. Meines Erachtens bietet eine Untersuchung der Arbeits- und biographischen Narrativen der rumänischen Forschungsprotagonist*innen sehr spannende Erkenntnisse für die kritische Migrationsforschung, da sie nach Italien als Drittstaat-Migrant*innen eingereist sind und schließlich 2007 zu EU-Migrant*innen wurden. Eine vertiefte Analyse dieses Überganges könnte zeigen, wie sich die Einführung der Freizügigkeit auf ihr Leben und ihren Alltag ausgewirkt hat und was das für ihre Perspektiven auf Migration, Rückkehr, Haushalt und Familie bedeutet hat. Auf diese Fragen wird nur teilweise eingegangen, etwa wenn hervorge-

hoben wird, dass rumänische Migrant*innen nach dem EU-Beitritt mit einer Kriminalisierungswelle durch die Medien und Politik konfrontiert wurden, durch die ihre Legitimierung als »integrierbare« Migrant*innen diskreditiert wurde.

In Bezug auf das Konzept der differentiellen Inklusion wird außerdem festgestellt, dass rumänische Migrant*innen mit der Einführung der Freizügigkeit zwar nicht mehr deportierbar sind, aber dafür habe sich ihr Zugang zu sozialen und gesundheitlichen Leistungen erschwert (S. 366). Im Kapitel VII wird das Regime der EU-Binnenmigration aus der Perspektive von Sozialarbeiter*innen verschiedener Beratungsstellen thematisiert. Hier werden sehr interessante Aspekte beschrieben, vor allem die Widersprüche, Sackgassen und Gesetzlücken, die das Regime der differentiellen Inklusion am Beispiel der rumänischen bzw. EU-Migrant*innen in Italien in Gange setzen. Entgegen den Erwartungen erscheint der Beitritt in die EU für viele rumänische Migrant*innen nicht als Vorteil, sondern als erhöhter Druck auf ihre Arbeits- und Integrationsperformanz.

Außerdem wird gezeigt, wie der Zugang zu Ressourcen durch das Zusammenkommen des Wohnsitzes und die Prekarisierung von Arbeit für die zu EU-Migrant*innen gewordenen rumänischen Protagonist*innen erschwert wird. Der Berater der Caritas erzählt, dass sich die Praxis etabliert hat, dass Migrant*innen den Behörden für die Anmeldung einen Arbeitsvertrag vorlegen müssen. Gleichzeitig werden sie vom Arbeitgeber nach Ausweis und Meldebescheinigungen gefragt, um einen Arbeitsvertrag zu erhalten (369ff.). Schließlich scheint sich ein lokales informelles Grenzregime herausgebildet zu haben, nach dem Migrant*innen einerseits oft nur illegalisierte Arbeit angeboten wird, ihnen andererseits aber trotz Arbeit der Zugang zu sozialen Rechten verwehrt wird. Die Entstehung lokaler Mechanismen der differentiellen Inklusion von EU-Bürger*innen wird auch in meiner eigenen Forschung über den Zugang zu Wohnraum und Arbeit für italienische Migrant*innen in Berlin deutlich (Animento 2019). Hier erweist sich der Zugang zur Anmeldung als ein zentrales Element der differentiellen Inklusion/Exklusion, das jedoch stärker mit dem zunehmend umkämpften Wohnungsmarkt verbunden ist und die Prekarität der Neuangekommenen verstärkt (Animento 2019). In der Untersuchung über rumänische Migrant*innen in Norditalien sind, ähnlich wie bei italienischen Migrant*innen in Berlin, eigene Ressourcen und individuelle Stärke die Voraussetzung dafür, dass sie sich als legitime Migrant*innen präsentieren dürfen, die auch bleiben können, selbst wenn sie formal zum Aufenthalt berechtigt sind (369).

Die Auswirkungen der Einführung der Freizügigkeit zeigen kontraintuitive Aspekte, die umso interessanter sind, um zu verstehen, was passieren könnte, wenn eine radikale Forderung nach Freizügigkeit tatsächlich umgesetzt werden könnte. Es kann vorsichtig argumentiert werden, dass Freizügigkeit ohne universellen Zugang zu so-

zialen Rechten und im neoliberalen Regime die rassifizierte und klassistische Differenzierung von Migrant*innen nicht eliminieren würde.

MIGRATIONS- UND INTEGRATIONSPOLITIKEN IN ITALIEN

Abschließend möchte ich auf die Kapitel II und III verweisen, die eine detaillierte Genealogie der Integrations- und Migrationspolitik in Italien bieten. Dabei wird auf die Gesetzgebung, die relevanten Akteur*innen und wichtigste Dynamiken eingegangen. Die italienische Integrationspolitik begann in den 1980er Jahren, als sich das Land noch hauptsächlich als Auswanderungsland verstand. Infolgedessen richtete sich das Foschi-Gesetz, das 1986 erstmals die Migration regulierte, sowohl auf italienische Arbeitskräfte im Ausland als auch auf migrantische Arbeitskräfte im Inland; damit wurde der Fokus auf den Zugang zu sozialen Rechten und auf die Arbeitssituation gelegt. In der Folgezeit wurde schrittweise ein Integrationsregime aufgebaut, dessen Entwicklung parallel zur Europäisierung des Grenzregimes und zur Neoliberalisierung des Arbeitsmarktes verläuft.

Der politische Rechtsruck, der in Italien in den 1990er Jahren mit Einstieg Silvio Berlusconi in die politische Landschaft begann, führte dazu, dass das erste Integrationsgesetz, das so genannte Bossi-Fini-Gesetz von 2002, in weiten Teilen bereits Ausdruck rechtspopulistischer Politik war. Schon damals zeigte sich eine enge Verbindung zwischen autoritärer Migrationspolitik und neoliberalen Arbeitsmarktreformen, die mit dem Biagi-Gesetz von 2003 die neoliberale Prekarisierung der Arbeitsmärkte weiter festgeschrieben wurde.

Pierdiccas These nach trägt die Entwicklung einer dualen Migrationspolitik – einerseits mit der nekropolitischen Kondition der Deportabilität, andererseits mit der biopolitischen Kondition der Integrabilität – zur Produktion des Subjektes der migrantischen Arbeitskraft bei, das bei der Durchsetzung der Prekarisierung der Arbeit einen Puffer gegenüber der nicht-migrantischen arbeitenden Bevölkerung bildet. Durch die Verbindung von Migrations- und Arbeitspolitik werden Migrant*innen als Versuchsgruppe für Prozesse der multiplen Prekarisierung zur Verfügung gestellt.

Die Kapitel über Integrations- und Migrationspolitik stellen eine wichtige Ressource und Grundlage für vergleichende Arbeiten dar, die sich aus einer kritischen migrationswissenschaftlichen Perspektive mit einer italienischen Fallstudie auseinandersetzen wollen. Leider bleiben sie etwas losgelöst von dem ethnographischen Teil. Ein direkter Bezug auf die Interviewpassagen, die sich direkt auf integrationspolitische Ereignisse beziehen, wäre wünschenswert gewesen, um den Zusammenhang zwischen staatlicher Politik und Migrationsautonomie zu verdeutlichen.

EMPFEHLUNG

Das Buch *Integrationsregime in der Arbeitswelt* von Marika Pierdicca bietet sowohl eine scharfe Kritik am Integrationsparadigma als auch eine innovative Sicht auf migrantische Selbstständigkeit jenseits des Ansatzes des *ethnic business*. Die Autorin zeigt dank der theoretischen, genealogischen und ethnographischen Dimensionen der Untersuchung, dass Migrant*innen Strategien, Handlungen und Performanzen *both against and within* des Integrationsregimes aushandeln. Pierdicca schafft es, die Perspektive der Migrant*innen ins Zentrum ihrer Arbeit zu stellen, und vermeidet dadurch, sie als Opfer darzustellen. Dem Buch gelingt es außerdem, die Kritik am Neoliberalismus und an der Regierungsführung eng mit kritischen Migrations- und Grenzforschungen zu verbinden und bietet deshalb eine zentrale Ressource für Wissenschaftler*innen, die sich in diesen Wissensbereichen bewegen.

Doktorand*innen und Nachwuchswissenschaftler*innen, die vor der Aufgabe stehen, die eigene Dissertation zu schreiben oder sie in eine Publikation umzusetzen, wird die Lektüre des Buches empfohlen. Der Aufbau des Buches ist sehr eng an das Dissertationsformat angelehnt, was die Lektüre etwas mühsam macht. Allerdings ist das Buch auch thematisch gut strukturiert, sodass es sich als ideale Ressource für Lehre und Recherchearbeit eignet.

Schließlich ist das Buch, insbesondere das Kapitel VII, auch als Grundlage für Selbstreflexion und Weiterbildung von Akteur*innen aus der Praxis, vor allem für Beratungsstellen und aktivistische Organisationen, die sich mit den Themen Migration und Arbeit beschäftigen, relevant.

AUSBLICK

Die Analyse des Bestehenden, die sich durch das gesamte Buch zieht, wird durch ein kurzes Schlusskapitel abgeschlossen, in dem eine radikale Forderung nach der gesetzlichen Verankerung der Freizügigkeit (*ius migrandi*) erhoben wird. Als theoretische Grundlage werden die Konzepte der Commons und der Conviviality erwähnt. Leider muss festgestellt werden, dass eine solche Forderung gegenwärtig in der Sphäre der Utopie verbleibt, da sich gerade weder ein Subjekt herausbildet, das sie erheben will, noch die Bedingungen gegeben sind, um ein solches Gesetz irgendwo auf der Erde in Kraft treten zu lassen. Auch die ethnographische Forschung zu migrantischen Unternehmer*innen bietet kaum Anhaltspunkte für kollektive Subjektivierungsprozesse. Allerdings gibt es einen »Protagonismus der Migrant*innen«, der, wenn auch individualistisch, in den zitierten Arbeitsnarrativen auftaucht und der in Italien sicherlich in

den kollektiven Arbeitskämpfen in Bereichen wie Landwirtschaft und Logistik zum Ausdruck kommt. Auch die Wiederbelebung anti-rassistischer Bewegungen aufgrund der dramatischen Zunahme von Morden und Anschlägen mit rechtsextremistischem Hintergrund, die in den vergangenen Jahren auf rassifizierte Menschen ausgeübt wurden, ist ein Beleg dafür, dass die neoliberale Anrufung zum unternehmerischen Selbst aus der Ferne nicht genügt, um die migrantischen Arbeitskräfte vollständig zu unterwerfen.

Unbeantwortet bleibt jedoch die Frage, was aus einer hypothetischen Überwindung des neoliberalen Paradigmas entstehen könnte, und wie die im Buch präsentierten Auseinandersetzungen der migrantischen Arbeiter*innen mit Selbstständigkeit und Unterwerfung zu Forderungen nach einer Überwindung des Integrationsregimes führen können. Die gegenwärtige Phase mit einer offenen rechtsextremistischen Regierung, die nationalistische, rassistische, antifeministische und neoliberale Politiken zusammenbringt, deutet auf eine Zuspitzung der Verhältnisse zwischen sozialen Bewegungen jeglicher Couleur und staatlichen Institutionen hin. Sicherlich bietet der Blick auf Italien aus der Perspektive der deutschsprachigen kritischen Migrations- und Grenzforschung Anreize, mögliche Tendenzen auf beiden Seiten frühzeitig zu erkennen und zu analysieren. Das Buch *Integrationsregime in der Arbeitswelt* von Marika Pierdicca stellt dabei einen sehr guten und gelungenen Beitrag dar, um die transnationale Kritik an den herrschenden Zuständen voranzutreiben.

Pierdicca, Marika (2022): *Integrationsregime in der Arbeitswelt - Eine Ethnographie migrantischer Praktiken der Selbstständigkeit in Norditalien*. Münster: Büchner, 452 Seiten (Open Access).

LITERATUR

- Animento, Stefania (2021): *Bringing Movement into Class Analysis. The Case of Young Italian Migrants Living in Berlin*. E-Doc Server HU Berlin.
- Bojadžijev, Manuela (2008): *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*. Münster.
- Bojadžijev, Manuela / Celikates, Robin (2022): *Spaltung von oben. Zur anti-demokratischen und rassistischen Logik der Integration*. *Geschichte der Gegenwart*. geschichte-dergegenwart.ch.
- Bologna, Sergio / Fumagalli, Andrea (Hg.) (1997): *Il lavoro autonomo di seconda generazione. Scenari del postfordismo in Italia*. Mailand.
- Fontanari, Elena (2022): *Germany, year 2020. The tension between asylum right, border control, and economy, through the imperative of deservingness*. In: *Migration Studies* 10 (4). 766–788

- Foucault, Michel (1982): The Subject and Power, in: Dreyfus, Hubert und Rabinow, Paul: Michel Foucault. Beyond Structuralism and Hermeneutics, Chicago. 208–228.
- Hess, Sabine / Binder, Jana / Moser, Johannes (Hg.) (2009): No Integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld.
- Hess, Sabine / Kasperek, Bernd (Hg.) (2010): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa. Berlin 2010.
- Hochschild, Arlie (1983): The managed heart: Commercialization of human feeling. Berkeley.
- Labor Migration (Hg.) (2014): Vom Rand ins Zentrum. Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung. Berlin.
- Lorey, Isabell (2012): Die Regierung der Prekären. Mit einem Vorwort von Judith Butler. Wien/ Berlin.

»Etablierte Provisorien«

Lokale Regierung von Geflüchteten durch Raum, Zeit und Moral

SYLVANA JAHRE

Wie werden Flucht und Geflüchtete lokal verhandelt? Wie beeinflussen räumliche, zeitliche und moralische Variablen und Aushandlungen die Bedingungen für Geflüchtete beim Ankommen in einer Stadt? Welche Spannungen, Ambivalenzen und Kämpfe gehen damit einher? Welche Rolle spielt dabei die Unterbringung Geflüchteter in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften? Warum kann von unterschiedlichen Zeitlichkeiten im lokalen Migrationsregime gesprochen werden? Und wie beeinflussen moralische Diskurse die konkrete Ausgestaltung lokaler Regierung von Migration? Dies adressiert Philipp Schäfer sowohl theoretisch als auch empirisch fundiert am Fall Leipzig rund um das Jahr 2015, dem sogenannten Sommer der Migration. Philipp Schäfer arbeitet die zentrale Ambivalenz des Migrationsregimes heraus, einerseits provisorisch und nur auf kurze Dauer gestellt zu sein, andererseits aber ebene Provisorien zu etablieren.

Als Provisorium versteht Philipp Schäfer in Anlehnung an die kontingenztheoretische Philosophie Hans Blumenbergs (2011: 60) eine permanente Vorläufigkeit im Umgang mit Geflüchteten; eine Möglichkeit, die Krisenmodi der lokalen Regierung von Migration nicht als Ausnahme zu sehen, sondern sie auf ihre Regelmäßigkeit hin zu überprüfen (vgl. Schäfer 2022: 15). Um dies greifbar zu machen, bedient sich Philipp Schäfer dreier Dimensionen des Provisorischen: Raum, Zeit & Moral, anhand derer das empirische Material aufgearbeitet wurde und die im Folgenden des Buches die zentralen Kategorien der Betrachtung darstellen.

Der analytische Rahmen der Arbeit bildet die Migrationsregime-Perspektive, die für die Erforschung der lokalen Regierung von Flucht & Geflüchteten fruchtbar gemacht wurde (vgl. Hinger et al. 2016). Diese Perspektive öffnet den Blick, die Stadt nicht als bloßen Container zu sehen, sondern die zahlreichen Verflechtungen auch über die Stadt hinaus sichtbar und damit problematisierbar zu machen. Um Migrant*innen nicht zu bloßen Objekten ihrer Regulation zu machen, greift Philipp Schäfer auf aktivistische Arbeiten zurück, die die postnationale Dimension von Re-

gimen anhand von Grenzregimen hervorheben (vgl. Hess/Tsianos 2010: 252, zit.n. Schäfer 2022: 25). Die Grenze wird dabei sowohl als Praxis, als auch als Realität analysiert (ebd.), was sich nicht nur auf die EU-Außengrenzen, sondern eben auch auf Städte und ganz konkret auf Leipzig übertragen lässt.

MIGRATIONSREGIME ERFORSCHEN

Die Erforschung von Grenzregimen geht mit spezifischen Methoden einher. So nähert sich Philipp Schäfer ethnografisch, also durch teilnehmende Beobachtung, Interviews und die Sichtung zahlreicher Dokumente dem Feld an. Dabei werden die »Praktiken der Migration« (Hess/Tsianos 2010: 244, zit.n. Schäfer 2022: 37) fokussiert, also die Diskurse, Machtverhältnisse und Politikformen und nicht nur die »empirischen« Praktiken der Migrant*innen (ebd., Hervorhebung im Original). Philipp Schäfer reflektiert dabei die mitunter schwierigen Zugänge zu Personen, aber insbesondere auch zu Unterkünften. Seine Feldaufenthalte waren weniger geplant, sondern Gelegenheiten wurden ergriffen, wenn sie günstig waren (vgl. Schäfer 2022: 41). Die beschriebenen Schwierigkeiten reflektieren das sehr dynamische Feld, das sich selbst immer wieder neu ordnet (vgl. Schäfer 2022: 38). Weitere denkbare (ethische) Herausforderungen bei der Erforschung von lokalen Migrationsregimen und dem Umgang mit Geflüchteten, wie die eigene Positionalität (vgl. Njeri 2020) zu thematisieren und damit auch den Ausgangspunkt der Interpretationen sichtbar zu machen, aber auch der nicht eindeutige greifbare Nutzen für Geflüchtete, an Forschung teilzunehmen (vgl. Dantas/Gower 2020) bleiben offen. Philipp Schäfer gelingt es außerordentlich gut, die mannigfaltigen Stimmen seiner Forschung in der Arbeit zu Wort kommen zu lassen und er gibt sehr intensive Einblicke in sein Forschungstagebuch. Dabei zeigt sich an vielen Stellen, dass es kein einseitiges »Beforschen« und weit mehr als teilnehmende Beobachtung ist, sondern eingebettet in zahlreiche Gegenseitigkeiten.

ZWISCHEN KASERNIERUNG UND FÜRSORGE

Philipp Schäfer arbeitet sehr überzeugend heraus, wie sich das Provisorium als Steuerungsmodus der lokalen Regierung von Migration etabliert hat: die Räume der Gemeinschaftsunterbringung zeigen kontinuierliche, wie umkämpfte und provisorische Räume, durch die Mobilität von Geflüchteten in der Stadt geplant, gesteuert, ermöglicht sowie verhindert werden sollen (vgl. Schäfer 2022: 107). In dem das Provisorische auf Dauer gestellt wird, ergeben sich sowohl stabilisierende Funktionen der lo-

kalen Regierung von Geflüchteten als auch sehr dynamische Eigenschaften, die durch Konflikte im steten Wandel sind (ebd.). Ganz grundsätzlich zeigt die Arbeit die Bedeutung von Räumen, Orten und Grenzen für die Aushandlung von je spezifischen Migrationsverhältnissen (Pott 2018: 111 zit.n. Schäfer 2022: 51). Die historischen und theoretischen Grundlagen für die sogenannten Gemeinschaftsunterkünfte bilden Theorien der Kasernierung (Schäfer 2022: 55ff.) wie die Disziplinar- und Strafanstalt von Michel Foucault (1994), die totale Institution beschrieben von Erwin Goffman (1973), oder dem Lagers als »nómos« der Moderne von Giorgio Agamben (2002). Hier zeigt sich bereits, wie sich gesellschaftliche Veränderung räumlich manifestiert und durch bestimmte Mechanismen aufrecht erhalten wird.

Philipp Schäfer spürt den Mechanismen der Kasernierung nach, legt aber gleichwohl eine sehr differenzierte Betrachtung dar, denn das »institutionelle Ordnungssystem war nicht strikt regelhaft, sondern dynamisch« (Schäfer 2022: 63). Gleichzeitig haben Bewohner*innen der Unterkünfte sich Räume vielfach selbst angeeignet (ebd.), aber auch das Personal in den Unterkünften hat versucht, hierarchische Strukturen zu durchbrechen (ebd.). Hier verdeutlicht sich die zentrale räumliche Ambivalenz: Während die Unterkünfte für Geflüchtete eine Reihe der Merkmale von Kasernierung erfüllen, so beanspruchen sie und das dort arbeitende Personal gleichwohl eine Dienstleistungsfunktion, die über eine bloße Grundsicherung hinaus geht und gar als fürsorgerisch bezeichnet werden kann (vgl. Schäfer 2022: 64). In Anlehnung an Elena Fontanaris *threshold*, die Unterkünfte als Zwischenorte zwischen Segregation und räumlicher Integration und gleichwohl Instrument zur Steuerung räumlicher Mobilität von Geflüchteten definiert (vgl. Fontanari 2015), legt Philipp Schäfer den Fokus auf die Sozialarbeiter*innen in Unterkünften. Diese vermitteln nicht nur zwischen den räumlichen Skalen des Globalen und des Lokalen, sondern sind auch der räumlichen Segregation und sozialen Integration zwischengeschaltet (vgl. Schäfer 2022: 83).

Sehr eindrücklich beschreibt Philipp Schäfer die Spannungen und Konflikte zwischen der Dezentralisierung und einer Rezentralisierung bei der Unterbringung Geflüchteter in Leipzig. Eine zunehmende Kritik an Gemeinschaftsunterkünften ermöglichte gar eine diskursive Verschiebung, Gemeinschaftsunterbringung nun als defizitären Raum zu definieren und dezentrale Unterbringung und die Bedürfnisse der Bewohner*innen ins Zentrum zu stellen: »Der Dezentralisierungsplan produzierte einen Raum, den es so im öffentlichen Bewusstsein der Stadt nicht gab« (vgl. Schäfer 2022: 74). Mit den Entwicklungen vor und nach dem Jahr 2015 musste jedoch einem »raumpolitischen Pragmatismus« (Schäfer 2022: 82) Platz gemacht werden, der eine Neuaufwertung gemeinschaftlicher Unterbringung mit sich brachte. Mit dem Framing der »Krisensituation« (Stadt Leipzig 2012e, S. 2 zit.n. Schäfer 2022: 89) wird

letztlich die die »Renaissance der Massenunterkunft« (Schäfer 2022: 89) gerechtfertigt. Philipp Schäfer nutzt hier das Bild vom »Raumgreifen von Massenunterkünften« (Schäfer 2022: 97) bzw. vom »Raumgreifen des Provisorischen« (Schäfer 2022: 100). Philipp Schäfers Arbeit reiht sich in eine längere akademische Tradition ein, wissenschaftlich Kritik an der Unterbringung von Geflüchteten in Unterkünften auszuüben (siehe auch z.B. Arouna 2019, Blank 2021, Gliemann und Szypulski 2018, Kreichauf 2019, Pieper 2008, Täubing 2009, Werner 2020), die so lange weitergeführt werden wird, bis die Form der Unterbringung allenfalls temporär stattfindet und damit ein Provisorium bleibt. Anknüpfungspunkte für weitere Arbeiten ergeben sich vor allem zu Forschungen, die eine Ethik der Fürsorge (ethics of care) in der Stadt thematisieren (vgl. z.B. Rusenko 2018, Saltiel 2021). Fürsorge kann als Beziehung verstanden werden zwischen jenen, die *care* geben und jenen, die aufgrund von Vulnerabilität und Prekarität auf *care* angewiesen sind (vgl. Madanipour 2022: 17). Dies wiederum kreiert eine Hierarchie in der Beziehung und führt zu Abhängigkeiten. Es wäre daher spannend und sinnvoll für zukünftige Forschungen, feministische Literaturen, die eine Ethik der Fürsorge verhandeln, und die lokale Politik der Migration stärker zusammen zu denken.

ZWISCHEN DEM SELBSTLAUF DER BÜROKRATIE UND DER ZEIT DER MIGRATION

Die zeitliche Dimension der Migration ist neben dem Raum eine, die auch in der Migrationsforschung bereits Beachtung gefunden hat (Cwerner 2001; Griffiths et al. 2013; Griffiths 2014). Dabei werden immer wieder dichotome Kategorisierungen von Migrant*innen entweder als permanent oder temporär (vgl. King et al. 2006) vorgenommen. Hier zeigen sich bereits die Anknüpfungspunkte zur Arbeit Philipp Schäfers, zwischen Vorläufigkeit und Dauerhaftigkeit, zwischen Provisorium und Etablierung der Zugehörigkeit. Philipp Schäfer fasst das als Gleichzeitigkeit zweier unterschiedlicher temporaler Modalitäten (vgl. Schäfer 2022: 112): die Praktiken der Migration sowie die Versuche ihrer Kontrolle laufen in unterschiedlichen Geschwindigkeiten ab: »Die Regierung von Migration erweist sich demzufolge als Regierung von Zeit« (Schäfer 2022: 112). Während viele Arbeiten auf die »forced temporariness« (Griffiths et al. 2013, zit.n. Schäfer 2022: 113) hinweisen, oder auch konstatieren, wie sich dieser Zustand in eine »dauerhafte Vorläufigkeit« (Vosko et al. 2014) entwickelt, kann Philipp Schäfer anhand seines Materials noch eine weitere Dimension ergänzen. Es geht weniger um den Zustand des Temporären, sondern um die Geschwindigkeit. Das prozedurale Zeitregime bürokratischer Herrschaft, wie es für

das deutsche Asylsystem zutrifft, gerät in einen »Selbstlauf der Bürokratie« (Schäfer 2022: 121). Dieser dient insbesondere dazu, die Geschwindigkeit zu verzögern, mit der Geflüchtete in der Stadt ankommen, untergebracht und versorgt werden (vgl. Schäfer 2022: 125). Im existenziellen Warten, dem Geflüchtete ausgesetzt sind, findet diese Langsamkeit dann ihren Ausdruck (Cabot 2014 zit.n. Schäfer 2022: 125). Und die Schauplätze verzögerter, fremdbestimmter Zeit waren vor allem Unterkünfte (vgl. Schäfer 2022: 129). Hervorzuheben ist hier das dadurch entstehende Machtungleichgewicht zwischen jenen, die warten und jenen, die warten lassen und damit im Zeitvorteil sind (vgl. Schäfer 2022: 126). Gleichzeitig ergibt sich durch die Dimension des Wartens eine gewisse »Unterkontrolle« (Schäfer 2022: 130), ein sich selbst überlassen und mit zäher Langeweile konfrontiert sein (ebd.). Die Verzögerung, das Warten kann demnach als Instrument des Regierens von Migration (wie auch schon Panagiotidis/Tsianos 2007; Andersson 2014; Sontowski 2017 herausgearbeitet haben) und damit als Zeitregime (vgl. Schäfer 2022: 135) gefasst werden.

Demgegenüber steht für Philipp Schäfer die Zeit der Migration (137ff.), die von Langsamkeit und Ereignislosigkeit, über den Prozess der Flucht als jahrelanges Unternehmen, und die Wette auf die Zukunft, bis zu den vielen Disruptionen, von plötzlichen und gewaltvollen Momenten der Beschleunigung geprägt ist (vgl. Schäfer 2022: 137). Anknüpfend an Arbeiten zur Autonomie der Migration (vgl. Moulier Boutang 1993; Mezzadra 2011) spricht Philipp Schäfer von der temporalen Autonomie der Migration (vgl. Schäfer 2022: 138ff) und meint damit, dass sich Personen dem Rhythmus der Bürokratie entziehen und mitunter die Institutionen warten lassen (vgl. Schäfer 2022: 140). Während lokale Verwaltungen von Flucht den Anspruch auf Kontrolle der Mobilität von Menschen haben und dies zumindest temporär stilllegen will, so können turbulente Zeiten das Außerkraftsetzen eben dieser Kontrolle verdeutlichen. Am Beispiel des Herbsts 2015 veranschaulicht Philipp Schäfer sehr deutlich, wie zwischen dem Selbstlauf der Bürokratie und der Zeit der Migration ein so großes temporales Ungleichgewicht erwuchs, dass eine Anpassung der bürokratischen Zeitlichkeiten an die der Migration unausweichlich schien (vgl. Schäfer 2022: 147). Der Verwaltungsapparat erwies sich als zu langsam und zu komplex (vgl. Schäfer 2022: 149), hatte keine probaten Regierungstechniken für Krisenzeiten parat (vgl. Schäfer 2022: 152) und machte damit einer eigendynamischen Zeit der Migration Platz, die eben diese Regellosigkeit für sich zu nutzen wusste. Der Fokus auf Geschwindigkeiten scheint hier besonders fruchtbar hinsichtlich des Rhythmus von Geflüchteten, was aus einer intersektionalen Perspektive weitergedacht werden könnte (vgl. z.B. Reid-Musson 2018).

ZWISCHEN MITMENSCHLICHKEIT UND ANTI-HUMANITARISMUS

Die dritte Dimension des Migrationsregimes ist für Philipp Schäfer die Moral, eine mitunter sehr entscheidende Positionierung im Kräftefeld der lokalen Regierung von Migration (vgl. Schäfer 2022: 157). Aufgrund der fehlenden Bürger*innenrechte liegen generelle Diskurse, aber auch konkrete Entscheidungen häufig im Bereich »des guten Willens und des Moralischen« (Schäfer 2022: 158). Die Entwicklungen rund um das Jahr 2015 und die damit zusammenhängenden öffentlichen Diskurse um die humanitäre Aufnahme und Unterbringung Geflüchteter löste eine bisher unbekannte Welle der Hilfsbereitschaft aus (vgl. Schäfer 2022: 161) und wurde gleichzeitig zur öffentlichen Verhandlungssache (vgl. Schäfer 2022: 164). Im Rahmen dieser Entwicklungen konstatiert Philipp Schäfer für Leipzig einen »moral turn« (ebd.), in dem die humanitäre Anrufung von Mitmenschheit und Mitmenschlichkeit ein zentrales Motiv darstellte, mit dem der offenherzige Umgang und die tatkräftige Unterstützung von Geflüchteten in der Stadt eingefordert wurde (vgl. Schäfer 2022: 165). Gleichzeitig leitet sich im Anschluss an Liisa Malkkis eine klare wie wirkungsvolle Rollenverteilung ab: auf der einen Seite die bedürftigen Empfänger*innen und auf der anderen Seite die starken Geber*innen humanitärer Hilfe (vgl. Malkki 2015: 8 zit.n. Schäfer 2022: 172).

Eine weitere moralische Dimension, die Philipp Schäfer in seiner Arbeit schärft, ist die der moralischen Ökonomie (im Anschluss an Didier Fassin 2016). Verstanden wird darunter vor allem ein Ordnungssystem deren Währung die Dankbarkeit ist und für ehrenamtliches Engagement eine erhebliche Rolle spielt (Schäfer 2022: 172). Die daraus entstehenden sozialen Beziehungen sind keineswegs immer horizontal, sondern können hierarchische Momente und Konstellationen der Ungleichheit beinhalten (vgl. Schäfer 2022: 174). Hilfe der Hilfe wegen sei dabei eine »von Emotionalität getriebenen, egoistischen und daher wenig hilfreichen bis sogar hinderlichen Form der Geflüchtetenhilfe« (Schäfer 2022: 176). Demgegenüber stehe eine von zweckrationalen Überlegungen geleitete pragmatisch-humanitären Hilfe, die sich durch die Hilfe der Hilfe wegen nicht nur in ihrer Expertise in Frage gestellt, sondern wiederholt auch in ihrer Arbeit behindert sieht (vgl. Schäfer 2022: 178). Diese von Philipp Schäfer angesprochene Binarität erinnert an zahlreiche feministische Debatten, die ebene Hierarchie von Emotionalität als das Minderwertige (Weibliche) und Rationalität als das Höherwertige (Männliche) kritisieren (vgl. Grosz 1994; Rose 1993).

Ein weiteres Spannungsverhältnis ergibt sich aus den unterschiedlichen, in Leipzig agierenden Kräften. Auf der einen Seite sind es Aktivist*innen, die ein Menschenrecht auf Wohnen für Geflüchtete einfordern (vgl. Schäfer 2022: 187ff.) und die mo-

ralisch die Unterbringung asylsuchender Personen in isolierten Sammelunterkünften als rechtfertigungsbedürftig bis untragbar ansehen (vgl. Schäfer 2022: 195). Entlang dieser Argumentationslinien sind Wahlfreiheit und Selbstbestimmung (vgl. Schäfer 2022: 199) die wichtigsten Parameter für den lokalen Umgang mit Geflüchteten. Demgegenüber erfasst Philipp Schäfer für Leipzig ebenso eine gesellschaftlich moralische Gegenströmung des Anti-Humanitarismus (vgl. Schäfer 2022: 201ff.). Rechtfertigung verschafft sich diese Perspektive durch einen populistischen Wechsel der Betroffenheitsperspektive sowie durch die Konstruktion und moralische Überhöhung einer durch Migration bedrohten lokalen Gemeinschaft (vgl. Schäfer 2022: 203).

FAZIT

Philipp Schäfer arbeitet sehr überzeugend die Unterbringung Geflüchteter in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften als politisches Instrument heraus, das ›Integration‹ sowohl räumlich als auch zeitlich abfedert (vgl. Schäfer 2022: 129) und damit etablierte Provisorien als Modus des Regierens sichtbar macht. Insgesamt ermöglicht das Konzept der Migrationsregime eine räumliche Differenzierung, wie sehr anschaulich und mit viel empirischem Material dargestellt wird. Räume der Fluchtmigration in Leipzig können nicht einheitlich, sondern sehr unterschiedlich, oft sogar widersprüchlich und zeitlich nicht kontingent verlaufen. Jedoch lässt sich mit der Migrationsregime Perspektive kaum die Gruppe der Geflüchteten weitergehend differenzieren. So wäre es beispielsweise spannend zu erfahren, ob Philipp Schäfer in der Unterbringung für ausschließlich männliche Personen andere Beobachtungen gemacht hat als in den gemischten Unterbringungen. Anders gesagt müsste die Migrationsregime-Perspektive mit einer intersektionalen Perspektive in Dialog gebracht werden, um solche Differenzierungen sichtbar zu machen. Denn wie schon Robyn Longhurst (1997: 489) schrieb werden Körper sehr unterschiedlich von verschiedenen patriarchalen, heteronormativen, rassistischen usw. Prozessen und Regimen beschrieben, gezeichnet, vernarrt, transformiert oder konstruiert. Es bleibt also zu fragen, wie die Migrationsregime Perspektive und feministische, postkoloniale Literaturen für eine Analyse der lokalen Regierung von Migration zusammen gedacht werden können. Zusammenfassend vermittelt die wichtige Arbeit von Philipp Schäfer nicht nur Erkenntnisse für die lokale Migration von Flucht und Geflüchteten zwischen Provisorium und Etablierung, sondern kristallisiert auch zentrale Anknüpfungspunkte und offene Fragen für weitere Forschungen in diesem Themenfeld heraus.

Schäfer, Philipp (2022): *Etablierte Provisorien. Leipzig und der lange Sommer der Migration*. Frankfurt am Main: Campus, 259 Seiten.

LITERATUR

- Agamben, Giorgio (2002): *Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Andersson, Ruben (2014): *Time and the Migrant Other: European Border Controls and the Temporal Economics of Illegality*. In: *American Anthropologist* 116 (4). 795–809.
- Arouna, Mariam/Ingrid Breckner/Umut Ibis/Joachim Schroeder/Cornelia Sylla (2019): *Fluchort Stadt: Explorationen in Städtische Lebenslagen und Praktiken der Ortsaneignung von Geflüchteten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Blank, Martina (2021): *Bordering and Debordering Spaces of Asylum in the City of Frankfurt: Municipal Refugee Accommodation and Neighbourhood-Based Volunteering*. In: *Antipode* 53 (6). 1639–1660.
- Blumenberg, Hans (2011): *Die Sorge geht über den Fluß*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Cabot, Heath (2014): *On the Doorstep of Europe. Asylum and Citizenship in Greece*. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.
- Cwerner, Saulo B. (2001): *The Times of Migration*. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 27 (1). 7–36.
- Dantas, Jaya A. R. Gower, Shelley (2021): *From Ethical Challenges to Opportunities: Reflections on Participatory and Collaborative Research with Refugees in Australia*. *Ethics and Social Welfare* 15 (2). 185–199.
- Fassin, Didier (2016): *Vom Rechtsanspruch zum Gunsterweis. Zur moralischen Ökonomie der Asylvergabepaxis im heutigen Europa*. In: *Mittelweg* 36 (1). 62–78.
- Fontanari, Elena (2015): *Confined to the Threshold*. In: *City* 19 (5). 714–726.
- Foucault, Michel (1994) *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gliemann, Katrin/Anja Szypulski. (2018): *Integration von Flüchtlingen*. In: Lutz C. Kaiser (Hg.): *Soziale Sicherung im Umbruch. Transdisziplinäre Ansätze für soziale Herausforderungen unserer Zeit*. Wiesbaden: Springer VS. 105–126.
- Goffman, Erving (1973): *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Griffiths, Melanie (2014): *Out of Time: The Temporal Uncertainties of Refused Asylum Seekers and Immigration Detainees*. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 40 (12). 1991–2009.
- Griffiths, Melanie / Ali Rogers / Bridget Anderson (2013): *Migration, Time and Temporalities: Review and Prospect*. COMPAS Research Resources Paper, March 2013.
- Grosz, Elisabeth (1994): *Volatile bodies: toward a corporeal feminism*. St Leonards: Allen&Unwin.
- Hess, Sabine/Tsianos, Vassilis (2010): *Ethnographische Grenzregimeanalysen. Eine Methodologie der Autonomie der Migration*. In: Sabine Hess / Bernd Kasperek (Hg.) *Grenzregime. Diskurse, Praktiken und Institutionen in Europa*. Berlin/Hamburg: Assoziation A. 243–264.

- Hinger, Sophie/Schäfer, Philipp/Pott, Andreas (2016): The Local Production of Asylum. In: *Journal of Refugee Studies* 29 (4). 440–463.
- King, Russell/Mark Thomson/Tony Fielding/Tony Warnes (2006): Time, Generations and Gender in Migration and Settlement. *The Dynamics of International Migration and Settlement in Europe* 233: 68.
- Kreichauf, René (2018): From forced migration to forced arrival: the campization of refugee accommodation in European cities. In: *Comparative migration studies* 6/7.
- Longhurst, Robyn (1997). (Dis)embodied geographies. *Progress in Human Geography*, 21(4). 486–501.
- Madanipour, Ali (2021): Critical Reflections on Care. In *Care and the City: Encounters with Urban Studies*. New York: Routledge. 15-23.
- Malkki, Liisa (2015): *The Need to Help. The Domestic Arts of International Humanitarianism*. Durham/London: Duke University Press.
- Mezzadra, Sandro (2011): The Gaze of Autonomy: Capitalism, Migration and Social Struggles. In: Vicki Squire (Hg.) *The Contested Politics of Mobility. Borderzones and Irregularity*. New York/London: Routledge. 121–142.
- Moulier Boutang, Yann (2007): Europa, Autonomie der Migration, Biopolitik. In: Marianne Pieper/Thomas Atzert/Serhat Karakayali/Vassilis Tsianos (Hg.) *Empire und die biopolitische Wende. Die Internationale Diskussion im Anschluss an Negri und Hardt*. Frankfurt am Main: Campus. 169–178.
- Njeri, Sarah (2021): Race, Positionality and the Researcher. In: Mac Ginty, R./Brett, R./Vogel, B. (Hg): *The Companion to Peace and Conflict Fieldwork*. Palgrave Macmillan, Cham.
- Panagiotidis, Efthimia/Tsianos, Vassilis (2007): Denaturalizing »Camps«. Überwachen und Entschleunigen in der Schengener Ägäis-Zone. In: *Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.) Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*. Bielefeld: transcript. 57–85.
- Pieper, Tobias (2008): *Die Gegenwart der Lager: Zur Mikrophysik der Herrschaft in der deutschen Flüchtlingspolitik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Pott, Andreas (2018): Migrationsregime und ihre Räume. In: Andreas Pott/Christoph Rass/Frank Wolff (Hg.) *Was ist ein Migrationsregime? What Is a Migration Regime?*. Wiesbaden: Springer VS. 107–135.
- Reid-Musson, Emily (2018): Intersectional rhythmanalysis: Power, rhythm, and everyday life. In: *Progress in Human Geography* 42 (6). 881–897.
- Rose, Gillian (1993): *Feminism and geography: the limits of geographical knowledge*. Cambridge: Polity Press.
- Rusenko, Rayna (2018): Imperatives of Care and Control in the Regulation of Homelessness in Kuala Lumpur, Malaysia: 1880s to Present. *Urban Studies* 55(10). 2123–2141.
- Saltiel, Rivka (2021): Care as an Act of Inequality? Complex Social Relations Within the Refugee Camp in Brussels' Maximilian Park Throughout 2015. In: *Care and the City: Encounters with Urban Studies*. New York: Routledge. 204-214.
- Sontowski, Simon (2017) »Speed, timing and duration: Contested temporalities, technological controversies and the emergence of the EU's smart border«, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 44 (16), S. 2730–2746.
- Stadt Leipzig (2012): Beschluss der Ratsversammlung Nr. RBV-1293/12 [Beschlussvorlage V/1904], 18.07.2012. URL: notes.leipzig.de [02.02.2023]

- Täubig, Vicki (2009): *Totale Institution Asyl. Empirische Befunde zu alltäglichen Lebensführungen in der organisierten Desintegration*. Weinheim/München: Juventa.
- Vosko, Leah F./Valerie Preston/Robert Latham. 2014. *Liberating Temporariness? Migration, Work, and Citizenship in an Age of Insecurity*. Montreal and Kingston: McGill-Queen's University Press.
- Werner, Franziska (2021): (Nicht-)Wohnen von Geflüchteten. In: Eckardt, F./Meier, S. (Hg.) *Handbuch Wohnsoziologie*. Springer VS, Wiesbaden. 1–30.

»Akkumulation, Überausbeutung, Migration«

Marxistische Perspektiven auf niedrigqualifizierte Arbeitsmigration

MAREIKE BIESEL

Puder, Janina (2022): Akkumulation, Überausbeutung, Migration. Arbeit im malaysischen Palmöl-Industriellen-Komplex. Frankfurt am Main: Campus. Aus der Reihe International Labour Studies. ISBN 978-3-593-51639-4 (Print) | 347 Seiten | kartoniert | 44€

Wie kann eine marxistische Perspektive auf niedrigqualifizierte Arbeitsmigration aussehen? Wie machen sich die kapitalistischen Bewegungsgesetze Menschen unterschiedlicher Herkunft unterschiedlich zu Nutze? Das hier rezensierte Buch versucht, auf diese Fragen Antworten zu geben. Mit »Akkumulation, Überausbeutung, Migration. Arbeit im malaysischen Palmöl-Industriellen-Komplex« veröffentlicht Janina Puder die Ergebnisse ihrer Dissertation über die Bedeutung von systematischer Überausbeutung von Migrant_innen im kapitalistischen Weltsystem im Allgemeinen und die Situation migrantischer Palmölarbeiter_innen in Malaysia im Speziellen. Das methodische Vorgehen im Rahmen Michael Burawoys *Extended Case Method* verspricht dabei einen zirkulären Erkenntnisprozess, der von theoretischen Vorannahmen geleitet Erkenntnisse aus dem Feld generiert, welche wiederum der Erweiterung und Verfeinerung der Theorie dienen.

(ÜBER)AUSBEUTUNG ALS ANALYTISCHER AUSGANGSPUNKT

Ausgangspunkt der theoretischen Überlegungen (Kapitel 2) bietet das marxsche Ausbeutungstheorem, demzufolge Lohnarbeitende durch die eigene Arbeit mehr Wert produzieren als zu ihrer eigenen Reproduktion notwendig ist. Ausgezahlt wird von dem_der Käufer_in der Arbeitskraft jedoch nur ein Teil des geschaffenen Wertes als Lohn, der Rest wird sich als Mehrwert angeeignet. Der ausgezahlte Lohn bemisst sich dabei daran, wie viele Kosten zur Reproduktion der Arbeitskraft aufgebracht werden

müssen. Um Überausbeutung handelt es sich, wenn ein gesellschaftlich ausgehandeltes Level der Reproduktion nicht erreicht werden kann, weil etwa eine übermäßige Abnutzung der Arbeitskraft vorliegt oder ein zu geringer Lohn zur Verfügung steht.

Ausbeutung wird also verstanden als die Diskrepanz zwischen dem Wert, der produziert wird und demjenigen, der in Form von Lohn ausgezahlt wird. Ausbeutung und im weiteren Verlauf auch Überausbeutung wird somit entgegen populären Auffassungen des Begriffs als analytische, nicht etwa moralische Kategorie genutzt. Statt besonders eklatante oder erniedrigende Arbeitsbedingungen zu bezeichnen, wird Ausbeutung als Strukturbedingung von Kapitalakkumulation und somit kapitalistischen Gesellschaften analysiert. Diese arbeitssoziologische Positionierung bestimmt die Perspektive, mit welcher sich die Autorin theoretisch wie empirisch dem Themenkomplex Arbeitsmigration nähert. Die Frage, durch welche Mechanismen Überausbeutungsverhältnisse organisiert, (re-)produziert und stabilisiert werden, ist dabei forschungsleitend.

Dafür entwirft die Autorin ein weltsystem- und dependenztheoretisch informiertes Verständnis eines globalen Kapitalismus, welches zwischen Zentren und Peripherie unterscheidet und die je herrschenden Aus- und Überausbeutungsformen an eine globale Arbeitsteilung zwischen und die Hierarchisierung verschiedener Gruppen von Lohnarbeiter_innen innerhalb von Nationalstaaten rückbindet. Neben die fundamentale Strukturkategorie der Klasse werden die intersektionalen Kategorien der Staatsangehörigkeit und des Geschlechts gestellt, um die spezifische Situation von Arbeitsmigrant_innen in der Verschränkung von Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen zu verorten. So gelingt es, verschiedene Ungleichheitsverhältnisse in ihrem Zusammenwirken zu betrachten und sowohl ökonomische als auch außerökonomische Mechanismen in den Blick zu nehmen, die der Durchsetzung und Stabilisierung des jeweiligen Ausbeutungsmodus dienen.

DIE REPRODUKTION MIGRANTISCHER ARBEITER_INNEN IN DER MALAYSISCHEN PALMÖLINDUSTRIE

Ausgehend von der theoretisch hergeleiteten These einer systematischen Überausbeutung niedrigqualifizierter migrantischer Arbeit im globalen Kapitalismus überprüft die Autorin diese anhand der konkreten Situation migrantischer Palmölarbeiter_innen in Malaysia. Über drei Kapitel wird der Zuschnitt schrittweise verengt von der historisch hergeleiteten Darlegung des malaysischen Arbeitsmigrationsregimes (Kapitel 3) über die Verortung der Beschäftigtengruppe innerhalb dessen (Kapitel 4) bis hin zur Analyse der tatsächlichen Arbeits- und Lebensverhältnisse (Kapitel 5).

Während Kapitel 3 und 4 die institutionellen Rahmenbedingungen beschreiben, widmet sich das fünfte Kapitel der zentralen Forschungsfrage, wie es den Individuen innerhalb dieser Überausbeutungsverhältnisse dennoch gelingt, ihre Arbeitskraft zu reproduzieren. Dabei kann auf eine Fülle empirischer Daten zurückgegriffen werden, die aus einer Kombination von qualitativen Interviews und Gruppendiskussionen, sowie stärker ethnographisch generierter Beobachtungen aus den Besuchen von Plantagen, Schulen migrantischer Kinder, Gewerkschaftsversammlungen und überregionalen Vernetzungstreffen bestehen. Bereits bestehende Kooperationen zwischen deutschen und indonesischen Wissenschaftler_innen und Gewerkschaftsaktiven ermöglichten den Kontakt zu den Arbeitsmigrant_innen sowie den Zugang zu den für sie elementaren Produktions- wie Reproduktionsstätten. Dabei reflektiert die Autorin ihre soziale Position als weiße, westliche Wissenschaftlerin als forschungspraktisch herausfordernd, da die damit einhergehenden Machtdynamiken ihr zwar einen privilegierten Zugang ermöglichen, aber auch zu Misstrauen seitens der Interviewten führten. Die aus den intensiven Feldaufenthalten entstandene eindrucksvolle Beschreibung der Arbeits- und Lebensbedingungen der häufig auf den Plantagen selbst lebenden Arbeiter_innen reichen von ihrer räumlich-sozial isolierten Wohnsituation über (fehlende) Arbeitsschutzmaßnahmen bis hin zu Kontrollmechanismen, denen sie durch die Verknüpfung von Arbeit und Aufenthalt – bzw. klassenspezifischer Ausbeutung und Unterdrückung aufgrund von Staatsangehörigkeit – besonders ausgesetzt sind.

Der Fokus auf den Haushalt als Analyseebene erweist sich als gewinnbringend, wenn die Migrationsentscheidung in erster Linie als ökonomisch motivierte Haushaltsentscheidung beschrieben werden kann und die Arbeit in Malaysia in die Reproduktion transnationaler Familienhaushalte integriert ist. Mit Blick auf die Möglichkeiten und Herausforderungen ihrer Reproduktion lassen sich verschiedene Mechanismen des Umgangs finden: Die einen können ihre Reproduktion nur durch das Leisten von Überstunden sicherstellen, was insbesondere in Zeiten von Unterbeschäftigung zum Problem wird. Die anderen müssen neben ihrer Lohnarbeit noch Subsistenzwirtschaft betreiben, um sich zu ernähren. Oder aber man lässt im lokalen Kiosk anschreiben und leiht sich von anderen Arbeiter_innen Geld. Es eint sie eine soziale Immobilität, die im Wirkungsfeld von Ausbeutung und Unterdrückung unüberwindbar wird. Die Autorin schafft es, die vielfältigen Arbeits- und Lebensverhältnisse strukturiert, präzise und detailreich immer mit Blick auf ihre Reproduktionsbedingungen darzustellen. Die Vielfalt der generierten Daten zeugt von einem breiten Einblick in die Arbeits- und Lebensverhältnisse der migrantischen Arbeiter_innen und lässt das theoretische Konzept der Überausbeutung lebendig und greifbar werden.

Die Erkenntnisse der Analyse zum einen der institutionellen Rahmenbedingungen und der tatsächlichen Strategien der Arbeiter_innen werden im sechsten Kapitel wieder in die Theorie zurückgespielt und zentrale Mechanismen aufgezeigt, wie Überausbeutungsverhältnisse auf institutioneller wie betrieblicher Ebene organisiert, (re-)produziert und stabilisiert werden. Damit entwirft die Autorin ein theoretisch hergeleitetes und empirisch unterfüttertes Konzept für die Untersuchung von Überausbeutungsverhältnissen, dessen Anwendbarkeit im siebten Kapitel abschließend diskutiert wird.

(ÜBER)AUSBEUTUNG ALS MIGRATIONSSOZIOLOGISCHES KONZEPT?

Insgesamt ist es der Autorin gelungen, das anspruchsvolle analytische Theorem der Ausbeutung in einem globalen Zusammenhang zu theoretisieren und zu erweitern, um es dann analytisch nachvollziehbar in einem konkreten Wirkungszusammenhang zu untersuchen und anschaulich zu präsentieren. Die ausbeutungstheoretische Perspektive birgt dabei den Vorteil, mit Blick auf die Reproduktionsmöglichkeiten die Arbeits- und Lebenssphäre miteinander zu verbinden und damit die komplexe Verflechtung von Ausbeutung und Unterdrückung, der Arbeitsmigrant_innen ausgesetzt sind, greifbar zu machen. Mit dem Konzept der Ausbeutung wird ein Forschungsfeld bearbeitet, was sich aktuell im Nachdenken über Migration, Arbeit und Rassismus zunehmender Beliebtheit erfreut, wie etwa die bereits vierte Auflage des Sammelbandes »Diversität der Ausbeutung« (Mendívil/Sarbo 2022) zeigt. Ausgehend von den gleichen marxistischen Grundannahmen, nehmen die Herausgeberinnen einen weniger werttheoretischen Zugang, sondern bedienen sich insbesondere der Sozialen Reproduktionstheorie (vgl. Bhattacharya 2017), um die Situation von Migrant_innen zu theoretisieren. Eine systematische Gegenüberstellung dieser beiden Herangehensweisen könnte für die weitere Theoriebildung erkenntnisreich sein.

Auf der empirischen Ebene liegen die Anknüpfungspunkte vor allem in der Widerständigkeit der arbeitenden Migrant_innen, die im Rahmen dieser Arbeit nur randständig behandelt wird. Der entworfene analytische Rahmen stellt die Verknüpfung von Ausbeutung und Unterdrückung in den Fokus, verbleibt jedoch bei einer Positionsbestimmung migrantischer Arbeit. Inwiefern auch widerständige Momente Teil dieser Position und durch das Überausbeutungsverhältnis strukturiert sind oder sich im Kampf auch über eben diese hinwegsetzen können, bleibt aus. Wenn sie aber als Ausgangspunkt genommen wird, kann die vorgeschlagene Perspektive dazu beitragen, Kämpfe arbeitender Migrant_innen und migrantischer Arbeiter_innen in ihrer

doppelten Ausrichtung zu verstehen. Aus dem Zusammenspiel von Überausbeutung und Unterdrückung muss ein Zusammendenken von Arbeitskämpfen und Kämpfen um Migration folgen. Für Schwerpunktbranchen migrantischer Arbeit in Deutschland wie etwa der Fleischindustrie oder dem Online-Versandhandel lassen sich bei Peter Birke (2022) bereits solche Ansätze finden. Und will man im Anschluss an Sabrina Apicella (2021) in ihrer Untersuchung der Streikmotive bei dem ebenfalls stark migrantisch geprägten Tech-Giganten Amazon die Frage stellen »Warum streiken *migrantische* Menschen?«, dann müssen sowohl die Rahmenbedingungen von Überausbeutung und Unterdrückung als auch deren subjektive Verarbeitung Teil der Analyse sein.

Puder, Janina (2022): *Akkumulation, Überausbeutung, Migration. Arbeit im malay-sisischen Palmöl-Industriellen-Komplex*. Frankfurt am Main: Campus, 347 Seiten.

LITERATUR

- Apicella, Sabrina (2021): *Das Prinzip Amazon. Über den Wandel der Verkaufsarbeit und Streiks im transnationalen Versandhandel*. Hamburg und Berlin: VSA Verlag und Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Bhattacharya, Tithi (2017) (Hrsg.): *Social Reproduction Theory. Remapping Class, Recentering Oppression*. London: Verso.
- Birke, Peter (2022): *Grenzen aus Glas. Arbeit, Rassismus und Kämpfe der Migration in Deutschland*. Wien/Berlin: Mandelbaum.
- Mendivil, Eleonora Roldán / Sarbo, Bafta (2022) (Hrsg.): *Die Diversität der Ausbeutung. Zur Kritik des herrschenden Antirassismus*. Berlin: Dietz.

Autor_innen

Jens Adam (PhD) held a position as senior researcher at the U Bremen Excellence Chair Research Group »Soft Authoritarianisms« between 2020-23. Since October 2023 he works as a Fellow within the research group »Internalizing Borders: The Social and Normative Consequences of the European Border Regime« at the Center for Interdisciplinary Research (ZiF) in Bielefeld. As a political anthropologist he focuses especially on current struggles around democracy and cultural policy, the intersections of border regimes, violence and authoritarian transformations as well as of ruination and heritage making.

Alexandridis Samuel is a PhD candidate at the Department of Sociology of the University of Crete. His main research fields are the sociology of migration, collective action and qualitative methodology in social sciences.

Stefania Animento ist Stadtsoziologin. In ihrer Dissertation untersuchte sie den Zugang zu Arbeit und Wohnen junger Italiener:innen, die im Zuge der Finanz- und Eurokrise nach Berlin gezogen sind. Sie interessiert sich außerdem für die Auswirkungen von Digitalisierung auf Stadt, Migration, Arbeit und soziale Klasse.

Violeta Balog ist Gründungsmitglied von Amaro Foro e.V. und Projektleitung von Dosta (Dokumentationsstelle Antiziganismus) in Berlin.

Mareike Biesel arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Georg-August-Universität Göttingen.

Peter Birke arbeitet im Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen, zurzeit in einem Projekt über company towns und transnationale Ökonomien in der Fleischindustrie. Forscht seit längerem auch zu Arbeit, Migration und sozialen Kämpfen, Veröffentlichung u.a. Grenzen aus Glas, Wien: Mandelbaum 2022.

Maria Hartmann forscht, arbeitet und engagiert sich politisch zu Fragen von transnationaler Solidarität und Diaspora-Aktivismus im Kontext der neuen emanzipatori-

schen Bewegungen in Westasien/ Nordafrika. Sie promoviert am Zentrum für Konfliktforschung in Marburg zum Thema syrische Diaspora und Dissidenzerfahrung als geteilte Erinnerung in der postmigrantischen Gesellschaft.

Sabine Hess is a professor of Cultural Anthropology/European Ethnology at the University of Göttingen since 2011. She specializes in migration and border studies with a specific interest in the external border region in South-Eastern Europe and gender related perspectives. She is a founding member of the European interdisciplinary »Network on critical migration and border studies« (kritnet) and directs the interdisciplinary »Laboratory on migration and border regime studies« at the University of Göttingen.

Sylvana Jahre ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität zu Berlin und promoviert zur Aushandlung von Migration in Stadtpolitiken. Ihre Arbeit ist inspiriert von der kritischen Stadtforschung, der reflexiven Migrationsforschung, der feministischen Geographie und den Science & Technology Studies. Sie ist am Graduiertenkolleg des SFB 1265 Re-Figuration von Räumen assoziiert. Außerdem hat sie im Forschungsprojekt MAPURBAN als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin gearbeitet.

Christian Jakob, *1979, ist seit 2006 Redakteur bei der taz, mit Schwerpunkt auf Migrationsthemen. 2022 gab er den Atlas der Migration der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit heraus, 2023 schrieb er mit am Atlas der Zivilgesellschaft von Brot für die Welt mit dem Schwerpunkt Kriminalisierung von Migrations-Solidarität. Im September 2023 erschien im Ch. Links-Verlag "Endzeit", eine Kritik am Fatalismus in der Polykrise. Er lebt in Berlin.

Kahveci, Çağrı (Dr. phil.) ist Sozialwissenschaftler. Seine Arbeitsschwerpunkte sind kritische Migrations-, Rassismus- und Antirassismusforschung. Derzeit arbeitet er für einen Migrantendachverband mit dem Schwerpunkt Partizipation in Bildung und Schule.

Juliane Karakayali is a professor for sociology at the Protestant University of Applied Sciences Berlin (ehb). Her fields of interest are migration, racism, institutional racism, antisemitism, education, feminist and queer-theory. Her current reserach project is on conflicts around racism in schools. She is a member of the board of Rat für Migration.

Bernd Kasperek vertritt die Professur für Migration in globaler Perspektive am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Co-Leiter der Abteilung »Soziale Netzwerke und kulturelle Lebensstile« am Berliner

Institut für Migrationsforschung. Seine Schwerpunkte sind *programmable and computational infrastructures*, Europäisierung sowie Migrations- und Grenzregimeforschung. 2021 erschien seine Monographie »Europa als Grenze. Eine Ethnographie der Grenzschutz-Agentur Frontex« bei transcript. Er ist Mitglied des Vorstands des Rates für Migration.

Loukia Kotronaki is a lecturer and postdoctoral researcher at the Department of Political Science & History of Panteion University. Her research focus on the historical study of the repertoires of collective action, the cultural transformations of forms of political participation and the interactions between contentious and institutional politics in Europe.

Stefanie Kron, PhD, ist a professor for social work & empirical research at the Evangelische Hochschule Berlin (ehb). Her research focuses on urban migration regimes, urban solidarity & citizenship, the situation of refugees & undocumented migrants, border studies & social movements. Stefanie Kron is founding member & researcher of the moving cities map (<https://moving-cities.eu>).

Stephan Liebscher is a doctoral researcher at the Institute for Geographical Sciences at Freie Universität Berlin. His research investigates pathways for progressive systemic change in the European border regime.

Yücel Meheroğlu arbeitet bei der neuen Meldestelle Antiziganismus (MIA), die im Jahr 2022 einen Bericht »Zur Lage aus der Ukraine geflüchteter Roma« veröffentlicht hat.

Bahar Oghalai ist Sozialwissenschaftlerin und promoviert zu Politisierungsbiografien migrantischer Feministinnen aus dem Iran und der Türkei an der Universität Koblenz-Landau. Sie ist außerdem wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Alice-Salomon-Hochschule. Sie publiziert regelmäßig zu den Themen Feminismus und Migration mit einem besonderen Fokus auf Westasien/Nordafrika.

Katharina Schwaiger arbeitete als Sozialarbeiterin in einer Beratungsstelle in München. Sie ist im Schulungs und Seminarbereich tätig und wird ab 2023 beim Verband deutscher Sinti und Roma, Landesverband Bayern, arbeiten.

Lisa Riedner leitet die Emmy Noether Nachwuchsforschungsgruppe *Contestations of ›the Social‹ – Towards a movement-based ethnographic social (state) regime analysis* an der LMU München und ist aktiv im Netzwerk Europa in Bewegung.

Leon Schlüter hat im Master Philosophie an der Freien Universität Berlin studiert. Aktuell beendet er den »MA Research Training Program in Social Sciences« an der

Humboldt-Universität zu Berlin. Leons Arbeit bewegt sich an der Schnittstelle zwischen kritischer Theorie, Sozialphilosophie und politischer Theorie. In seiner Forschung interessiert er sich insbesondere für die Geschichtlichkeit von Grenzen und wie diese bestehende soziale Verhältnisse gewaltsam formen.

Céline Pellicer studiert Empirische Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie an der LMU in München.

Helen Schwenken, Professorin für Migration und Gesellschaft am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück, forscht u.a. zu Praxen sozialer Bewegungen, Arbeitsmigration und Geschlecht.

Nikos Serdedakis is Associate Professor at the Department of Sociology of the University of Crete. He specializes in the sociology of collective action and social movements and has conducted extensive research on the contemporary trends in social transformation.

Theresa Wagner studierte »Internationale Migration und Interkulturelle Beziehungen« an der Universität Osnabrück, wo sie zuletzt auch als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien tätig war. Ihre Themen sind Engagement und Solidarität in der postmigrantischen Gesellschaft, sowie Migration und Bewegungsfreiheit entlang der sogenannten Balkanroute.